

Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Wintersemester 2022/2023

Institut für Soziologie

Institutsleiterin: Univ.-Prof. Mag. Dr., MA Kristina Stoeckl

Betreuerin: Univ.-Prof. Mag. Dr., MA Kristina Stoeckl

Masterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts

**Stirbt der Kapitalismus? Eine Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung moderner Industrienationen basierend auf den Theorieansätzen in den Werken von Immanuel Wallerstein und Michael Mann.**

Soziologie: Soziale und politische Theorie (M.A.)

6. Fachsemester

Matrikel-Nr.: 11946815

Studienkennzahl: UC 066 905

Vasil Karagyozov

Ort: Innsbruck

Abgabedatum: 14.02.2023

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	6
<b>I. Theoretischer Hintergrund und Forschungspfad</b>	9
1. Forschungsstand	9
2. Einordnung von Immanuel Wallerstein und Michael Mann in die Fachdisziplin der Historischen Soziologie und die Darstellung ihrer theoretischen Ansätze	11
2.1. Die Weltsystem-Theorie von Immanuel Wallerstein	14
2.2. Das IEMP-Modell von Michael Mann	17
2.2.1. Die ideologische Machtquelle	21
2.2.2. Die ökonomische Machtquelle	21
2.2.3. Die militärische Machtquelle	22
2.2.4. Die politische Machtquelle	23
3. Forschungsfrage und Forschungsdesign	24
<b>II. Genese des Kapitalismus: vom 12. Jahrhundert bis Mitte des 17. Jahrhunderts</b>	27
1. Politische und ökonomische Formen im Feudalismus	28
2. Manns Modell zur Entstehung des Kapitalismus mit Schwerpunkt auf ideologischer und politischer Macht	30
2.1. Die Rolle des Christentums im Feudalismus und für die Genese des Kapitalismus	31
2.2. Der Staat und seine Bedeutung für die Entstehung des Kapitalismus	32
2.3. Die westeuropäische Dynamik	35
2.4. Der Aufstieg des Kapitalismus und der organischen Nationalstaaten	36
2.4.1. Der Niedergang der kirchlichen Macht	37
2.4.2. Die Entstehung neuer politischer Regierungsformen: absolutistische und konstitutionelle Monarchien	39
3. Wallersteins Modell zur Entstehung des Kapitalismus mit Schwerpunkt auf Wirtschaft und Geopolitik	41
3.1. Die Krise des Feudalismus und der Übergang zum Kapitalismus	42
3.2. Arbeitsteilung im Kapitalismus	43

3.3. Portugal als Vorantreiber der geographischen Expansion	46
3.4. Spanien: Der Weg von einer Zentralmacht bis hin zur Peripherie	47
3.5. Die Niederlande als hegemoniale Macht	51
3.5.1. Die Niederlande als Handels-, Industrie- und Finanzzentrum	54
3.5.2. Der Niedergang der niederländischen Hegemonie	57
4. Zwischenfazit über die Standpunkte beider Autoren hinsichtlich der Genese des Kapitalismus	59
<b>III. Das lange 18. Jahrhundert und die Etablierung des Kapitalismus</b>	62
1. Der Kapitalismus und die Anfänge der Industrialisierung	63
2. Die USA und die amerikanische Revolution	64
2.1. Die politische Situation in den USA vor dem Bürgerkrieg	65
2.2. Die Bürgerrechte nach der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung	66
2.3. Der amerikanische Kapitalismus	67
3. Die endgültige Etablierung des Kapitalismus und die Entstehung des Liberalismus	68
3.1. Faktoren für den Aufstieg Großbritanniens als Hegemonialmacht	68
3.2. Die Französische Revolution als Reaktion auf die hegemoniale Stellung Großbritanniens	72
3.3. Die Reformen in Großbritannien und die Geburt des Liberalismus	75
4. Zwischenfazit über die Etablierung des Kapitalismus	78
<b>IV. Die Entstehung der Klassen und Nationen im langen 19. Jahrhundert und die Entfaltung des Liberalismus</b>	80
1. Definition von diskursiver Schriftlichkeit, Klasse und Nation	80
1.1. Ideologische Macht ab dem 18. Jahrhundert	81
1.2. Das Wesen der Klassen und deren Rolle im Kapitalismus	82
1.3. Das Wesen der Nationen	83
2. Michael Manns Modell der Entstehung des modernen Staates mit Schwerpunkt auf Militarismus und Politik	84
2.1. Der Militarismus und die Steuerbelastungen als Hauptvorantreiber des Prozesses der Klassen- und Nationenbildung	85

2.2. Die Industrialisierung und die Rolle der privaten Besitzer, des Staates und des Militarismus	88
2.3. Die Ausweitung der staatlichen Sozialausgaben und Funktionen	92
2.4. Bürgerrepräsentation im Westen	95
2.4.1. Der Mittelstand und die Bürgerrepräsentation nach innen	95
2.4.2. Äußere Angelegenheiten	96
3. Wallersteins Modell zur Entstehung der Klassen und Nationen mit Schwerpunkt auf ideologischer Macht und Politik	97
3.1. Die Entstehung der drei Hauptideologien: Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus	97
3.2. Die Entstehung des liberalen Staates	100
3.3. Die Entstehung der Staatsbürgerschaft und die soziale Ungleichheit	102
3.4. Die Revolution von 1830 und die beginnende Konsolidierung des Liberalismus im Westen	104
3.5. Die westlichen Bewegungen im 19. Jahrhundert	107
3.5.1. Die Revolution von 1847/48 und die Inkorporierung des Konservatismus und des Sozialismus in die Strukturen des Liberalismus	107
3.5.2. Die Arbeiter- und Nationalbewegungen	110
3.5.3. Die Frauenbewegungen	111
3.5.4. Die Rolle der Wissenschaft und das westeuropäische Dominieren in der Welt	112
4. Zwischenfazit über die Entfaltung der Klassenverhältnisse und die Etablierung der modernen/liberalen Staatlichkeit	113
<b>V. Das lange 20. Jahrhundert</b>	116
1. Die instabile soziale Ordnung in den westlichen Staaten zwischen 1914 und 1945	116
1.1. Manns Perspektive mit Schwerpunkt auf militärischer, ökonomischer und politischer Macht	116
1.1.1. Der erste Weltkrieg: 1914-1918	117
1.1.2. Die Zwischenkriegszeit im Westen und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges	118

1.1.3. Die Umfangserweiterung der Wohlfahrtsstaaten in Europa und in den USA	120
1.2. Wallersteins Perspektive mit Schwerpunkt auf geopolitischer und ideologischer Macht	122
1.2.1. Das hegemoniale geopolitische Muster zwischen See- und Landmächten in der Periode von 1914 bis 1945	123
1.2.2. Das ideologische Spannungsfeld im 20. Jahrhundert	124
2. Die USA und Europa zwischen 1945 und 1970	126
2.1. Manns Perspektive	126
2.2. Wallersteins Perspektive	128
3. Die Krise des Kapitalismus seit den 1968ern bzw. 1970ern bis heute	131
3.1. Wallersteins Schwerpunkt auf der Revolution von 1968 und auf dem Beginn der Transition im kapitalistischen System	131
3.1.1. Die Revolution von 1968	131
3.1.2. Der Aufstieg der Neokonservativen in den 1980er Jahren	135
3.1.3. Die Welt in der Periode um die Jahrtausendwende	136
3.2. Manns Hauptfokus auf dem Aufstieg des Neoliberalismus seit 1970 und auf seinen gegenwärtigen Auswirkungen auf die Neugestaltung der weltweiten Macht	137
3.2.1. Der Aufstieg des Neoliberalismus: 1970 – 2008	137
3.2.2. Die USA am Anfang des 21. Jahrhunderts	142
4. Zwischenfazit über die drei Phasen des Kapitalismus im langen 20. Jahrhundert	144
<b>Konklusion</b>	147
<b>Literaturverzeichnis</b>	153
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	157

## **Einleitung**

Der Kapitalismus hat im Laufe seiner Geschichte verschiedene Krisen durchlaufen, die dann häufig zu neuen gesellschaftlichen Konstellationen und Machtverhältnissen führten. Trotz aller Veränderungen hat er seine dynamische und expansive Grundessenz immer beibehalten (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 229-234). In den sozialen Wissenschaften wird der Kapitalismus als eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bzw. als ein sozioökonomisches System verstanden. Dabei wird er durch drei Hauptstadien seiner Entwicklung gekennzeichnet: Frühkapitalismus (vom 16. Jahrhundert bis zum 18. Jahrhundert), Hochkapitalismus (19. Jahrhundert) und Organisierter Kapitalismus (seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bis heute). Obwohl das kapitalistische System durch verschiedene Prozesse, Ereignisse und Entwicklungen geprägt wurde/wird, wird es, seitdem es als Ordnung besteht, durch eine bestimmte Logik charakterisiert. Sie basiert einerseits auf dem bereits angedeuteten ökonomischem Wachstum und andererseits auf über den Marktmechanismus gesteuertem Privateigentum an Produktionsmitteln (vgl. Bachinger & Matis 2009:75 f).

In dem im Jahr 2014 erschienenen Buch „Stirbt der Kapitalismus?“<sup>1</sup> diskutierten die Soziologen Immanuel Wallerstein, Randall Collins, Michael Mann, Georgi Derluguian und Craig Calhoun über den zeitgenössischen Zustand des Kapitalismus und die Möglichkeiten für sein weiteres Fortbestehen. Sie alle sind der Meinung, dass sich der Kapitalismus in einer tiefen Strukturkrise befindet. Ihnen zufolge wird der Kapitalismus entweder durch eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abgelöst, und/oder wird ihre Überwindung zur radikalen Reformierung der kapitalistischen Funktionsweise führen. Diese Krise unterscheidet sich von früheren Krisen insbesondere dadurch, dass sie die tragenden Säulen des Kapitalismus herausfordert (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 7-14). Als einen ursächlichen Hauptkritikpunkt bezeichnen sie die seit Anfang der 1970er-Jahre andauernde Deregulierung der Märkte innerhalb der Nationalstaaten. Dies hat zur Folge, dass ein großer Teil an Finanzgeldern angehäuft wird, ohne dass sie in der Realwirtschaft realisiert werden können (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 214-215). Ein weiterer gemeinsamer Aspekt von ihnen bezieht sich auf die strukturelle Problematik des Kapitalismus durch den Klimawandel, die Umweltbelastung sowie durch die potentielle Gefahr von Pandemien und nuklearen Kriegen. Die Diskussion der oben genannten Soziologen bildet zwei Pole der Darstellung der weiteren möglichen Kapitalismusedwicklungen ab. Während Michael Mann und Craig Calhoun die künftige Existenz

---

<sup>1</sup> Die Originalausgabe des Buches ist 2013 unter dem Titel „Does Capitalism Have a Future?“ erschienen (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 4).

des kapitalistischen Systems unter der Etablierung neuer sozialer Konstellationen vorhersagen, betrachten Randall Collins und Immanuel Wallerstein die kapitalistische Gesellschaftsordnung als eine, die sich im Endstadium ihrer Funktionsweise befindet (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 224-227).

Die Soziologen üben gemeinsam Kritik an den gegenwärtigen Sozialwissenschaften aus, die seit den 1980ern einerseits durch den Postmodernismus, andererseits durch die neoklassische Wirtschaftslehre beeinflusst werden. Die neu ausgerichtete Richtung der Sozialwissenschaften, deren Wurzeln in der 1968er-Bewegung liegen, lehnt die Darstellung gesellschaftlicher Wirklichkeit anhand von „großen Theorien“ ab. Der Vorwurf des soziologischen Kollektivs äußert sich nicht in dem Erkenntnisinteresse postmodernistischer Theorien und Strömungen, sondern vor allem in ihrer bewussten Inakzeptanz von Theorien, die die Veränderungen in der Gesellschaft anhand struktureller und makrologischer Zusammenhänge und Kausalitäten erklären (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 234-236).

Das soziologische Team betont trotz der unterschiedlichen Ansätze, die sie in Anlehnung an die Tradition von Marx und Weber vertreten, die Wichtigkeit der makrohistorisch-soziologischen Untersuchung der jetzigen kapitalistischen Problematik. Nach ihnen analysiert die Perspektive der makrohistorischen Soziologie vergleichend und langzeitstrukturell die Entwicklungen, Konflikte und Widersprüche in der Gegenwart und in der Vergangenheit, indem sie nach den Gründen für ihre Veränderbarkeit und nach deren historischem Wandel fragt. Demensprechend betrachten sie den Kapitalismus als eine bestimmte Zusammenstellung von Märkten und staatlichen Strukturen (12-14; 203-204). Trotz der strukturellen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, plädieren sie im Buch „Stirbt der Kapitalismus?“ gegen Untergangsszenarien, ungeachtet davon ob der Kapitalismus die gegenwärtige Krise überstehen wird oder nicht. Stattdessen betrachten die Soziologen sie als eine Chance zur Entstehung neuer Gesellschaftsformen auf der Basis von sozialer Gerechtigkeit (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 239-240).

Hinsichtlich des Themas der Masterarbeit beziehe ich mich hier auf die gerade knapp geschilderte Thematik der Diskussionsbeiträge über die gegenwärtigen und künftigen Tendenzen des Kapitalismus aus dem Buch „Stirbt der Kapitalismus?“. In diesem Text geht es spezieller um die theoretischen Ansätze von Immanuel Wallerstein und Michael Mann über den Kapitalismus bzw. über die durch kapitalistische Dynamiken geprägten Gesellschaften. Wie oben erwähnt vertritt Wallerstein die These, dass sich der jetzige Kapitalismus als System in seinem Endstadium befindet, und

dass er durch ein neues System ersetzt wird, während Mann unterschiedliche Szenarien über die weitere Funktionsweise kapitalistischer Gesellschaften beschreibt (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 44; 92f.; 121f.). Trotz dieser Differenzen sind sich die beiden Autoren hinsichtlich der Wichtigkeit und Notwendigkeit eines Punktes einig: Damit eine Gegenwartsdiagnose über den Kapitalismus gegeben werden kann, ist es erforderlich, die Gesellschaftsentwicklung in ihrer Historizität zu betrachten, denn Sozialstrukturen und -prozesse sind ein Produkt vergangener Geschehnisse (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 17; vgl. Wallerstein 2012b: 7; vgl. Mann 2012a: 1-2; 30-32).

Aus dem bis jetzt Genannten lassen sich zwei Tendenzen aus makrohistorisch-soziologischer Sicht erkennen. Die eine zeigt, dass sich der Kapitalismus als System an seinen Grenzen befindet, während für die andere der Kapitalismus vor einer reformierten Gestaltung steht (vgl. auch Seppmann 2011: 215-216). Das ist auch der Grund, aus dem der Titel meiner Masterarbeit mit der Frage „Stirbt der Kapitalismus?“ beginnt. Die Beantwortung dieser Frage durch Wallerstein und Mann möchte ich in dieser Arbeit verstehend nachvollziehend und am Schluss zu einer eigenen Einschätzung und Einordnung der beiden Thesen kommen. Auf dem Weg dahin werde ich, in Punk 1. von Kapitel I, die momentane Krisenhaftigkeit des Kapitalismus kurz anhand der Hauptfaktoren und deren Folgefaktoren bzw. Auswirkungen auf die heutige Gesellschaft einführen, damit man ein grobes Bild über die bereits erwähnte Strukturkrise des Kapitalismus gewinnen kann. Im Anschluss daran beschäftige ich mich in Punk 2. desselben Kapitels im Detail einerseits mit den theoretischen Ansätzen von Immanuel Wallerstein und Michael Mann und andererseits mit deren Einordnung in die Historische Soziologie sowie mit der Darstellung der verschiedenen Perspektiven der historisch-soziologischen Fachdisziplin. Eine dieser Perspektiven ist die Gegenwartsdiagnose, die ich für die Beantwortung meiner Forschungsfrage durchführe. Auf der Basis der geschilderten Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und der erläuterten Theorien stelle ich dann mein Forschungsvorhaben dar, das sich spezieller mit der Frage befasst, inwieweit eine Auflösung der kapitalistischen Ordnung in der heutigen Zeit stattfindet. Im Zuge dessen führe ich eine Analyse über die Genese und Entwicklung der modernen Gesellschaften der westlichen Industrienationen durch.

## **I. Theoretischer Hintergrund und Forschungspfad**

### **1. Forschungsstand**

In diesem Abschnitt zeige ich, wie diese Hauptfaktoren zu verschiedenen Auswirkungen auf das Soziale bzw. zur Herausbildung von neuen Faktoren führen, die ihrerseits ihre eigene Logik entwickeln und/oder sich eventuell/indirekt wechselseitig beeinflussen können. Diese Hauptkomponenten umfassen fast alle Dimensionen des Sozialen, unter anderem die Dimension des Ökonomischen, des Politischen, der Umwelt, der Technik und des Wissens. Diesbezüglich spricht man auch von einer multiplen Krise (vgl. Bischoff 2009: 133-137; vgl. Demirović 2014: 38-39; vgl. auch Winkelmann 2012: 20-21).

Ökonomische und politische Determinanten wie z. B. gesättigte Märkte und abnehmende Wachstumsraten, die Tendenz einer weltweiten Deregulierung der Märkte (Kapitalmärkte, Arbeitsmärkte usw.)<sup>2</sup> und die Finanzialisierung von einem großen Teil der Lebensbereiche sowie die immer noch andauernden Folgen der letzten Finanzkrise von 2008 sind die Ursache von räumlicher und sozialer Ungleichheit und prekären Beschäftigungsverhältnissen (vgl. Rosa u.a. 2014: 33-34). Eine weitere wichtige Konsequenz der Finanzialisierung ist, dass realwirtschaftliche Aktivitäten geringer als finanzwirtschaftliche ausfallen, d. h., dass geringere Produktion/Dienstleistungen stattfinden, obwohl gleichzeitig im Vergleich dazu ein höheres Finanzvolumen verzeichnet wird. Obgleich nach der Finanzkrise Maßnahmen gegen ihre weitere Ausweitung auf andere Gesellschaftsbereiche getroffen wurden, haben sich viele Staaten im Zuge dessen verschuldet. Die Verschuldung ist aber insgesamt auch bei Unternehmen und Haushalten zu betrachten. Sie führt aufgrund der zu tilgenden Kredite einerseits zu mangelnden Investitionen seitens der Unternehmen und zu geringerer Kaufkraft seitens der privaten Haushalte. Diese beiden Komponenten haben weiterhin zur Folge, dass gesamtwirtschaftlich betrachtet weniger Wachstum erwirtschaftet wird und auch wegen fehlender Produktion wiederum eine erhöhte Arbeitslosigkeit verzeichnet wird (vgl. Elmar Altvater 2009: 199-209; vgl. Bischoff 2009: 60-62). Weitere Auswirkungen der Verschuldung sind in der weltweit anwachsenden sozialen und räumlichen Ungleichheit und in sinkenden Investitionen in Bildung und Soziales zu beobachten. Darüber hinaus sind derartige Krisen aufgrund

---

<sup>2</sup> Dieses Phänomen ist auch als Finanzialisierung bzw. Neoliberalisierung bekannt. Durch die Deregulierung der Märkte seit den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts findet ein Wandel von einem an Sicherheit und an politischer Marktregulierung orientierten keynesianischen zu einem an Flexibilität der Märkte ausgerichteten neoklassischen Wirtschaftsmodell bzw. Wandel vom Welfarestaat zu einem Workfarestaat statt (vgl. Stockhammer 2014: 33-46.; vgl. Mohr 2009: 50; vgl. Holst 2012: 219).

geringerer Wachstumsraten kaum zu bewältigen sind (vgl. Stelter 2014: 7; 11-19; vgl. Lux 2017: 2-3; 269-270).

Weiterhin bestehen auch Kritikpunkte hinsichtlich der Wirtschaftswissenschaften und deren Lösungsansätzen bezüglich derartiger Probleme. Aktuelle zeitgenössische Theorien betrachten das Gleichgewicht von Märkten als einen optimalen Zustand in einer Gesellschaft, dennoch muss dieses Gleichgewicht keine soziale Gleichheit bzw. Gerechtigkeit garantieren. Das liegt daran, dass sich das primäre Erkenntnisinteresse der Ökonomie im Vergleich zu der Soziologie nicht mit der Frage nach der Gestaltung und Strukturierung der Gesellschaft beschäftigt (vgl. Rosa u.a. 2014: 41-44; vgl. Illing 2014: 87-88).

Das gerade erwähnte Argument aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften lässt sich anhand eines weiteren wichtigen Hauptfaktors, nämlich der Umweltproblematik, verdeutlichen. Ein industriebedingter Kapitalismus benötigt Rohstoffe und Energie, wie z. B. Erdöl, die nach wissenschaftlichen Prognosen in der Zukunft immer knapper werden. Als Folge davon können militärische Konflikte zwischen unterschiedlichen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren entstehen (vgl. Winkelmann 2012: 20-21). Weitere Konsequenzen eines industriebasierten Kapitalismus sind auch eine Verschmutzung der Umwelt sowie ein Klimawandel. Wie bereits in der Einleitung gezeigt, sind zwei große Trends zu beobachten. Der eine Teil der Intellektuellen und SozialwissenschaftlerInnen ist der Meinung, dass ein weiteres Bestehen des Kapitalismus anhand des Mechanismus des exponentiellen Wachstums im Zuge der oben aufgelisteten Problematik unmöglich sei. Ein wichtiger Aspekt ihrerseits bezieht sich auf die Widersprüchlichkeit zwischen umweltschonender Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und andererseits zwischen dem Streben nach Wachstum (vgl. Rosa u.a. 2014: 45; 55-56.). Die andere Seite ist aber der Meinung, dass ein „Grüner Kapitalismus“ bzw. eine klimaschonende Ökonomie mit Wachstumsdynamiken möglich sein kann, unter der Voraussetzung, dass bestimmte Reformen eingeführt werden. Dennoch haben diese beiden kritischen Lager den gemeinsamen Standpunkt, dass die heutige Ökonomie nicht mehr in der Lage ist die Umweltprobleme zu lösen und dass dementsprechend eine Reihe von transformierenden Prozessen auf ihn zukommen. Wichtig ist auch noch anzumerken, dass in der Klimadebatte davon ausgegangen wird, dass der Klimawandel zu sozialen Krisen wie z. B. Armut und Krankheiten führt (vgl. Bauriedl 2016: 11-13).

Darüber hinaus ist das Phänomen der Digitalisierung ein weiterer wichtiger Hauptfaktor, der den gerade geschilderten ökologischen Wandel vorantreiben, aber auch die Funktionsweise kapitalistischer Wirtschaften umgestalten könnte. Diese Veränderungen werden durch eine Reihe von miteinander zusammenhängenden Prozessen wie z. B. „die Globalisierung, das Internet, Verbreitung neuer Informations-, Kommunikations- und Produktionstechnologien“ (Redlich, Moritz & Wulf 2017: 157) bedingt. Während klassische Produktionsprozesse im Rahmen eines Unternehmens oder zwischen verschiedenen Unternehmen stattfinden, ermöglichen die neuen Produktionstechnologien die aktive Beteiligung der gesellschaftlichen Individuen an der Entwicklung und Produktion, indem durch ihre Partizipation Umweltnachhaltigkeit gefördert werden kann (vgl. Redlich, Moritz & Wulf 2017: 158-162).

Obwohl die Digitalisierung auf diese Art und Weise, nämlich durch die Subjektivierung der Menschen, zur Lösung der Umweltproblematik beitragen kann (vgl. Stengel 2017: 222), bedeutet das nicht, dass sie soziale Krisen wie z. B. Arbeitslosigkeit lösen kann. In Bezug auf die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitssektor gibt es kritische Stimmen. Randal Collins betrachtet beispielsweise den digitalen Prozess nicht in Anlehnung an Schumpeter und seine theoretische Schule, wonach jede neue technische Innovation zwar zur Zerstörung von Arbeitsplätzen bzw. zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit geführt hat, aber gleichzeitig zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führte. Collins Sorge besteht in der Vermutung, dass die neu entstandenen Arbeitsplätze die Alten nicht vollständig ersetzen können. Der Vorwurf besteht auch noch in der Ersetzung von qualitativer menschlicher Kraft durch künstliche Intelligenz (vgl. Wallerstein u.a. 2014: 52-53).

## **2. Einordnung von Immanuel Wallerstein und Michael Mann in die Fachdisziplin der Historischen Soziologie und die Darstellung ihrer theoretischen Ansätze**

Die unterschiedlichen Ansichten Immanuel Wallersteins und Michael Manns hinsichtlich der Krisenhaftigkeit des heutigen und künftigen Kapitalismus sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass die beiden Soziologen verschiedene theoretische Ansätze diesbezüglich vertreten. Bevor ich an dieser Stelle ihre theoretischen Formulierungen zur Interpretation der Entwicklung gesellschaftlicher Moderne darstelle, werde ich allgemein und grob in die Entwicklung der Fachdisziplin der Historischen Soziologie einführen, in deren Gebiet auch die theoretischen Ansätze von Immanuel Wallerstein und Michael Mann angesiedelt sind. Auf diese Art und Weise möchte ich kurz zeigen, wie und warum die theoretischen Formulierungen beider Autoren entstanden sind. Diesbezüglich

lehne ich mich vorwiegend an die wissenschaftlichen Beiträge von Rainer Schützeichel und Willfried Spohn an, die das Wesen der Historischen Soziologie formulieren.

Die historische Soziologie ist im 20. Jahrhundert entstanden. Dabei legte der Soziologe Max Weber mit seinen Werken den Grundstein in der historischen Soziologie. Eine der Hauptfragen, mit denen sich Max Weber im Rahmen der Historischen Soziologie beschäftigte, war die Untersuchung und Erklärung der Gesellschaft unter der Bedingung ihrer historischen Genese und Entfaltung (Schützeichel 2004: 7; 22).

Spezieller beinhaltet die Historische Soziologie nach Schützeichel (2004: 12) die folgenden verschiedenen Perspektiven:

- Gegenwartsdiagnose: Diagnose und Erklärung gegenwärtiger Verhältnisse durch die Rekonstruktion ihrer historischen Genese;
  - Strukturanalyse: Beschreibung und Erklärung von raumzeitlich invarianten sozialen Phänomenen;
  - Prozessanalyse: Beschreibung und Erklärung von historischen Prozessen;
  - Mikroanalyse: Beschreibung und Erklärung von historischen Ereignissen;
  - Makroanalyse: Beschreibung und Erklärung von soziohistorischen Strukturen;
  - idiographische Analyse: Historische Soziologie als Analyse singulärer Phänomene;
  - nomothetische Analyse: Historische Soziologie als Analyse von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten.
- (Schützeichel 2004: 12)

Die gerade erwähnten Aufgaben und Funktionen der Historischen Soziologie waren ein Ergebnis aus der Synthese zwischen der Geschichtswissenschaft und der Soziologie, wonach gegenwärtige Strukturen und Prozesse zusammen mit vergangenen Geschehnissen betrachtet werden (vgl. Schützeichel 2004: 13).

Im Laufe des 20. Jahrhunderts bildeten sich verschiedene theoretische Strömungen in der historischen Soziologie wie z. B.: die Weimarer Soziologie, die Figurationssoziologie, die Historische Soziologie als Evolutionstheorie, oder die Neue Historische Soziologie, heraus (vgl. Schützeichel 2004: 24; 26; 31-32; 34). An dieser Stelle werde ich vor allem diejenigen erläutern, die zur Entstehung der Theorien von Immanuel Wallerstein und Michael Mann führten. Das sind nämlich die Weimarer Soziologie und insbesondere die Neue Historische Soziologie.

Die in den 1920er-Jahren entstandene Weimarer Soziologie knüpft an die ideengeschichtliche bzw. genetisch-historische Perspektive Max Webers an. Ihre Untersuchungseinheiten waren „historische Individuen‘ wie die ‚Renaissance‘, der ‚moderne Kapitalismus‘ oder die ‚Industriegesellschaft‘“ (Schützeichel 2004: 27). Zu den typischen Vertretern der Weimarer Soziologie zählten

Alfred Weber, Alfred von Martin, Eduard Heimann, Franz Oppenheimer, Emil Lederer, Karl Polanyi, Hans Freyer und Adolf Löwe (vgl. Schützeichel 2004: 26)

Die NHS fußt auf der Weimarer Soziologie sowie auf der französischen Annales-Schule. Sie entwickelte sich vorwiegend im angelsächsischen Raum in den 1960er- und 1970er-Jahren, als sie sich mit der Frage beschäftigt(e), inwiefern die Moderne ein universalistisches Projekt ist oder sie für den jeweiligen Kulturkreis verschiedene Prozesse impliziert (vgl. Spohn 2005: 196-197).

Nach Spohn (2005: 198; 213) wird die NHS durch drei Phasen charakterisiert. Die Erste fand in den 1960er- und 1970er-Jahren statt, als Untersuchungen hauptsächlich auf der makrohistorisch-soziologischen Ebene sowie in Anlehnung an Max Weber betrieben wurden. Typische VertreterInnen für die erste Phase waren: Shmuel N. Eisenstadt, Barrington Moore, Reinhard Bendix und noch Norbert Elias. In dem Zeitraum zwischen den 1970er- und 1980er-Jahren kam es zur Herausbildung der zweiten Phase der NHS, die auf der Ersten aufbaute. Die zweite Periode stellte eine Kritik der ahistorischen struktur-funktionalistischen Evolutions- und Modernisierungstheorien dar und beinhaltete ebenfalls eine historisch-makrologische Perspektive. Namenhafte historisch-soziologische WissenschaftlerInnen in der zweiten Phase waren Charles Tilly, Theda Skocpol sowie Michael Mann. Die dritte Phase der NHS basiert dagegen auf einer historisch mikro-soziologischen Perspektive. Sie entstand in den 1990er-Jahren und hält noch bis heute noch an.

Wallerstein gilt auch als Mitbegründer der NHS, denn seine Untersuchungen waren ebenfalls eine Reaktion auf das vorherrschende ahistorische Paradigma der Soziologie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (vgl. Boris 2005: 186). In den 1970ern und 1980ern kam es infolge dessen zur Entstehung der Weltsystemanalyse, die von Immanuel Wallerstein, Terence K. Hopkins und ihren Kollegen am *Fernand Braudel Center for the Study of Economies, Historical Systems, and Civilizations* an der State University of New York (vgl. Münch 2004: 309) konstruiert wurde.

Die Theorien von Wallerstein (Wallerstein u.a. 2014: 12) und Mann sind, wie bereits in der Einleitung angedeutet, im Bereich der makrohistorischen Soziologie angesiedelt, deren Hauptforschungsfeld sich auf die Genese des Kapitalismus und der modernen Gesellschaften, aber auch auf die Entfaltung alter Kulturen und Reiche bezieht. Im Folgenden zeige ich in den Unterpunkten 2.1. und 2.2. die theoretischen Formulierungen der beiden Autoren.

## **2.1. Die Weltsystem-Theorie von Immanuel Wallerstein**

Immanuel Wallerstein (2019a: 517-521) hat die sogenannte Weltsystemtheorie der Moderne entwickelt. Nach dieser Theorie ist ein Weltsystem durch seine eigene Logik gekennzeichnet, indem alle Dynamiken und Prozesse seinem Inneren entspringen. Innerhalb eines Systems befinden sich demnach alle seine Elementen in wechselseitiger Beziehung.

Wallerstein (2019a: 518; 1994: 107) unterscheidet zwei Arten von Weltsystemen: Weltreiche und Weltwirtschaften. Die wichtigste Differenz zwischen beiden lässt sich anhand der Frage feststellen, wie über die Ressourcenverteilung entschieden wird. Im Unterschied zum System des Weltreichs gibt es bei einer Weltökonomie nicht nur ein einziges Zentrum politischer Machtausübung, sondern viele Machtzentren, die miteinander in Bezug auf die Machtallokation in Wettbewerb stehen. Diese verschiedenen Machtzentren bilden in der Weltwirtschaft ein internationales Netzwerk von souveränen Staaten bzw. ein internationales Staatensystem.

Das moderne Weltsystem stellt eine kapitalistische Weltwirtschaft dar, deren Logik auf der endlosen Akkumulation von Kapital basiert. Gleichzeitig wird das kapitalistische System durch Gegensätze gekennzeichnet. Aus ökonomischer Perspektive steht ein bestimmter Kapitalakkumulator (z. B. Unternehmen) einerseits in Konkurrenz gegenüber Ansammlungen von anderem Kapital, andererseits erweisen sich Arbeiter als eine Hürde hinsichtlich des Grades seiner Gewinnerhöhung. Damit aber die jeweiligen KapitalbesitzerInnen einen Erfolg erzielen können, müssen sie nicht nur die jeweiligen Gewinn-Verlust-Optionen auf dem Markt bereits abgewogen haben. Aus politisch-kultureller Hinsicht müssen sie dafür sorgen, dass die jeweiligen arbeitenden Gesellschaftsmitglieder auch an dieser sozialen Ordnung partizipieren können, damit die kapitalistische Ordnung legitimiert werden kann. Aus kurz- und mittelfristiger Ansicht kann dies ökonomisch und politisch durch die Vergabe von Zugeständnissen an die arbeitenden Schichten erfolgen. Aus langfristiger Perspektive sind aber die Möglichkeiten zur unbegrenzten Kapitalanhäufung aufgrund der Ökonomisierung von jedem Ding erschöpft, was dazu führt, dass ökonomische und politische Probleme nach der Logik des kapitalistischen Systems nicht mehr gelöst werden können (vgl. Wallerstein 2019a: 38-41; 107-111).

Wallerstein (2019a: 27-28; 1994: 107-108) spricht deswegen vom Weltsystem und nicht von Imperien<sup>3</sup>, Nationalstaaten usw., weil es eine ökonomische Einheit darstellt. Die verschiedenen Teile des Systems beruhen hauptsächlich auf ökonomischen Verbindungen, während politische und kulturelle Einflüsse nur eine nebensächliche Rolle dabei spielen. Laut ihm hat es Weltwirtschaften in der Geschichte immer gegeben, aber im Laufe der Zeit haben sie sich zu einer einheitlichen politischen Struktur entwickelt. Die Einzigartigkeit des modernen Weltsystems liegt darin, dass es einerseits aus historischer Sicht sehr lange überlebt hat. Auf der anderen Seite hat es sich nicht in ein Weltreich verwandelt. Das liegt vor allem daran, dass das moderne Weltsystem hohe Produktionsraten und Expansionsmöglichkeiten ohne die Notwendigkeit einheitlicher politischer Strukturen ermöglicht.

Der Autor akzentuiert außerdem deswegen auf dem modernen Weltsystem und nicht nur auf einem System, weil es eine breitgefächerte tätigkeitsbezogene Arbeitsteilung sowie eine Vielzahl an Kulturen miteinbezieht. Das kapitalistische System wird aber gleichzeitig auch durch eine räumliche und hierarchische Arbeitsteilung gekennzeichnet, die dann die Weltwirtschaft in Regionen je nach ihrer ökonomischen und politischen Stärke bzw. nach dem Komplexitätsgrad von ökonomischen Unternehmungen aufdröseln: Zentrum, Semiperipherie und Peripherie. Die semiperipheren Orte sind diejenigen Gebiete, die sich entweder zur Zentrumsmacht entwickeln oder zur Peripherie verfallen können (vgl. Wallerstein 2012a: 205; vgl. Wallerstein 2019a: 518; 520-521).

Es gibt zwei Erfolgskonzepte bzw. Bedingungen für die Etablierung von Zentralgebieten in einer Weltwirtschaft. Einerseits muss der jeweilige Zentralort Rohstoffe zu möglichst geringem Preis aus der Peripherie importieren, die er dann gegen komplex produzierte Industrieprodukte tauschen kann. Darüber hinaus muss der jeweilige Zentralort über die Fähigkeit verfügen, innerhalb der Zentralmärkte mit anderen Zentralorten zu konkurrieren (vgl. Wallerstein 2019a: 285).

Im Kapitalismus agiert die Politik/der Staat nicht als zentraler Akteur, sondern er übt Hilfsmittelfunktion für die Etablierung von Handelsvoraussetzungen für wirtschaftliche Tätigkeiten aus. Das bedeutet nicht, dass der Staat eine minimale Funktion erfüllt, sondern ein starker Staat stellt eine notwendige Bedingung dafür dar, dass sich ein Ort zur Zentralmacht entwickelt bzw. diese beibehält. Unter starkem Staat wird der Ausbau von bürokratischem Staatsapparat verstanden, der

---

<sup>3</sup> Im Vergleich zum Weltsystem werden Imperien durch eine starke politische Zentralisierung gekennzeichnet (vgl. Wallerstein 2019a: 27).

einerseits der Befriedigung der Interessen verschiedener Gruppen, v. a. der neuentstandenen kapitalistischen Schichten (Veränderungswillige) sowie der alten aristokratischen Schichten (Traditionalisten), dient. Andererseits übt der starke Staat wichtige Koordinierungsfunktionen in Bezug auf die Industrie-, Landwirtschafts- und Handelsentwicklung aus (vgl. Wallerstein 2019a: 28; 528-529).

Weiterhin impliziert die kapitalistische Weltwirtschaft zwei Hauptprozesse. Der eine bezieht sich auf den langsamen/historischen Aufstieg und Niedergang von Hegemonialmächten, während der andere die sogenannten Kondratjew-Zyklen miteinbezieht (vgl. Wallerstein 2012b: 320).

Die Hegemonialphasen sind diejenigen Zeitperioden, in denen sich eine Zentralmacht im System zur Hegemonie entwickelt. Diese Perioden werden durch einen gewissen Frieden, zumindest unter den großen Rivalen, im System gekennzeichnet, d. h., es kommt zu kaum militärischen Auseinandersetzungen unter ihnen. Die Zeit nach dem Niedergang einer hegemonialen Macht wird dagegen durch mehr Unordnung und Konflikte charakterisiert. Nach dem Autor hat es im modernen Kapitalismus drei Hegemonialmächte gegeben: die Niederlande, Großbritannien und die USA (vgl. Wallerstein 1995: 25-26).

Die Kondratjew-Zyklen stellen nach Wallerstein (2012a: 147-148; auch 2012b: 320) sowohl Phasen der Expansion, als auch Phasen des Abschwungs dar, die eine Dauer von ca. 50/60 Jahren haben. Eine Expansionsphase wird grundsätzlich durch hohen Beschäftigungsgrad, steigende Bevölkerungszahl, erhöhte Produktion gekennzeichnet, während sinkende ökonomische Produktivität, sowie politische Umverteilung der Einkommen typisch für Abschwungphasen sind.

Darüber hinaus wird das Weltsystem im Laufe seiner Historizität durch bestimmte bedeutende Ereignisse charakterisiert. Ein bedeutendes Ereignis stellt das Zustandekommen von (verschiedenen) Umständen dar. Es ist deswegen bedeutend, weil es dann Folgen für den weiteren Verlauf der Geschehnisse im Weltsystem hat. D. h., ein bedeutendes Ereignis erscheint als ein Ursachenfaktor für die Formierung künftiger Ereignisse (vgl. Wallerstein 2004: 134).

Ein weiteres Merkmal von jedem Weltsystem ist die Entstehung einer Geokultur. Dabei dauert es bestimmte historische Zeit, bis sich diese Geokultur entwickelt hat. Unter Geokultur versteht der Autor die jeweiligen Werte, Normen und Regeln, die von der Mehrheit der Systemmitglieder bewusst oder teilweise bewusst akzeptiert werden und dadurch die Legitimität des Systems

garantieren. In dem Weltsystem gibt es immer Menschen, die seine Geokultur ablehnen. Sobald sich die Zahl der KritikerInnen des Systems in einer Minderheit befindet, wird das System durch Stabilität gekennzeichnet (vgl. Wallerstein 1995: 146-147).

Jedes historische Weltsystem wird durch Phasen der Entstehung, der Entwicklung und des Niedergangs gekennzeichnet. Wenn die Integrität des Weltsystems zu bröckeln beginnt, kann es zur sogenannten Krise des Systems kommen, die nicht mit den gerade beschriebenen typischen Abschwungphasen verwechselt werden darf. Eine Krise des Systems taucht dann auf, wenn die systemischen Widersprüche einen bestimmten (sehr hohen) Grad an Intensität erreicht haben. Gerädementsprechend ein Weltsystem in eine Krise, beginnt ab diesem Zeitpunkt eine Periode der Auflösung des Systems (vgl. Wallerstein 1994: 104-106; vgl. auch Wallerstein 2012a: 6).

Immanuel Wallerstein (2019a: 24) verfolgt einen unidisziplinären und nicht multidisziplinären Ansatz zur analytischen Erklärung gesellschaftlicher Phänomene, der die sozialwissenschaftlichen Disziplinen Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Anthropologie und Geschichte miteinbezieht. Dementsprechend können zur Analyse der modernen Weltwirtschaft die Sphären der Wirtschaft, der Politik und der Soziologie bzw. der Kultur nicht als autonome Subsysteme bzw. als autonome Strukturen und Handlungen betrachtet werden, sondern diese Bereiche stellen konstante und wechselseitige Überlappungen miteinander dar (vgl. Wallerstein 1994: 38)

Obwohl es für das einzelne Individuum verschiedene Möglichkeiten und Chancen zur Auswahl seiner Lebensentfaltung gibt, ist der Theoretiker der Meinung, dass die Handlungen der gesellschaftlichen Individuen grundsätzlich von den strukturellen Entwicklungen im Weltsystem determiniert werden (vgl. Wallerstein 2019a: 21; Wallerstein 2004: 288).

## **2.2. Das IEMP-Modell von Michael Mann**

Bei der Beschreibung des Mann'schen Theorieansatzes zur Untersuchung moderner Gesellschaften beziehe ich mich im Folgenden fast ausschließlich auf das erste Kapitel des ersten Bandes seines vierbändigen Werkes „The Sources of Social Power“. Dieses Kapitel ist deswegen als grundlegend und notwendig zu betrachten, weil er dort seine ganze Theorie formuliert, anhand deren Logik alle vier Bände zu interpretieren sind.

Im Vergleich zu Immanuel Wallerstein versteht Michael Mann (2012a: 1-2) die Veränderungen in der Gesellschaft nicht als eine Systemveränderung, sondern als eine Interaktion und Überlagerung

verschiedener sozialräumlicher Machtkräfte, die sich innerhalb der Historizität ständig verändert haben und trotzdem nicht verschwunden sind. Mann begreift sowohl aus historischer, als auch aus theoretischer Hinsicht die Gesellschaft als ein Ergebnis von Machtbeziehungen, die ein Ausdruck menschlicher Eigenschaften sind. Das ist auch der Grund dafür, warum sein vierbändiges Werk über die Entstehung und Entwicklung menschlicher Gesellschaften unter dem Titel „Geschichte der Macht“ (oder auf Englisch „The Sources of Social Power“) erscheint.

Anhand der Betrachtung der Quellen der Macht in ihrer Historizität versucht Michael Mann (2012a: 2-4; 32) eine Antwort auf die Fragen zu geben, wie die menschlichen Gesellschaften funktionieren, bzw. durch welche Hauptmerkmale und -kausalitäten die verschiedenen Prozesse, Ereignisse und Veränderungen des Sozialen gekennzeichnet sind. Demensprechend weist er darauf hin, dass die soziale Wirklichkeit in ihrer Gegenwart und Geschichtlichkeit nicht durch eine Systemuntersuchung zu erklären ist. Deswegen wendet er sich gegen soziologische Theorien wie etwa systemtheoretische, strukturalistische, funktionalistische oder marxistische Ansätze, weil sie laut ihm die Gesellschaft als eine einheitliche und geordnete Gesamtheit definieren. Stattdessen gibt der Autor selber in der Beschreibung seiner Theorie zu, dass er sich hinsichtlich der Analyse von Gesellschaft, Geschichte und Gemeinschaftshandeln an Max Weber orientiert.

Der Autor betrachtet demzufolge die Menschen als rational- und zielorientiert, indem sie über die Fähigkeit verfügen, die passenden Mittel zu wählen, um sie dann für die Erreichung eines bestimmten Zieles einzusetzen. Die menschlichen Motivationen, Bedürfnisse und Ziele führen zur Herausbildung von gesellschaftlichen Beziehungen. Aufgrund der hohen Vielfältigkeit an Zielen und Bedürfnissen, die jeder Mensch hat, kommt es zu zahlreichen und verschiedenen sozialen Beziehungen und Interaktionsnetzen, die beispielsweise Liebe, Familie, Ökonomie, Staat oder etwas anderes umfassen können. Die Beziehungen und Interaktionsnetze erweisen sich dementsprechend als Mittel zur Erreichung von Zielen (vgl. Mann 2012a: 4-6).

Eines der Probleme bei der Analyse der Gesellschaften ist, dass sie kaum geordnet sind. Webers Musterlösung bestand dabei in der Entwicklung von Idealtypen sozialen Handelns, um mit dieser Ordnungsproblematik zurechtzukommen. Auf eine ähnliche Weise entwickelte Mann (2012a: 4) ein idealtypisches organisatorisches und sozialräumliches Modell der Quellen sozialer Macht

(IEMP<sup>4</sup>-Modell), das vier Hauptmachtquellen impliziert: die ökonomische, die politische, die ideologische und die militärische Macht. Dabei hat seine Gesellschaftsanalyse einen hauptsächlichen Schwerpunkt auf „der Fähigkeit und Möglichkeit, Menschen, Materialien und Territorien zu organisieren und zu kontrollieren bzw. zu beherrschen, sowie der Entstehung und Entwicklung dieser Fähigkeit im Lauf der Geschichte“ (Mann 2012a: 2)

Nach diesem Modell ist die Geschichte der Menschheit und somit die Entwicklung des modernen Kapitalismus als eine wechselseitige Beeinflussung der vier Machtmechanismen zu betrachten. Die vier Machtquellen finden ihren Ausdruck in den sich überlappenden Geflechten der Interaktion sozialräumlicher Machtverhältnisse<sup>5</sup>. An dieser Stelle betont der Autor, dass Macht kein menschliches Ziel bzw. kein ursprüngliches menschliches Bedürfnis darstellt, sondern sie erweist sich als ein emergentes Bedürfnis zur Erreichung von Zielen. Anders ausgedrückt dient die Macht in Form von organisatorischen Mitteln zur Erreichung menschlicher Ziele. Dementsprechend versteht er unter den vier Machtquellen „emergente organisationale Machtquellen“, die laut ihm im Vergleich zu menschlichen Zielen keine Gegebenheiten sind, sondern sie entstehen und entfalten sich erst im Laufe der Erfüllung der Ziele bzw. der menschlichen Bedürfnisbefriedigung. Die Verwendung der vier Machtquellen verkörpert die Ausweitung von alten und die Etablierung von neuen sich überlagernden Interaktionsnetzen (vgl. Mann 2012a: 3-6; 16).

Aus dem gerade beschriebenen lässt sich auch der Begriff der Macht herleiten. In seiner reinen Gestalt bedeutet die Macht im Allgemeinen die Fähigkeit eines Individuums seine Ziele durch die Herrschaft über sein Umfeld zu erreichen, indem es dadurch seinen Willen erzwingt. Die vier Quellen sozialer Macht implizieren gleichzeitig unterschiedliche Organisationsformen bzw. organisationale Mittel gesellschaftlicher Kontrolle, die der Autor auch als Begriffspaare betrachtet. Das kann intensive und extensive Macht, distributive und kollektive Macht sowie autoritative und diffuse Macht sein (Mann 2012a: 6).

Unter distributiver Macht wird die Möglichkeit von einer Person verstanden, einen Einfluss auf jemanden anderen auszuüben. D. h., es findet eine Machtdurchsetzung von A nach B statt. Wenn B die Macht bekommen möchte, dann muss A sie verlieren. Das bedeutet, dass an dieser Stelle ein

---

<sup>4</sup> Dieses Kürzel steht für „ideological, economic, military, [sic] and political (IEMP) relationships“ (Mann 2012a: 2).

<sup>5</sup> Nach Mann (2012a: 27-28; 32) gibt es auch andere Interaktionsnetze von Macht, aber die vier bereits genannten sind die Hauptmachtquellen, anhand derer die Fragen nach den Determinanten und der Funktionsweise der Gesellschaften erklärt werden.

Nullsummenspiel stattfindet. Bei der kollektiven Macht geht es darum, dass nicht eine Person, sondern miteinander kooperierende Menschen Macht über Dritte bzw. Natur ausüben können. Mit anderen Worten erschaffen Individuen bei kollektiver Macht soziale Beziehungen, um ihre Ziele zu erreichen. Gleichzeitig verfügen diejenigen Gesellschaftsmitglieder, die die kollektive Macht haben, über die Fähigkeit sich selbst zu organisieren bzw. über organisationale Dominanz über andere. Kollektive Macht wird in der Regel von einer kooperierenden Minderheit auf eine nicht organisierte Mehrheit ausgeübt. Dass sich die Individuen als eine Mehrheit nicht/schwer organisieren können, ist der Grund, warum sie einer kollektiven Macht unterliegen und weshalb sie ihr nicht widerstehen können. Eine weitere Bedingung zur langfristigen und problemlosen Ausübung kollektiver Macht findet sich neben dem erforderlichen Selbstorganisationsvermögen in ihrer Institutionalisierung (vgl. Mann 2012a: 6-7)

Das andere Machtbegriffspaar bezieht sich auf die extensive und intensive Macht. Unter extensiver Macht wird die Fähigkeit gemeint, eine Vielzahl von Individuen über weite geographische Distanzen zu organisieren, wobei dafür nur eine minimale Kooperation zwischen ihnen notwendig ist. Im Gegensatz dazu ist die intensive Macht durch die Fähigkeit gekennzeichnet, eine bestimmte Menschenzahl streng zu organisieren und von ihnen einen hohen Grad an Teilnahme und Zusammenhalt zu erfordern. Dabei kann der Umfang des Raumes und der Zahl der untergeordneten Personen sowohl klein als auch groß sein (vgl. Mann 2012a: 7-9).

Trotz der Definition der beiden gerade beschriebenen Begriffspaare sind Gesellschaften nicht als Anhäufungen von Individuen zu verstehen, die nur einer Autorität unterliegen können. Deshalb ist an dritter Stelle laut dem Autor erforderlich, weiterhin zwischen autoritativer und diffuser Macht zu unterscheiden. Eine autoritative Macht wird durch wechselseitige Zustimmung von Gruppen und Institutionen gekennzeichnet, die dann auf Anweisungen und bewusster Folgsamkeit basiert. Dagegen wird die diffuse Macht durch Spontaneität, Unwillkürlichkeit und Dezentralität unter den Gesellschaftsmitgliedern charakterisiert (vgl. Mann 2012a: 7-9).

Die gerade erwähnten idealtypischen Formen der intensiven, extensiven, autoritativen und diffusen Machtentfaltung treten bei jeder der vier Machtquellen auf unterschiedliche sozialräumliche Art und Weise auf. Nachdem ich die Formen der organisationalen Macht beschrieben habe, werde ich jetzt die vier Machtquellen vereinzelt charakterisieren. Dadurch werden organisationale Gestalten, über die die vier Machtquellen verfügen, veranschaulicht (vgl. Mann 2012a: 27-28).

### **2.2.1. Die ideologische Machtquelle**

Die ideologische Macht impliziert drei Tatbestände: sinngebende Begriffe und Kategorien zur Wahrnehmung der Welt, gemeinsam geteilte Normen hinsichtlich des sozialen Handelns unter den Individuen sowie ästhetische bzw. rituelle Praktiken. Die letzten können nicht immer rational und wissenschaftlich aufgrund ihrer mangelnden Überprüfbarkeit erklärt werden. Diejenigen Gesellschaftsgruppen, die über das Monopol über diese drei Sachverhalte verfügen, haben die Möglichkeit extensive und intensive Macht auszuüben. Dadurch kann diese Gruppe weiterhin eine distributive Macht ihrer kollektiven Macht hinzufügen. Ein Paradebeispiel für ideologische Macht sind säkulare, aber vor allem religiöse Bewegungen (vgl. Mann 2012a: 22-23).

Die ideologische Machtorganisation kann entweder in einer sozialräumlichen transzendenten Form oder als immanente Moral erscheinen. Die sozialräumliche Transzendenz wird vorwiegend durch Machstrukturen der Autorität gekennzeichnet, mit der vor allem die Machtsphäre einer Religion und ihrer gesellschaftlichen Integrationskraft gemeint werden. Dennoch gibt es auch diffuse Gestalten der sozialräumlichen Transzendenz wie z. B. der Alphabetismus, das Geldsystem und die Märkte. Die immanente Moral bzw. immanente Ideologie führt zur Festigung der Macht einer bereits existierenden sozialen Gruppe. Ein Paradebeispiel für immanente Ideologie sind Klassen- und Staatsideologie, die extensive und diffuse Machtelemente enthalten (vgl. Mann 2012a: 23-24).

### **2.2.2. Die ökonomische Machtquelle**

Die ökonomische Macht wird durch Kreisläufe sozial organisierter Produktion, Distribution, Austausch und Verbrauch der Naturgegebenheiten bedingt, deren Zustandekommen durch die Subsistenznotwendigkeit der Individuen zu erklären ist. Dabei spielt die Klasse als Gruppierung hinsichtlich der Produktions-, Verteilungs- und Tausch- und Konsumptionsbeziehungen eine Hauptrolle für deren Zustandekommen. Diejenigen Klassengruppierungen, die über das Monopol der gerade erwähnten Zusammenhänge verfügen, können distributive und kollektive Macht unter den Gesellschaftsindividuen bekommen. Weiterhin implizieren die wirtschaftlichen Prozesse einen hohen Grad an extensiver und intensiver Macht (vgl. Mann 2012a: 24-25).

Für Mann (2012a: 24-25) verfügen die Klassen über unterschiedlichen Grad an Macht hinsichtlich der sozialen Organisation von Umverteilung, Extraktions- und Konsumptionsprozesse. Unter

herrschenden Klassen werden Gruppierungen verstanden, die neben der ökonomischen auch andere Machtquellen monopolisiert haben.

Für Mann (2012a: 25) sind die Verbindungen zwischen Produktion und Tauschrelationen locker und komplex. Diesbezüglich weist er auf den Hauptunterschied zwischen den zwei zentralen Theoriepositionen in der Soziologie hin: den Marxismus und den Neu-Weberianismus. Während für VertreterInnen des Marxismus das Soziale durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse zu erklären ist, bestimmen bei der zweiten Theorieströmung die Tauschverhältnisse die Entwicklung der Gesellschaft. Der Autor ist der Meinung, dass diejenige Klasse, die die Produktionsprozesse kontrolliert, intensive Macht ausüben kann. Dagegen kann durch die Tauschverhältnisse extensive Macht angewendet werden. Trotz dieser Unterschiede erweist sich wirtschaftliche Macht im Allgemeinen als diffus und nicht als autoritativ.

Klassen sind weiterhin ein Ausdruck der Verknüpfungen zwischen intensiver Produktions- und extensiver Tauschverhältnisse. Wie stark die Beziehung zwischen Produktion und Tausch ist, hängt es davon ab, inwieweit Klassen und Klassenkämpfe im Rahmen der Kreisläufe extensiv, symmetrisch und politisch auftreten (vgl. Mann 2012a: 24-25).

### **2.2.3. Die militärische Machtquelle**

Militärische Macht wird einerseits durch die Notwendigkeit von organisierter physischer Verteidigung und andererseits durch das Realisieren aggressiver Ziele bedingt. Sie impliziert intensive und extensive Machtformen, die Problematiken von Leben und Tod sowie von der Organisation von Abwehr und Offensive großer sozialgeographischer Räume betreffen. Diejenigen Gruppierungen, die über das Monopol über die militärische Macht verfügen, können sehr leicht distributive und kollektive Macht ausüben (vgl. Mann 2012a: 25-26).

Die militärische Organisation wird durch konzentrierte Zwangsgewalt gekennzeichnet. Sie kann nicht nur während einer Kriegsführung, sondern auch in Friedenszeiten (beispielsweise zum Einsatz von Zwangsarbeit zur Errichtung strategischer Bauten sowie in der Landwirtschaft und in Industrien) angewendet werden. Die Ausübung konzentrierter, intensiver und autoritativer Militärmacht kommt vor allem dann zum Einsatz, wenn enorme Resultate erzielt werden sollen (vgl. Mann 2012a: 26).

Darüber hinaus wird die militärische Macht durch negative bzw. terroristische Form charakterisiert. Dazu kommt es, wenn der Militarismus die Kontrolle über den Staat und/oder über die ökonomischen Produktionsverhältnisse erlangt. Dennoch handelt es sich hier um eine minimale Kontrolle der Gesellschaft, denn obwohl sie eine Einschüchterung breiter Bevölkerungsmaßen hervorrufen kann, kann deren Handel aufgrund logistischer Mängel seitens des Militärs kaum einer effektiven Kontrolle unterzogen werden (vgl. Mann 2012a: 26).

#### **2.2.4. Die politische Machtquelle**

Unter politischer Macht meint Michael Mann (2012a: 26-27) das Bedürfnis nach zentralisierten, institutionalisierten und territorialen Regelungen gesellschaftlicher Beziehungen. Im engeren Sinn entspricht nach dem Autor die militärische Macht der Staatsmacht<sup>6</sup>. In seinem Werk wird politische Macht grundsätzlich nur auf die eng beschriebene Definition reduziert. Während ideologische, militärische und ökonomische Macht transzendente Eigenschaften hat, führt der Staat zu Einschränkungen, indem er Grenzen zwischen den Völkern schafft. Diejenigen Gruppen, die die Staatskontrolle bekommen, verfügen über kollektive und distributive Macht.

Die politische Macht kann innenpolitisch und international organisiert werden. Mit innenpolitischer Machtorganisation wird die territoriale Zentralisierung und Begrenztheit des Staates gemeint. Dementsprechend erweist sich die Staatsmacht als autoritativ. Auf internationaler Ebene werden die zwischenstaatlichen Beziehungen geregelt. Der Autor nennt die internationale Staatsorganisation auch noch geopolitische Diplomatie, indem er sie in zwei weitere geopolitische Organisationsformen aufdröselte. Einerseits kann die geopolitische Diplomatie große Reiche und deren Vasallstaaten umfassen, auf der anderen Seite dient sie zur Regelung von unterschiedlichen multistaatlichen Gesellschaftsbeziehungen (vgl. Mann 2012a: 27).

Die gerade beschriebenen vier Quellen der Macht liefern den Menschen die Organisationsmittel, anhand derer sie ihre Ziele erreichen können. Die Wahl der jeweiligen Organisationsmittel bzw. ihre Erscheinung in der Gesellschaft hängt davon ab, welche der vier Machtquellen historisch gegeben sind (vgl. Mann 2012b: 10).

---

<sup>6</sup> Unter Staaten versteht Mann (2012b: 109) „zentralisierte Akteure und Orte, wo die Gesellschaftsbeziehungen koordiniert werden“.

### 3. Forschungsfrage und Forschungsdesign

Durch die vorliegende Arbeit möchte ich anhand der gerade beschriebenen Theorieansätze von Immanuel Wallerstein und Michael Mann theoretisch zeigen, inwieweit sich der heutige Kapitalismus in einer Endphase befindet, oder ob er nur durch einen Transitionsprozess trotz der oben geschilderten Krisen charakterisiert wird, bei dem er seine Grundessenz beibehält. Demensprechend ist es Ziel der Arbeit, eine makrohistorisch-soziologische Gegenwartsdiagnose über den Zustand des heutigen Kapitalismus durchzuführen, die eine Untersuchung über die Genese und Entwicklung der modernen Gesellschaften der westlichen Industrienationen beinhaltet. Der zweite Satz des Titels der Masterarbeit heißt deswegen „Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung moderner Industrienationen...“ und nicht „Analyse der Entwicklung des Kapitalismus...“, weil erstens - wie bereits im vorherigen Kapitel erfahren – die Ursprünge kapitalistischer Gesellschaften in Europa und in den USA liegen. Auf der anderen Seite untersuchen Wallerstein und Mann ihre Entstehung aus einer vorwiegend eurozentrischen Perspektive.

Zur Vereinfachung habe ich mich aufgrund der enormen Informationsmenge dafür entschieden, die Arbeit in vier weitere Kapitel, bzw. spezieller in vier Hauptteile (Hauptkapitel), aufzudröseln, in denen ich ideengeschichtlich die unterschiedlichen Etappen der gesellschaftlichen Entfaltung der Moderne seit den Ursprüngen des Kapitalismus anhand einer vergleichenden Anwendung der im ersten Teil beschriebenen Theorieansätze in Bezug auf die Historizität wesentlicher Ereignisse und Prozesse untersuche. Dabei werde ich die gesellschaftliche Entwicklung durch die Aufstellung wechselseitiger Ergänzungen und Unterschiede der beiden Autoren hinsichtlich ihrer Argumente und Standpunkte über die Entstehung und Entfaltung des Kapitalismus konstruieren. Das gerade Beschriebene impliziert die Methode des Theorienvergleichs.

Die Heuristik des Vergleichs beschäftigt sich mit der „Frage nach den wesentlichen Gemeinsamkeiten und relevanten Unterschieden“ (Zapf 2018: 42). Diese Methode beinhaltet sowohl theoretische als auch theorieexterne Aspekte, die diesen Vergleich ermöglichen. Zu den theoretischen Teilen gehören:

erkenntnistheoretische Grundlagen, zentrale Begriffe, Hypothesen und Argumente, empirische Basis, Aussagenhierarchie und Theoriearchitektur sowie spezifische Antworten auf konkrete Fragen wie [...] die normative Bewertung von Handlungen oder die Motivation von moralischem Handeln als Ausgangspunkte für die Suche nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Theorieextern werden sie ergänzt durch soziale Randbedingungen wie gesellschaftliche/politische Situation, wissenschaftliche Paradigmen, intellektuelle Traditionen, Einflussgrößen wie Religionen, Ideologien, sozioökonomischer Status/Klassenzugehörigkeit sowie durch von der Theorie selbst ermöglichte

gesellschaftliche (und damit theorieexterne) Effekte wie z. B. die Wirkung der Theorie auf bestimmte Gruppen, die Umsetzung einer Theorie in politische Programmatik oder die Häufigkeit theoriespezifischer Semantiken im öffentlichen Diskurs etc. (Zapf 2018: 43)

Diese Methode ist besonders geeignet für den Vergleich von zwei bis drei Theorien aufgrund ihrer Sicherheit. Werden dagegen mehr als drei Theorien verglichen, dann müssen „zum einen harte, intersubjektiv leicht nachvollziehbare Kriterienraster und Operationalisierungsmethoden und zum anderen die Arbeitsökonomie des gewählten Ansatzes“ (Zapf 2018: 43) berücksichtigt werden. Das ist auch der Grund, aus dem ich die Methode des theoretischen Vergleichs ausgewählt habe (vgl. Zapf 2018: 43).

Anhand der Methode des Vergleichs werden die bereits oben erwähnten vier Hauptteile strukturiert. Dabei stellt jedes der vier Hauptkapitel jeweils ein neues Element zur gesellschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus dar. Kapitel II beschäftigt sich mit der Genese des Kapitalismus. Im Gegensatz zu den darauffolgenden Kapiteln III, IV und V bezieht sich dieses auf einen größeren Zeitraum, der ungefähr die Periode zwischen 11./12. Jahrhundert und Ende des 17. Jahrhunderts einschließt. Diese Zeit umfasst einerseits den Feudalismus als gesellschaftliche Ordnung und andererseits die Übergangszeit vom Feudalismus hin zum Kapitalismus.

Michael Mann und Wallerstein (2012b: 8) sind der Meinung, dass sich viele historische Zeitperioden überlappen. Dementsprechend ist es schwer genauere zeitliche Abgrenzungen festzulegen. Damit wird gemeint, dass die ideengeschichtliche Logik der Ereignisse eines Jahrhunderts länger als 100 Jahre dauern kann. Aus diesem Grund tragen Kapitel III, IV und V den Namen „das lange 18. [19. / 20.] Jahrhundert“. In diesen Kapiteln untersuche ich die Hauptereignisse, -prozesse bzw. Hauptveränderungen im Kapitalismus untersuche.

Der letzte Teil vom Kapitel V beinhaltet den Ausblick und die Perspektivität für den Kapitalismus als gesellschaftliche Ordnung. Dort zeige ich in Anlehnung an die von mir durchgeführte Analyse in den Kapiteln II, III, IV und V, inwieweit es die in der Einleitung dargestellten Krisen des Kapitalismus schon immer gegeben hat, inwiefern es sich an dieser Stelle um eine veränderte Konstellation dieser Problematik handelt, oder ob es um neue Krisen geht, die das kapitalistische System herausfordern, indem sie durch ihr Auftauchen den ersten Schritt in eine neue gesellschaftliche Ordnung anleiten.

In Bezug auf die von mir oben beschriebene Unternehmung setzte ich mich einerseits mit der Analyse des vierbändigen Werks von Wallerstein über den modernen Kapitalismus sowie mit der Analyse von zwei seiner Monographien – „After Liberalism“ und „Geopolitics and Geoculture“ auseinander, die alle die Entwicklung des „modernen Weltsystems“ darstellen. Als Kontrastfolie dafür wird in dieser Arbeit die intensive und teilweise parallellaufende Analyse des ebenfalls vierbändigen Werkes von Michael Mann über die „Geschichte der Macht“ dienen. In Anlehnung an die gerade genannten Werke wurden die verschiedenen Thematiken und Kategorien des Vergleichs in den darauffolgenden Kapiteln von mir selber festgelegt. Dabei wird jedes Kapitel durch seine bestimmte Zusammenstellung dieser Kategorien gekennzeichnet, welche ich am Anfang jeden Hauptteils der Arbeit erläutere.

## **II. Genese des Kapitalismus: vom 12. Jahrhundert bis Mitte des 17. Jahrhunderts**

Im ersten Band seines Werkes beschäftigt sich Wallerstein (2019a: 29) mit den historischen Bedingungen zur Entstehung der europäischen Weltwirtschaft. Die europäische Weltwirtschaft unterscheidet sich von anderen Weltwirtschaften dadurch, dass sie kapitalistisch strukturiert ist. Bevor sich in Westeuropa der Kapitalismus seit dem 16. Jahrhundert entfaltet, herrschte dort die Ordnung des Feudalismus. Die beiden Ordnungen analysiert der Autor vor allem in Bezug auf deren politischen, ökonomischen und geopolitischen Ausprägungen.

Genauso wie Wallerstein befasst sich Mann (2012a: 375; 376) in dem ersten Band seines Werkes mit der Genese des Kapitalismus. Wenn der Feudalismus und der Kapitalismus als generalisierte historische Perioden von Europa betrachtet werden, dann müssen nach Mann zur deren Erklärung nicht nur die Machtorganisationsformen der ökonomischen, sondern auch der militärischen, politischen und ideologischen Interaktionsnetze berücksichtigt werden.

Die gerade erwähnten Dimensionen des Sozialen sind deswegen für die beiden Autoren zu berücksichtigen, weil sowohl beim Feudalismus, als auch beim Kapitalismus der jeweilige Produktionsmodus allein für die gesellschaftliche Organisation nicht bestimmend sein kann, denn zu ihrer etablierten Funktionsweise werden beispielsweise Ideologie und politische Institutionalisierung benötigt. In diesem Kapitel liegt der Schwerpunkt auf der Darstellung des Feudalismus als soziale Ordnung sowie des Übergangs von feudaler zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dieser Einschub über den Feudalismus in Europa ist ein wichtiger Baustein, der in die Genese des Kapitalismus sowie in die Entstehung der Staaten einführt. Das ist auch der Grund, warum ich zuerst damit beginne.

Dieses Kapitel besteht aus drei Teilen. Im ersten Punkt beschreibe ich den Feudalismus anhand wechselseitiger Ergänzungsargumente von Michael Mann und Immanuel Wallerstein. Die Punkte 2 und 3 stellen die unterschiedlichen, aber gleichzeitig aufeinander aufbauenden Sichtweisen der beiden Soziologen über die Grundsteinlegung der kapitalistischen bzw. der modernen westlichen Gesellschaften dar. Beim Punkt 2 beginne ich zuerst mit den theoretischen Erklärungen Manns über die geschichtlichen Bedingungen zur Entstehung des Kapitalismus. Gleichzeitig betont Punkt 3 die praktische Anwendung der bereits im Punkt 2 beschriebenen kapitalistischen Dynamik, indem der Prozess des Wandels der Kapitalakkumulation von Süd- nach Nord- und Nordwesteuropa indirekt gezeigt wird.

## **1. Politische und ökonomische Formen im Feudalismus**

Um das Jahr 1000 war Europa laut Mann (2012a: 376) durch starke Dezentralisierung vieler kleiner politischer Einheiten gekennzeichnet, zwischen denen es eine kleine Anzahl an sich überlappenden Interaktionsnetzwerken gab. Unter politischer Einheit zu jener Zeit werden vor allem Stadtstaaten oder ein föderatives Bündnis von kleinen Staaten bzw. Stämmen gemeint, die über die ökonomische, militärische und teilweise über die ideologische Macht verfügten. Dennoch waren diese politischen Einheiten sehr schwach ausgeprägt, so dass sie kaum einen Einfluss auf ihre Bevölkerung und Territorien ausüben konnten. D. h., dass sich die meisten gesellschaftlichen Verhältnisse auf lokaler Ebene ereigneten, worunter die Gemeinschaften im Rahmen eines Klosters, eines Dorfes, einer Stadt, einer Burg, eines Herrenhauses oder der Zünfte verstanden werden.

Unter Feudalstaat wird aber auch ein Standesstaat gemeint, der aus Adel, Geistlichen und reichen Bauern hinsichtlich der Ausübung politischer Macht bestand. Zwar regierte der jeweilige Herrscher über die drei Stände, jedoch hatten alle drei keine organische Verbindung untereinander und traten als autonome Machtakeure auf. Trotzdem erfüllte die feudale Staatsregierung die Rolle als Kommunikationskoordinator zwischen den gerade genannten Akteuren. Mit anderen Worten war der feudale Staat ein territorialer, aber kein organischer Staat (vgl. Mann 2012a: 445).

Die Burgen und das Rittertum stellten die Hauptform der mittelalterlichen Politik bzw. des schwach ausgeprägten feudalen Staates dar. Dort hatte ein singulärer Herrscher die höchste Macht, die er unter unterschiedlichen Titeln tragen konnte: z. B. König, Kaiser, Prinz, Graf usw. Er schloss militärische Kontrakte mit untergeordneten Vasallen ab. Durch autonome Vasallen wurden somit viele der königlichen Funktionen und Aufgaben erledigt, denn sie hatten im Vergleich zum Herrscher Zugang zur Bevölkerung. Das bedeutet, dass die Macht des Herrschers indirekt war und hinsichtlich seiner Bildung von Bürokratie und ritueller Funktionen von der Kirche kontrolliert wurde. Die militärische Stärke dieses Staates wurde vor allem in Krisenzeiten, aber auch zur Erhöhung seines Wohlstandes durch Ausbeutung der Bauernbevölkerung angewendet. Dieser Herrscher bzw. der frühe feudale Staat verfügte über keine fiskalische bzw. ökonomische Macht (vgl. Mann 2012a: 391; 392).

Dementsprechend stellte für Wallerstein (2019a: 45) das feudale Europa keine Weltwirtschaft und kein Weltreich dar. Typisch für Europa zur damaligen Zeit waren nach ihm ebenfalls die vielen kleinen und autarken wirtschaftlichen Teile, in denen es meistens eine kleine Adelsschicht gab,

die den geringen landwirtschaftlich erwirtschafteten Gewinn bekommen hat. Diese Gewinne wurden in der Landwirtschaft produziert, aber die Grundherren verfügten über sie. Als kleine Weltwirtschaften in Europa galten damals einerseits die Stadtstaaten im norditalienischen Raum sowie die Stadtstaaten von Flandern und Norddeutschland.

Durch Michael Manns (2012a: 375) Analyse lässt sich ergänzend zum gerade Erwähnten hinzufügen, dass der feudale Produktionsmodus durch die Extrahierung des Surplus von der Bodenrente erfolgte, die die Grundherren von den von ihnen abhängigen (leibeigenen) Bauern erhielten. Unter Bodenrente wird einerseits gemeint, dass sich eine Klasse von Grundherren im kollektiven Eigentum von einem Land befand, bezüglich dessen die Bauern eine Pacht in Form von Arbeit zahlen sollten.

Die frühe mittelalterliche Ökonomie wurde weiterhin durch zwei Spannungsfelder gekennzeichnet: einerseits durch das Dorf und das Herrenhaus und andererseits durch die Stadt und die Zünfte. Dementsprechend handelte es sich um multiple und nicht um einheitliche wirtschaftliche Beziehungen. Dabei kam es auch zu dem Aufstieg hierarchischer Verhältnisse, die sich in der politischen Abhängigkeit der Bauern (Zweite Leibeigenschaft) von dem jeweiligen Herrscher bzw. Vasallenherrscher (Grundbesitzer) äußerten. Darüber hinaus hatten die abhängigen Bauern nicht das Recht der freien Bewegung (vgl. Mann 2012a: 392; 394).

Ähnlich äußert sich Wallerstein (2019a: 29-30) hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung im Feudalismus, die nach ihm in zwei Wirtschaftsformen aufgedröseln werden kann: einerseits in Subsistenzwirtschaft<sup>7</sup> in den ländlichen Gebieten und andererseits in Marktwirtschaft in den Städten. In dieser Ordnung erhielten die Grundherren adeliger Herkunft den größten Teil der Gewinne bzw. des Surplus. Mittelgroße Bauern waren auch imstande, einen gewissen Teil des an den Grundherren abzugebenden Surplus beizubehalten. Dieser Surplus äußerte sich in Form von Naturalien. Dementsprechend hing das Wachstum und die Entwicklung der Städte mit der Tauschbarkeit dieser Naturalien zusammen, die von den damaligen Handwerkern gegen ihre selbst produzierten Waren getauscht wurden.

---

<sup>7</sup> Damit wird keine vollkommene Autarkie gemeint, denn die selbst hergestellten Nahrungsmittel wurden gegen andere Gegenstände der nichtbäuerlichen Bevölkerung getauscht (vgl. Wallerstein 2019a: 30).

Für Wallerstein (2019a: 31-32) hingen die feudale Ordnung und die Ausweitung des Handelns zusammen, wenn beide auf der Ebene des Nahhandels betrachtet werden, wo Massenhandelsgüter getauscht wurden. Der Autor meint, dass erst mit der Etablierung des modernen Kapitalismus Massenhandelsgüter beim Fernhandel ge- und verkauft werden konnten. Das bedeutet, dass im Feudalismus eine eingeschränkte Zahl an kommerziellen Tätigkeiten stattgefunden hat. Am meisten wurden während der feudalen Zeit Nahrungsmittel und handwerkliche Güter gehandelt, wobei sich dieser Austausch im Rahmen kleiner ökonomischen Regionen ereignete.

In dieser Periode traten dennoch ökonomische Veränderungen in Bezug auf den Fernhandel auf. Bestimmte Gegenden haben ihre eigene Produktion ausgeweitet und die hergestellten Waren wurden nicht nur am gleichen Ort konsumiert, sondern auch in anderen Gegenden. Es handelte sich aber um Luxusgüter wie z. B. Wein, Getreide, Wolle und Kleidung. An diesem Konsum und an dem Verkauf waren vor allem Grundbesitzer sowie Bewohner urbanisierter Regionen beteiligt. Nach Mann konnte hier nicht die Rede von nationalen Märkten sein, dennoch identifizierte er im 14. und im 15. Jahrhundert intensive Marktaktivität in Städten wie London und Paris sowie in Kastilien (Nordspanien). Dementsprechend entstand an diesen Orten kollektive Klassenorganisation und kollektives Nationalbewusstsein (vgl. Mann 2012a: 435).

In den Städten und in den Dörfern gab es keine einzige Herrschergruppe, die die gesamte Macht monopolisieren konnte. Vielmehr handelte es sich um Machtakeure mit verschiedenen Machtphären. Diese Akteure waren die Herrscher, die Vasallen und die Handwerkerzünfte. Als ideologisches Machtzentrum beeinflusste die Kirche sowohl die politischen, als auch die ökonomischen Machtbeziehungen (vgl. Mann 2012a: 397).

## **2. Manns Modell zur Entstehung des Kapitalismus mit Schwerpunkt auf ideologischer und politischer Macht**

Die Transition vom Feudalismus zum Kapitalismus war ein langer Prozess, der durch zwei Phasen bedingt wurde. Die erste Phase dauerte bis 1150. Sie wurde durch den Anstieg an intensiver Macht in den ökonomischen Praktiken gekennzeichnet, die sich in den gestiegenen Erträgen von Ländern/ Gruppen von Leuten aufgrund der Gewinnung der in der Erde vorhandenen Ressourcen äußerte. Die zweite Periode umfasste die Zeit zwischen 1150 und 1500 und wurde durch die erste Phase mitbestimmt. In dieser zweiten Phase hat die extensive ökonomische Machtorganisation

zugenommen, indem sich die Menge der hergestellten und getauschten Güter vor allem in Europa systematisch erhöhte (vgl. Mann 2012a: 374; 413).

### **2.1. Die Rolle des Christentums im Feudalismus und für die Genese des Kapitalismus**

Da Westeuropa im Mittelalter eine christlich geprägte Zivilisation war, wurden die europäische Gesellschaftsstruktur und der soziale Handel während des Feudalismus durch die christliche Religion bestimmt. Obwohl diese Tatsache von beiden Autoren berücksichtigt wird, setzt sich Michael Mann mit der ideologischen Komponente der Religion zur Beschreibung der Genese des Kapitalismus ausführlicher auseinander (vgl. Wallerstein 2019a: 29).

Dementsprechend wurde die feudale Ökonomie nach Mann (2012a: 396-397) gleichzeitig durch eine ideologische Komponente bedingt. In Bezug auf die oben genannten wirtschaftlichen Beziehungen hatte die Kirche einen indirekten Einfluss. Händler und Kaufleute wurden während ihrer Geschäftsfahrten von Missionaren begleitet. Auf diese Art und Weise konnte einerseits die Integration zwischen Nord- und der Südeuropa gefördert werden. Dadurch erwies sich die christliche Kirche als eine Vorbedingung für den Aufstieg der Märkte in Europa. Zur frühen ökonomischen Entwicklung der Märkte trugen die Notwendigkeit der militärischen Aufrüstung, die Sicherung des Lebensunterhalts der Ritter sowie der Bau der Burgen und der Kirchen im 11. Jahrhundert bei. Weiterhin stimulierte das materielle Bedürfnis der herrschenden Schichten die Warenproduktion. Eine Begleiterscheinung zu dieser Zeit war die Entstehung der europäischen Städte zwischen 1050 und 1250.

Die christliche Religion, die sich um das Jahr 1000 bereits in ganz Europa verbreitete, implizierte eine extensive, transzendente Machtform, welche die Normen der sozialen Herrschergruppen bzw. der Klasse der Grundherren bestimmte. Anhand dieser Transzendenz konnten Besitz- und Marktbeziehungen auf einer minimalen Ebene unter den verschiedenen politischen Einheiten geregelt werden, d. h. das Christentum war auch das Bindeglied zwischen den stark dezentralisierten und vorwiegend lokal entwickelten Ortschaften (siehe Punkt 1). Dementsprechend hatte die feudale Wirtschaft eine intensive Machtorganisation im Rahmen der kleinen politischen Einheiten. An dieser Stelle betrachtet der Autor das Christentum durch seinen extensiven Machtcharakter als einer der Hauptursachen für die Entstehung des Kapitalismus (vgl. Mann 2012a: 377; 379; 419).

Die katholische Kirche verfügte ab dem 11. Jahrhundert über ein enormes ideologisches Netzwerk in Europa, anhand dessen ihr Machteinfluss auf die ökonomischen und politischen Dimensionen

ausgeübt wurde. Die Kommunikation im Feudalismus wurde dabei durch das Erlernen und Anwendung der lateinischen Sprache ermöglicht. Die ideologische Macht der Kirche wurde durch kirchentreue Herrscher gestützt. Dennoch gab es auch säkulare Herrscher, die dann in Konflikt mit der Kirche traten. Trotzdem war ihre Macht in Bezug auf die Priester und die Geistlichen begrenzt. Dementsprechend führte die kirchliche Institution zur sozialen Gestaltung anhand allgemeingültiger Humanität und allgemeiner Rahmenordnung in jedem Dorf und jeder Stadt. D. h., die christliche Identität war transnational, indem sie nicht auf einen territorialen und lokalen Raum begrenzt war. Der größte Erfolg der katholischen Kirche<sup>8</sup> war dementsprechend die Etablierung einer minimalen normativen Gesellschaft, die die Grenzen der Staaten, der verschiedenen Ethnien, Klassen und Geschlechter überwunden hat. Ein Beispiel dafür, dass das Christentum durch seine Normen zur Integration der europäischen Gesellschaften führte, ist die Entstehung von territorialen Sprachen in Europa (vgl. Mann 2012a: 379-382; 420).

Die internationale Politik wurde hauptsächlich durch das Papsttum bestimmt, wodurch eine kontinentale Ordnung geschaffen wurde. Dadurch hat sich im Laufe der Zeit eine ökonomische Ordnung herausgebildet, die die Produktion bzw. den Tausch über weite Räume ermöglichte. Erst ab 1200 begannen die Staaten diese ökonomische Ordnung langsam zu ersetzen (vgl. Mann 2012a: 383).

Trotz der Schaffung einer einheitlichen Identität hat die katholische Kirche die soziale Ungleichheit zwischen Grundherren und Bauern hinsichtlich ökonomischer Ressourcenverteilung legitimiert und institutionalisiert. Die Grundherren waren die Besitzenden und die Bauern die Arbeitenden. Die Legitimation der Herrscher und der Grundherren erfolgte dadurch, dass die Kirche sie als heilig erklärt hat. An der gerade geschilderten Problematik lässt sich erkennen, dass die Kirche als ideologische Macht zur regionalen Klassenorganisation führte (vgl. Mann 2012a: 384-385).

## **2.2. Der Staat und seine Bedeutung für die Entstehung des Kapitalismus**

Nach Mann (2012a: 417) gibt es zwei Hauptströmungen der Staatstheorien. Die eine bezieht sich auf die angelsächsische Tradition und hat einen Schwerpunkt auf die staatliche Regulierung ökonomischer Beziehungen zwischen den Individuen und den Klassen. Dagegen stammt die andere Staatstheorie aus dem deutschsprachigen Raum und umfasst die Perspektive, dass der Staat

---

<sup>8</sup> Die ökonomische Instandhaltung der Katholischen Kirche resultierte aus der Zahlung von Abgaben seitens der Gläubigen sowie aus Einkommen von ihrem eigenen Besitzvermögen (Mann 2012a: 379).

militaristisch und geopolitisch handeln sollte. Nach Mann impliziert die Rolle des Staates beide Theorien. Dementsprechend müssen beide zusammen betrachtet werden, wenn man die staatlichen Funktionen erklären möchte.

Das 12. Jahrhundert wird durch die erste Staatsbildungsphase in Europa charakterisiert, in der die ersten gerichtlichen Institutionen entstanden, die größtenteils von der Kirche unterstützt wurden. Der Staat war damals nicht öffentlich orientiert, sondern er erfüllte vorwiegend die privaten Interessen des Herrschers. Dennoch hatte der Staat damals weniger Einfluss auf die Bevölkerung, obschon er eine autonome Stellung in der Gesellschaft hatte. Die juristischen Funktionen wurden nicht durch den Staat, sondern vor allem durch lokale Herrscher und Geistliche getragen (vgl. Mann 2012a: 419; 422; 423).

In dieser ersten Phase der Staatsbildung haben die ökonomischen Verhältnisse - vor allem die Besitzrechte - in den urbanisierten Orten durch die größeren Staaten mehr Gestalt angenommen. Dies lag daran, dass die kirchlichen Interessen sowie Erfahrungen nicht auf dem Feld der Ökonomie zu finden waren (vgl. Mann 2012a: 421).

Eine zweite staatliche Funktion bestand in der Besteuerung der Bevölkerung, die zum Ziel hatte, die Kriege zu finanzieren. Dies führte zur Entwicklung und Festigung militärischer Stärke, die dazu diente, die staatliche Territorialität zu schützen. Die Etablierung militärischer Macht hatte aber eine negative Folge für die Friedensbeziehungen zwischen den territorialen Staaten. Mit anderen Worten stellte sich der mittelalterliche Staat als ein vorwiegend militaristischer Staat heraus. Da sein Schwerpunkt auf den Ausbau des Militärs ausgerichtet war, entwickelte sich nebenbei der Bereich der staatlichen Finanzen (vgl. Mann 2012a: 423; 430).

An der militärischen Machtführung waren der Herrscher und spezielle Kriegsparteien beteiligt. Die Kriegsparteien unterschieden sich von Land zu Land. Mann (2012a: 431) differenzierte dabei zwei Hauptformen von Kriegsgruppen. Zur einen gehörten Leute adeliger Herkunft, während die andere Gruppe aus Händlern und Kaufleuten bestand. Zur zweiten Gruppe zählten noch Personen wie der König, große Barone und Geistliche, falls sie an kommerziellen Unternehmungen partizipierten.

Gleichzeitig entwickelten sich auch die Bankhäuser, da Kriege einen enormen Verkehr an Gütern und Krediten implizierten. Trotzdem kann an dieser Stelle nicht von einem Kapitalismus

gesprochen werden, denn die rationale Kapitalberechnung betraf nur eine Minderheit, v. a. der Adel. Mit der Führung von Kriegen zielte man nicht nur darauf ab, ein bestimmtes Gebiet, sondern auch die bestimmten Märkte zu erobern. Die jeweiligen Eroberungsgewinne standen nämlich nur einer kleinen Herrschergruppe zur Verfügung. Darüber hinaus waren die Handels- und Bankennetzwerke in expandierenden Territorialstaaten mehr von dem Adel abhängig (vgl. Mann 2012a: 431; 432).

Das gerade Beschriebene war ein Teil des Prozesses der nationalen Integration. Territoriale Staaten übten Einfluss auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Der Staat war auch daran interessiert, seine Händler und Kaufleute durch protektionistische Maßnahmen zu schützen. Damit wollte man künftig sichere Einkommen generieren, aber auch eine erfolgreiche Kriegsführung erreichen. Diese Tendenz konnte bis zum 20. Jahrhundert betrachtet werden (vgl. Mann 2012a: 432).

Die Erhöhung des Stellenwerts der militärischen Macht im feudalen Staat hat zu Veränderungen in den Armeen und zur Entwicklung von staatlicher und administrativer Bürokratie geführt. An dieser Stelle ist wichtig zu betonen, dass die jeweilige Staatskonsolidierung nicht das Ergebnis bewusster Machtvereinbarungen war, sondern sie wurde durch Finanzmangel vorangetrieben (vgl. Mann 2012a: 433-434).

Zum gerade Erwähnten hat Wallerstein (2019a: 38-40) ähnliche Standpunkte. Er ist der Meinung, dass die Kriegsführung im 12. und im 13. Jahrhundert die langsame Entstehung von zentralen bürokratischen Staatsapparaten in Westeuropa – v. a. in Spanien, Frankreich und England - bedingte. Dabei war die gerade erwähnte Steuererhebung<sup>9</sup> ein Kernelement dieser Bürokratie.

An dieser Stelle ist wichtig zu erwähnen, dass die Entstehung der europäischen Staatlichkeit ein langer Prozess war, der laut Wallerstein (1994: 143) bis zum 19. Jahrhundert in Westeuropa andauerte und währenddessen viele Staaten entstanden sind. Das waren aber nur politische Einheiten ohne ein entwickeltes nationales Bewusstsein. Die Nationalitäten traten als ein Produkt der Geschenisse erst im 19. Jahrhundert auf (siehe dafür Kapitel IV).

---

<sup>9</sup> Für Wallerstein (2019a: 39) war noch kein modernes Steuersystem im Mittelalter vorhanden. Gründe dafür findet er in der geringen Nettoproduktion, der geringen zirkulierenden Geldmenge sowie in dem Mangel an qualifiziertem Personal. Stattdessen äußerte sich diese Besteuerung häufig in der Beschlagnahmung, dem Kauf von Staatsämtern, der Kreditvergabe sowie dem Gelddrucken. Letztendlich bedeutete dies, dass die Einkommen des Herrschers/Königs erhöht wurden, während der Adel Einkommenseinbuße bekommen hat.

Nach Mann (2012a: 436) war nur die staatliche Elite (d. h. der Herrscher) daran bewusst interessiert, dass es den nationalen Staat gegeben hat, denn dadurch konnte er weitere militärische Operationen durchführen lassen sowie weiteres Einkommen erzielen. Dies führte aber zu Klassenkonflikten bzw. zu religiösen Unruhen seitens derjenigen sozialen Gruppen, die den feudalen Staat direkt / indirekt finanzierten. Eine Konsequenz der militärischen Orientierung des Feudalstaates war dementsprechend, dass sich die ideologischen, ökonomischen und politischen Problematiken vorwiegend im Rahmen der territorialen Grenzen des jeweiligen europäischen Staates abzuspielen begannen und sich ihre Interaktionsnetzwerke überlappten. Mit anderen Worten kam es zu der Entstehung der sozialen Gegebenheiten der modernen Welt.

In der zweiten Phase der Entwicklung des europäischen Staates hat das ökonomische Wachstum extensive Machtorganisationsformen impliziert. Die engen Markt-, Handels- und Staatsverhältnisse führten dazu, dass die jeweilige politische Staatselite gegen die extensive Macht des Papstes aufgrund ihrer logistischen Kontrolle extensiver Räumlichkeiten vorgehen konnte (vgl. Mann 2012a: 437).

Genauso wie Wallerstein ist Mann (2012a: 437) der Meinung, dass sich in Italien im 12./13. Jahrhundert das ursprüngliche kapitalistische Innovationsinstrumentarium i. S. v. Vertragsvereinbarungen, Partnerschaften, Seegesetzen, Wechselbriefen usw. befand, anhand dessen die Transaktionskosten gesenkt und effiziente extensive Netzwerke gegründet werden konnten. Diese Praktiken verbreiteten sich dann später in die anderen europäischen Regionen (siehe Unterpunkt 3.4.).

### **2.3. Die westeuropäische Dynamik**

Das feudale Europa war hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Entfaltung bis 1450/1500 weniger erfolgreich aufgrund seiner intensiv situierten Machorganisation als der Rest der Welt. Erst ab Ende des 15. bzw. ab Anfang des 16. Jahrhunderts haben die europäischen Staaten angefangen, Führungspositionen in der weltweiten sozialen Entwicklung zu erlangen, die einerseits durch die europäischen Expansion (siehe Punkt 3) und andererseits durch die wissenschaftlichen Revolution von Galilei zu erklären waren (vgl. Mann 2012a: 378).

Neben extensivem ökonomischem Wachstum kam es zur Veränderung in der Bildung und zur Wiederbelebung des Römischen Rechts, das universelle Gesetze beinhaltete. Es entstanden im 12. und im 13. Jahrhundert die ersten Universitäten, wo nicht nur theologisches, sondern auch universelles und philosophisches Wissen vermittelt und institutionalisiert wurde. Die Universitäten

waren autonome Gestalten und hatten Beziehungen zum Staat und zur Kirche (vgl. Mann 2012a: 441).

Zwischen dem 12. und dem 14. Jahrhundert verbesserte sich die Kommunikation, indem das Pergament durch das billige Papier ersetzt wurde. Dies führte einerseits zur Erhöhung der Zahl der Bücher, aber auch zur gleichzeitigen Ausweitung der staatlichen Bürokratie. Die Bildung war aber nur auf einem kleinen Personenkreis beschränkt, der die öffentliche Machtarene, die Kirche, den Staat und den Handel betraf (vgl. Mann 2012a: 441-443).

Für Mann (2012a: 443-444) wurden hinsichtlich der Transportentwicklung auf Seen erste technische Erfolge erst ab Mitte des 15. Jahrhunderts erzielt. Aus logistischer Sicht gab es vor allem Probleme bei der Bewegung von Waren auf dem Lande aufgrund der verschiedenen Grenzen, Zölle, aber auch wegen kirchlicher Verhältnisse.

Die oben genannten extensiven ökonomischen, technologischen und wissenschaftlichen Erfolge der Westeuropäischen Zivilisation waren deswegen möglich, weil die Handlungen der WesteuropäerInnen durch eine ständige Dynamik hinsichtlich der politischen, ökonomischen und militärischen Entwicklung charakterisiert wurden. Diese Dynamik wurde nicht durch anarchische Zustände, sondern durch die normative Regulierung der christlichen Kirche gekennzeichnet (siehe Unterpunkt 2.1.). Weiterhin ist sie später durch die rationalisierten Handlungen aufgrund des Aufstiegs des Protestantismus zu erklären (siehe Unterpunkt 2.4.) (vgl. Mann 2012a: 397; 398; 413).

Nachdem sich die dynamischen und extensiven Tendenzen in Feudaleuropa verstärkt hatten, kam es zu einem koordinierten und konzentrierten Bündnis zwischen den kapitalistischen Kräften und dem Nationalstaat. Ein Beleg für kapitalistische Dynamiken sind die technologischen Innovationen, die vor allem den Druckersektor und dem Militärbereich betrafen. Das Kapital bzw. der ökonomische Bereich war vom nationalen Staat abhängig, denn er finanzierte und sicherte es im Rahmen protektionistischer Maßnahmen ab (vgl. Mann 2012a: 446).

#### **2.4. Der Aufstieg des Kapitalismus und der organischen Nationalstaaten**

Die Entstehung des internationalen Kapitalismus und der Nationalstaaten war ein Prozess, der aus mehreren Faktoren und Ereignissen bestand. Zwei der Wichtigsten waren einerseits der Niedergang der Kirche als politische und ideologische Macht in Europa und der andere war die

Entstehung neuer politischer Regierungsformen, anhand derer sich der kapitalistische Modus entfalten konnte.

#### **2.4.1. Der Niedergang der kirchlichen Macht**

Die extensive Kirchenmacht begann im 16. und im 17. Jahrhundert vor allem durch vier Faktoren zu wackeln und an Einfluss vor allem in Nord- und Nordwesteuropa zu verlieren, die aufgrund von ökonomischem Wachstum zustande kamen: die Geburt der modernen Wissenschaften, der Aufstieg von kapitalistischen Klassen und von Nordwesteuropa sowie die Entstehung des modernen Nationalstaates. Die ersten zwei sind im Laufe der Entwicklung der mittelalterlichen Städte entstanden, während die letzten zwei aus geopolitischen Gründen resultierten. Das war auch die Zeit, seit der die soziale Organisation in Europa durch säkulare Machtquellen bestimmt wurde, während die christliche Kirche vor allem eine Rolle hinsichtlich der Normen und Gestaltung der Familie spielte (vgl. Mann 2012a: 463; 467; 471; 472).

Nachdem Galileo Galilei herausgefunden hatte, dass die Erde nicht im Mittelpunkt des Universums steht, wurde die moderne Wissenschaft eine enorme Herausforderung für die Kirche. Sie basierte nicht auf dogmatischen, sondern auf rational begründeten Aussagen. Als sich die Technologie und die Wissenschaft in der europäischen Gesellschaft naturalisierten, verlor die Religion ihre Machtpositionen (vgl. Mann 2012a: 464).

Ein viel größeres Problem für alle Strömungen des Christentums stellte das Erscheinen von Klassen- und Nationalbewusstsein bzw. von Ideologien dar. Es erwies sich deswegen als problematisch, weil die Kirche nicht imstande war sie einzubeziehen. Dies führte dazu, dass Klassen- und Nationalbewusstsein als etwas Säkulares wahrgenommen wurde. Dieses Problem impliziert auch die Entstehung und Etablierung des Kapitalisten (vgl. Mann 2012a: 465).

Mann (2012a: 465-466) unterstützt Webers These, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Geist des Kapitalismus und der Protestantischen Ethik gab. Während die katholische Kirche eine zentralisierte Autorität verkörperte, entstand ein Marktsystem durch dezentrale Entscheidungen seitens der Inhaber der Produktions- und Tauschmittel. Im Vergleich zum Protestantismus konnten kapitalistische Bedürfnisse und Aktivitäten hinsichtlich der Beanspruchung von privaten Eigentumsrechten und von Vermehrung des eigenen Gewinns von der Katholischen Kirche nicht unterstützt werden. Unternehmer, Handwerker und Protoindustrielle strebten nach einer neuen Lebensführung innerhalb der kirchlichen Ordnung oder im Rahmen einer individuellen Form der

Erlösung. Der Protestantismus war gegenüber der Katholischen Kirche diejenige Instanz, die den kapitalistischen Willen zu realisieren<sup>10</sup> begann.

Aus geopolitischer und logistischer Perspektive verfügte die Katholische Kirche über weniger Möglichkeiten Nordwest- und Nordeuropa im Vergleich zum Mittelmeerraum zu kontrollieren. Dementsprechend brachte die Navigationsrevolution im 15. Jahrhundert weitere ökonomische und politische Vorteile für die Staaten mit sich, die Zugang zum Atlantik und zu der Ostsee hatten, wie z. B. England, Schweden, Deutschland und die Niederlande. Sie wurden mehr vom Kapitalismus und vom Protestantismus durchdrungen (vgl. Mann 2012a: 466).

Der Aufstieg des nationalen Staates wurde nicht von der Kirche vorangetrieben, sondern er stellte eine Entwicklung der militärischen Macht und der Klasse der Nation dar. Die jeweiligen Herrscher im Norden und Nordwesten Europas konnten anhand ihrer militärischen Mittel die Macht des Papstes abstoßen. Durch den Westfälischen Vertrag von 1648 wurden nach jahrzehntelangen religiös-politischen Kriegen in Europa die politischen, religiösen und ökonomischen Unterschiede zwischen Nord- und Südeuropa geregelt und auf Zwang seitens der protestantischen Staaten von den süd- und zentralkatholischen Mächten anerkannt (vgl. Mann 2012a: 466-467).

Nach den Friedensverträgen von 1648 kam es zur Spaltung der Kirche in Katholizismus und Protestantismus. Im Vergleich zum Katholizismus war der Protestantismus dem Nationalstaat untergeordnet. Da in den protestantischen Staaten in Nord- und Westeuropa die Bibel auf der heimischen Sprache übersetzt wurde, konnten sich dort die nationalen Identitäten und die organische Einheit schneller als in den katholischen Staaten im Süden herausbilden (vgl. Mann 2012a: 468-470).

Das moderne Europa wurde durch vier miteinander verbundene säkulare Institutionen charakterisiert: der kapitalistische Produktionsmodus, die Industrialisierung, der nationale Staat sowie multistaatliche, geopolitische und diplomatische europäische Zivilisation. Dabei wurde der Frieden durch die Diplomatie geregelt. Die hauptsächlichen Akteure, die über bestimmte Machtbefugnisse verfügten (Adelige, Kaufleute, Händler, Protoindustrieller, Bankier, Handwerker) hatten zwei

---

<sup>10</sup> Dank der protestantische Askese wurde einerseits das Streben nach Gewinn legalisiert, aber andererseits war man dazu gezwungen, sein erworbenes Kapital/seinen Besitz rational zu verwenden und dies als Anlagekapital praktisch im Leben anzuwenden, so dass Mehrung des eigenen Besitzes einen Sinn bekommen hat (Weber 2020: 114-115).

Identitäten: einerseits ihre Nationale und andererseits eine transnationale Europäische (vgl. Mann 2012a: 471).

Das 16. und das 17. Jahrhundert war dabei eine Zeit, in der vermutlich der Außenhandel der westeuropäischen Staaten schneller als der Binnenhandel gewachsen war. Das ist die Periode, in der die Ökonomie extensiver wurde und sie nicht mehr von der christlichen normativen Regulierung, sondern von Bündnissen mit anderen Staaten und von internen Staatsregulierungen abhing. Das gerade Erwähnte charakterisierte die merkantilistische Politik, die zum Ziel hatte, intern die lokalfeudalen Privilegien und Zölle zu beseitigen und extern den internationalen Handel zu besteuern und zu lizenzieren. Eine staatliche Prosperität konnte dieser Politik nach dann erfolgen, wenn man eine planmäßige Verteilung der internen Ressourcen und protektionistische Maßnahmen gegenüber anderen Staaten trifft. Der Merkantilismus führte einerseits zur Naturalisierung ökonomischer Tätigkeiten und andererseits zur militärischen Koordination zwischen Staat und Wirtschaft (vgl. Mann 2012a: 473-475).

#### **2.4.2. Die Entstehung neuer politischer Regierungsformen: absolutistische und konstitutionelle Monarchien**

Neben der gerade beschriebenen merkantilistischen Logik in Europa unterscheidet Mann (2012a: 476) im Zeitraum zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert zwei Formen von politischen Regimen in Europa: auf der einen Seite meint er die konstitutionelle Monarchie und die Republiken (England und Holland) und auf der anderen Seite die absolutistischen Monarchien (Österreich, Frankreich, Preußen, Russland, Spanien, Schweden usw.). Die Auseinandersetzung mit den beiden politischen Regierungsformen ist deshalb erforderlich, weil sie auch ein Teil des Prozesses zur Entstehung des Kapitalismus waren.

Die absolutistischen Regime werden durch keine repräsentativen Institutionen gekennzeichnet. Der jeweilige absolutistische Monarch regiert mittels der Unterstützung der von ihm untergeordneten Bürokratie und Armee. Die jeweiligen Beamten und Militärvertreter verfügten über keine autonome Macht und über keinen sozialen Status. Dennoch hatte der Monarch als Person nicht die gesamte Macht. D. h., dass die ökonomische, geldpolitische und juristische Infrastruktur von anderen Akteuren bereitgestellt wurde. Der jeweilige absolutistische Monarch verfügte über ein bestimmtes Besitzvermögen, das er für den Aufbau großer Orte, für eigene Unterhaltung und zur Ausübung von Gewalt über seine internen Gegner verwendete (vgl. Mann 2012a: 476; 479).

Alle absolutistischen und konstitutionellen Regime hingen von den jeweiligen Großgrundbesitzern ab, denn sie waren dafür zuständig, dass die Bauernbevölkerung besteuert und für Kriegsziele mobilisiert und eingesetzt wurde. Einer der Unterschiede beider Regierungsformen bestand ursprünglich nicht in der Mobilisierung, sondern in der Besteuerung. Im Absolutismus betraf die Erhebung von Steuern vor allem die Gruppe mit weniger Besitz sowie die Bauern, das Bürgertum, aber auch die reichen Kaufleute. In konstitutionellen Monarchien waren aber die besitzenden Schichten von der Besteuerung nicht ausgeschlossen. Das ist auch die Periode, in der die verschiedenen Adelsgeschlechter und die Kaufleute kapitalistisch wurden. Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen beiden Regierungsformen ist, dass der Konstitutionalismus die Entfaltung organischer kapitalistischer Klassen förderte, während dieser Trend von absolutistischen Herrschern verhindert wurde (vgl. Mann 2012a: 479).

Die konstitutionellen Monarchien bzw. die Seemächte neigten dazu, den Surplus zu reinvestieren, während die absolutistischen Regime bzw. die Landmächte auf die Anhäufung von Grundbesitz zielten. D. h., der Konstitutionalismus hat einen enormen Beitrag zur Entstehung des Kapitalismus geliefert, während absolutistische Regierungsformen die feudalen Praktiken beibehalten wollten. Dennoch bestand die Gemeinsamkeit zwischen absolutistischen und konstitutionellen Regimen darin, dass sie die Beziehungen und Aktivitäten zu anderen mächtigen Gruppen in der Gesellschaft, vor allem hinsichtlich der militärischen und ökonomischen Organisation, streng koordinierten. Das ist das, was der Autor unter organischer Klassennation versteht. Das Zentrum dieser Koordinierungsmaßnahmen war der Hof bzw. das Parlament. Die Militärstrukturen mussten hier noch zusätzlich ausgebaut werden, damit der jeweilige ökonomische Surplus aus den Kolonien gesichert werden konnte (vgl. Mann 2012a: 480-481).

Das gerade Erwähnte kann auch anhand des Umgangs der verschiedenen europäischen Staaten mit ihren Kolonien illustriert werden. Während beispielsweise der portugiesische, spanische und französische Staat die Hauptakteure in Bezug auf die Unternehmungen in den Kolonialgebieten waren, wurden die Initiativen in Großbritannien und in den Niederlanden von privaten Akteuren vorangetrieben (vgl. Mann 2012a: 481).

Das 17. und 18. Jahrhundert wird durch hohen internationalen Handel zwischen den westeuropäischen Staaten und den Kolonien gekennzeichnet. Mann (2012a: 491-493) spricht sogar davon, dass der Außenhandel in manchen Staaten, wie z. B. in Großbritannien, höher als der Binnenhandel

ausgefallen war. Laut dem Autor kann man aber an dieser Stelle nicht von einem transnationalen Kapitalismus sprechen, sondern von einem Kapitalismus, der auf bilateralen Beziehungen basiert.

Die obengenannten Prozesse umfassten auch die qualitative und quantitative Änderung des Staates. Das Endergebnis ist auch als Kapitalismus bzw. industrielle Revolution bekannt (vgl. Mann 2012a. 374).

### **3. Wallersteins Modell zur Entstehung des Kapitalismus mit Schwerpunkt auf Wirtschaft und Geopolitik**

Wallerstein (2019a: 99 - 100) ist der Meinung, dass politische und ökonomische Entscheidungen zusammenhängen und sie nur gemeinsam betrachtet werden können. Es ist dennoch wichtig zu betonen, dass ökonomische Fragen im Kapitalismus eher auf der großen Ebene der Weltwirtschaft entschieden werden, während politische Problematiken kleinere Strukturen wie z. B. Staat oder Nationalstaat umfassen. Das Staatensystem oder das Klassensystem können sich dabei nur im Rahmen einer Weltwirtschaft entwickeln.

Der Kapitalismus ist im langen 16. Jahrhundert entstanden. Dafür gibt der Autor eine Zeitspanne zwischen 1450 und 1640 an. Teil der europäischen Weltwirtschaft waren Ende des 16. Jahrhunderts sowohl Nordwesteuropa, der Mittelmeerraum sowie Mitteleuropa und der Ostseeraum, als auch einige amerikanische Regionen. Zur Weltwirtschaft gehörten dagegen zu dieser Zeit das Osmanische Reich, Russland und die Regionen am Indischen Ozean nicht. Die europäische Weltwirtschaft ist als ein Produkt aus dem Zusammenschluss von zwei unterschiedlichen Systemen entstanden: nämlich vom System im Norden und Nordwesten Europas und vom System des christlichen Mittelmeerraums. Die Akkumulation von Kapital war ein Kernelement des kapitalistischen Systems. Es gab drei unterschiedlichen Handelsgebiete in Europa: Nordwesten, Mittelmeerraum und Osteuropa. Für diese drei Regionen gab es auch unterschiedlichen Preisniveaus für die jeweiligen Produkte. Eine der Hauptfunktionen einer kapitalistischen Weltwirtschaft ist, dass sich die Preise mit der Zeit überall anzugleichen beginnen. Während die Preisverhältnisse zwischen dem Mittelmeerraum und Osteuropa im 16. Jahrhundert 4 zu 1 waren, betrug dieses Quotient Mitte des 18. Jahrhunderts 2 zu 1 (vgl. Wallerstein 2019a: 100-103).

Bevor ich die Arbeitsteilung und die Expansionstendenzen im Kapitalismus erkläre, zeige ich zuerst, warum es zur Krise des Feudalismus kam. Laut Wallerstein kommt es zu einer Krise der

jeweiligen sozialen Ordnung, wenn sich das bereits bestehende System aufzulösen begonnen hat (siehe Punkt 3 vom Kapitel I).

### **3.1. Die Krise des Feudalismus und der Übergang zum Kapitalismus**

Für Wallerstein (2019a: 32-36; 42) konnte ein wirtschaftliches Florieren bis zum 14. Jahrhundert betrachtet werden. Ab dem 14. Jahrhundert geriet der Feudalismus in Europa in eine Krise. Laut dem Autor gab es unterschiedliche Ansichten in Bezug auf die Kausalität der Krise. Ein paar davon waren beispielsweise: das Erreichen eines optimalen Punktes der Expansion, primitiver Grad landwirtschaftlicher und handwerklicher Technik, Nahrungsmittelknappheit, Kriegssteuern, Feudalabgaben, Bevölkerungsrückgang, Epidemien, Rückgang der Produktion und des Geldumlaufes oder Klimafaktoren. Ein Beleg für die gerade erwähnte Krisenhaftigkeit lässt sich durch die vielen Bauernrevolten in Westeuropa zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert bestätigen.

Immerhin gibt es für Wallerstein (2019a: 46) drei Haupterklärungen für diese Krise. Die ersten zwei beziehen sich auf die zyklische Natur des bereits erreichten ökonomischen und technologischen Optimums sowie des Optimums der Surplusaneignung. Der dritte Grund liegt an der geringeren Bodenproduktivität, die durch verschlechterte Klimabedingungen hervorgerufen wurde. Wallerstein (2019a: 46) nimmt an, dass das gleichzeitige Auftreten der gerade geschilderten Veränderungen zum sozialen Wandel in Westeuropa bzw. zum Übergang von Feudalismus zur kapitalistischen Weltwirtschaft geführt haben.

Die bereits in der Einleitung beschriebene Weltwirtschaft wurde im 16. Jahrhundert in Europa geschaffen. Dessen Kernelement war eine kapitalistische Produktionsweise. Das freie Unternehmertum, der Individualismus, die wissenschaftliche Rationalität, der Naturalismus sowie die Nationalität haben sich in Europa erst im 18. und 19. Jahrhundert entfaltet. Wie bereits im Punkt 2 gezeigt, spielte der starke Staat eine Hauptrolle für die Etablierung kapitalistischer Strukturen (vgl. Wallerstein 2019a: 99).

Im Vergleich zur feudalen Ordnung, wo der Surplus der Landwirtschaft direkt erhalten wurde, geschah dies im Kapitalismus auf eine indirekte Art und Weise anhand eines Marktmechanismus und mithilfe staatlicher Bürokratie. Laut dem Autor beruhte die Konsolidierung der kapitalistischen Weltwirtschaft auf drei Hauptsäulen: einerseits auf der geographischen Expansion, andererseits auf verschiedenen Arbeitsmarktkontrollmechanismen sowie auf der Schaffung von starken Staatsapparaten in den Regionen der Kernländer. Dabei hat als erstes Land Portugal in Westeuropa

die Führung übernommen, d. h. es war ein Zentrumstaat im Rahmen des kapitalistischen Systems (vgl. Wallerstein 2019a: 46-47).

### **3.2. Arbeitsteilung im Kapitalismus**

Für Wallerstein (2019a: 116 - 117) legt die Gründung des kapitalistischen Systems die Bedingungen für die moderne Technologisierung bzw. Industrialisierung Europas. Obwohl andere Imperien auch landwirtschaftlich produktiv waren und über starke Staatsapparate verfügten, haben sie keine besonderen Fortschritte in der Industrialisierung erreicht. Somit meint er, dass die kapitalistische Weltwirtschaft über einen anderen Organisationsgrad bzw. andere soziale Strukturen im Vergleich zu frühen Imperien verfügte.

Wallerstein (2019a: 109) begreift den „Kapitalismus als herrschende soziale Ordnung der Wirtschaft“. Diese Ordnung ermöglichte die Entstehung des Welthandels und des Weltmarktes im 16. Jahrhundert. Der Autor geht sogar einen Schritt weiter und behauptet, dass durch den Kapitalismus andere Produktionsweisen nicht überlebensfähig seien, sofern sie sich nicht seiner Logik einfügen (vgl. Wallerstein 2019a: 109). Die Expansion ereignete sich aber zusammen mit einer Inflation. Dabei spielte diese Inflation<sup>11</sup> als Mechanismus zur Kapitalanhäufung eine zentrale Rolle, indem dadurch die Gewinne im System ungleich verteilt wurden. Durch die Inflation haben die Profite eine Bewegung von der Peripherie hin zum Zentrum angestoßen (vgl. Wallerstein 2019a: 115; 116).

Andersrum lässt sich diese Ungleichheit durch die Vermeidung von Konflikten im Inneren und die Ausweitung eines Arbeitsmarktes mit billigen Arbeitskräften im äußeren Bereich erklären. Diese Unterschiede haben dann sowohl einen räumlichen, als auch einen sozialen Aspekt angenommen. Geographische Differenzen gab es nicht nur zwischen dem europäischen Zentrum und seiner Peripherie, sondern auch unter den Staaten und den Regionen selbst sowie im Städte-Land-Kontinuum. Auf sozialer Ebene äußerten sich diese vielfältigen Unterschiede in der jeweiligen Schicht der Gesellschaftsangehörigen (vgl. Wallerstein 2019a: 117). Man konnte im 16. Jahrhundert in Europa einen stärkeren Komplexitätsgrad der Arbeitsteilung durch die immer mehr

---

<sup>11</sup> Laut Wallerstein (2019a: 103-105; 109) gibt es unterschiedliche Erklärungen darüber, wie es zur Inflation im 16. Jahrhundert kam. Eine davon bezieht sich auf die erhöhten Importe von Silber und Gold. Zuerst gab es in Westeuropa mehrere Kapitalismen mit ihren eigenen Zonen und Einflussbereiche wie beispielsweise Nordwesten und den Mittelmeerraum. Diese Kapitalismen haben aufgrund ihrer erhöhten Zirkulationsgeschwindigkeit die Suche nach Edelmetallen vorangetrieben.

steigende wechselseitige Abhängigkeit zwischen Landwirtschaft, rohstoffgewinnenden Sektoren und der verarbeitenden Industrie beobachten (vgl. Wallerstein 2019a: 119).

An dieser Stelle ist wichtig zu erwähnen, dass die Hauptbedingungen für die Herausbildung des Kapitalismus einerseits durch die komplexe Arbeitsteilung sowie andererseits durch die verschiedenen Organisationsgrade dieser Arbeitsteilung im Rahmen des kapitalistischen Systems erklärt werden können. Beispiele für Arbeiter nach ihrem Organisationsgrad waren die Sklaven<sup>12</sup>, die Leibeigenen<sup>13</sup>, Pacht-Bauern, Lohnarbeiter, bäuerliche Freisassen, Selbständige (unabhängige Handwerker), Aufseher über die Arbeiter sowie eine kleine Schicht der herrschenden Klasse (vgl. Wallerstein 2019a: 118-119).

Die neu etablierten Arbeitsformen sowohl in Westeuropa, als auch in Osteuropa wurden durch ökonomische Rezession im 14./15. Jahrhundert (Krise des Feudalismus) verursacht. Anhand der Arbeitsteilung kann auch die im theoretischen Teil bereits beschriebene Dreiteilung des Systems in Zentrum, Peripherie und Semiperipherie erklärt werden. Lohnarbeiter und Selbständige waren eine typische Arbeitsform im Zentrum des Systems waren, während Sklaverei und Leibeigenschaft in der Peripherie vertreten wurden. Diese zwei Voraussetzungen bedingen das kapitalistische System und ermöglichen somit das bereits in der Einleitung von mir erwähnte ökonomische Wachstum bzw. die ständige Surplusaneignung von der Peripherie hin zum Zentrum. Mit anderen Worten wurden in der Peripherie, beispielsweise in Osteuropa, Rohstoffe und Grundnahrungsmittel wie Holz, Getreide oder Wolle hergestellt, die dann weiter in Westeuropa industriell verarbeitet

---

<sup>12</sup> Die Sklaverei im kapitalistischen Raum von Europa war kaum anzutreffen. Laut dem Autor generiert das Betreiben von dieser Arbeitsform dann Gewinne, wenn es auf dem Markt große Produktionsvolumina gibt, die aber gleichzeitig geringe Produktionsweise erfordern. Sklavenarbeit wurde dort eingesetzt, wo keine fertigen Produkte hergestellt wurden. Ein großer Teil der Sklaven in der Neuen Welt kamen aus Afrika, weil es einerseits an heimischen Arbeitskräften auf den Plantagen vor Ort fehlte, andererseits um einen Abfluss europäischer Arbeitskräfte zu verhindern (vgl. Wallerstein 2019a: 120).

<sup>13</sup> Sklavenarbeit gab es nicht überall. Beispielsweise wurde in Osteuropa die zweite Leibeigenschaft eingeführt. Unter Leibeigenschaft versteht man hierarchische Verhältnisse in Bezug auf die Besitzverteilung. Dabei werden häufig Bauern dazu gezwungen einen Teil ihres erwirtschafteten Vermögens an ihre Grundherren in Form von Barauszahlung, in Naturalien usw. abzugeben. Eine ähnliche Form war aber auch in Südamerika zu finden, da auch der Zustrom von Arbeitskräften nicht unbegrenzt war. Wichtig hier ist, dass der Autor einen Unterschied zwischen der Leibeigenschaft im Feudalismus und der Leibeigenschaft in der kapitalistischen Weltwirtschaft macht. Während im Feudalismus die Produktion der Grundherren für die Bedürfnisse einer lokalen Wirtschaft ausgerichtet waren, wurden Güter in Osteuropa/Lateinamerika im Rahmen des kapitalistischen Systems gewonnen/produziert. Im Kapitalismus hat der jeweilige Staat ein legales Verfahren geschaffen, bei dem die Bauern von der Peripherie und Semiperipherie einen Teil ihrer Zeit für Erzeugnisse für den Weltmarkt einkalkulieren sollten (vgl. Wallerstein 2019a: 121-123). Damit es nicht zu einer Verwechslung des Begriffes der Leibeigenschaft hinsichtlich seiner Verwendung kommt, benutzt Wallerstein (2019a: 122; 123) den Begriff der „erzwungenen verkaufsorientierten landwirtschaftlichen Arbeit“.

wurden. Umgekehrt wurden bereits verarbeitete Güter, wie Textilien und Wein, von West- nach Osteuropa exportiert (vgl. Wallerstein 2019a: 119; 125 -126).

Laut Wallerstein (2019a: 126-128) hat es auch vor der Entstehung des Kapitalismus Kolonialstrukturen in Europa gegeben, aber dieses Mal stellten sie einen enormen Markt für Grundprodukte dar, die in der ganzen Weltwirtschaft zirkulierten. Weiterhin gibt es geographische und soziale Gründe dafür, warum Westeuropa zum Zentrum und Osteuropa zur Peripherie der Weltwirtschaft wurden. Eine Erklärung dafür waren die schwach entwickelten Städte in Osteuropa. Darüber hinaus wurden die Böden im Osten zu einem großen Teil nicht benutzt. Aus geopolitischer Perspektive haben die osteuropäischen Könige und Fürste aufgrund der Angriffe der Osmanen und der Mongolen-Tataren im späten Mittelalter an Macht eingebüßt. Auf der anderen Seite konnte in diesem Zeitraum Westeuropa durch die Expansion Gewinne sammeln. Um die Anhäufung von Profiten zu erhöhen, wurden bestimmte Aktivitäten spezialisiert und rationalisiert, was dazu führte, dass die Faktoren Zeit, Arbeitskraft und sonstige natürliche Ressourcen in geringerem Maße gebraucht wurden.

Das Zentrum der Weltwirtschaft, d. h. Westeuropa, zeichnete sich durch andere Arbeitsorganisation aus. Die hohe Bevölkerungsdichte, die intensivere Landwirtschaft, der indirekte Zwang aufgrund des Marktmechanismus erlaubten Arbeitsformen wie Sklaverei und erzwungene verkaufsorientierte Arbeit nicht und erforderten eine Änderung der sozialen Arbeitsorganisation, was zu einer erhöhten Arbeitsteilung führte. Dadurch entwickelten sich die Städte in Westeuropa weiter, die Industrien wurden ins Leben gerufen, die Kaufleute haben ökonomische und politische Machtpositionen bekommen. Trotz dieser Entwicklungen war im landwirtschaftlichen Sektor bis ins 19. Jahrhundert der größte Teil der westeuropäischen Bevölkerung beschäftigt. Im Laufe des 16. Jahrhunderts entstanden in Westeuropa komplexe Arbeitstätigkeiten, für deren Verrichtung spezialisierte Arbeitskräfte benötigt wurden. Im 16. Jahrhundert ereignete sich die erste industrielle Revolution, für die ein ständiger Handel zwischen Europa und der restlichen Welt typisch war (vgl. Wallerstein 2019a: 129-130).

Das 16. Jahrhundert wurde durch die Vergrößerung der Städte in den Zentralgebieten und durch eine Flucht der Landbevölkerung in die Städte charakterisiert. Dort wurden sie häufig in den neu-entstandenen Industrien beschäftigt. Das bedeutet, dass sie keine Nahrungsmittel mehr herstellten. An dieser Stelle stellt sich die Frage, wie der Bevölkerungsüberschuss in den Städten dann ernährt

werden konnte. Laut dem Autor waren einerseits Hungersnöte eine häufige Erscheinung, aber andererseits wurde das Überleben der Lohnarbeiter in Nordwesteuropa durch den importierten Weizen aus der Peripherie gesichert (vgl. Wallerstein 2019a: 142-143).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in der Peripherie Zwangsarbeit in Form von Sklaverei und zweite Leibeigenschaft ausgeübt wurden, während es im Zentrum freie Arbeit gegeben hat. Die Semi-Peripherie wurde dagegen durch Anteilswirtschaft gekennzeichnet (vgl. Wallerstein 2019a: 131).

### **3.3. Portugal als Vorantreiber der geographischen Expansion**

Dafür dass Portugal zur führenden Macht aufstieg, gibt es mehrere Gründe. Einige davon gab es auch in den anderen Staaten, aber die Portugiesen waren insgesamt zielorientierter in deren Verfolgung. An erster Stelle wurde die europäische Expansion durch die Suche nach Gold und Silber als Grundsteinlegung für die Geldzirkulation<sup>14</sup>, sowie durch die Suche nach Gewürzen und weiteren Edelsteinen bedingt, denn all diese Rohstoffe waren ein knappes Gut in Europa. Aus langfristiger Perspektive findet der Systemanalytiker die Suche nach Nahrung und Brennstoff als viel wichtigere und glaubwürdigere Erklärung für den Start der großen europäischen Expansion, denn Lebensmittel waren im 14. und im 15. Jahrhundert in Europa auch ein rares Gut. Weiterhin gab es Mangel an Holz für den Schiff- und Hausbau sowie als Brennstoff. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Kleidung galt zu jener Zeit die Textilindustrie als der erste bedeutende Industriesektor in Europa. Dementsprechend benötigte diese Industrie Materialien wie Baumwolle und Wolle.

Ein entscheidender Punkt für Wallerstein (2019a: 54 - 56) bei der Antwort auf die Frage, warum ausgerechnet Portugal die europäische Expansion vorangetrieben hat, liegt noch in der bereits von mir im Punkt 1 beschriebenen geschwächten Stellung des grundherrlichen Adels gegenüber dem Staat. In Portugal war dieses Phänomen weit mehr ausgeprägt als in den anderen europäischen Ländern. Infolge seiner geographischen Lage war es für die Adelligen ungünstig, Pferde zur Suche nach neuen Landschaften einzusetzen, in denen sie ihre Einkommensverluste wiederaufbauen konnten. Deswegen haben sie auf Schiffe gesetzt. Dieser Prozess wurde gleichzeitig durch die Kaufleute unterstützt, die ihrerseits ihren Handel ausweiten wollten.

---

<sup>14</sup> Gold und Silber waren die üblichen Zahlungsmittel sowohl im Spätmittelalter, als auch noch ein paar Jahrhunderte danach (vgl. Wallerstein 2019a: 52-53).

Den Hauptaspekt für die überseeische Expansion Portugals findet Wallerstein (2019a: 57; 58) in seinem starken Staatsapparat, der selbst die größten Unternehmungen finanzierte bzw. bessere Wirtschaftsbedingungen für die Handelsunternehmen gewährleistete. Im Vergleich zu Spanien, England und Frankreich wurde in Portugal hundert Jahre im Voraus ein relativ politisch-stabiler Staatsapparat geschaffen<sup>15</sup>.

Die Übervölkerung in Westeuropa sieht der Autor nicht als Grund für die Expansion, denn es gab genügend freien Raum für die Bevölkerung. Im Gegenteil dazu führte dieser freie Raum zur Verfestigung der Position der Bauern gegenüber dem Adel. Letztendlich benötigten der Adel und die Bourgeoisie Arbeitskräfte, die weniger Widerstand leisteten. Ein weiterer Grund außer dem direkten Zugang zum Atlantischen Ozean bezieht sich auf die angesammelte Kapitalmenge der portugiesischen Handelsunternehmen durch die Investitionen der Genueser, die selbst nach Überseeunternehmen strebten (vgl. Wallerstein 2019a: 54-55).

#### **3.4. Spanien: Der Weg von einer Zentralmacht bis hin zur Peripherie**

Laut Wallerstein (2019a: 197) ist das 16. Jahrhundert nicht nur durch die Geburt des europäischen Kapitalismus gekennzeichnet, sondern auch durch Entstehung der absoluten Monarchien bzw. von starken Staaten in Westeuropa. Der zweite Prozess der Herausbildung der politischen Regime wurde ausführlicher von Michael Mann (siehe Unterkapitel 2.4.2.) behandelt. Für den Wallerstein bedingten sich beide Prozesse wechselseitig. Einerseits konnten die bürokratischen Staatsapparate dank der kapitalistischen Landwirtschaft und des expandierenden Handels finanziert werden, auf der anderen Seite agierten die Staaten wie Unternehmen. Dementsprechend erwiesen sich die Staaten in Westeuropa zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert als bedeutende ökonomische Akteure.

Während Portugal im 15. Jahrhundert zum einem Expansionsstaat wurde, ist Spanien im 16. Jahrhundert zu einem wichtigen und zentralen Akteur im überseeischen Handel geworden. Die spanische Ökonomie war aus kurzfristiger Perspektive stark entwickelt. Der Staat setzte auf die Entwicklung von Schafindustrie und nicht wie England auf Textilindustrie. Die Knappheit von Gold und Silber führte zu Problemen bei der Finanzierung des Staates, während sich die Militär- und

---

<sup>15</sup> Es ist dennoch wichtig anzumerken, dass in Europa zu dieser Zeit keine Zentralstelle existierte, die an den Entscheidungen beteiligt war. Vielmehr waren es Gruppen, die über den weiteren Verlauf der Geschehnisse entschieden haben. Bei Portugal waren dies beispielsweise die folgenden Gruppen: Staat, Adel, einheimische und fremde Handelsbourgeoisie (vgl. Wallerstein 2019a: 57-58).

Hofausgaben erhöhten. Die Genueser waren aber nicht nur in Portugal, sondern auch in Spanien finanziell aktiv als Bankiers von Spaniern geworden waren (vgl. Wallerstein 2019a: 247-249). Spanien hat enormen transatlantischen Handel betrieben. Dabei machte der bedeutendste Handelsstrom Gold und Silber aus, wobei Sevilla eine enorme Rolle in Bezug auf die bürokratische Abwicklung des überseeischen Handels von Spanien spielte. Zur damaligen Zeit bzw. zu Zeiten des Herrschens von Karl V. gehörten neben Spanien die Niederlande, Teile von Süddeutschland, Ungarn, Mailand und andere zum Habsburger Reich (vgl. Wallerstein 2019a: 250-251; 372)

Obwohl bereits von mir erwähnt wurde, dass Portugal und Spanien im 16. Jahrhundert große Erfolge im überseeischen Handel erzielten, war dies bei den norditalienischen Stadtstaaten<sup>16</sup> nicht der Fall. Dennoch hatten die Letzteren die fortgeschrittensten ökonomischen Ergebnisse in Bezug auf Industrie- und Handelsentwicklung. Das war auch der Grund, warum zwischen Spanien und Frankreich sowie zwischen dem Habsburger Reich und Valois Kriege für diese Gebiete geführt wurden. Darüber hinaus verfügten die norditalienischen Stadtstaaten über das Wissen bzw. über die Erfahrung, wie man das Kapital akkumulieren kann (vgl. Wallerstein 2019a: 251).

Karl V. herrschte über die bedeutendsten italienischen Stadtstaaten, mit Ausnahme von Venedig, sowie über die „Handels-Bankhäuser in Süddeutschland und den wichtigen Handelsplatz der europäischen Weltwirtschaft im ‚ersten‘ 16. Jahrhundert: Antwerpen<sup>17</sup>“ (Wallerstein 2019a: 252). In Antwerpen wurde ein großer Teil des transatlantischen Handels der Spanier sowie der süddeutschen Kaufleute abgewickelt (vgl. Wallerstein 2019a: 254-255).

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten hat sich in Frankreich eine stärkere Monarchie im späten Mittelalter herausgebildet. Während sich in England die Bodenverhältnisse änderten, behielten diese in Frankreich ihre mittelalterliche Struktur bei. Der Adel dort sollte politisch und militärisch aktiver sein, damit er seine Privilegien weiter genießen konnte. Darüber hinaus hat es in Frankreich verwandtschaftliche Beziehungen zwischen dem Adel und der neuen Kaufmannsklasse gegeben, was in England nicht der Fall war (vgl. Wallerstein 2019a: 258-259). Im Vergleich zu Spanien hatte Frankreich nicht die Unterstützung des internationalen Kapitals<sup>18</sup> im 16.

---

<sup>16</sup> Damit meint Wallerstein (2019a: 251-252) vor allem folgende Städte: Venedig, Mailand, Genua, Florenz.

<sup>17</sup> Antwerpen ist heute eine Stadt in Belgien. Im 16. Jahrhundert war sie einer der bedeutendsten Orte im Zentrum der Weltwirtschaft. Das Habsburgische Reich, Portugal und England hingen ökonomisch von Antwerpen ab, denn es verfügte im 16. Jahrhundert über den größten Geldmarkt in Europa. Dieser Ort hatte dementsprechend eine enorme Rolle für die internationale Kreditvergabe (vgl. Wallerstein 2019a: 153-154).

<sup>18</sup> Unter internationalem Kapital im 16. Jahrhundert versteht Wallerstein (2019a: 259) das norditalienische Kapital.

Jahrhunderts. Aus diesem Grund konnte Frankreich sich nicht an der überseeischen Expansion aktiv beteiligen konnte. Das französische Lyon war zwar auch ein sehr wichtiger Ort für Finanztransaktionen und Ansammlung von Kapitalmengen, dennoch spielte Lyon eine geringere Rolle im internationalen Finanzverkehr, im Vergleich zu Antwerpen (vgl. Wallerstein 2019a: 259).

Am Ende des 16. Jahrhunderts waren Spanien, das Habsburger Reich und Frankreich hochverschuldet, weswegen sie schließlich alle ihre Insolvenz melden mussten. Diese finanziellen Belastungen waren ein entscheidender Grund für das Ende der kriegerischen Handlungen zwischen Spanien und Frankreich. Im Jahr 1559 wurde demnach zwischen Frankreich und Spanien der Vertrag von Cateau-Cambrésis unterschrieben, der laut dem Autor die europäische Politik für die nächsten Jahrhunderte verändert/bestimmt hatte (vgl. Wallerstein 2019a: 260).

Es gab unterschiedliche Gründe, warum das Reich der Habsburger nach dem Ende des 16. Jahrhundert nicht zum Zentrum der Macht bzw. der Weltwirtschaft gehörte. Einerseits konnten im Rahmen einer kapitalistischer Weltwirtschaft Reiche grundsätzlich schwer Kredite bekommen, im Vergleich zu souveränen Staaten. Das liegt daran, dass moderne Staaten über eine feste Besteuerung verfüg(te)n, die es aber in Reichen nicht gegeben hat. Darüber hinaus war die deutsche Nation noch nicht herausgebildet. Es herrschten soziale Missstände in den deutschen Staaten, die durch die mangelnde politische Einheit bzw. durch das Fehlen einer Staatsmaschinerie nicht gelöst wurden. Darüber hinaus fand Anfang des 17. Jahrhunderts auf den deutschen Gebieten der Dreißigjährige Krieg statt, der zum demografischen Rückgang und ökonomischen Rückstand geführt hat (vgl. Wallerstein 2019a: 253-254).

Die Hauptursache dafür, weshalb Spanien als imperiale Macht im 16. Jahrhundert zu einer Semi-peripherie wurde, war einerseits der Personalmangel in der Bürokratie, andererseits der fehlende Aufbau von genügend Staatsfinanzen seitens der Bürokratie. Dies führte zu Schwierigkeiten in Bezug auf die Regierbarkeit der spanischen Kolonien<sup>19</sup> (vgl. Wallerstein 2019a: 257; 263).

Darüber hinaus verfügte der Staat über keinen bemerkenswerten Industriesektor. Es wurde mehr in Ackerland anstatt in überseeischen Handel investiert. Ein wichtiger Grund für den Niedergang Spaniens liegt ausgereicht in seiner Abhängigkeit vom Habsburger Reich und dementsprechend in

---

<sup>19</sup> Zu den spanischen Kolonialgebieten zählten die Karibik, Mexiko, Guatemala, Kolumbien, Chile, Peru (vgl. Wallerstein 2019a: 263).

dem mangelnden Willen von Karl V., den spanischen Staat nationalistisch in Bezug auf seine Ökonomie auszurichten. Außerdem wurden die meisten Finanzinvestitionen nicht in Spanien generiert, sondern sie stammten von ausländischen Investoren, wie beispielsweise den Genuesern, Holländern, Portugiesen, Juden, Franzosen. Die Vertreibung der spanischen Nicht-Katholiken führte zur Senkung des Fremdkapitals. Neben der radikalen religiösen Politik fand auch eine demografische Schrumpfung in Spanien statt, die einerseits an Lebensmittelmangel und Krankheiten in Andalusien und Kastilien, aber auch an der Auswanderung von Leuten nach Amerika lag. Die gerade angeführten Gründe erklären, warum Spanien sich von einer Zentralmacht hin zu einer Semiperipherie und später in eine Peripherie verwandelte. Diejenigen europäischen Orte, die auch an den spanischen Erfolgen im 16. Jahrhundert partizipierten, wie z. B. Norditalien, Süddeutschland, Antwerpen und Portugal, mussten sich auch von ihrer Rolle als Zentrum der Macht verabschieden (vgl. Wallerstein 2019a: 263; 265-268.).

Somit hat der Niedergang Spaniens und des Reichs von Karl V. zu einer gravierenden Umstrukturierung im System der kapitalistischen Weltwirtschaft geführt, wobei an dieser Stelle der Vertrag zwischen Frankreich und Spanien im Jahr 1559 als Wendepunkt in der Geschichte gilt. Seitdem hat der Kapitalismus in dieser Weltwirtschaft seine Logik entfaltet, als sich die Zentralstaaten in einem dauernden ökonomischen und militärischen Wettbewerb befanden. In dieser Konkurrenz ging es um das Erringen der Möglichkeit, die peripheren Gebiete auszubeuten (vgl. Wallerstein 2019a: 269). Das markiert für Wallerstein (2019a: 271) „die erste Expansionsphase der europäischen Weltwirtschaft“. Nach dem Niedergang des Habsburger Reichs von Karl V. sowie von Spanien hat im europäischen Kapitalismus die Niederlande die führende Rolle übernommen (vgl. Wallerstein 2019a: 271).

Zu dieser Zeit kam es auch zur Abschwungphase in der Weltwirtschaft, die zwischen 1600 und 1750 stattfand. Folgen davon waren beispielsweise fehlende Geldstabilität, Hungersnöte, Epidemien, Bevölkerungsrückgang und militärische Auseinandersetzungen. In dieser Periode kam es unter den Zentrumsmächten zu häufigen und intensiven Wettkampfskämpfen, die aber nach außen / in die Peripherie austragen wurden (vgl. Wallerstein 2012a: 148-149).

Die Herrscherschichten in Spanien und Portugal haben im 17. Jahrhundert die Möglichkeit verpasst, merkantilistisch auf dem Markt zu handeln. Dies führte dazu, dass sich beide Länder, aber auch die Gebiete wie Flandern, West- und Süddeutschland sowie Norditalien zu semiperipheren

Regionen verwandelten (vgl. Wallerstein 2012a: 183). Die Niederlande haben dagegen beispielsweise eine leistungsfähigere Produktion im Bereich der Landwirtschaft und der Industrie entwickelt (vgl. Wallerstein 2012a: 185). Weitere Länder, wie beispielsweise Schweden, Brandenburg-Preußen und die Kolonien in Nordamerika, haben ihre Positionen in der Weltwirtschaft gestärkt und zielten somit zu zentralen Gebieten aufzusteigen (vgl. Wallerstein 2012a: 205-206).

Der Abschwung einer Region führt zur Verlagerung der Investitionen von Kapitalbesitzern in ökonomisch besser aufgestellte Gebiete. Auf diese Art und Weise kam es zu einem Kapitaltransfer von den ehemaligen Zentren, wie beispielsweise Genua nach Amsterdam. Eine weitere Folge davon war, dass auch fachlich ausgebildete Arbeitskräfte sowie Kleinkapitalisten in die wirtschaftlich starken Zonen wanderten (vgl. Wallerstein 2012a: 233-234).

Obwohl Spanien im 16. Jahrhundert ein florierender Staat war, wurden dort die industriellen Bereiche, wie Textilerzeugung, Schiffbau, Seiden- und Leidproduktion, vernachlässigt. Als Folge davon wurden diese Märkte hauptsächlich von Frankreich, England und den Niederlanden übernommen. Darüber hinaus führten die ständig geführten Kriege Spaniens gegen die Niederlande, Frankreich und Portugal zu Finanzbelastungen. Portugal hatte in dieser Periode auch eine ähnliche Entwicklung wie Spanien erlebt (vgl. Wallerstein 2012a: 212-213).

### **3.5. Die Niederlande als hegemoniale Macht**

Obwohl das 17. Jahrhundert eine stagnierende Zeit für das kapitalistische System war, gelang es den Niederlanden, zur hegemonialen Macht aufzusteigen.

Aber nicht nur die gerade geschilderte Krise in den oben erwähnten europäischen Staaten führte zum Aufstieg der Niederlande, sondern auch ihre früheren Erfahrungen im Handel. Die Niederlande spielten zwischen dem 11. und dem 17. Jahrhundert eine wichtige Rolle für den europäischen Binnenmarkt. Darüber hinaus haben sie im Laufe der Jahrhunderte die Kompetenzen erlangt, den finanziellen und kommerziellen Handel zu betreiben. Auf diese Art und Weise gelang es den Niederländern, die vorrangige Stellung der Portugiesen in Bezug auf den Welthandel mit Gewürzen unter ihre Kontrolle zu bringen. Nicht nur ökonomisch waren die Niederländer im zweiten Teil des 16. Jahrhunderts aufgestiegen, sondern der niederländische Staat hatte in politischer Perspektive auch Veränderungen erfahren. Damit wird die national-soziale Revolution in den Niederlanden gemeint (vgl. Wallerstein 2019a: 272-274).

Obwohl Handwerker und städtische Arbeit in den Niederlanden sozial benachteiligt wurden, sieht Wallerstein (2019a: 274; 276-279) vor allem den Adel als Vorantreiber der gerade erwähnten Revolution. Einerseits war der niederländische Adel finanziell verschuldet, andererseits hat er die Befürchtung gehabt, dass der Kaiserhof<sup>20</sup> nicht mehr seine Interessen vertritt. Damit wird gemeint, dass der niederländische Adel einen nationalistischen Anspruch hatte. Die Religion spielte in diesem Konflikt auch eine Rolle. Der Protestantismus bzw. der Calvinismus als Ideologielehre hat entscheidenden Einfluss, nicht auf die Festigung von kapitalistischen Tendenzen, sondern auf die Herausbildung einer nationalistischen Einheit, ausgeübt. 1579 wurden die Niederlande in zwei Teile geteilt. Die südlichen Niederlande waren unter spanischer Kontrolle, d. h. sie waren auch katholisch geprägt, während Nordholland ein Produkt der niederländischen Revolution war. Dort wurde eine Konföderation von Stadtregierungen gebildet, die zu einer höheren ökonomischen Integrität im Gegensatz zu allen monarchisch regierten Ländern Europas führte. Einerseits hat die niederländische Revolution den größten Anstich von oben bzw. vom Adel bekommen, andererseits wäre sie ohne die Beteiligung des Bürgertums nicht zustande gekommen. Die Auswirkungen der Unabhängigkeit der Niederlande bezogen sich nicht auf die Schaffung eines Modells zur Erlangung von nationaler Freiheit, sondern auf die langfristigen ökonomischen Konsequenzen für die europäische Weltwirtschaft.

Die nördlichen Niederlande sind demzufolge zu einem Welthandelszentrum aufgestiegen. Ihr Erfolgsrezept bestand in dem Schiffbau. Durch ihre bereits von früher etablierten Positionen im Ostseehandel bekamen die Holländer Getreide und Rohstoffe für den Schiffsbau zu vorteilhaften Preisen. Dies wiederum hat einen finanziellen Vorteil in Bezug auf die niederländische Expansion verschafft. Dadurch hat Amsterdam drei wichtige ökonomische Zentralfunktionen erhalten: Abwicklung von Waren, Schifffahrtszentrum und Kapitalhandelszentrum<sup>21</sup>. Ein wesentlicher Aspekt, warum die Niederlande im Finanzwesen so erfolgreich waren liegt an dem Niedergang der norditalienischen Stadtstaaten. Da das Kreditsystem eine transnationale Erscheinung ist, haben norditalienische Kaufleute die Niederlande als neuen Standort für ihre Handlungen ausgewählt. Die Industrie von Norditalien hat auch riesige Einbuße erhalten, da einerseits England und Frankreich ihre eigenen Textilindustrien aufgebaut haben. Dies führte zu einem Wegfall von Kunden für den

---

<sup>20</sup> Nach dem Abdanken von Karl V. hat sein Sohn Philipp II. von Spanien die Niederlande übernommen (vgl. Wallerstein 2019a: 258; 276).

<sup>21</sup> Laut Wallerstein (2019a: 281) findet eine Ansammlung von Vorteilen vor allem während einer expansiven Phase der Ökonomie statt.

italienischen Norden. Auf der anderen Seite hat sich die Abwicklung des Schiffsverkehrs auf Nordeuropa verlagert (vgl. Wallerstein 2019a: 280-285).

Nach dem Vertrag von Cateau-Cambrésis, ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, wurde Nordwesteuropa zum Zentrum des europäischen Kapitalismus. Teil dieses Zentrums wurden die Niederlande, wie ich das oben beschrieben habe, und später Großbritannien und Frankreich (siehe dazu Kapitel III). Als ein entscheidender Punkt für diese Neuformierung der Macht erwies sich die Entfaltung des Industriesektors. Damit werden nicht Fabriken und ihre Massenproduktion gemeint, die zu jener Zeit nicht vorhanden waren, sondern es hat vor allem die räumliche Verteilung der Industrie eine wesentliche Rolle gespielt. Der technologische Stand der Industrie war bis zum 18. Jahrhundert vielerorts auf einem ähnlichen Niveau wie im Mittelalters. Die oben erwähnten Entwicklungen der Staaten fallen auch mit der Verbreitung der Industrie zusammen. Während bis Mitte des 16. Jahrhunderts die Industriesektoren zwischen Flandern und Toskana konzentriert waren, hat sich diese Konzentration in der zweiten Hälfte desselben Jahrhunderts nach Nordwesteuropa verschoben (vgl. Wallerstein 2019a: 339-340).

Die zweite Phase der europäischen Expansion in Europa fing Ende des 16. Jahrhunderts an und wurde von England und Holland vorangetrieben, wobei Frankreich dabei eine geringe Rolle spielte. Es gab unterschiedliche Gründe dafür, warum Frankreich nicht als bedeutender Konkurrent Ende des 16. Jahrhunderts auftrat. Einerseits hatte Frankreich keine einheitliche Nationalökonomie wie England. Frankreich war wirtschaftlich in zwei Teile gespalten. Der nördliche und der nordwestliche Teil hatte eine überseeische Handelsorientierung<sup>22</sup>, während Südfrankreich auf kapitalistische Landwirtschaft spezialisiert war (vgl. Wallerstein 2019a: 370; 372-373).

Die ökonomische Stärke wurde im 16. Jahrhundert dadurch gekennzeichnet, inwieweit ein Staat auf See- und Landtransport ausgerichtet war. Der Seetransport hat im Vergleich zum Landtransport in Bezug auf den internationalen Handel geringere Kosten verursacht. Das war auch einer der Gründe, warum die Niederlande und England aufgrund ihrer Seeausgerichtetheit ökonomisch profitierten. Im Vergleich zu ihnen war Frankreichs Wirtschaft durch politische Schwankungen sowohl auf dem Land als auch auf dem See vertreten (vgl. Wallerstein 2019a: 371-374).

---

<sup>22</sup> Hier übten italienische Geschäfts- und Handelsleute - genauso wie in Spanien - mit ihren Investitionen Einfluss auf die ökonomische Entwicklung von Nord- und Westfrankreich aus (vgl. Wallerstein 2019a: 372-373).

### 3.5.1. Die Niederlande als Handels-, Industrie- und Finanzzentrum

Am Anfang des 17. Jahrhunderts hat sich das Zentrum des europäischen Kapitalismus endgültig nach Nordwesteuropa verschoben. Unter dem 17. Jahrhundert versteht der Autor den Zeitraum zwischen 1600 und 1750. Diese Periode wird laut Historikern auch als Merkantilismus bezeichnet. Er wird durch wirtschaftlichen Nationalismus im Rahmen staatlicher Politik sowie durch Warenzirkulation charakterisiert. Dabei ist der jeweilige hegemoniale Staat darum bemüht, die nationale Produktion im Bereich der Landwirtschaft und der Industrie effizienter und ertragsreicher zu gestalten (vgl. Wallerstein 2012a: 37-38). Dabei förderten die Regierungen „Handels, Industrie- und Finanzunternehmen“ (Wallerstein 2012a: 333).

Nachdem das Habsburger Reich unter Karl V. keine hegemoniale Stellung etablieren konnte, erzielten die Niederlande als Erste im 17. Jahrhundert eine hegemoniale Überlegenheit<sup>23</sup> in der kapitalistischen Weltwirtschaft, die sich zwischen 1625 und 1675 entfaltete. Diese Hegemonialmacht Hollands äußerte sich einerseits in der Nahrungsmittelgewinnung, vor allem Fischfang, sowie in der Entwicklung neuer Technologie zur Fischverarbeitung, in der Kontrolle über den Ostseehandel und im landwirtschaftlichen Vorsprung<sup>24</sup> durch technischen Fortschritt, durch den die grundsätzlich schlechten Böden in den Niederlanden fruchtbar wurden. Der Einsatz von Düngemitteln führte in Holland beispielsweise zu steigenden Erträgen. Die intensivbetriebene Landwirtschaft war eine der Ursachen für die Urbanisierung und Industrialisierung der Gesellschaft. Weiterhin haben die Niederlande Erfolge in der industriellen Produktion, v. a. in der Textilproduktion, verzeichnet (vgl. Wallerstein 2012a: 38; 39; 41-43).

Ein weiterer sehr wichtiger Industriezweig in den Niederlanden war der Schiffsbau. An dieser Stelle kann das Zentrum-Peripherie-Kontinuum deutlich gezeigt werden. Es wurde beispielsweise zur Herstellung der holländischen Schiffe vermehrt Holzmaterial aus Osteuropa geliefert. Weitere bedeutende Industriezweige waren „Papierherzeugung“, „Sägewerke“, „Buchproduktion“, „Ziegel- und Kalkerzeugung“, „Geschirrprouktion“, „Tabakmanufakturen“, „Brauereien“, „Öl- und Seifenproduktion“ sowie „Rüstungsindustrie“. Somit kam es Anfang des 17. Jahrhunderts zu einer

---

<sup>23</sup> Eine hegemoniale Macht zu sein bedeutet, dass man nicht nur zum Zentrum der Weltwirtschaft gehört, sondern dass man auch wettbewerbsfähige Produktion gegenüber anderen Zentralstaaten aufweisen kann. Der hegemoniale Status ist keine ewig dauernde Errungenschaft. Sobald die jeweilige Konkurrenz nachgeholt hat, muss man sich von diesem Privileg verabschieden. Nicht nur die Produktion, sondern die Überlegenheit im Handel und die Kontrolle des Finanz- und Investitionswesens zählen zur Hegemonie (vgl. Wallerstein 2012a: 38-39).

<sup>24</sup> Die Landwirtschaft war im 17. Jahrhundert der wichtigste Produktionsbereich (vgl. Wallerstein 2012a: 41).

Verschiebung der Produktionsverfahren von den Handwerkszünften hin zum Manufakturwesen. Dies führte nämlich auch zur Urbanisierung der niederländischen Gesellschaft. Als Beweis dafür dient die Bevölkerungszahl der Niederlande von 1622, als 60 Prozent der Bevölkerung in den Städten wohnte. Der Autor spricht hier sogar von der Entwicklung des Industriekapitalismus (vgl. Wallerstein 2012a: 46-47).

Im 17. Jahrhundert waren die Niederländer auch im internationalen Transportwesen überlegen. Die Anzahl der von den Niederländern benutzten und hergestellten Schiffe war höher als die von England, Frankreich, Spanien, Portugal und die der deutschen Staaten. Als Beleg dafür, dass die Niederländer den Handel beherrschten, dient der Transport von Textilien aus England. Der englische Staat verfügte selber nicht über genügend Schiffe und musste sich deshalb auf niederländische Schiffe verlassen. Der niederländische Handel hat sich mit ihren Schiffen fast überall auf dem Globus ausgebreitet, wie z. B. nach Süd- und Südostasien, Afrika, in den Mittelmeerraum<sup>25</sup> und die Ostsee. Aber auch der Handel auf den europäischen Füßen wurde von ihnen kontrolliert (vgl. Wallerstein 2012a: 48-49).

Entscheidend bei der erfolgreichen Beherrschung des Welthandels seitens der Niederländer waren einerseits die geringen Frachtkosten<sup>26</sup> und andererseits die Unmenge an Silberbeständen, die die Niederländer besaßen und für ihren Export verwendeten (vgl. Wallerstein 2012a: 56).

Neben den Erfolgen in der Produktions- und Handelsentwicklung wurden die Niederlande in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zum Finanzzentrum der Weltwirtschaft. Die gerade beschriebenen Erfolge im Bereich des Handels, der Produktion und der Finanzen fingen an, sich wechselseitig positiv zu beeinflussen und sich dementsprechend zu vermehren. Aufgrund dieser Entwicklungen verwandelte sich Amsterdam zu einem Zufluchtsort von Kapitalbesitzern. Dies führte zu einer Akkumulierung der Gold- und Silberbarren sowie gemünzten Geldes. Somit verfügte Amsterdam über die Kontrolle des globalen Zahlungssystems Europas<sup>27</sup>. Diese drei Faktoren der Produktions- und Handelsvorteile sowie der Beherrschung des internationalen Finanzmarktes ermöglichten es

---

<sup>25</sup> Im späten 16. Jahrhundert und im 17. Jahrhundert haben sich am Mittelmeerhandel neben Holland auch England, Frankreich und die Hanse beteiligt (vgl. Wallerstein 2012a: 53).

<sup>26</sup> An dieser Stelle nenne ich ein paar der Faktoren, die die niederländischen Kostenvorteile begründen. Damit wird gemeint: „Fertigkeiten der niederländischen Schiffbauer, Sparsamkeit im Materialverbrauch, arbeitssparende Geräte, standardisierte Großproduktion, Materialeinkauf in großen Mengen, billiger Transport der Baumaterialien auf niederländischen Schiff“ (Wallerstein 2012a: 59).

<sup>27</sup> Amsterdam blieb bis 1710 „unumstrittenes Zentrum des multilateralen Zahlungssystems“ (Wallerstein 2012a: 64).

den Niederlanden, internationaler Kapitalgeber zu sein. Der niederländische Staat verzeichnete infolge des Schifffrachtverkehrs Zahlungsbilanzüberschüsse, was ihm das Aufnehmen von Krediten mit günstigen/niedrigen Kreditsätzen im Vergleich zu anderen europäischen Staaten erlaubte. Ein paar Jahre nach dem Vertrag von Cateau-Cambrésis entwickelte sich Amsterdam zum Kern des Depositen- und Wechselgeschäfts in Europa (vgl. Wallerstein 2012a: 62-65).

Zwischen 1500 und 1730 hat sich das Finanzwesen gravierend geändert. In einigen wenigen Zentren kam es zur Konzentration von verschiedenen Kreditmöglichkeiten, was die Entstehung eines multilateralen, globalen Zahlungssystems bewirkte. Diese Finanzrevolution war die Bedingung für die Entwicklung der industriellen Revolution. Ab 1660 entwickelte sich darüber hinaus die Achse Amsterdam-London zu einem Zentrum des globalen Verrechnungsverkehrs. Dabei spielten Edelmetalle (Gold und Silber) eine enorme Rolle, denn sie wurden nicht nur gehandelt, sondern sie dienten auch als Zahlungsmittel. Diesbezüglich war Amerika für Westeuropa aufgrund seiner Bestände an Gold und Silber von enormer Bedeutung, denn sie bildeten eine stabile Geldbasis für die expandierende kapitalistische Weltwirtschaft<sup>28</sup> (Wallerstein 2012a: 119; 121).

Im 17. Jahrhundert entwickelte sich die niederländische Gesellschaft zu einer der technisch am fortgeschrittensten Gesellschaften jener Zeit entwickelt. Die vom Staat getroffenen protektionistischen Maßnahmen in Handel und Wirtschaft gewährleisteten die Erfolge privater Unternehmer. Im Vergleich zu anderen Staaten wurde der niederländische Staat mit geringen militärischen Ausgaben belastet, da er es schaffte, eine Ordnung nach innen<sup>29</sup> und nach außen zu etablieren. An dieser Stelle haben sich in Holland auch dezentrale Strukturen<sup>30</sup> entwickelt, was als ein Zeichen der Stärke in der Weltwirtschaft galt. Zum bürokratischen Staatsapparat der Niederlande gehörten achtzehn Vertreter der unterschiedlichen Städte sowie ein Repräsentant des gesamten Adels.

---

<sup>28</sup> Im Rahmen des europäischen Kapitalismus hatten drei Währungsmetalle gesellschaftliche Bedeutung. Gold wurde und wird bis heute „für den internationalen Verrechnungsverkehr und für Staatsangelegenheiten (auch zur Hortung), Silber für größere Transaktionen im Binnenhandel und Kupfer für die Bedürfnisse der Haushalte und des Kleinhandels“ verwendet. Süd- und Südostasien sowie Russland waren im 17. Jahrhundert externe Zonen, d. h. sie gehörten nicht zur Weltwirtschaft. Als Beleg dafür dient, dass Silber und Gold nicht als Zahlungsmittel zwischen der kapitalistischen Weltwirtschaft und der externen Welt, sondern als Waren benutzt wurden. Dabei beruhte der Handel zwischen den kapitalistischen Regionen und dem Rest der Welt auf Austausch von Waren gegen Waren (vgl. Wallerstein 2012a: 124-125; 128).

<sup>29</sup> Es gab mehrere Faktoren, die für einen inneren Frieden in den Niederlanden sprachen. Einerseits gab es geringe Arbeitslosigkeit im Land. Als Beweis dafür dient der Fakt, dass der niederländische Arbeitsmarkt auch als Zufluchtsort von Arbeitskräften aus anderen Staaten bekannt war. Im Gegensatz zu anderen Zentralstaaten wurden in den Niederlanden sinkende Realeinkommen durch Fürsorgeleistungen kompensiert (vgl. Wallerstein 2012a: 71-72).

<sup>30</sup> Dezentrale Strukturen können, müssen aber nicht, Machtvorteile bringen. Bei hegemonialen Mächten weisen sie aber auf die Dominanz über die anderen Zentrumsmächte hin (vgl. Wallerstein 2012a: 68).

Wichtig ist hier anzumerken, dass Holland keinen Monarchen hatte (vgl. Wallerstein 2012a: 65; 67-68).

Mitte des 17. Jahrhunderts beherrschten zwar die Niederländer den globalen Markt, dennoch verfügten sie über geringe Militärmacht. Allein durch Marktkonkurrenz hätten Frankreich und England es nicht schaffen können, das ökonomische Niveau der Holländer zu erreichen. Das war auch der Grund, warum die Franzosen und die Engländer die ökonomischen Vorteile der Holländer gewaltsam beseitigen mussten. An dieser Stelle stellt sich die Frage, warum es den Niederländern gelang, für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts die globale Herrschaft zu beanspruchen, obwohl sie über kein solides Militär verfügten. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Einerseits waren die Konkurrenzkräfte der Niederlande, in diesem Fall Frankreich und England, mit internen Konflikten und Krisen, wie z. B. ökologischen Belastungen, Epidemien und lokalen Engpässen beschäftigt, d. h. die Staaten waren vermehrt damit befasst, ihre interne Position zu festigen. Darüber hinaus war dies auch die Periode des Dreißigjährigen Krieges (vgl. Wallerstein 2012a: 71-72; 78-82; 88).

So wie bei Michael Mann (siehe im Theoretischen Hintergrund) spielt für Wallerstein (2012a: 130-133) die militärische Stärke bzw. das Militär auch enorme Rolle in Bezug auf das Erzielen bestimmter Zwecke. Im 17. Jahrhundert wurde die Führung des Krieges institutionalisiert, was zu einer Steigerung der Staatsausgaben führte. Die Niederländer haben ihre hegemoniale Macht bis zur ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts aufrechterhalten können, aber sie haben den militärischen Bereich vernachlässigt bzw. waren sie England zur See und Frankreich zu Land militärisch unterlegen, was letztendlich zur Ausschaltung ihrer hegemonialen Stellung führte.

### **3.5.2. Der Niedergang der niederländischen Hegemonie**

Ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts haben Frankreich und England für die Beseitigung der hegemonialen Macht der Niederländer gekämpft. Dieser Konflikt wurde auch dadurch verstärkt, dass genau zu jener Zeit die kapitalistische Weltwirtschaft langsam in eine Abschwungphase geriet, die sich durch die sinkende Nachfrage erklären ließ. Für die Haupttrivalen der Niederlande war dementsprechend Bevölkerungsarmut keine seltene Erscheinung (Wallerstein 2012a: 102).

Ab Mitte des 17. Jahrhunderts erfuhr die niederländische Hegemonie ökonomische Herausforderungen. Der englische Staat beschloss, seine Kaufleute in ihren Unternehmungen zu fördern. Mit der 1651 in Kraft getretenen Navigationsakte durften „Waren nur auf englischen Schiffen oder auf

jenen des Erzeugerlandes (definiert als Land des *first port*, also des ursprünglichen Ausfuhrhafens) nach England eingeführt werden“. Somit zielte England darauf ab, dem Verkehrs- und Handelsgeschäft der Niederländer Schaden hinzuzufügen. Außerdem ergriffen Frankreich und England protektionistische Maßnahmen im Bereich der Industrie und des Gewerbes, wobei die größte staatliche Förderung auf die Textilproduktion ausgerichtet war. Darüber hinaus befand sich die niederländische Textilproduktion im Vergleich zur Französischen und Englischen in den Städten, d. h. die niederländischen Produzenten wurden mit höheren Lohnkosten belastet. (Wallerstein 2012a: 85; 102).

Die größten Unterschiede im 17. Jahrhundert zwischen England und Frankreich sind laut Wallerstein (Wallerstein 2012a: 115) nicht so sehr im Industrialisierungsgrad zu finden, sondern sie bezogen sich vorwiegend auf den Atlantikhandel:

Bis zum Jahr 1700 hatte sich England zu jenem Land entwickelt, das ‚am stärksten im atlantischen Raum engagiert war‘... Im 17. Jahrhundert wurden auf der westlichen Halbkugel 28 neue, separate Kolonien gegründet: 3 niederländische, 8 französische und 17 englische, wobei es die englischen [sic] um 1700 auf 350.000 bis 400.000 Untertanen (inklusive Sklaven) brachten – gegenüber 70.000 in den französischen Kolonien (Wallerstein 2012a: 115).

An dieser Stelle stellt sich die Frage, weshalb die Kolonien ein so großes Interesse für die Zentrumächte darstellten. Einerseits sind auf dem amerikanischen Kontinent Produkte zu finden, die in Europa aufgrund der klimatischen Bedingungen nicht/kaum angebaut werden können, wie z. B.: Zucker, Baumwolle oder Tabak. Die zweite und wichtige Funktion der Kolonien bestand darin, dass sie einen Marktplatz für verarbeitete und wiedereingeführte Produkte darstellten (vgl. Wallerstein 2012a: 117).

Laut Wallerstein (2012a: 137-138) gab es zwischen 1500 und 1800 kaum Unterschiede zwischen Frankreich und England in allen Bereichen des Sozialen. In Bezug auf die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung haben die beiden Haupttrivalen der Niederlande einen ähnlichen Entwicklungsgrad aufgewiesen. Zum großen Teil kam es in beiden Ländern zu einem Wandel von Feudaladel hin zu kapitalistischen Landwirten. In beiden Ländern tauchten kapitalistische Unternehmer als Nicht-Adelige auf, die in Landwirtschaft, Handel und/oder Industrie investierten. In beiden Ländern kam es zur politischen und sozialen Auseinandersetzung unter den herrschenden Schichten, die zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert stattgefunden hat. Der Konflikt wurde stärker

zwischen den Adeligen, die vom mittelalterlichen Feudalismus eine hohe soziale Position erhalten hatten, und den neu entstandenen Kapitalisten geführt. Es ist wichtig, hier zu erwähnen, dass sowohl Adelige als auch Kapitalisten wirtschaftliche Unternehmungen betrieben haben. Diese zwei gesellschaftlichen Gruppen werden auch als Adelige und Bürgertum verstanden.

#### **4. Zwischenfazit über die Standpunkte beider Autoren hinsichtlich der Genese des Kapitalismus**

Im Punkt 1 habe ich dargestellt, dass sich die Gesichtspunkte beider Autoren hinsichtlich der politischen und ökonomischen Verhältnisse im Feudalismus überschneiden. Beide Autoren kommen zur Feststellung, dass die Wurzeln des modernen Staates im 12. Jahrhundert liegen, als dieser Prozess durch die Kriegsführung und die dadurch entstandene staatliche Bürokratisierung vorangetrieben wurde. Die Entstehung des nationalen Staates betrachten beide Autoren als ein Ergebnis der militärischen Dimension (siehe dazu auch Unterpunkt 2.2.).

Die Unterschiede beider Autoren beziehen sich vor allem auf deren Erläuterung der kapitalistischen Genese.

Im Vergleich zu Wallerstein liegt der Schwerpunkt Manns Erklärung über die Wurzeln des Kapitalismus in der ideologischen und politischen Macht. Obwohl die Macht der Kirche ab dem 16. und 17. Jahrhundert zurückging, bedingte sie davor aufgrund ihrer transnationalen Ausrichtung die Schaffung von internationalen Märkten in Europa. Weiterhin führte das Christentum zur Herausbildung einer europäischen Identität und übte während des Feudalismus Macht auf die verschiedenen europäischen Staaten aus. Mit der Reformation der Kirche wurden einerseits kapitalistische Handlungen vom Protestantismus nicht abgelehnt, sondern ermöglicht. Andererseits kam es zur Abkopplung der Regionen in Nord- und Nordwesteuropa von dem Machtbereich der Katholischen Kirche.

Obwohl Wallerstein einerseits die von Mann ausführlich geschilderten ideologischen Einflüsse von der katholischen Kirche und vom Protestantismus sowie andererseits die militaristische und politische Funktionalität des feudalen Staates ebenfalls als bedeutende Ursachen hinsichtlich der Entstehung des Kapitalismus betrachtet, ist die Untersuchung von Wallerstein diesbezüglich hauptsächlich im ökonomischen Bereich angesiedelt. Dabei befasst er sich vorwiegend mit der europäischen Expansion und mit der Veränderung der Arbeitsorganisationsformen aufgrund des gestiegenen Komplexitätsgrades der Arbeitsteilung im Westen, wobei das zuletzt genannte

Untersuchungsfeld zur geographischen Teilung der Welt in Zentrum, Semi-Peripherie und Peripherie führte.

Weiterhin verbindet Wallerstein die Wurzeln des Kapitalismus mit der Ausweitung der Dimension der Märkte in Europa und der größeren Zirkulation von Gütern, insbesondere Grundprodukten. Wallerstein betrachtet weiterhin den westlichen Staat als wichtigen ökonomischen Akteur, der die Expansionsunternehmungen finanzierte. Die ökonomischen und geopolitischen Ursachen für Expansion der westeuropäischen Staaten außerhalb von Europa zeigt der Autor am Beispiel der hauptagierenden ökonomischen Unternehmer zu jener Zeit. Das waren zuerst die Staaten Portugal, Spanien (und das Reich von Karl V), sowie ab dem 16. Jahrhundert die Niederlande, Frankreich und England. Wallerstein zeigt diesen Prozess anhand der Verlagerung und Ansammlung von Kapital von Süden nach Nordwesteuropa, indem er die ökonomischen Faktoren und Absichten der staatlichen Hauptmachtakteuren analysiert.

Der westliche Handel wurde nach Mann durch eine Dynamik gekennzeichnet, die ihrerseits die Ursache für die Entstehung der wissenschaftlichen Revolution war. Die wissenschaftliche Revolution, die sich auch als ein Resultat der geschwächten Stellung der Katholischen Kirche erwies, führte gleichzeitig zur fortschrittlichen Weiterentwicklung des politischen, ökonomischen und des militärischen Bereichs.

Im Vergleich zu Wallerstein beschäftigt sich Mann tiefer mit den beiden westlichen Hauptregierungsformen zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert, nämlich mit den absolutistischen und konstitutionellen Monarchien. Dennoch wird von beiden Autoren bestätigt und vor allem von Mann ausführlicher dargestellt, dass die Politik i. S. v. Absolutismus und/oder Konstitutionalismus auch einen der Grundsteine für die Entstehung des Kapitalismus legte.

Die Beschreibung der ökonomischen Entwicklung und Expansion von Portugal, Spanien und der Niederlande war deswegen erforderlich, weil es dadurch in der zweiten Hälfte zur Finanzrevolution im Nordwesten kam, die den weiteren Verlauf des Kapitalismus bestimmte. Sie war laut Wallerstein die Ursache für die später im Westen erfolgte Industrialisierung.

Aus dem bis jetzt Geschilderten lässt sich kurz zusammenfassen, dass die Genese des Kapitalismus ideologische, politische, ökonomische und militärische/geopolitische Ursachen hatte. Beide

Autoren haben unterschiedliche Untersuchungsschwerpunkte in Bezug auf diese vier Dimensionen, dennoch erfüllen sie in diesem Kapitel eine wechselseitige Ergänzungsrolle.

Die in diesem Kapitel beschriebenen Schwerpunkte der Analyse von Michael Mann und Immanuel Wallerstein beziehen sich nur auf die Periode der Genese des Kapitalismus. Ab dem Ende des 18. Jahrhunderts, spätestens ab dem 19. Jahrhundert, werden die Prozesse und Ereignisse im Westen durch andere Schwerpunktlegung der ideologischen, politischen, ökonomischen und militärischen Komponenten seitens beider Autoren betrachtet.

### **III. Das lange 18. Jahrhundert und die Etablierung des Kapitalismus**

Nachdem ich in die „Genese des Kapitalismus“ anhand der Standpunkte von Wallerstein und Mann eingeführt habe, orientiert sich dieses Kapitel an die letzte Vollendungs- und Etablierungsphase der kapitalistischen Ordnung in der westlichen Welt.

Das folgende Kapitel besteht aus drei Hauptpunkten: Im ersten davon zeige ich die sich wechselseitig ergänzenden Aspekte seitens beider Autoren über die ökonomischen und technischen Fortschritte der Kernstaaten des Westens im 18. Jahrhundert, die den Aufstieg des industriellen Kapitalismus bedingten. Im Großen und Ganzen dient dieser Punkt zur Veranschaulichung der wirtschaftlichen Lage im Westen.

Da ich bereits im ersten Kapitel, aber auch in dem Titel der Arbeit sowie während des ganzen Textes nicht nur über westeuropäische, sondern insgesamt über westliche Entwicklung des Kapitalismus schreibe, befasst sich der zweite Punkt dieses Kapitels mit der Bürgerrevolution und mit dem kapitalistischen Weg der USA. Sie ist nicht als einzelnes bzw. isoliertes Ereignis in der westlichen Welt zu betrachten, sondern sie hängt laut Wallerstein mit dem Aufstieg Großbritanniens als Hegemonialmacht (siehe dazu Unterpunkt 2.1.) zusammen und hatte nach Mann teilweise indirekte Einflüsse auf das Zustandekommen der Französischen Revolution (siehe Unterpunkt 3.2.).

Im letzten Punkt, der den größten Teil dieses Kapitels ausmacht, beschäftige ich mich mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Konfrontationen zwischen den beiden Haupttrivalen Frankreich und England und wie sich infolge derer seit dem Höhepunkt im 18. Jahrhundert die heutige soziale Ordnung des Liberalismus die Logik der gesellschaftlichen Prozesse bestimmt.

In den Punkten 2. und 3. tauchen Begrifflichkeiten wie Liberalismus und diskursive Schriftlichkeit i. S. v. Alphabetisierung zum ersten Mal in dem Hauptteil der Arbeit auf. Deren Definitionen, Bedeutungen sowie Entwicklungen und Auswirkungen auf die westlichen Gesellschaften werde ich zusammen mit dem Begriff der Klasse erst im darauffolgenden Kapitel IV ausführlich erklären. In diesem Kapitel erläutere ich sie nicht, weil der Akzent hier auf den Gründen für den Reifungsprozess des Kapitalismus als Ordnung in der westlichen Welt liegt. Auf der anderen Seite hängt ihre Darstellung mit den gesamten Problematiken und Abläufen des 19. Jahrhunderts zusammen. Das Ziel dieses Kapitels ist, weiterhin eine Schnittstelle zwischen der untergehenden feudalen Ordnung und dem aufgestiegenen Kapitalismus sowie Liberalismus herzustellen.

Die Französische Revolution (1789-1799) ist für beide Autoren das wichtigste Ereignis für den Westen (siehe dazu Unterpunkt 3.2.), das die endgültige Vollendung der kapitalistischen Ordnung markierte (siehe dazu auch Kapitel IV, insbesondere Punkt 3.). Dieses Ereignis hängt zwar mit allen drei Punkten in diesem Kapitel mit unterschiedlicher Intensität zusammen, dennoch stelle ich hier die Französische Revolution nur hinsichtlich der Rivalität zwischen Großbritannien und Frankreich dar. Da sie vor allem vielfältige, strukturverändernde Folgen für die weiteren gesellschaftlichen Prozessentwicklungen im kapitalistischen Westen für die letzten zwei Jahrhunderte implizierte, befasse ich mich damit dementsprechend ideengeschichtlich etwas ausführlicher im nächsten Kapitel über das lange 19. Jahrhundert.

Die Untersuchung spiegelt meistens parallellaufende Argumente beider Autoren, die sich gleichzeitig wechselseitig ergänzen. Im Punkt 3 konzentrieren sich Wallersteins Argumente auf die Ursachen für den hegemonialen Aufstieg Großbritanniens in der Welt, während im selben Punkt Manns Analyse die Gründe für die Reformen in der britischen Staatspolitik beinhaltet.

### **1. Der Kapitalismus und die Anfänge der Industrialisierung**

Das 18. und 19. Jahrhundert umfasst den Zeitraum, in dem sich der Kapitalismus als ökonomische Ordnung im Westen endgültig etablierte. Das war auch die Zeit, wo die Staaten nicht nur geopolitische Ziele hatten, sondern auch als ökonomische Akteure agierten. Dabei wurden die westlichen Gesellschaften teilweise durch transnationale Institutionen und multistaatliche Diplomatie regiert. Die Transnationalität des Kapitalismus äußerte sich in der Marktkonkurrenz und im Absetzen von Waren, indem sie außerhalb der politischen Grenzen getauscht werden konnten (vgl. Mann 2012b: 254-255; 267).

Die Verfestigung der Logik des Kapitalismus i. S. v. Marktkonkurrenz, Preisbildung nach Angebot und Nachfrage sowie Profite als Anreiz führte im 18. Jahrhundert zum Zusammenwachsen von Massenkonsumptionsmärkten landwirtschaftlicher, protoindustrieller Produkte und von Handelswaren in den urbanisierten und ländlichen Regionen, aber auch zur Entstehung diskursiver Schriftlichkeit und neuer Kommunikationskanäle<sup>31</sup>. Einen enormen kapitalistischen Entwicklungsschub leisteten die Verbesserungen und die Zunahme der Bedeutung der Kohle-, Eisen- und

---

<sup>31</sup> In Bezug auf die diskursive Schriftlichkeit und neue Kommunikationskanäle siehe die Erklärung im Punkt 1 von Kapitel IV.

Baumwollindustrie. Diese Revolution wurde weniger vom großen Kapital, sondern vielmehr von kleinen Unternehmen finanziell getragen (vgl. Mann 2012b: 93-95).

Wallerstein (2004: 80; 87) findet den Hauptantrieb bzw. die Hauptursache für die technologischen Verbesserungen dagegen in dem ständigen Streben der großen Grundbesitzer, die sinkenden Gewinne aus der landwirtschaftlichen Produktion durch neue Verfahren zu erhöhen. Ferner betrachtet er die Gründe der Innovationen in der Industrie als ein Ergebnis der Tatsache, dass das 18. Jahrhundert im Vergleich zum 17. Jahrhundert nicht durch eine Stagnation, sondern durch eine ökonomische Phase des Aufschwungs gekennzeichnet war.

Anfang des 18. Jahrhunderts wurden die Zentrumsstaaten wie z. B. England, Frankreich, die Niederlande, aber auch die Schweiz durch ein ähnliches Entwicklungsniveau in Bezug auf die Industrie<sup>32</sup> charakterisiert. In diesen Ländern spielten die Industrie und der Handel eine enorme Rolle für ihre ökonomische Entwicklung. Die Industrieprodukte zirkulierten meistens im Inland, d. h. dieser Sektor wurde durch protektionistische Maßnahmen charakterisiert. Ein Beleg dafür, dass der Industriesektor an Bedeutung gewonnen hat, ist, dass das Produktionsverhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie, das 2 zu 1 betrug (vgl. Wallerstein 2004: 94).

Laut Mann (2012b: 214) führten die gerade beschriebenen wirtschaftlichen Neuerungen vor allem zur Herausbildung von Netzwerkorganisationen, sowohl unter dem Groß-, als auch unter dem Kleinbürgertum<sup>33</sup>. Dabei betont Mann und unterscheidet sich damit von der obigen Behauptung von Wallerstein dadurch, dass sich die eigentliche Industrialisierung im 18. Jahrhundert nur in Großbritannien<sup>34</sup> ereignete, indem sie dort seine kollektive und geopolitische Macht festigte. Nichtsdestotrotz verkörpert nach ihm die ökonomische Revolution zu jener Zeit im Westen den agrarischen, protoindustriellen und kommerziellen Kapitalismus.

## **2. Die USA und die amerikanische Revolution**

In diesem Punkt stelle ich den amerikanischen Weg zur Entwicklung kapitalistischer Ordnung im 18. Jahrhundert dar. Es gibt einige Gründe, warum man sich mit der politischen und sozialen

---

<sup>32</sup> Westeuropa hat „ab dem 17. Jahrhundert bis in das 19. Jahrhundert hinein eine gewaltige Ausdehnung kleiner ländlicher Industrien mit niedrigen bis mittleren Kapital-Akkumulationsraten“ (Wallerstein 2004: 110-111) erfahren.

<sup>33</sup> Das Groß- und Kleinbürgertum als Klassenakteure betrachte ich im Kapitel IV näher.

<sup>34</sup> Die industrielle Revolution ereignete sich zuerst in Großbritannien, vor allem wegen der Marktausrichtung und der Institutionalisierung von Marktstrukturen seitens der britischen Regierung (vgl. Mann 2012b: 129).

Situation in den USA vor und nach dem Unabhängigkeitskrieg beschäftigen muss. Mann behauptet, dass die Ereignisse rund um die amerikanische Revolution Auswirkungen und Nachahmungseffekte in Europa, insbesondere in Bezug auf die Französische Revolution hatten (siehe Punkt 3.2). Darüber hinaus führte die amerikanische Revolution zur Verstärkung der geopolitischen Positionen Großbritanniens (siehe Punkt 2.1.).

### **2.1. Die politische Situation in den USA vor dem Bürgerkrieg**

Der größte Teil des Territoriums von Nord- und Südamerika war von 1600 bis ca. 1750 unter kolonialer Herrschaft der europäischen Staaten – darunter, v. a. Großbritannien, Frankreich, Spanien und Portugal (vgl. Wallerstein 2004: 276; 319).

Im Jahr 1776 ereignete sich die Unabhängigkeitserklärung und die Gründung der USA, die laut Wallerstein (2004: 279 - 281) ein Produkt langfristiger Ursachen waren. Schon ab 1720 wurde in den britischen Kolonien Nordamerikas ein ökonomisches Wachstum verzeichnet. Diese ökonomische Expansion führte zu Spannungen zwischen den Siedlerhändlern in den Kolonien und den privaten britischen Unternehmen. Nach 1763 kam es zum Importboykott von Produkten aus Großbritannien seitens der Siedlerhändler. Das war ein Willensausdruck der Kolonialherrscher vor Ort, dass sie die ökonomische Abhängigkeit<sup>35</sup> von Großbritannien nicht mehr dulden wollten. Einer ihrer Slogans lautete dementsprechend „No taxation without representation“ (Wallerstein 2004: 292).

Mann (2012b: 137-138; 142) ist der Meinung, dass trotz der gerade erwähnten wirtschaftlichen Abhängigkeit der amerikanischen SiedlerInnen von der britischen Krone die britischen Kolonien über gewisse logistische Autonomie und politische Freiheit aufgrund der großen geografischen Distanz zwischen Großbritannien und der Neuen Welt verfügten. In jeder einzelnen Kolonie wurden die dortigen Autoritäten in Bezug auf die politischen und fiskalischen Aufgaben gewählt. Das Oberhaupt der jeweiligen Kolonie bzw. der sogenannte Gouverneur verfügte über hohe politische Macht. Vor allem die zu treffenden Entscheidungen des jeweiligen Gouverneurs unterlagen der Kontrolle der verschiedenen adeligen Vertreter des britischen Regimes. Die kolonialen Herrschaften wurden vor allem von denjenigen gewählt, die die bestimmten britischen Besitzqualifikationen hatten, was bedeutet, dass die meisten Kleinbauern von den Wahlen ausgeschlossen waren. Dabei

---

<sup>35</sup> Laut Wallerstein (2004: 301) gab es „nach 1763 insgesamt 30 britische Kolonien in den Amerikas, die alle den Handelsgesetzen und *Navigation Acts* unterlagen“.

waren die ideologischen, ökonomischen, politischen und militärischen Institutionen in den US-amerikanischen Kolonien aus struktureller Hinsicht den britischen sehr ähnlich.

Die fiskalischen Belastungen seitens der britischen Regierung, die von der Bevölkerung in Amerika aufgrund geopolitischer Weltbestrebungen Großbritanniens zu tragen waren, führten zu seinem Delegitimieren unter den weißen SiedlerInnen. Dieser Konflikt intensivierte sich in den 1760ern und 1770ern in Amerika, indem dort genauso wie in Großbritannien und in Frankreich das ideologische Macht Netzwerk der diskursiven Schriftlichkeit (siehe dazu Unterpunkt 1.1. vom Kapitel IV) eine entscheidende Rolle für seinen Ausgang hatte. Es hat sich seitens der weißen SiedlerInnen<sup>36</sup> Widerstand gegen die kleine reguläre britische Armee herausgebildet, die die Steuern sammelte. Auf der anderen Seite betont Mann (2012b: 143-144; 147-148), dass die eingesiedelte Bevölkerung realisiert hat, dass die zu erhebenden Steuern in das britische Königshaus eingeflossen waren.

Trotz des gerade Beschriebenen ist Wallerstein (2004: 327-330) der Meinung, dass die Unabhängigkeitserklärung sowohl für die SiedlerInnen, als auch für Großbritannien Vorteile gebracht hat. Zur gleichen Zeit hat Großbritannien eine Unzahl an Kriegen geführt: gegen seine Kolonien, sowie gegen Frankreich, Spanien und die Niederlande. So war es für Großbritannien rationaler, die Unabhängigkeit der 13 amerikanischen Ostküstenkolonien anzuerkennen, und die USA dementsprechend als Handelspartner zu betrachten. Auf diese Art und Weise konnte sich Großbritannien auf die Festigung seiner hegemonialen Ansprüche konzentrieren und dementsprechend die Kriege gegen die europäischen Zentralmächte und insbesondere gegen Frankreich im 18. Jahrhundert gewinnen.

Ähnlich wie Wallerstein äußert sich Mann (2012b: 269) darüber, dass sich der Verlust der amerikanischen Kolonien auf die britische Ökonomie nicht negativ auswirkte, denn der Handel zwischen den USA und Großbritannien bestand weiter fort.

## **2.2. Die Bürgerrechte nach der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung**

Die Unabhängigkeit der USA bedeutete nicht die freie Bürgerschaft für jeden, sondern nur für die europäischen Siedler. Die Urbevölkerung Amerikas - die Indianer - wurde vom Wirtschaftsleben

---

<sup>36</sup> Damit werden nicht alle weißen SiedlerInnen gemeint, sondern die unterdrückte Gruppe der unabhängigen Bauern und des Kleinbürgertums sowie Sklavenbesitzer, die nicht in die Geschäftspraktiken der britischen Krone involviert waren (vgl. Mann 2012b: 148).

ausgeschlossen, während die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in den USA Sklavenarbeit ausgeübt hat (vgl. Wallerstein 2004: 338-340).

Mit anderen Worten implizierte die amerikanische Unabhängigkeitserklärung zwar die Volkssouveränität, dennoch wurde nicht klar definiert, für wen sie gelten sollte. Zwei Jahrzehnte später traten zwar die Verfassungsnovellen unter dem Namen „Bill of Rights“ im Jahr 1791 auf, aber sie beinhalteten die Legitimierung der Menschenrechte und Menschengleichheit nur für die SiedlerInnen (vgl. Wallerstein 1995: 36; 194-198). Das bedeutet, dass die vor der Revolution in den Kolonien institutionalisierte Form von Rassismus weiter fortbestand, indem die dortige einheimische Bevölkerung und die SklavInnen einer rassistischen Diskriminierung seitens der europäischen SiedlerInnen ausgesetzt wurden (vgl. Mann 2012b: 138-139).

Wallerstein geht noch einen Schritt weiter und behauptet, dass, trotz der sich im Namen der Freiheit ereigneten Amerikanische Revolution, die aufständischen Gruppen der Plantagenbesitzer, Großkaufleute, Arbeiter in den Städten sowie Bauern unterschiedliche Interessen hatten, die sich nur teilweise auf Menschenrechte und Gleichheit bezogen. Vielmehr waren die gerade erwähnten Protestierenden/Kämpfenden daran interessiert, dass sie nicht mehr von Großbritannien besteuert wurden (vgl. Wallerstein 1995: 194-198).

### **2.3. Der amerikanische Kapitalismus**

Obwohl die amerikanische Gesellschaft sehr agrarisch geprägt war, wurde die dortige Wirtschaft vor allem kapitalistisch organisiert. Mehr als 90 Prozent der amerikanischen SiedlerInnen waren Bauern. Es gab zwei Formen von bäuerlicher Organisation, die den Surplus generierten: einerseits „small farming“ und andererseits die Plantagen im Süden. Aus diesen zwei Formen ließen sich drei Klassen in der dortigen Gesellschaft herauskristallisieren: Plantagenbesitzer, Sklaven in den Plantagen und hoch autonome Landwirte, unter denen die meisten weißen Siedler Protestanten waren (vgl. Mann 2012b: 138-139).

Ca. zwei Drittel der weißen SiedlerInnen waren Ende des 18. Jahrhunderts ausgebildet<sup>37</sup> - genauso wie in Großbritannien - in Schreiben und Lesen ausgebildet, was der dortigen religiös-ideologischen diskursiven Infrastrukturen zu verdanken war. Die Organisation in Gemeinschaften und die

---

<sup>37</sup> Unter SiedlerInnen meint man hier vor allem Männer. Der diskursiv ausgebildete Frauenanteil war sehr gering (vgl. Mann 2012b: 139).

relative ökonomische Gleichheit unter den weißen SiedlerInnen führte zu ihrer sozialen Integration. Damit werden vor allem die generell grundbesitzenden Leute gemeint, zu denen die Gruppe der unabhängigen Kleinbauern<sup>38</sup> und des Kleinbürgertums i. S. v. Händlern, Geschäftsbesitzern, Handwerkern und Stadtarbeitern zählte (vgl. Mann 2012b: 139-140).

Zu jener Zeit konnte die weiße Bevölkerung mit Ausnahme der exkludierten Sklaven und Einheimischen mehr am sozialen Leben partizipieren als die Bevölkerung in Großbritannien. Die Gründe dafür lagen nach Mann (2012b: 140-141) an dem Mangel an kirchlicher Staatlichkeit und an Adel. Dementsprechend erwies sich die Emigration für die weißen SiedlerInnen als Befreiung von der jeweiligen Machtorganisationen in Europa. Zumindest war der Anteil der befreiten Menschen höher als der in Europa. Obwohl Amerika landwirtschaftlich geprägt war, ermöglichte das Fehlen an Aristokratie den sozialen und beruflichen Aufstieg für Handwerker, kleine Unternehmer und Bauern. Dementsprechend war die Zahl der kleinen und der unabhängigen Kapitalisten in Amerika deutlich höher als in Europa.

Das Resultat der Amerikanischen Revolution drückte sich in der Herausbildung einer kapitalistisch-liberalen Konföderation und eines protodemokratischen Parteienregimes in den USA aus (vgl. Mann 2012b: 137).

### **3. Die endgültige Etablierung des Kapitalismus und die Entstehung des Liberalismus**

Diese Untersuchung spiegelt die endgültige Etablierung kapitalistischer Strukturen und Handlungslogik wider. Ihre Realisation war vor allem deswegen notwendig, damit die jeweiligen dominierenden Akteure ihre Machtpositionen nicht verlieren und/oder sie weiter ausbauen konnten. Dies zeige ich anhand der Analyse der Gründe für den Aufstieg von Großbritannien als hegemoniale Macht im Westen sowie mittels der Untersuchung der Ursachen für die Entstehung der Französischen Revolution und für das Nicht-Stattdfinden von einer britischen Bürgerrevolution.

#### **3.1. Faktoren für den Aufstieg Großbritanniens als Hegemonialmacht**

Obwohl die Niederlande bis Mitte des 17. Jahrhunderts die weltweit führende Macht waren, hatten drei Jahrzehnte später sowohl Frankreich, als auch England mehr Machtpositionen als der niederländische Staat, indem ihre Haupttrivalen ein relativ gleiches Entwicklungsniveau hatten. Der

---

<sup>38</sup> Die Gruppe der Kleinbauern machte ca. 40 Prozent der weißen SiedlerInnen und ein Drittel der ganzen geschätzten Bevölkerung in den amerikanischen Kolonien aus (vgl. Mann 2012b: 140).

Zeitraum zwischen 1689 und 1815 war durch die ständige Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England gekennzeichnet. Die Machtkonstellation hat sich wiederum im 18. Jahrhundert verändert, als England die führende Rolle übernahm (Wallerstein 2012a: 129; 283-284).

Der Konflikt zwischen den beiden Zentrumsrivalen - Frankreich und Großbritannien - äußerte sich auf vielen Ebenen: in Kriegen um europäische Länder, in Marktkämpfen, aber auch in der Peripherie. Es gab ein paar Faktoren, die den weiteren Verlauf der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft und den Aufstieg Großbritanniens als Hegemonialmacht mitbestimmten. In diesem Unterpunkt geht es hauptsächlich darum, diese Faktoren zu untersuchen (vgl. Wallerstein 2012a: 284).

Einer dieser Aspekte implizierte die historische Wahl von England Ende des 17. Jahrhunderts nach geführten Debatten zwischen der Maritime School<sup>39</sup> und Continental School<sup>40</sup>, seine militärische Stärke auf die See bzw. auf die Marine und nicht auf das Land bzw. auf die Armee zu konzentrieren. Obwohl die französische Marine zu jener Zeit einerseits aus quantitativer Hinsicht ähnlich stark und aus qualitativer Perspektive sogar in einer besseren Position als die englische und die niederländische Marine war, wurde die entscheidende Schiffsschlacht von Barfleure 1692 von den Engländern gewonnen. Das war für Wallerstein (2012a: 285-287; 288) der Wendepunkt für die kommenden Kriege zwischen Frankreich und England für das 18. Jahrhundert. Als Grund für die französischen Verluste sieht er in der Finanzkrise von Frankreich zu jener Zeit, aufgrund dessen ein beträchtlicher Teil der vorhandenen Flotte wegen Mangel an Geldmitteln nicht eingesetzt wurde.

Für Wallerstein (2012a: 284; 299; 332-334) lag der Hauptgrund für den Aufstieg Englands zur Weltherrschaft im 18. Jahrhundert an der eingesetzten militärischen Kunst der Engländer in den Kriegen gegen Frankreich zwischen 1689 und 1714. Dabei wurden mehr als die Hälfte der Flotte sowie tausende Handelsschiffe von Frankreich zerstört. Mit dem im Jahr 1763 unterzeichneten Frieden von Paris wurde nach dem Autor ein weiterer Wendepunkt in der Weltgeschichte

---

<sup>39</sup> Diese Schule vertrat die Position, dass England auf See viel stärker ist und somit zur führenden Macht werden kann, indem kriegerische Auseinandersetzungen vorwiegend auf Meeren und in der Peripherie stattfinden sollen. Dies lag daran, dass Frankreich eine zu starke Armee in Europa hatte. Dass England hinsichtlich dessen mit Frankreich hätte konkurrieren können, hätte eine zu hohe Besteuerung erfordert (vgl. Wallerstein 2012a: 285).

<sup>40</sup> Diese Schule argumentierte, dass England keinen Zugang zum kontinentaleuropäischen Zollunion erhält, wenn es sein Militär nicht ans Land umorientiert (vgl. Wallerstein 2012a : 285).

eingeleitet, bei dem Großbritannien<sup>41</sup> endgültig die führende Rolle nach hundertjährigen Auseinandersetzungen mit seinem Hauptrivalen Frankreich im kapitalistischen System übernahm.

Neben der gerade beschriebenen Militärkunst der Briten, betrachtet Wallerstein (2012a: 302-309) die in England stattgefundene Agrarrevolution als wesentlichen Faktor, der zum hegemonialen Aufstieg Großbritanniens verhalf. Dabei war England als einziger Staat in Europa imstande, zwischen 1650 und 1750 die Bedürfnisse seines Binnenmarktes durch gesteigerte Getreideproduktion zu decken. Durch die Navigationsgesetze hat sich in England ein Muster von merkantilistischen Maßnahmen etabliert, die zur Erhöhung der Produktion von Metall- und Textilerzeugnissen führten.

Die gerade erwähnten Faktoren konnten nur durch eine passende Regierungspolitik von England zustande kommen. Während die französische Regierung nach einer Konsolidierung der Binnenmärkte und nach einer ökonomischen Einheit strebte, zielte England auf Eroberungen von ausländischen Märkten. Beispielsweise gelang es den Briten durch geringe Transportkosten die Produzenten aus den Ostseeländern zu verdrängen (vgl. Wallerstein 2012a: 300-319).

Die beiden Hauptrivalen kennzeichneten sich durch unterschiedliche Marktsituation in Bezug auf ihren Handel aus. Während Frankreich in Kontinentaleuropa ökonomisch kaum Konkurrenz hatte, musste Großbritannien nach anderen Möglichkeiten außerhalb des Festlandes suchen, um seine Produkte zu verkaufen. Auf diese Art und Weise wurde Großbritannien dazu gezwungen, in Übersee aktiver zu werden als Frankreich. Dementsprechend verfügten die Briten über einen umfangreicheren Zugang zu den Kolonialmärkten, darunter auch Nordamerika (vgl. Wallerstein 2004: 96; 100).

Obschon Frankreich über mehrere Produktionseinheiten als England verfügte, gelang es Großbritannien zwischen 1780 und 1840, sich zu einem Industriezentrum unter den Zentrumsstaaten in Europa zu entwickeln. Dies erklärt sich wiederum durch eine Zwangslage. Während der Außenhandel für die Franzosen zu damaliger Zeit von geringer Bedeutung war, erwies sich die Abhängigkeit der britischen Industrien von ausländischen Märkten als entscheidend für ihren Vorsprung hinsichtlich ihres technologischen Fortschritts. Darüber hinaus hat der britische Staatsapparat

---

<sup>41</sup> Der Staat Großbritannien entstand durch den Zusammenschluss von England und Schottland im Jahr 1707 als Resultat von Handelsinteressen der dortigen Kaufleute und des Adels (vgl. Wallerstein 2012a: 297).

protektionistische Maßnahmen für die einheimische Produktion ergriffen (vgl. Wallerstein 2004: 111-113).

Als weiterer Faktor, der den britischen Erfolg bedingte, stellte sich das in England geschaffene Geldsystem zwischen 1689 und 1714 heraus, das langfristige staatliche Darlehensaufnahmen ermöglichte<sup>42</sup>. Es ist wichtig an dieser Stelle zu betonen, dass die größten Investoren in dieses neue geschaffene System die niederländischen Kapitalbesitzer waren. Einerseits waren niederländische Anleger daran interessiert, ihr Vermögen sowohl im In-, als auch im Ausland anzulegen. Vor allem verlagerte sich nach dem Verlust der hegemonialen Positionen der Niederlande ein großer Teil ihres Kapitals nach London, weil dies höhere Erträge für die Kapitalbesitzer mit sich brachte. Darüber hinaus haben die Niederländer England deswegen als Zufluchtsort von Kapital ausgewählt, weil die britischen Kriege im Vergleich zu Frankreich kaum ihre eigene Industrie beeinträchtigten. Auf diese Art und Weise konnten sich die niederländischen Investitionen auszahlen (vgl. Wallerstein 2012a: 313; 325-328).

Großbritannien gelang es, die entscheidenden Kriege gegen Frankreich im 18. Jahrhundert mittels der bereits etablierten kapitalistischen Strukturen zu gewinnen, die die Entwicklung finanzieller Institutionen und dementsprechend die Verfügbarkeit von liquiden Mitteln zur Finanzierung der Kriege ermöglichten. Auf der anderen Seite war Frankreich sowohl in Kontinentaleuropa, als auch auf See vertreten, während Großbritannien seine Stärke auf die See konzentrierte. Die frühere kapitalistische Ausrichtung Großbritanniens brachte dem Inselstaat auch effizienteres Betreiben der Landwirtschaft. In den 1780ern hatte Frankreich sein Dominieren auf See verloren, indem es nur noch seine Vormachtstellung in Europa beibehielt. Die Gewinnung der Kriege im 18. Jahrhundert stellte die Hauptbedingung für Großbritannien dar, warum es im 19. Jahrhundert imstande war, seinen Schiffverkehr, seinen internationalen Handel und internationales Kreditwesen auszuweiten (vgl. Mann 2012b: 268-270).

---

<sup>42</sup> In diesem Zeitraum kam es zur Gründung von drei Aktiengesellschaften, die eine entscheidende Rolle für die Expansion Großbritanniens spielten. Damit werden die Bank of England, United East India Company sowie South Sea Company gemeint. Sie alle drei haben Förderung vom britischen Staat in Form von Finanzgeldern bekommen (vgl. Wallerstein 2012a: 325).

Nachdem ich die Faktoren für den hegemonialen Aufstieg Großbritanniens untersucht habe, zeige ich als Nächstes, weshalb die Französische Revolution im Zeitraum der britisch-französischen Rivalität entstand.

### **3.2. Die Französische Revolution als Reaktion auf die hegemoniale Stellung Großbritanniens**

Wallerstein (2004: 135; 140; 1995: 233) und Mann (2012b: 238; 247) schreiben der Französischen Revolution als Ereignis eine enorme Rolle für die Geschichte der europäischen Moderne<sup>43</sup> bzw. für die kapitalistische Weltwirtschaft zu, denn sie führte einerseits zur Transformierung des Sozialen. Andererseits stellte sie die Konsequenz der dauerhaften Auseinandersetzungen zwischen den beiden Hauptrivalen Frankreich und Großbritannien bzw. aus heutiger Perspektive den endgültigen Sieg der Briten dar. Dieses Unterkapitel beschäftigt sich, wie bereits Anfang dieses Kapitels erwähnt, mit dem zweiten Aspekt (hinsichtlich der Auswirkungen der Französischen Revolution auf den gesamten Westen bzw. der Transformierung des Sozialen (siehe dazu Kapitel IV, sowie spezieller Punkt 3).

1763 war selbst unter der französischen Elite die Meinung verbreitet, dass sich Frankreich reformieren musste, damit es nicht von Großbritannien überholt werden würde. Dabei gab es zwei Reformpläne: Der eine sah vor, den Staat finanziell, sozial und militärisch zu festigen, während der zweite eine ökonomische Öffnung des Landes nach außen beinhaltete. In dieser Perspektive betrachtet man das Spannungsfeld zwischen protektionistischen MaßnahmenbefürworterInnen und liberalen VertreterInnen (vgl. Wallerstein 2004: 115).

Genauso wie Wallerstein ist Mann (2012a: 480) auch der Meinung, dass Frankreich im 18. Jahrhundert geopolitisch und geökonomisch im Vergleich zu Großbritannien rückständig geblieben war. Dies hatte zur Folge, dass bestimmte politische französische Theoretiker für den Konstitutionalismus als Regierungsform zu plädieren begannen. Andererseits führte dies zum Ausbruch der Französischen Revolution.

Laut Mann (2012b: 167; 170-171) ereignete sich die Französische Revolution zuerst nicht als Klassenkonflikt, sondern verwandelte sich erst im Laufe der Zeit zu einem Klassen- bzw.

---

<sup>43</sup> Unter Moderne wird die Gestaltung des Sozialen nicht mehr durch materielle, sondern durch intellektuelle Mittel verstanden. Diese wurde „erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollständig institutionalisiert“ (Wallerstein 2012b: 20-21).

nationalen Konflikt<sup>44</sup>. Obwohl Frankreich um das Jahr 1789 einer der entwickeltesten Staaten der Welt war, lag eines der Probleme des französischen Staates nicht an geringerer ökonomischer Produktivität und Wirtschaftsleistungen, sondern vor allem an seinen sektoralen Ungleichheiten.

Auf der anderen Seite sieht der Mann (2012b: 171-172; 179-180) die Hauptursache für den Ausbruch der Revolution in der Verwaltung der Staatsfinanzen von Frankreich, denn soziale Ungleichheiten hat es auch in anderen europäischen Staaten gegeben, ohne dass sie dort zur Revolution geführt haben. Im Vergleich zu Frankreich wurden die staatlichen Finanzen in Großbritannien rational und effizient geführt. Im Rahmen der geopolitisch-militärischen Konfrontation zwischen Frankreich und Großbritannien hat der britische Staat sein Finanz- und Steuersystem verbessert, während Frankreich diesen Sektor vernachlässigt hat. Darüber hinaus genossen lokale Regime und deren klerikale, adelige sowie bürgerliche Vertreter, die sich im Machteinflussbereich des absolutistischen Regimes Frankreichs befanden, Privilegien und Steuerbefreiungen. D. h., dass die meisten Steuern, die der französische Staat erhielt, von den Bauern kamen. Das bedeutet wiederum, dass einerseits die Höhe der erhaltenen Steuereinnahmen geringer als in Großbritannien waren. Andererseits befanden sich die bäuerlichen Menschen an ihrer Subsistenzgrenze.

Die französische Elite bestand damals aus dem Monarchen, dem Gerichtshof, einer kleinen Administration und der Vertretung verschiedener privilegierter Adelsnetzwerke sowie ein paar Klerusvertretern. Mann (2012b: 173) verbindet den Begriff der Bourgeoisie zu jener Zeit nicht so sehr mit Händlern, Kaufleuten und Fabrikanten, sondern er bezieht sich vor allem auf Menschen, die adelige Privilegien hatten. Der französische Adel und die französische Bourgeoisie sind zu einer Eigentümerklasse zusammengewachsen, wobei sie meistens nicht kapitalistisch erwirtschaftet haben.

Neben den ökonomischen Ungleichheiten trugen die ideologischen Netzwerke zur Entfaltung der Französischen Revolution bei. Auf der einen Seite erlitt das absolutistische Regime Ende des 18. Jahrhunderts Kontrollverlust über seine eigenen Netzwerke diskursiver Kommunikation. An zweiter Stelle führte die Aufklärung zu alternativen ideologischen und politischen Denkweisen, die durch die Expansion der kommerziellen Ökonomie zu jener Periode ermöglicht wurden. So wie in den anderen westeuropäischen Ländern wurde der männliche Teil der Bevölkerung zu 70/80

---

<sup>44</sup> Die Entstehung der Klassen und Nationen werden im Kapitel IV näher behandelt.

Prozent alphabetisiert. Wichtig ist auch anzumerken, dass die Aufklärung auch Teil des Adels und des Ancien Regimes durchdrungen haben (vgl. Mann 2012b: 175).

Der Erfolg der Amerikanische Revolution ermutigte die französische Zivilgesellschaft dazu, einen reformierten Weg einzufordern (vgl. Mann 2012b: 178). Das ist auch der Grund, warum Mann (2012b: 151) im Vergleich zu Wallerstein der Meinung ist, dass das Modell der Amerikanischen Revolution die anderen Revolutionen und Erhebungen im 19. Jahrhundert vorangetrieben hat und nicht nur die Französische alle anderen (siehe dazu Kapitel IV, Punkt 3).

Die Französische Revolution führte zur Erschütterung der feudalen Lage in Frankreich. Dabei kam es zur Krise innerhalb der bereits erwähnten privilegierten Schichten, aber auch zu Auseinandersetzungen zwischen den privilegierten und unprivilegierten Gruppen (vgl. Wallerstein 2004: 143-144).

Wallerstein (2004: 144-145; 148-150) ist an dieser Stelle mehr an der Beziehung zwischen der Aristokratie und der Bourgeoisie interessiert. Er betrachtet die Französische Revolution als „Ausdruck eines heftigen Kampfes innerhalb der Eliten“, der sich auf die künftige Gestaltung der Verfassung und der Politik des französischen Staates bezog. Das französische Volk hat sich dann erst später daran beteiligt. Die Abschaffung des Feudalismus vom 4. August 1789 war nicht Teil des Programms der revolutionären Bourgeoisie, sondern wurde durch die Bauernrevolution vorangetrieben. Die Volksmassen strebten nicht nur danach, ein besseres gesellschaftliches Lebensniveau zu haben, sondern sie kämpften vor allem für ihre politischen Menschenrechte. Mit anderen Worten wurde die politische Elite Frankreichs dazu gezwungen, die Forderungen der revolutionierenden Bauernschaft in Betracht zu ziehen (siehe dazu Kapitel IV, Punkt 3). Das wirkliche Ziel der Französischen Revolution und der Reformen seitens der herrschenden kapitalistischen Gruppen in Frankreich bestand nach Wallerstein (2004: 160-161) darin, den Prozess der Verwandlung Großbritanniens in eine Hegemonialmacht zu stoppen<sup>45</sup>.

Trotz der Versuche Frankreichs, die Briten ökonomisch zu schwächen, ist Großbritannien in der Periode zwischen 1783 und 1816 endgültig zur Hegemonialmacht aufgestiegen, was auch zum

---

<sup>45</sup> Die neuorientierte Herrscherschicht Frankreichs mit Staatsoberhaupt Napoleon zielte den Handel Großbritanniens auf unterschiedliche Art und Weisen zu schwächen, wie z. B. durch Destabilisierung des Finanzsystems von Großbritannien, das Stoppen von Rohstoffimporte nach Großbritannien sowie die Versperrung des Zugangs der Briten zu den Absatzmärkten des europäischen Festlandes. Nur das letztgenannte Ziel war zum Teil, aber auch nicht langfristig von Erfolg gekrönt (vgl. Wallerstein 2004: 170-172).

großen Teil auf der revolutionären und noch nicht stabilen Lage in Frankreich zurückzuführen ist. Großbritannien wurde - wie früher die Niederlande - zum Industrie-<sup>46</sup>, Finanz-<sup>47</sup>, Handelszentrum<sup>48</sup> Europas bzw. der kapitalistischen Weltwirtschaft<sup>49</sup> (vgl. Wallerstein 2004: 173-177).

### **3.3. Die Reformen in Großbritannien und die Geburt des Liberalismus**

Mann (2012b: 184) ist der Meinung, dass das französische Regime vor 1789 noch über diesen Zeitpunkt hinaus hätte reagieren können, hätte sich seine Administration in Bezug auf die Festhaltung an universalistische Prinzipien reformiert. An dieser Stelle stellt sich die Frage, warum es im Vergleich zu Frankreich und zu den USA in Großbritannien zu keiner Revolution<sup>50</sup> kam. Demensprechend beschäftigt sich dieser Unterpunkt mit der Thematik, wie es dem britischen Ancien Regime gelang, die Entstehung einer derartigen Revolution zu verhindern.

In Großbritannien wurden früh institutionalisierte Zivilrechte und eine einfache Form von Parteidemokratie etabliert. Anfang des 18. Jahrhunderts wurden noch die meisten Übertragungsrechte und -Privilegien in Großbritannien abgeschafft, während zu dieser Zeit in Frankreich das nicht-kapitalistisch erhaltene Vermögen eine breite Erscheinung war (vgl. Mann 2012b: 92; 101).

Obwohl der kapitalistische Laissez-Faire-Modus<sup>51</sup> in Großbritannien zwischen 1760 und 1820 flo-rierte, waren seine Hauptträger VertreterInnen vom Ancien Regime. Dagegen bekam die

---

<sup>46</sup> Als Beweis dafür dient die französische Wahrnehmung für Rückständigkeit ihrer eigenen Industrie gegenüber der britischen. Durch ihre Spezialisierung konnte die britische Industrie schnellere und billigere Produktionseinheiten herstellen (vgl. Wallerstein 2004: 178). Darüber hinaus hat die französische Monarchie als Gegenmaßnahme für die hohe Staatsverschuldung in den 1780ern den französischen Markt nach außen geöffnet. Dieser freie Handel führte dazu, dass mehr britische fertige Industrieerzeugnisse aus Baumwolle, Keramik und Eisen nach Frankreich importiert wurden und aufgrund des höheren Mechanisierungsgrades britischer Industrie zu billigeren Preisen als deren französischen Äquivalenten angeboten wurden. Währenddessen wurden vermehrt landwirtschaftliche Produkte aus Frankreich nach England exportiert. Somit geriet Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts gegenüber der neuen Hegemonialmacht in eine semiperipheren Lage (vgl. Wallerstein 2004: 118-132).

<sup>47</sup> Die Staatsverschuldung Frankreichs wird laut Wallerstein (2004: 278) als ein wesentlicher Grund für den hegemonialen Aufstieg Großbritanniens gesehen. Obwohl Frankreich und Großbritannien über starke Staatsapparate verfügten, gelang es den Franzosen nicht, eine stabile Finanzpolitik durchzuführen.

<sup>48</sup> Die Aufrechterhaltung seines Hegemoniestatus im 19. Jahrhundert konnte Großbritannien durch Investitionen im Ausland erreichen (vgl. Wallerstein 2012b: 48-49).

<sup>49</sup> Obwohl Großbritannien eine Hegemonialmacht wurde, bedeutete dies nicht automatisch, dass die unteren Schichten davon profitierten. Im Gegensatz dazu wurde dieser Hegemonialstatus teilweise durch die Unterdrückung der Lebensbedingungen der Bauern und der Arbeiter erreicht. Dies geschah anhand nationalistischer Überzeugungen seitens Großbritanniens bzw. mittels der Verbreitung antifranzösischer Gefühle unter der britischen Bevölkerung (vgl. Wallerstein 2004: 176-177).

<sup>50</sup> Es kommt zu einer Revolution nach Mann (2013a: 169), „wenn unzufriedene Leute glauben, dass das herrschende Regime zu so einem Punkt geschwächt ist, dass sie anfangen es in Frage zu stellen“.

<sup>51</sup> Das Laissez-Faire stellt eine Ideologieform von Kapitalismus und Staat dar. Bei Laissez-Faire übt der Staat grundsätzlich keinen autoritären Einfluss auf die Gestaltung der Märkte aus (vgl. Mann 2012b: 33-34).

kapitalistische Klasse ein Jahrhundert später (ab 1870) die Machtressourcen über die Märkte, die Finanzinstitutionen, das Gericht und die Industrie. In dieser Periode wurden die Löhne und die Preise vom Staat reguliert. Gleichzeitig gab es kaum Industrielle und es fehlte an Großmonopolen, die die Regeln auf den internationalen Märkten diktierten (vgl. Mann 2012b: 97-101).

Großbritannien war im 18. Jahrhundert kein einheitlicher Staat. Obwohl der britische Staat eine minimale Form von Parteidemokratie entwickelte, hatte der politische Kreis um das Ancien Regime die Kontrolle über die Machtressourcen. Man konnte durch die Parteidemokratie den Klassenkonflikt zwischen dem machtbesitzenden Adel auf der einen Seite und dem Kleinbürgertum auf der anderen Seite beobachten, wobei Letzteres von den Wahlen exkludiert war und an den staatsführenden Aufgaben nicht teilnahm (vgl. Mann 2012b: 108-110).

Die Staatsregime im 18. Jahrhundert waren nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch orientiert. Einer der Gründe, warum man danach strebte an den politischen Handlungen teilzunehmen, war der Wunsch zur Befreiung von Besteuerung und zum Erhalt von Staatsanleihen. Die Exklusion von diesen ökonomischen Vorteilen führte zu Forderungen nach Reformen und zur Ausweitung der diskursiven Bildungsmedien (vgl. Mann 2012b: 112-113).

Hinsichtlich der Außenpolitik hat Großbritannien eine militaristische Stellung eingenommen. In dieser Periode war der britische Staat an vielen militärischen Auseinandersetzungen, vor allem mit Frankreich, beteiligt. Obwohl das ökonomische Wachstum des Staates durch die Kriegsführung verdoppelt wurde, wurde der größte Teil der Bevölkerung im Vergleich zur Klasse der Nation von der politischen und ökonomischen Partizipation exkludiert. Weiterhin führten die Kriege zu Finanzbelastungen, die auch in Friedenszeiten zu tilgen waren. Im Vergleich zu Frankreich oder zu den USA kam es infolgedessen in Großbritannien zu keiner politischen Revolution. Der Hauptgrund dafür waren die verschiedenen Klassengruppen, die daran beteiligt waren, und dementsprechend die unterschiedlichen Zielsetzungen, die die jeweiligen protestierenden Bewegungen verfolgten. Es kam zu Protesten intensiver Art, die von radikalen Personen geführt wurden. Die breite Masse der Bevölkerung – darunter auch Frauen - wünschte sich aufgrund der inflationären Preise die Gewährleistung und Deckung der Grundbedürfnisse. Da sie nicht gebildet und/oder politisch war, strebten die Menschen nicht nach einer Reform, sondern äußerten ihren Protest häufig in randalierenden Auseinandersetzung gegen den Staat. Andere protestierende Arbeiter waren nicht

gegen den Staat, sondern forderten eine staatliche Regulierung der Arbeitgeber (vgl. Mann 2012b: 115-116; 120-122).

Auf der anderen Seite forderte das Kleine Bürgertum vom Ancien Regime ihre Repräsentation und drohte im Gegenzug mit der Nicht-Unterstützung der lokal-regionalen Ordnung. Die alte britische Elite hat dementsprechend die wichtige Rolle des Kleinbürgertums für den ökonomischen und führenden Aufstieg Großbritanniens auf der internationalen Arena anerkannt. Durch die von der britischen Regierung verabschiedete „Reform of Bill“ wurde das Kleinbürgertum Anfang des 18. Jahrhunderts nicht mehr vom politischen Prozess exkludiert, d. h., es bekam individualisierte und politische Rechte. Diese Reformschritte implizierten zwar keine vollständige Demokratie, führten Großbritannien aber auf den Weg zu einer kapitalistischen Klassennation (vgl. Mann 2012b: 125).

Durch die Reform wurde der freie Handel garantiert und der Klientelismus abgeschafft. Die alte britische Elite etablierte und institutionalisierte den Liberalismus bzw. den nationalen Kapitalismus, indem sie dadurch die Gefahr von der Ausbreitung von Revolution wie z. B. in Frankreich und in den USA abgewendet hat. Mit anderen Worten blieben die ursprünglich Regierenden an der Macht. Der Schlüssel für ihren Erfolg bestand in der Säkularisierung der Beziehungen unter der britischen Bevölkerung sowie in der diskursiven Schriftlichkeit, aber vor allem in der Akzeptanz und in dem Willen zur Universalisierung und Modernisierung des Sozialen. Dabei verwandelten sich private Eigentümer in eine singuläre, kapitalistisch orientierte nationale Klasse. Diese Klasse wurde in politische Parteien (die Konservative und die Liberale Partei) organisiert, wobei sie jedoch vom Adel der alten Elite kontrolliert wurde. Sie war vor allem im Handels- und Finanzbereich sowie in den Eisenbahnen, die zu jener Zeit enorme ökonomische Aktivitäten vorantrieben, vertreten. Fabrikanten waren dagegen selten Teil der herrschenden Klasse (vgl. Mann 2012b: 126-129).

Das Ancien Regime von Großbritannien musste sich nicht nur ökonomisch und politisch modernisieren, um intern an der Macht zu bleiben, sondern auch militärisch. Während der oben betrachteten Periode wurde das britische Militär verbessert, um aus geopolitischer Sicht vor allem die Kriege gegen Frankreich gewinnen zu können (vgl. Mann 2012b: 131).

Die Zeit zwischen den 1750ern und den 1830ern, wo sich die gerade erwähnten Handlungen abspielten, bezeichnet Mann (2012b: 130) als Wendepunkt in der weltweiten Geschichte, indem der Liberalismus zum Motor der Weltprozesse wurde (siehe dazu Kapitel IV, insbesondere Punkt 3).

#### **4. Zwischenfazit über die Etablierung des Kapitalismus**

Dieses Kapitel wurde vorwiegend durch wechselseitige Ergänzungsargumente von beiden Autoren gekennzeichnet. Bis Ende des 18. Jahrhunderts war nach ihnen die fast dreihundert Jahre lang andauernde Genese des Kapitalismus bereits vollzogen, indem seitdem die westlichen, ökonomischen Machtbeziehungen durch den Kapitalismus bestimmt werden. Für beide Soziologen war das 18. Jahrhundert auch eine Zeit, in der der Grundstein für die spätere industrielle Entwicklung des Westens gelegt wurde (vgl. Wallerstein 1995: 254; vgl. Mann 2012b: 23).

Nach der Unabhängigkeitserklärung der USA wurden die Bürgerrechte der US-AmerikanerInnen institutionalisiert. Dennoch galten sie nicht für alle Bevölkerungsgruppen, sondern nur die SiedlerInnen verfügten darüber, d. h., dass die anderen Gesellschaftsangehörigen vom sozialen Leben ausgeschlossen wurden.

Im Vergleich zu Europa konnten sich in den USA im 18. Jahrhundert trotz der damals vorwiegend agrarisch geprägten Gesellschaftsstruktur schnell kapitalistische Verhältnisse etablieren. Dies lag daran, dass es vor der Gründung der USA aus historischer Perspektive keine feudale und adelige Ordnung gegeben hat.

Zur Etablierung des Kapitalismus trug hauptsächlich der Militarismus bei. Dies konnte an der fast 100 Jahre lang andauernden militärischen sowie ökonomischen Konfrontationsperiode zwischen den beiden Haupttrivalen im Westen zu jener Zeit, nämlich Frankreich und Großbritannien, erkannt werden. Diese Auseinandersetzung und den Erfolg Großbritanniens habe ich in drei Schritten untersucht.

Nach Wallerstein kam es erstens zum Aufstieg Großbritanniens als hegemoniale westliche Macht aufgrund seiner militärischen Kunst, der Schaffung eines eigenen Geldsystems, der Konzentration von Finanzkapital auf seinem Territorium sowie der Anwendung rationaler Verfahren hinsichtlich seiner Finanzen.

An zweiter Stelle erwies sich die Französische Revolution als ein Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Großbritannien, das zum Ziel hatte das hegemoniale Werden Großbritanniens durch die Modernisierung Frankreichs zu verhindern. In Großbritannien kam es zu keiner Revolution in dieser Periode, sondern es gelang der alten feudalen Elite durch Modernisierungsreformen an der Macht zu bleiben. Diese Reformen implizierten die Institutionalisierung

von kapitalistischen Praktiken bzw. von Bürgerrechten für bestimmte gesellschaftliche Gruppen. Im nächsten Kapitel zeige ich, wie Zugeständnisse von (weiteren) Bürgerrechten im Laufe des 19. Jahrhundert für immer mehr Menschengruppen seitens der dominierenden Schichten gemacht wurden.

#### **IV. Die Entstehung der Klassen und Nationen im langen 19. Jahrhundert und die Entfaltung des Liberalismus**

Dieses Kapitel ist ähnlich wie Kapitel II aufgebaut. Ich betrachte zwei unterschiedliche Perspektiven von Immanuel Wallerstein und Michael Mann über die Herausbildung und Entwicklung der Klassen, der Nationen und der modernen Staatlichkeit. Der Grund, warum ich genau diese Themen behandle, ist, weil sie die bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert vollendete kapitalistische Ordnung und ihre Entfaltung im 19. Jahrhundert widerspiegeln.

Im Vergleich zu den Kapiteln II und III lässt sich hier erkennen, dass sich die Argumentationen von Wallerstein und Mann über die soziale Gestaltung geändert haben. Während die ideengeschichtliche Argumentation Wallersteins bis zum 18. Jahrhundert vor allem im Bereich des Ökonomischen und Politischen bzw. Militärischen angesiedelt war, beziehen sich seine Erläuterungen über die Gesellschaften im Westen seit dem 19. Jahrhundert vorwiegend auf den ideologischen bzw. kulturellen Bereich. Ganz umgekehrt sieht die Lage bei Michael Mann aus, der seit Mitte / Ende des 18. Jahrhunderts die ideologische Komponente für weniger relevant im Gegensatz zu den militärischen, politischen und ab dem 20. Jahrhundert den ökonomischen Machtdimensionen<sup>52</sup> hält.

Dabei betrachte ich im ersten Punkt das Wesen der Klassen und der Nationen. Die Definitionen in diesem Punkt stammen ausschließlich von Michael Mann. Sie leiten nicht nur in das in Punkt 2 dargestellte Modell von Mann über die Entwicklung der Klassen und der Etablierung des modernen Staates, sondern auch vorwiegend in die im Punkt 3 ideologisch-formulierte Erklärung von Wallerstein über die Formierung moderner Staatlichkeit und über die verschiedenen Klassenverhältnisse und Bewegungen in der westlichen Welt ein. Wallersteins Modell über die soziale Wirklichkeit im 19. Jahrhundert dient einerseits als Kontrastfolie zu Manns Standpunkten über das 19. Jahrhundert und andererseits als Ergänzung dazu, wodurch der moderne/liberale Staat gekennzeichnet ist.

##### **1. Definition von diskursiver Schriftlichkeit, Klasse und Nation**

Obwohl die westlichen Gesellschaften im 19. Jahrhundert von Wallerstein aus kultureller/ideologischer Sicht ideengeschichtlich untersucht wurden (siehe Punkt 3.), ist Michael Mann derjenige

---

<sup>52</sup> Die ökonomischen Kräfte zur Gestaltung des Sozialen im 20. Jahrhundert betrachte ich im Kapitel V.

Autor, der die Definition von Klassen und Nationen sowie deren (ideologische) Kommunikationsmittel im Detail analysiert.

Zuerst beginne ich hier mit der Erklärung des Zustandes und der Veränderung der ideologischen Macht im 18. und 19. Jahrhundert. Der Grund dafür liegt darin, dass die diskursive Schriftlichkeit und die entstandenen Ideologien teilweise für die Zerstörung der alten feudalen Ordnung im Westen verantwortlich waren. Auf der Basis dieser Information erfolgen die weiteren theoretischen Bausteine über das Wesen der Klassen und Nationen (vgl. Mann 2012b: 130).

### **1.1. Ideologische Macht ab dem 18. Jahrhundert**

Die ideologische Machtquelle spielte vor allem während des Mittelalters eine tragende Rolle hinsichtlich der Gestaltung des Sozialen, während im 18. Jahrhundert und Anfang des 19. Jahrhunderts die militärische Machtorganisationen in Bezug auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse dominierender wurden (vgl. Mann 2012b: 249).

Die Intensivierung des geopolitischen Militarismus Ende des 18. Jahrhunderts und im 19. Jahrhundert bedingten das Wachstum und die Modernisierung der westlichen Staaten. Auf der anderen Seite kam es gleichzeitig zur Transformation der ideologischen Macht, indem nicht mehr die Kirche, sondern die diskursive Schriftlichkeit den Alltag zu bestimmen begann (vgl. Mann 2012b: 214-215).

Nachdem die ideologische Macht der Kirche im 18. Jahrhundert ihren Niedergang hinsichtlich der Gestaltung der menschlichen Kommunikation und Handlungen erfahren hatte, kam es gleichzeitig neben der industriellen Revolution (siehe Punkt 1. von Kapitel III) zur diskursiven Bildungsrevolution. Damit wird gemeint, dass das Lesen und das Schreiben nicht nur von Formeln gekennzeichnet wurden, sondern dass die Formulierung von Argumenten und Konversationen auftauchten. Es entstanden im 19. Jahrhundert religiöse, diskursive Ideologien wie z. B. der Puritanismus in den USA, der Protestantismus in Großbritannien. Es gab aber auch säkulare, diskursive Ideologien wie z. B. die Aufklärung, der Utilitarismus, der Liberalismus. All die gerade erwähnten Ideologien verkörperten die Kommunikation der diskursiven Schriftlichkeit (vgl. Mann 2012b: 35-36; 228).

Die Netzwerke der diskursiven Schriftlichkeit, die ebenfalls das Soziale bestimm(t)en, waren ein Ergebnis des Kapitalismus und des Militarismus. Die säkularisierten Netzwerke der diskursiven

Schriftlichkeit lieferten die Moral, die Normen und die Regeln in der Gesellschaft. Ein Beispiel dafür sind die geschriebenen Verfassungen, die die Rechte der menschlichen Individuen enthalten (vgl. Mann 2012b: 228-229; 234).

Für Mann (2012b: 36-39; 232) spielte die diskursive Schriftlichkeit eine enorme Rolle für die Entstehung und Entfaltung der Klassen sowie für die weitere Herausbildung der Nationen im 19. Jahrhundert. Die ideologische Infrastruktur der diskursiven Bildung wurde durch Vervielfachung der gedruckten Medien ermöglicht. Dabei beherrschte im 18. Jahrhundert mindestens 50 Prozent der Männer in den Kernländern des Westens das Lesen und das Schreiben auf einem Basisniveau. Die diskursive Bildung wurde weiterhin durch neun Hauptmedien charakterisiert: die katholische und protestantische Kirche, das Militär, die Staatsadministration, die kommerzielle Wirtschaft, die juristischen Berufe, die Universitäten, die literarischen Textsorten, die Zeitungen und Zeitschriften sowie die diskursiven Diskussionszentren wie Akademien, Bibliotheken usw. Sie alle ermöglichten die Entstehung und Ausweitung von Ideologien, Moral und universellem Wissen bzw. von Wissenschaft. Auf der anderen Seite wurden die Hauptmedien mittels des kommerziellen Kapitalismus sowie staatlicher Aktivitäten realisiert.

## **1.2. Das Wesen der Klassen und deren Rolle im Kapitalismus**

Neben der diskursiven Schriftlichkeit gab es zwei weitere Komponenten, die die westliche gesellschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert geprägt haben: die Klassen und die Nationen. Der Kapitalismus führte zur Entstehung der extensiven, politischen und gegebenenfalls symmetrischen und dialektischen Klassen, indem sie mittels der bereits erläuterten diskursiven Schriftlichkeit organisiert werden konnten (vgl. Mann 2012b: 27).

Das Klassenbewusstsein war typisches Merkmal moderner Gesellschaften. Dabei konnten dominierende und untergeordnete Klassen unterschieden werden. Die dominierenden Klassen wurden durch gemeinschaftliche Beziehungen und Interessen gekennzeichnet. Für sie war die Gesellschaft nicht nach Klassen aufgeteilt, sondern nach segmentären und lokal-regionalen Organisationen, wo die untergeordneten Klassen in der Regel vertreten wurden. Laut dem Autor wurde das entstandene Arbeitsklassenbewusstsein durch vier Komponenten charakterisiert: Identität; Opposition, die den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit implizierte; Totalität, die durch Akzeptanz von bestehender Identität und bestehender Opposition die Determinierung der sozialen Lage der Arbeiter und der

gesellschaftlichen Situation erklärte; sowie alternative Machtbeziehungsformen hinsichtlich der bestehenden kapitalistischen Ordnung (vgl. Mann 2012b: 27).

Mit anderen Worten stellt die Klasse in modernen Gesellschaften eine wichtige Form der (ökonomischen) Selbstidentität dar. Dennoch ist es sehr selten, dass ein Individuum nur durch eine singuläre Identität beeinflusst wird. D. h., neben der jeweiligen Klasse können weitere Faktoren wie Religion, Nationalität usw. die soziale Gestaltung des Individuums bestimmen. Nach Mann (2012b: 28-31) wurde nur eine geringe Zahl von Menschen von einer singulären Identität geformt. Dies liegt daran, dass die nicht-ökonomischen Interaktionsnetzwerke die Solidarität unter den ökonomisch heterogenen Fraktionen und Schichten gewährleisten, denn allein der ökonomische Bereich führt zur Fragmentierung unter den verschiedenen Klassen. Das ist auch der Grund, warum Mann die Klassen nicht wie Marx nur aus der Wirtschafts- bzw. aus der Produktionsperspektive betrachtet, sondern er bezieht sich zu deren Analyse auf die vier sich überlappenden Quellen der Macht. Dementsprechend können Klassen nicht nur durch ökonomische, sondern auch durch ideologische, politische und militärische Organisationsformen erklärt werden.

Mann (2012b: 28) unterscheidet sechs Hauptklassenakteure: das Ancien Regime und das Kleinbürgertum<sup>53</sup>, die als Ergebnis des Konflikts zwischen alter und neuer Produktionsweise auftraten; die kapitalistische Klasse (Bourgeoisie bzw. Großbürgertum) und Arbeiterklasse; den im 19. Jahrhundert entstandenen Mittelstand und das Bauerntum.

### **1.3. Das Wesen der Nationen**

Nachdem ich das Wort Klasse definiert habe, stellt sich die Frage, wodurch die Nationen gekennzeichnet sind.

Mann (2012b: 215-216) versteht unter Nation eine extensive klassenübergreifende Gemeinschaft, die über ihre eigene ethnische Identität, Geschichte und Staatlichkeit verfügt. Ursprünglich sind die Nationen im 18. Jahrhundert in Europa und Amerika entstanden. Vor ihrer Entstehung zählten zur Gruppe der Nation nur die dominierenden Schichten, die eine gemeinsame Blutverbindung hatten. Darüber hinaus waren vor 1789 nur die dominierenden Schichten imstande sich extensiv zu organisieren.

---

<sup>53</sup> Dazu gehörten verschiedene Berufsleute, Händler, Geschäftsinhaber, kleine Fabrikanten, Handwerker usw. (vgl. Mann 2012b: 29; 233).

Weiterhin stellen die Nationen das Ergebnis dauerhafter historischer Ereignisse sowie der Herausbildung von Staatsterritorien und sprachlichen/religiösen Gemeinschaften dar. Durch die Nation werden Leute miteinander verbunden, die vorher keinen Bezug zueinander hatten (vgl. Mann 2012b: 36).

Die nationalen Identitäten und das nationale Bewusstsein können aber auch durch die Intensivierung der Machtkämpfe zwischen großen Rivalen entstehen (Mann 2012b: 249).

Der Kapitalismus kann auch nationalistische Ausrichtungen implizieren, wenn sich die Klassen auf der Ebene des territorial organisierten Staates politisieren und organisieren. Die nationalistischen Elemente des Kapitalismus treten dann auf, wenn er vom Staat kontrolliert wird und für den Kampf gegen andere Rivalen genutzt wird (vgl. Mann 2012b: 254-255)

Nachdem ich in die Definition von Klassen und Nationen kurz eingeführt habe, orientiert sich der nächste Teil an der Analyse des westlichen Sozialen im langen 19. Jahrhundert, indem ich mich zuerst mit der Argumentation von Michael Mann über diese Periode beschäftige.

## **2. Michael Manns Modell der Entstehung des modernen Staates mit Schwerpunkt auf Militarismus und Politik**

Die Entstehung der modernen Staaten und der Nation bzw. der nationalen Organisation sowie der kapitalistischen Klassen betrachtet Mann (2012b: 358-361; 489-490) als einen vielseitigen Prozess, der sich im Westen ereignete und folgende Komponenten beinhaltet: die Industrialisierung und den Aufstieg der Bourgeoisie, die Ausweitung staatlicher Funktionen und Ausgaben, die administrative Bürokratisierung sowie die politische Repräsentation der BürgerInnen. Der vorliegende Punkt befasst sich mit all diesen Thematiken (vgl. Mann 2012b: 358-361).

Im 19. Jahrhundert dominierte vor allem die Form der Nationalstaaten, während transnationale Gesellschaften in den Vordergrund rückten. Dieser Prozess dauerte bis 1918. Das lange 19. Jahrhundert wurde laut Mann (2012b: 216; 255) einerseits durch eine militaristische und andererseits durch eine industriell kapitalistische Periode gekennzeichnet. Zuerst beginne ich mit der Erklärung der handlungsbedingenden Rolle des Militarismus für das Soziale. Im Anschluss danach stelle ich den Prozess der Industrialisierung der westlichen Gesellschaften dar. Auf Basis dieser zwei Themen erkläre ich dann die Ausweitung der modernen Staatsfunktionen und die Repräsentation der Bürgerrechte.

## **2.1. Der Militarismus und die Steuerbelastungen als Hauptvorantreiber des Prozesses der Klassen- und Nationenbildung**

Wie bereits oben erwähnt entstanden die Klassen und die Nationen Ende des 18. Jahrhunderts und im 19. Jahrhundert, indem der Kapitalismus die feudale Ordnung in dieser Periode ersetzte. Dieser Wandel äußerte sich im politischen Kampf zwischen dem Ancien Regime einerseits und zwischen Teilen des Großbürgertums und dem Kleinbürgertum. Der Konflikt zwischen dem Kleinbürgertum und dem alten Regime hatte ökonomische Wurzeln. Diese Umwandlung geschah auch mittels der ideologischen Komponenten der diskursiven Bildung, indem sich dadurch die Modernisierer (so nennt der Autor diejenigen Teile vom Ancien Regime, die die alte Ordnung reformieren wollten) und das Kleinbürgertum organisieren konnten (vgl. Mann 2012b: 247-249).

Ende des 18. Jahrhunderts befand sich das Großbürgertum zusammen mit dem Kleinbürgertum nur teilweise in einem Klassenkonflikt mit dem Ancien Regime in Europa. Dies lag daran, dass wenige Vertreter der Bourgeoisie bzw. des Großbürgertums gegen den Feudalismus waren. Für den Autor lag dies nicht am Fehlen von Klassenbewusstsein, sondern am Mangel an Klassenorganisation und an Nicht-Kooperation zwischen dem Groß- und dem Kleinbürgertum. Die Kapitalisten des Großbürgertums waren halbwegs in die Praktiken des Ancien Regimes involviert, denn sie sicherten sich ökonomische Gewinne, Monopole und Privilegien durch den Kauf von juristischen und parlamentarischen Einflüssen. Das Großbürgertum stellte sich als eine verborgene Klassengruppierung heraus, die in Wirklichkeit keine Notwendigkeit hatte sich in einer Klasse zu organisieren, um bestimmte Ziele zu erreichen (vgl. Mann 2012b: 220).

Im Vergleich zu den Großkapitalisten zeichneten sich die Kapitalisten des Kleinbürgertums durch mehr Klassenidentität und -organisation aus. Häufig wurde das Kleinbürgertum durch hungernde Demonstrierende unterstützt. Der Kampf des Kleinbürgertums gegen das Alte Regime für das Erlangen von (zivilen und politischen) Bürgerrechten führte zur Entstehung von nationalem Bewusstsein. Dabei spielte insbesondere der Bereich des Militärischen, aber auch des Ideologischen eine Rolle (vgl. Mann 2012b: 221-222).

Mann (2012b: 221-222) ist der Meinung, dass politische Konflikte auch durch Fiskalkrisen bedingt wurden. Ende des 18. Jahrhunderts und im 19. Jahrhundert hat sich das Kleinbürgertum extensiv und politisch deswegen organisieren können, weil es einerseits gezwungen war sich physisch an militärischen Konflikten unter den Großmächten zu beteiligen und andererseits, weil es durch die

Staatssteuern ökonomisch belastet war. Die Ökonomie zu jener Zeit wurde weniger durch die Produktion und die Marktbeziehungen des Kapitalismus, sondern durch die militaristische und fiskalische Sphäre der westlichen Staaten charakterisiert.

Der Militarismus führte unter den monarchischen Staaten zur Rationalisierung der Administration und stellte die bisherigen Privilegien in Frage. Der zweite Aspekt war auch der Grund, warum es zum Parteienkonflikt innerhalb des Ancien Regimes kam. Sobald die internen Konflikte nicht gelöst werden konnten, kam es zur Entstehung von kleinbürgerlichen Ideologien und Organisationen. Ein Teil des Ancien Regimes stellte sich als ModernisierInnen heraus und unterstützte die Entstehung des exkludierten Bürgertums und der ausgeschlossenen Bauern (vgl. Mann 2012b: 224).

Während der Grund für den Aufstand der Bevölkerung in Großbritannien die zu hohen Steuern war, bezog sich ein großer Teil der Unzufriedenheit in Preußen, Frankreich und Österreich auf die Wehrpflicht (Mann 2012b: 223).

Mann (vgl. Mann 2012b: 224-226) ist der Ansicht, dass alle westlichen Revolutionen mit Ausnahme der Revolution von 1830 und 1848<sup>54</sup> durch den gerade beschriebenen Mechanismus des geopolitischen Militarismus zu erklären waren. Vor allem der Militarismus und die Fiskalkrisen und nicht so viel der kommerzielle bzw. industrielle Kapitalismus führten in den Staaten zur Politisierung der Menschen und dementsprechend zur Entstehung der Nationen und der Klassen. Laut Mann wurden die heutigen demokratischen Werte durch die im 18. Jahrhundert geführten Kriege unter den westeuropäischen Ländern geboren. Wären die Leute aus den nicht-dominierenden Schichten nicht dazu gezwungen gewesen hohe Steuern zu bezahlen und sich physisch an den Kriegen zu beteiligen, wären sie apolitisch und ohne Klassen- und Nationalbewusstsein geblieben. Auf der anderen Seite führte der Wunsch nach politischer Partizipation zur Entstehung der Repräsentation und zur Neuformierung der Nation.

Dem Kleinbürgertum und den Menschen fehlte es an Organisationsressourcen. Dementsprechend benötigten sie eine Ideologie, anhand derer die kollektive Identität und kollektive Moral gebildet werden konnten. Auf diese Art und Weise konnten das Bürgertum und die nicht-dominierenden Schichten am politischen Konflikt teilhaben und andere Gesellschaftspartizipation einfordern. Die

---

<sup>54</sup> Die Revolutionen von 1930 und 1948 werden ausführlicher von Wallerstein behandelt (siehe dazu die Unterpunkte 3.4. und 3.5. desselben Kapitels)

Ideologien boten damals eine Lösung ökonomischer, politischer und militärischer Probleme den nicht-herrschenden Schichten an (vgl. Mann 2012b: 227; 230).

Die Nationen stellen nicht das Gegenteil von Klassen dar, sondern sie entstanden zur gleichen Zeit auf unterschiedliche Stufen daraus. In den verschiedenen Staaten kam es infolge der oben beschriebenen Entwicklungen zur Herausbildung der Nationen, die unterschiedliche Formen aufgrund der Differenzen in den staatlichen Institutionen sowie von verschiedenen kapitalistischen und industriellen Entwicklungen in den westlichen Ländern implizierten (vgl. Mann 2012b: 226; 244; 249).

Die entstandenen Klassen und Nationen wurden vor allem durch die staatlichen Institutionen beeinflusst. Einmal etabliert begannen sie aber auch sich selbst wechselseitig zu beeinflussen. Ihre Moral verstärkte sich durch die ideologische Macht der diskursiven Schriftlichkeit. Im Laufe der Zeit forderten die neu entstandenen Klassen und Nationen Repräsentation und strebten nach demokratischen Verhältnissen (vgl. Mann 2012b: 249).

Das Werden der neuen kapitalistischen Ordnung geschah teilweise durch die Inkorporierung der Klassen innerhalb der segmentären und lokal-regionalen Organisationen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden die Kapitalisten komplett sowohl in die lokal-regionale Organisationen, als auch in die nationalen Regime aufgenommen. Die Klassen waren dementsprechend nicht nur reine ökonomische Akteure, sondern sie bekamen politische Macht. Die fiskal-militärische Krisen führten zu deren Politisierung und Naturalisierung (vgl. Mann 2012b: 246-247; 250).

Der Prozess der Politisierung und der Naturalisierung der Klassen äußerte sich in einigen der westlichen Staaten in der Entstehung von Proto-Parteiendemokratien wie z. B. in Großbritannien (siehe Unterpunkt 3.3. vom Kapitel III) und den USA. Dagegen kam es zu Mobilisierungs- und Modernisierungstendenzen unter den autoritär regierten Monarchien in Preußen und Österreich-Ungarn. Dies lag an den verschiedenen militaristischen Zielen des jeweiligen westlichen Staates. In Großbritannien und in den USA bildete sich eine idealisierte, liberale und pazifistische Form von Nationalismus, da ihre Ökonomien an Laissez-Faire orientiert waren (vgl. Mann 2012b: 251; 578-581).

Preußen hat im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien den nicht-liberalen, sondern den sogenannten Sonderweg gewählt. Dabei kam es zu einer Revolution des Großbürgertums bzw. zu einer Modernisierung des Staates von oben. Anstatt des Liberalismus etablierte sich der Autoritarismus. Es wurde das semiautoritäre Kaiserreich geschaffen, das zwei Hauptmachtakteure hatte:

das Ancien Regime und das Großbürgertum. Dabei verfügte das Ancien Regime über die politische Macht, während die Bourgeoisie die ökonomische Macht verkörperte. Im Gegensatz zu den Kapitalisten in Großbritannien und den USA verstanden sich die deutschen Kapitalisten nicht als transnational, sondern als nationalistisch (vgl. Mann 2012b: 306; 310-312).

Europa wurde im 19. Jahrhundert durch Dynastien und ökonomischen Transnationalismus gekennzeichnet. Sowohl Preußen, als auch Österreich<sup>55</sup> zeigten Anfang des 19. Jahrhunderts als dynastische Monarchien zuerst kaum Interesse an der Popularisierung des Nationalismus, da dies das Ancien Regime gefährdete. Der preußische Weg zum Aufstieg als Machtfaktor in Europa beinhaltete eine autoritäre Inkorporierung des industriellen Kapitalismus und des Nationalstaates. Dabei wurde der autoritäre und militaristische Nationalkapitalismus in den 1880er Jahren institutionalisiert (vgl. Mann 2012b: 298; 300-301; 314; 324-325).

Die Periode zwischen 1815<sup>56</sup> und 1880 wurde durch Zurückhaltung seitens der Kernländer gekennzeichnet. D. h., dass unter den Großmächten Friedensvereinbarungen bestanden. Die Ordnung vom 19. Jahrhundert lag einerseits an den diplomatischen Übereinstimmungen und Restaurierung der alten Regime in Europa, auf der anderen Seite an der teilweise hegemonialen Stellung von Großbritannien und an dem distributiven kapitalistischen Transnationalismus. Die Revolution von unten - d. h., der neu entstandenen Klassen - wurde durch Repressionen und Reformen ersetzt (vgl. Mann 2012b: 278-279).

## **2.2. Die Industrialisierung und die Rolle der privaten Besitzer, des Staates und des Militarismus**

Neben der Rolle des Militärs übte der Prozess der Industrialisierung<sup>57</sup> einen enormen Einfluss auf die Gestaltung der westlichen Gesellschaften aus.

---

<sup>55</sup> Österreich und Preußen kämpften gegeneinander um die Vormachtstellung in Zentraleuropa. Den Preußen gelang es eine Großmacht zu werden, obwohl sie über wenige ökonomische Mittel verfügten. Im Vergleich zu den ÖsterreicherInnen haben sie aber ihre Ressourcen effizienter und rationaler in die jeweiligen militärischen Projekte eingesetzt. Um 1914 dominierte Preußen als Staat in Kontinentaleuropa. Österreich verwandelte sich dagegen in einen klientelistischen Staat von Preußen (vgl. Mann 2012b: 259; 298).

<sup>56</sup> Dieses Datum erscheint mehrmals in dieser Arbeit. Zwischen dem 18.09.1814 und 09.07.1815 fand der sogenannte Wiener Kongress statt, wo sich Monarchen und Außenminister verschiedener europäischer Staaten nach der Niederlage Napoleon Bonapartes versammelten und darüber verhandelten, wie sich die europäische Ordnung in den nächsten Jahren gestalten sollte. Dabei wurde ein zwischenstaatlicher europäischer Frieden beschlossen (vgl. Wallerstein 2012b: 54).

<sup>57</sup> Während die erste industrielle Revolution Ende des 18. Jahrhunderts und Anfang des 19. Jahrhunderts durch technische Neuerungen seitens von Handwerkern und gut gebildeter Personen zustande kam, spielte bei der Zweiten

Die westliche Industrialisierung war transnational. Obwohl der internationale Handel aufgrund der Folgen von den Napoleonischen Kriegen bis 1830 reduziert war, kam es zur ersten Phase der Industrialisierung. Nach 1850 etablierte sich in allen Staaten mit wesentlichem Außenhandel ein Kredit- und Bankwesen. Außerhalb von Großbritannien verbreitete sich die Industrialisierung zuerst in den fortgeschrittenen Regionen, weil die hergestellten Produkte den Konkurrenzansprüchen der britischen Waren entsprechen mussten. Die meisten Marktnormen waren britischer Herkunft, da die industriellen Warenherstellung und der kommerzielle Kapitalismus ihren Ursprung in Großbritannien hatten. Auf der anderen Seite wurden die britischen Arbeits- und Kapitaltechniken von allen anderen Staatsakteuren nachgemacht (vgl. Mann 2012b: 282-285).

Mit anderen Worten wurde die transnationale Ökonomie von den anderen Staaten akzeptiert, ohne dass sie sich viel Gedanken darüber gemacht haben. Vor allem akzeptierten die kleinen Staaten die ökonomische Vormachtstellung Großbritanniens, da dies ihre territoriale Integrität gewährleistete. Währenddessen wurde diese Periode durch weniger Kriege und geringere militärische Ausgaben sowie durch weniger nationale Mobilisierungen gekennzeichnet, was wiederum das ökonomische Wachstum ankurbelte. Der industrielle Kapitalismus wurde durch zwei diplomatische Instrumente international reguliert. Einerseits war dies das seit 1815 etablierte Machtgleichgewicht unter den westlichen Staaten, auf der anderen Seite wurden der transnationale Kapitalismus<sup>58</sup> bzw. die globalen Handelsrouten sowie die Geld- und Kreditströme von Großbritannien reguliert (vgl. Mann 2012b: 286).

Trotz des gerade Erwähnten war die Ordnung von Laissez-Faire nie vollständig etabliert. Nationaler Protektionismus, Tarife, Importquoten wurden je nach Situation angewendet. Ab 1789 kam es zu einer Phase des Protektionismus in Europa. Dennoch wurden die westlichen Wirtschaften danach nicht nach nationalen Ökonomien, sondern nach nationalen Machtsphären aufgedrösel: angloamerikanischer, französischer und deutscher Machtsphäre (vgl. Mann 2012b: 287; 289-291).

---

Revolution die Wissenschaft an den Universitäten eine tragende Rolle. In den 1870er Jahren ereignete sich die zweite industrielle Revolution, die vorwiegend durch neue technologische Verfahren in der Chemie-, Eisen-, Stahlindustrie, im Bergbau usw. gekennzeichnet wurde. Zur Charakterisierung der technologischen Neuerungen bzw. der Übergang zur neuen industriellen Revolution im Kapitalismus verwendet der Autor den Begriff der Kreativen Zerstörung, der von dem Ökonom Schumpeter stammt. Dabei führt sie zur Revolutionierung der ökonomischen Struktur des Kapitalismus, indem neue Arbeits- und Technikverfahren entstehen. Als weitere Folgeprozesse traten die Urbanisierung, aber auch die Ausweitung der staatlichen Bürokratisierung und des Militarismus auf (vgl. Mann 2013a: 62-63; 172).

<sup>58</sup> Am meisten war das Finanzkapital transnational organisiert (vgl. Mann 2012b: 292).

Michael Mann (2012b: 491-492) begreift den Westen als einen Multimachtakteur verschiedener Staaten<sup>59</sup>, zwischen denen Waren, Dienstleistungen, kultureller Kommunikationsaustausch sowie geopolitische Rivalität und Kriege stattfinden. Wenn sich ein Trend bzw. ein Prozess in einem Staat ereignet, kommt es dann schnell zu einer Übertragung derselben überall im Rahmen des Multimachtnetzwerkers. So war dies beispielsweise der Fall mit der Industrialisierung. Dabei haben alle vier Machtakteure aus dem ideologischen, ökonomischen, militärischen und politischen Bereich hinsichtlich der Entfaltung der Industrialisierung zusammengearbeitet. Vor allem wurde die Industrialisierung durch die Verflechtung zwischen den Staatseliten und den kapitalistischen Klassen ermöglicht. Die Politik i. S. v. Staatselite und Parteien unterstützte einerseits die Banken für die Vergabe von Krediten in dem industriellen und agrarischen Sektor. Andererseits überzeugte die Politik große Investoren (Großbürgertum) von der Investition in Wissenschaft und Industrie, indem sie dadurch auch hohe Profite schlagen konnten. Dieser Prozess stimulierte die Verbreitung der Bildung, denn gebildete Menschen waren notwendig für die Schaffung und Etablierung des industriellen Kapitalismus.

Die industrielle Entwicklung in den westlichen Ländern wurde durch die autoritative, zentralterritoriale Organisation des jeweiligen Staates ermöglicht. Dies lag daran, dass die industrialisierten Staaten über größere kollektive Macht, aber auch über die Fähigkeit verfügten enorme Ressourcen logistisch zu koordinieren und zu organisieren. Der Autor ist der Meinung, dass zu jener Zeit zivile Gesellschaftsakteure bzw. private ökonomische Institutionen mit Ausnahme von US-amerikanischen Kooperationen nicht imstande waren, riesige Industrieprojekte alleine zu organisieren und zu planen. Ein Beleg dafür ist, dass um 1910 der Anteil der beschäftigten Arbeiter in Großunternehmen mit mehr als 1000 Personen in Frankreich ca. 5 Prozent, in Deutschland 8 Prozent, in den

---

<sup>59</sup> Trotz ihrer Aufteilung nach verschiedenen nationalen Machtbereichen und Interessen treten die westlichen Staaten nach Mann (2012b: 254; 264) seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts untereinander als multiplen Staatsakteur in der Welt auf. Ungeachtet davon, wer unter den großen westlichen Rivalen (Großbritannien, Frankreich, Deutschland oder jemand anders) die Kriege gewonnen hat, haben am Ende die weißen Europäer nach einem ähnlichen Model die Welt regiert. Für den Autor konnte kein einzelner europäischer Staat ein totaler Hegemon sein, sondern als Ganzes bzw. als multiplen Akteur stellten die westlichen Staaten eine weltweite Hegemonie dar. Dies gilt, auch wenn Großbritannien im 19. Jahrhundert in ökonomischer bzw. in industrieller Hinsicht durch die britische Etablierung des transnationalen Kapitalismus deutlich entwickelter als die anderen europäischen Staaten war und dementsprechend eine ökonomische Hegemoniestellung in der Welt hatte.

USA ca. 22 Prozent von allen Arbeitenden ausmachte. Zum Vergleich belief sich deren Anteil in den 1960er Jahren auf ca. 30 Prozent (vgl. Mann 2012b: 493-494).

Banken, Kartelle und Konzerne mobilisierten auch Kapital, aber nicht in dem hohen Ausmaß, wie dies die Staatsinstitution getan hatte. Eine Ausnahme machte hier die kapitalistische Klasse Großbritanniens, die zu einem großen Teil die industrielle Entwicklung selber finanzierte. Dennoch lag die Koordination von breitflächigen ökonomischen Projekten in der Hand des Staates. Eine typische Unterstützung für die Produzenten seitens der Staatselite äußerte sich in protektionistischen Maßnahmen wie Tarife, vereinbarte Kartellen lokaler Investoren und Bankierer, Steuererleichterungen, Kreditvergabe usw. (vgl. Mann 2012b: 495).

Die ökonomische Übereinstimmung im 19. Jahrhundert tauchte unter den meisten dominierenden Akteuren auf. Im Vergleich zum Ende des 20. Jahrhundert, wo sich verschiedene Arten von Planungsagenturen i. S. v. multinationalen Korporationen, NGOs usw. etablierten, wurde die wirtschaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts durch die staatliche Institution bedingt. Nach dem Autor lag dies zwar an ökonomischen Beziehungen und Interessen seitens des Ancien Regimes, der kapitalistischen Klassen und anderer nicht-ökonomischen Akteuren, aber vielmehr hing diese ökonomische Expansion und Staatsintervention mit der militaristischen Rolle des jeweiligen Staates bzw. der jeweiligen militaristischen Akteure zusammen (vgl. Mann 2012b: 495).

Die ökonomische Initiative des Staates wurde auch zum großen Teil durch militärische Akteure bedingt. Dabei war der größte Kunde im Westen meistens der Staat. Darüber hinaus waren die meist hergestellten Produkte der größeren Unternehmen militärische Güter. An dieser Stelle schreibt der Autor über die Entstehung des militärisch-industriellen Komplexes, der durch zwei Phasen gekennzeichnet wurde. Zuerst führte die Eisenbahn zur Verbesserung der militärischen Logistik. An zweiter Stelle wurde durch öffentliche Kredite die Produktion von Waffen zwischen 1880 und 1914 unterstützt, da die Nachfrage auf dem privaten Finanzmarkt dies nicht decken konnte (vgl. Mann 2012b: 495-496).

Der Militarismus hatte nicht nur einen enormen Einfluss auf den Fortschritt und die weitere Entfaltung der Industrie, sondern auch auf die technologische Entwicklung (vgl. Mann 2012b: 496).

Die verschiedenen Machtakteure im 19. Jahrhundert - Monarchen, VertreterInnen vom Ancien Regime und vom Oberkommando sowie die kapitalistische Klasse der Bourgeoisie - hatten zwar

unterschiedliche Interessen und befanden sich manchmal in Konkurrenz, dennoch konnten sie Kompromisse und Verständnisse untereinander finden. Für die kapitalistischen Klassen war es von Vorteil, wenn sie staatliche Kredite, Protektionismus und logistische Infrastrukturen bekamen. Auf der anderen Seite führten der Wettbewerb und der Wettlauf um Bewaffnung zum ökonomischen Wachstum und zur Vollbeschäftigung. Die politische Elite konnte durch ihren Gründungsschub der Eisenbahnen und der Industrie das eigene Regime legitimieren. Im 19. Jahrhundert fielen dementsprechend die kapitalistischen, militärischen und die monarchischen Ziele zusammen (vgl. Mann 2012b: 498-499).

Die Staatselite und die Politik waren nicht gegen den Kapitalismus, sondern sie waren daran interessiert, dass rentable Industrien und Produkte geschaffen werden konnten, die dann Steuereinkommen bringen konnten. Die Hälfte der Staatsressourcen war für die Außenpolitik bzw. für die Kriegsführung gegen andere Staaten vorgesehen. Nachdem sich die militärischen und kapitalistischen Machtfaktoren zu überlappen begonnen hatten, kam es zur Ausweitung der Nationalen Organisation sowie der territorialen Interessen seitens des Staates und der kapitalistischen Klassen. Dies war kein bewusstes Handeln seitens der beiden Akteure, sondern es stellte das Ergebnis einer Zwangslage aus geopolitischer Rivalität dar, die ihrerseits zur Konsolidierung der nationalen Organisation der Industriellen Kapitalisten im jeweiligen Staat führte. Dies führte zur wechselseitigen Verkopplung der ökonomischen (kapitalistischen), militaristischen, politischen (je nach Staat parteidemokratisches oder semiautoritäres Regime) Machtfaktoren und der Entstehung des Nationalstaates bzw. der Naturalisierung der westlichen Gesellschaften im Rahmen des Nationalstaates (Mann 2012b: 499; 504).

### **2.3. Die Ausweitung der staatlichen Sozialausgaben und Funktionen**

Während im 18. Jahrhundert die westlichen Staatsaktivitäten vor allem durch Militarismus geprägt wurden, hat sich dieser Trend im 19. Jahrhundert in Richtung sozialer Tätigkeiten entwickelt. Dies lag daran, dass der Kapitalismus und die Urbanisierung zur Schwächung der lokal-regionalen Kontrolle über die unteren/besitzlosen Schichten führten. Damit das Regime im jeweiligen Staat von den gerade genannten Gruppen nicht gestürzt worden wäre, kam es zur Schaffung der ersten Wohlfahrtsprogramme, die minimale Zugeständnisse in Form von Rechten, sozialem Bürgertum, Selbst- / sozialer Versicherung usw. gewährleisteten. Damit zielte man die Schaffung von

vertrauensvollen Netzwerken unter den Arbeitenden und den Bauern gegenüber dem staatlichen Regime (vgl. Mann 2012b: 378; 500; 502-503).

Die gerade erwähnten Rechte haben nicht alle Bürger bekommen, sondern nur derjenige Teil von ihnen, der bedeutende Machtressourcen für die militärischen und kapitalistischen Strukturen der ökonomischen Klasse und des politischen Regimes lieferte (vgl. Mann 2012b: 503).

Zwischen 1760 und 1910 konstatiert Mann (Mann 2012b: 362-365; 370; 372) einen enormen Anstieg der staatlichen Ausgaben in allen westlichen Staaten, aber auch drastische Zunahme ihres Bruttoinlandsprodukts um mehr als hundert Prozentpunkte. Dieser Trend war gleichzeitig auch ein Ergebnis massiven ökonomischen Wachstums, das der ersten und der zweiten industriellen Revolution zu verdanken war. Dabei äußerte sich das wirtschaftliche Florieren im Laufe des 19. Jahrhunderts in der drastischen Senkung militärischer Ausgaben<sup>60</sup> zwischen 1815 und 1914 und in der gleichzeitigen Ausweitung der Sozialfunktionen der Staaten. Dass die Militärausgaben gesunken waren, lag nicht nur an der im Jahr 1815 etablierten Ordnung unter den europäischen Mächten, sondern auch in der Modernisierung der militärischen Taktiken, Organisationen und Technologien.

Die Ausweitung der sozialen Aktivitäten des Staates fanden ihren Ausdruck mit Ausnahme von Österreich vorwiegend auf der lokal-regionalen Regierungsebene statt. Dieser Prozess wurde auch noch durch eine Teilung der Funktionen auf lokaler und zentraler Ebene in dem jeweiligen Staat gekennzeichnet, was auch damit zusammenhing, inwieweit die jeweilige Staatspolitik zentral oder konföderativ ausgerichtet war. Darüber hinaus verfügte jeder europäische Staat über seine besondere Verfassung und seinen Grad an ökonomischer Entwicklung (vgl. Mann 2012b: 375-376).

Die traditionellen Funktionen des im 18. Jahrhundert vorwiegend militaristisch geprägten westlichen Staates umfassten die Steuerung des monarchischen Hofes und Gerichts, die Instandhaltung der fiskalischen Institution sowie die rechtliche Administration. Im Laufe des 19. Jahrhunderts haben die gerade erwähnten Funktionen um ca. 20 Prozent an Stellenwert verloren. An ihrer Stelle äußerte sich das ökonomische Wachstum in der Urbanisierung der Gesellschaft und in der Ausweitung der Bildung, des Verkehrs sowie der Post und des Telegraphs. Ein wichtiger Sektor war

---

<sup>60</sup> Mann (2012b: 372) meint dass, das Finanzieren des preußisch-österreichischen und des französisch-preußischen Krieges zwar enorme Militärausgaben beinhaltete, dennoch machten diese finanzielle Belastungen eher eine Ausnahme, da die Kriege nur kurze Zeit dauerten.

derjenige der Eisenbahnen. Weiterhin gab es Unterschiede, inwiefern die Infrastrukturfunktionen nationalisiert wurden. Beispielsweise wurden in Großbritannien, in den USA und in Frankreich die Eisenbahnen nur vom Staat reguliert (vgl. Mann 2012b: 378; 380; 410).

Während im 18. Jahrhundert die Fiskalkonflikte Revolutionen und Reformen im Westen eingeleitet haben, wurde die Steuerpolitik im 19. Jahrhundert einerseits durch den relativen Frieden unter den europäischen Mächten sowie andererseits durch das ökonomische Wachstum geschwächt. Obwohl die staatlichen Ausgaben für Militär im 19. Jahrhundert gesunken waren, machte deren Anteil Anfang des 20. Jahrhunderts ca. die Hälfte der gesamten Staatsressourcen aus (vgl. Mann 2012b: 381; 402).

Die Führung von Kriegen und die Vorbereitung auf Kriege war die dominierende Staatsfunktion der westlichen Staaten bis Mitte des 19. Jahrhunderts. Der militärische und juristische Bereich des Staates wurde im 19. Jahrhundert durch drei weitere Funktionen ergänzt: Ausweitung der materiellen und kommunikativen Infrastruktur (wie z. B. Straßenverkehr, Eisenbahnlinien, Postdienstleistungen, Massenbildung), Staat als direkter Besitzer materieller Infrastrukturen und gewinnbringender Industrien, Ausweitung der Bürgerrechte. Das gerade Erwähnte wurde gleichzeitig durch den Prozess der Bürokratisierung der westlichen Staaten begleitet (vgl. Mann 2012b: 472-474; 479).

Die moderne Bürokratisierung des Staates förderte die weitere Konsolidierung des Nationalstaates. Nach Mann (2012b: 423; 445; 457; 467; 473; 485) gab es drei Faktoren, die zu ihrer Herausbildung führten: monarchische und militärische Kristallisierung infolge der Militärrevolution zwischen 1500 und 1640 und Militärreformen im 18. Jahrhundert, indem sich dadurch die Administration veränderte; politische Kämpfe um Repräsentation und den Erhalt des nationalen Bürgertums; sowie die Etablierung des industriellen Kapitalismus.

Genauso wie Wallerstein (siehe Punkt 3.4. und 3.5. in diesem Kapitel) ist Mann (2012b: 481-482) der Meinung, dass die oberen Klassen ein Interesse daran hatten, dass die unteren Schichten bürgerliche Rechte und materielle Befriedigung bekommen sollten, damit die etablierte Ordnung durch ihre Revolte nicht untergraben worden wäre. Infolgedessen gab es beispielsweise das öffentliche Gesundheitswesen, minimale Regulierung der Arbeitgeber sowie Gewährleistung von primär- und Sekundärbildung für die meisten Kinder.

## **2.4. Bürgerrepräsentation im Westen**

In diesem Punkt wird gezeigt, wie die westlichen BürgerInnen im 19. Jahrhundert nach innen und außen repräsentiert wurden. Neben dem Militarismus, der Industrialisierung und der Ausweitung der staatlichen Funktionen war die Bürgerrepräsentation auch ein Teil des Prozesses der westlichen Staatsmodernisierung und Klassenherausbildung in der Epoche des Kapitalismus.

### **2.4.1. Der Mittelstand und die Bürgerrepräsentation nach innen**

Am Ende des 19. Jahrhunderts war die Klasse der ArbeiterInnen immer noch schwach organisiert. Das ist nach Mann (2012b: 546) der Grund, warum sie als Klasse im Westen kaum eine Gefahr für das etablierte Regime darstellten, ungeachtet davon welche Glaubenssätze sie verfolgten. Die Bauern waren nach ihm zwar auch organisiert, aber dafür nicht staatsfeindlich.

Die mittelständische Klasse entstand Ende des 19. Jahrhunderts, indem dazu das Kleinbürgertum (Besitzer von kleinen Unternehmen), Fachkräfte und Karrieremacher zählten. Der Mittelstand erwies sich als treu zum Kapitalismus. Dies lag daran, dass er an der kapitalistischen und nationalstaatlichen Ordnung teilhaben durfte. D. h., er hatte die Möglichkeit im Rahmen seiner Arbeitstätigkeit sozial aufzusteigen. Die vertikale soziale Mobilität des Mittelstandes äußerte sich beispielsweise in der Erweiterung des Geschäfts des Kleinbürgertums, in dem Ergattern einer höheren Berufsposition usw. Darüber hinaus konnte sich der Mittelstand verschiedene, massenhaft hergestellte Güter und Dienstleistungen finanziell leisten. Außerdem konnten die drei Gruppen des Mittelstandes einen Teil ihres erworbenen Geldes in bestimmtes Kapital investieren. Es ist interessant anzumerken, dass die arbeitenden Schichten zwar nicht als Konsumenten von Gütern und Lebensmitteln ausgeschlossen waren, aber nur wenige von ihnen ein frei verfügbares Kapital hatten (vgl. Mann 2012b: 547; 549; 570-571).

Der Mittelstand war um 1900 eine expandierende, besitzende Gruppe, die am gesellschaftlichen Leben teilnahm. Man verbindet ihn auch mit der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Gesellschaftsgruppe implizierte auch die ideologische und politische Bürgerschaft (vgl. Mann 2012b: 571).

Während nur das kleine Bürgertum politische Repräsentation am Anfang des 19. Jahrhunderts bekam, d. h., dass es Teil der Nation wurde, beanspruchten die anderen zwei Akteure des Mittelstandes ca. 100 Jahre später die Teilhabe an der nationalen Organisation. Ihre nationale Organisation wurde mittels der diskursiven Schriftlichkeit ermöglicht, indem die ideologische Bürgerschaft, die

ihrerseits durch die staatsfinanzierte und -regulierte Bildung entstand, auftauchte (vgl. Mann 2012b: 571-572).

Die Stimulierung und Ausweitung der Bildung war ein Ergebnis der Bedürfnisse des Kapitalismus und des modernen Staates. Nur die Mittelstandmitglieder erfreuten sich dem vollen Spektrum des ideologischen, politischen und sozialen Bürgertums. Ein Beispiel dafür ist, dass es noch in der Schulbildungsphase zur Segregation unter den Kindern aus ArbeiterInnen-schichten kam, indem sie nicht vollständig an der Bildung und somit später an der vertikalen, sozialen Mobilität<sup>61</sup> teilnahmen (vgl. Mann 2012b: 572-574).

In den drei Parteiendemokratien (USA, Großbritannien und Frankreich) erhielt der Mittelstand im Laufe des 19. Jahrhunderts die volle Bürgerschaft, während die fachausgebildeten ArbeiterInnen die bürgerlichen Rechte (inklusive politische Repräsentation) erst Anfang des 20. Jahrhunderts bekamen. Im Vergleich dazu blieb die Schicht der ArbeiterInnen in Österreich und in Deutschland von der politischen Teilhabe ausgeschlossen, während der Mittelstand nur teilweise an Staatsentscheidungen mitwirken durfte (vgl. Mann 2012b: 577-578).

#### **2.4.2. Äußere Angelegenheiten**

Die Außenpolitik wurde in den westlichen Staaten bis zum Ersten Weltkrieg vor allem durch eine kleine Gruppe von Personen der Staatselite bestimmt. Dabei spielte die Meinung der Öffentlichkeit und der Parteien kaum eine Rolle in der Entscheidungsfindung sowohl in semiautoritären, als auch in parteidemokratischen Regimen. Die Verfassungen und die Repräsentation bestimmter Bevölkerungsschichten bezog sich nur auf die inneren Angelegenheiten des Staates (vgl. Mann 2012b: 416-417).

Der jeweilige Monarch und die Staatselite wurden bei der Durchführung der Außenpolitik immer durch professionelle diplomatische Vertreter unterstützt. Im 19. Jahrhundert kamen die meisten diplomatischen Vertreter aus dem Ancien Regime. Da in Österreich und in Preußen das Ancien Regime länger an der Macht geblieben war als in anderen westeuropäischen Staaten, betrug der Anteil der dortigen Diplomaten, die aristokratische Herkunft hatten, ca. 80 Prozent bis Anfang des 20. Jahrhunderts. In Frankreich konnte eine ähnliche Tendenz nur bis zu den 1880er Jahren beobachtet werden. Ab Anfang des 20. Jahrhunderts machte der französisch-diplomatische Anteil

---

<sup>61</sup> Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde die formale Bildungssegregation abgeschafft (vgl. Mann 2012b: 574).

aristokratischer Herkunft nur sieben Prozent aus. Da sich die US-Amerikaner durch ihre Revolution von dem europäischen Adel losgelöst haben, bestand die diplomatische Vertretung der USA aus Leuten der bereits ursprünglich agierenden kapitalistischen Klasse (vgl. Mann 2012b: 417-418).

### **3. Wallersteins Modell zur Entstehung der Klassen und Nationen mit Schwerpunkt auf ideologischer Macht und Politik**

Wie ich bereits in der Einleitung dieses Kapitels geschrieben wurde, dient der folgende Punkt als Kontrastfolie zum Manns Modell über die Entwicklung der Klassen und der modernen Staatlichkeit im 19. Jahrhundert. Dabei stellt der Liberalismus für Wallerstein den hauptstrukturbedingenden Faktor in Bezug auf die Gestaltung des Sozialen dar.

In Frankreich und in Großbritannien haben sich zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert starke Staaten herausgebildet. Dennoch genossen sie einer geringen Legitimität unter ihrer Bevölkerung. Die im 19. Jahrhundert entstandene politische Strömung des Liberalismus als Machtfaktor (siehe Unterpunkt 3.3. vom Kapitel III) diente zur Etablierung und Festigung der inneren Legitimität im Staat, als auch zur Legitimierung der westeuropäischen Staaten im Rahmen des Weltsystems. Um zu verstehen, wie die Legitimität unter liberaler Ordnung funktionierte, gebe ich demnächst einen kurzen theoretischen Einschub über das Wesen der drei Hauptideologien im 19. Jahrhundert wider (vgl. Wallerstein 2012b: 24).

#### **3.1. Die Entstehung der drei Hauptideologien: Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus**

Während sich im 16., 17. und im 18. Jahrhundert die ökonomische und politische Herausbildung des kapitalistischen Systems ereignete, kam es Ende des 18. Jahrhunderts zur ideologischen Wende im System. Obwohl bis zum 18. Jahrhundert kapitalistisch gewirtschaftet wurde (zumindest seitdem der Kapitalismus als Ordnung besteht), war Europa in kulturell-ideologischer Hinsicht immer noch durch den Feudalismus gekennzeichnet. Das Datum 1789 war nicht der Anfang einer bürgerlich-kapitalistischen Ära, sondern es verkörperte die endgültige Reifung dieses Prozesses (siehe Kapitel III). Ab diesem Zeitpunkt mussten die konservativen Ideen in Europa verteidigt werden (vgl. Wallerstein 2004: 160-161).

Seit der Französischen Revolution als Weltereignis waren die Einführung von Parlamenten und die bewusste Gestaltung gesellschaftlicher Ordnung ein normaler Bestandteil des kapitalistischen

Systems bzw. der Moderne. Seitdem konnten politische und soziale Problematiken in den Zentrumsstaaten nicht mehr nur von bestimmten Gruppen privilegierter Besitzende diskutiert werden, sondern sie haben auch die Volkssouveränität<sup>62</sup> miteinbezogen. In diesem Zusammenhang sind zwischen 1815 und 1848 drei politische Hauptströmungen entstanden. Dabei hatte jede Strömung für sich ihre eigene Auffassung darüber, wie sich die Moderne gestalten sollte. Darunter werden der Liberalismus, der Konservatismus und der Sozialismus<sup>63</sup> gemeint, indem alle drei Ideologien die Frage der Souveränität auf unterschiedliche Weise behandel(te)n. (Wallerstein 2012b: 15; 25; 36).

Der Liberalismus als Ideologie<sup>64</sup> war nicht der vorantreibende Faktor für die politische Wende in Frankreich seit 1789, sondern er war das Resultat von der Französischen Revolution. Er wurde durch die bewusste Gestaltung des Gesellschaftlichen gekennzeichnet und im 19. Jahrhundert „als zentristische Position institutionalisiert“ (Wallerstein 2012b: 20). Dementsprechend betrachtet Wallerstein (1995: 93-94) das Jahr 1789 als das Entstehungsdatum des Liberalismus. Obwohl es in den Sozialwissenschaften verschiedene Definitionen und Bedeutungen über den Liberalismus wie z. B. politischen, ökonomischen oder kulturellen Liberalismus gibt, ist es für Wallerstein relevant, wenn man ihn im Rahmen seiner zentralen Funktion verwendet. D. h., der Liberalismus agiert als Ideologie zur Erfüllung langfristiger politischer Ziele, indem dafür eine enorme Zahl an Menschen mobilisiert werden.

Weiterhin impliziert der Liberalismus einen starken Staat, wo der „Individualismus als die Maximierung der Möglichkeit der Individuen“ und die „Reform als die Schaffung der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Starken die Unzufriedenheit der Schwachen dämpfen“, gelten (Wallerstein 2012b: 24). Damit wird die Abschaffung der Privilegien der alten Ordnung gemeint.

Der Liberalismus als Ideologie hat aber erst nach 1848 die hegemoniale Führung in Bezug auf die kulturelle Entwicklung des Kapitalismus übernommen (vgl. Wallerstein 2012b: 34; vgl. auch Wallerstein 1995: 234).

---

<sup>62</sup> Unter Volkssouveränität versteht man die „Legitimität von Politik“ (Wallerstein 2012b: 38).

<sup>63</sup> Sie sind auch als Mitte, Rechts und Links bekannt (vgl. Wallerstein 1995: 234).

<sup>64</sup> Unter Ideologien versteht Wallerstein (2012b: 15) „politische Metastrategien, die nur in einer Welt benötigt werden, in der politische Veränderungen als normal gelten und nicht als Ausnahmeerscheinungen“. Unter Liberalismus findet man unterschiedliche Deutungen wie z. B. Wirtschaftsliberalismus oder politischen Liberalismus. Grundsätzlich tauchen die Ideen früher als ihre Begriffe auf. So war dies der Fall beim Liberalismus und beim Konservatismus. Die beiden Wörter wurden zum ersten Mal Anfang des 19. Jahrhunderts verwendet (vgl. Wallerstein 2012b: 16; 19).

Der Konservatismus als Ideologie war eine Reaktion auf die sich entwickelnde moderne Welt. Er erwies sich als ein Programm der Ablehnung von neuen, rationalen Ideen und Reformen und dementsprechend als Bewahrer des Traditionellen. Trotz der Französischen Revolution kam das konservative Regime in Frankreich 1815 wieder an die Macht. Dies lag daran, dass die Erfüllung der Reformen gegenüber dem Volkswillen minimal war (vgl. Wallerstein 2012b: 16-19).

Während der Liberalismus die Souveränität des Volkes bzw. aller freien Individuen verkörperte, trat beim Konservatismus die Souveränität des absoluten Herrschers und der traditionellen Individuen an erster Stelle auf. Für den Sozialismus war das Volk als Ganzes höhergestellt als das einzelne Individuum. Mit anderen Worten bestand das Volk für die Liberalen aus freien Individuen, für die Konservativen aus traditionellen Gruppen und für die Sozialisten aus allen gesellschaftlichen Mitgliedern. Dabei spielte der Staat eine entscheidende Rolle zur Durchsetzung des Programms der jeweiligen Ideologie (vgl. Wallerstein 2012b: 26-28).

Laut Wallerstein (2012b: 31-32) fand der eigentliche politische Konflikt zwischen Liberalen und Konservativen von 1789 bis 1848 statt bzw. zwischen der Partei der Veränderung und der Partei der Ordnung (oder anders ausgedrückt zwischen Links<sup>65</sup> und Rechts). Die damaligen politischen Gruppierungen der Jakobiner, der Radikalen, der Republikaner sowie der Sozialisten wurden zu jener Periode als radikale Liberale verstanden, d. h. aus heutiger Sicht konnte ein Bündnis zwischen Liberalen und Sozialisten beobachtet werden. Nach 1848 haben die Sozialistischen Bewegungen<sup>66</sup> einen marxistischen Weg eingeschlagen, wonach das kapitalistische System für die soziale Unordnung verantwortlich gemacht wurde und er deswegen nach dieser Position beseitigt werden musste.

Für Wallerstein (2012b: 37; 64) zielten die privilegierten Herrscherschichten darauf ab, nach 1789 eine Ordnung zu schaffen, in der sich ein Teil der Volksmassen souverän bzw. vertreten fühlte, und trotzdem keine Partizipation an den politischen Prozessen hatte. Diese Scheinstruktur sollte

---

<sup>65</sup> Obwohl der Liberalismus auch mit der Entstehung der politischen Linke identifiziert wird, grenzt er sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts davon bzw. von den politischen Strömungen der Radikalen, Sozialisten und Revolutionären ab (vgl. Wallerstein 2012b: 19; 24). In politischer Sicht ereignete sich dieser Prozess bereits nach 1830 (vgl. Wallerstein 2012b: 97).

<sup>66</sup> Der Sozialismus als politische Strömung wurde erst ab 1848 aktiver. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnten die Gesichtspunkte der Sozialisten von denen der Liberalen kaum differenziert werden. Die Sozialisten forderten grundsätzlich einen beschleunigten Lauf der gesellschaftlichen Veränderung. Für sie waren die liberalen Reformen zwar ein Instrument zur gesellschaftlichen Gestaltung, das sich aber erst im Rahmen eines langfristigen Prozesses entfaltete und anhand dessen man später Erfolge erzielte (vgl. Wallerstein 2012b: 24-25).

dann nämlich von dem liberalen Staat getragen werden. Anfang des 19. Jahrhunderts hat beispielsweise in Frankreich die öffentliche Meinung an Einfluss gewonnen und konnte dementsprechend nicht mehr von der Staatsobrigkeit vernachlässigt werden.

### **3.2. Die Entstehung des liberalen Staates**

Obwohl Großbritannien nach fast dreihundert Jahren (1651-1815) geführten Auseinandersetzungen mit Frankreich die hegemoniale Führung in der Weltwirtschaft übernahm, kam es nach 1815 zu einem langfristigen Bündnis zwischen den beiden Staaten basierend auf dem Modell des liberalen Staates. Dieses Modell hatte die Aufgabe die Legitimität der Zentrumstaaten sowohl in ihrem Innern, als auch nach außen im kapitalistischen System im 19. Jahrhundert herzustellen. Die wechselseitige Partnerschaft zwischen Frankreich und Großbritannien war für sie deswegen nötig, damit sie ihre geopolitischen Interessen erzielen/aufrechterhalten konnten. Die Konsolidierungsphase des liberalen Projekts hinsichtlich der Herausbildung des modernen Staates dauerte von 1815 bis 1914, danach war es fest in den Kernländern des kapitalistischen Systems wie z. B. in Großbritannien und Frankreich, in den USA, aber auch in anderen westeuropäischen Ländern etabliert (vgl. Wallerstein 2012b: 35-36; 42; vgl. Wallerstein 1995: 237).

Aus militärischer Sicht musste Großbritannien keine großen Anstrengungen mehr im 19. Jahrhundert machen, da sein größter Hauptrivale Frankreich militärisch zerschlagen war. Eine potentielle Gefahr bezog sich aber eher auf die Trios im Osten: Österreich-Ungarn, Preußen und Russland<sup>67</sup>. Der britische Staat hatte ein Interesse daran Frankreich politisch und diplomatisch zu stabilisieren, damit es seine hegemoniale Ansprüche weiter ausüben konnte (vgl. Wallerstein 2012b: 55-57). Das Hauptziel Großbritanniens bestand darin die Heilige Allianz zu beseitigen. Dementsprechend war der Inselstaat zu jener Zeit an der Unterstützung von Unabhängigkeitsbewegungen in unterschiedlichen Teilen der Welt wie z. B. in Südosteuropa und in anderen Teilen des Osmanischen Reiches aktiv beteiligt. Ein Paradebeispiel dafür ist der Aufstieg der Unabhängigkeitsbewegung in Griechenland in den 1820er Jahren. Dadurch bestrebte der britische Hegemonialstaat danach einerseits seinen Einfluss in der kapitalistischen Wirtschaft zu erweitern, aber andererseits die

---

<sup>67</sup> Die drei Monarchien haben am 09.09.1815 ein gemeinsames Dokument unterzeichnet, das unter dem Namen der Heiligen Allianz bekannt war. In diesem Dokument ging es um eine gemeinsame Vereinbarung zwischen den Trios, indem sich alle drei dazu verpflichteten, den Status quo in Europa aufrechtzuerhalten. Für den Fall, dass irgendeine Revolution in den Ländern ihrer Machtsphäre ausgebrochen wäre, hätten sie sofort eingreifen müssen (vgl. Wallerstein 2012b: 58).

Machtbestrebungen<sup>68</sup> der Franzosen und der Russen auf dem Balkan zu eliminieren, bevor sie dort entstehen konnten (vgl. Wallerstein 2012b: 71-73).

Die liberale Ordnung im kapitalistischen System bestand aus drei Hauptkomponenten: „Markt“, „starker Staat“ und „starke zwischenstaatliche Strukturen“ (Wallerstein 2012b: 134). Durch den Markt haben die Zentrumstaaten – in diesem Fall v. a. Großbritannien und Frankreich – eine Konzentration und Akkumulation von Kapital im 19. und 20. Jahrhundert erreicht.

Unter starken Staaten versteht Wallerstein (2012b: 135-136; 163-164) keine Staaten, die absolutistisch geführt werden, sondern Staaten, die einerseits über einen soliden bürokratischen Apparat verfügen, aber die auch andererseits durch ihre Bevölkerung legitimiert werden. Der Prozess zum Aufbau des bürokratischen Staates fing in Westeuropa zwar im 15. Jahrhundert an, dennoch gelang es den Staaten mit liberalem Regime die starken bürokratischen Strukturen zuerst einzurichten. Die gerade erwähnte Kapitalakkumulation ereignete sich im Kapitalismus insbesondere durch das Vorhandensein der bereits erwähnten staatlichen Bürokratien. Darüber hinaus hat die kapitalbesitzende Klasse erkannt, dass eine der Funktionen des staatlichen Regimes darin bestand, in krisenhafte Situation (wie z. B. beim Unbehagen der Arbeiterklasse) politische Reformen durchzuführen und so die jeweiligen Problematiken für die soziale Ordnung zu kanalisieren. Ein Beispiel für derartige Reformen ist die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts.

Neben soliden Staatsapparaten wurde die liberale Weltordnung im 19. Jahrhundert durch Freihandel gekennzeichnet. Das Ziel Großbritanniens als geopolitischer Machtfaktor bestand darin durch viel Freihandel und gleichzeitig geringe Militärausgaben hohe ökonomische Gewinne zu erzielen. Dementsprechend hatten die politischen Herrscher in Großbritannien und Frankreich im 19. Jahrhundert die Kenntnis darüber, dass starke Industrieentwicklung mit Vormachtstellungen im Kapitalismus zusammenhängen. Deswegen hatte Großbritannien Angst vor der aufsteigenden und konkurrenzfähigen Industrieproduktion in den deutschen Staaten (vgl. Wallerstein 2012b: 139; 141-142).

---

<sup>68</sup> Diese Machtbestrebungen äußerten sich in der Kontrolle der Handelsströme auf dem Balkan (Wallerstein 2012b: 153).

### 3.3. Die Entstehung der Staatsbürgerschaft und die soziale Ungleichheit

Wie bereits in Kapitel II erklärt wurde, war die Ungleichheit ein typischer Teil des kapitalistischen Systems. Zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert galt sie als naturgegebenen. Seit dem Ausbruch der Französischen Revolution und der Geburt des liberalen Staates zielte man darauf ab, diese Ungleichheit durch „Gleichheit auf dem Markt, Gleichheit vor dem Gesetz und die grundsätzliche gesellschaftliche Gleichheit aller Individuen, die mit gleichen Rechten ausgestattet sind“ (Wallerstein 2012b: 169) zu beseitigen. Diese drei theoretischen Verdienste des 19. Jahrhunderts haben dennoch die Disparitäten in Bezug auf die Lebensmöglichkeiten der verschiedenen sozialen Gruppen in der Weltwirtschaft nicht gelöst (vgl. Wallerstein 2012b: 169).

Die Idee der Staatsbürgerschaft stammt nach Wallerstein (2012b: 170) von der Französischen Revolution bzw. sie wurde durch die Revolution popularisiert. Dadurch zielte man einerseits die Abschaffung aller Titel, andererseits sollte jeder Mensch „das Recht haben, am Prozess der kollektiven Entscheidungsfindung auf dem Feld der Politik teilzunehmen, gleichberechtigt teilzunehmen“ (Wallerstein 2012b: 170). Vollständig wurde diese Idee aber erst Mitte des 20. Jahrhunderts verwirklicht.

Eines der Probleme für die westlichen Staaten nach der Französischen Revolution war, dass viele Leute StaatsbürgerInnen waren. Deshalb wurden im 19. sowie im 20. Jahrhundert der Staatsbürgerschaft gezielt enge Definitionen gegeben, weil die privilegierten Gruppen in den letzten zweihundert Jahren danach strebten ihren Status beizubehalten. Zuerst tauchten die Begriffe aktive und passive BürgerInnen<sup>69</sup> auf. Danach kamen die Teilungen der BürgerInnen nach Rang, Klasse, Geschlecht, Rasse, Bildungsstand usw. Diese Differenzen waren deswegen notwendig, denn wenn vor 1789 die Ungleichheit als Norm akzeptiert wurde, wurde dies, wie bereits oben beschrieben, im liberalen Regime durch das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz abgeschafft (vgl. Wallerstein 2012b: 170-172; 200).

---

<sup>69</sup> Unter aktiven BürgerInnen meint man diejenigen Menschen, die an dem politischen Entscheidungsprozess teilnehmen durften. Zu dieser Gruppe gehörten nur Männer. Frauen, Kinder und Ausländer blieben ausgeschlossen. Bei passiven Rechten handelt es sich um Rechte einer BürgerIn, die jede BewohnerIn eines Staates haben kann. Unter passiven Rechte wird der Schutz der eigenen Person, ihres Eigentums und ihrer Freiheit verstanden (vgl. Wallerstein 2012b: 171).

Damit die jeweiligen herrschenden/dominierenden Gruppen<sup>70</sup> ihre politischen, ökonomischen, juristischen und kulturellen Vorteile beibehalten konnten, wurden die folgenden binären Unterscheidungen/Begrifflichkeiten im kapitalistischen System im 19. und 20. Jahrhundert geschaffen:

Bourgeois und Proletarier, Mann und Frau, Erwachsene und Minderjährige, Geldverdiener und Hausfrauen, Mehrheit und Minderheit, Weiße und Schwarze, Europäer und Nicht-Europäer, gebildete und Unwissende, Qualifizierte und Unqualifizierte, Experten und Amateure, Wissenschaftler und Laien, anspruchsvolle Kultur und anspruchslose Kultur, Heterosexuelle und Homosexuelle, Normale und Abnormale, Gesunde und Behinderte, und natürlich die ‚Urkategorie‘, die all die anderen umfasst - Zivilisierte und Barbaren. (Wallerstein 2012b: 172)

Nach Wallerstein (Wallerstein 2012b: 173-174) lieferte die vom Liberalismus geprägte Staatsbürgerschaft zwar die Befreiung von den alten gottgewollten Hierarchien in der Gesellschaft, aber es war keine vollkommene Befreiung. Denn viele Menschen waren je nachdem, in welcher der oben genannten Kategorien sie landeten, nur teilweise frei trotz der Gleichheit vor dem Gesetz und der Einführung allgemeiner Rechte. Diese binären Unterschiede führten im kapitalistischen System sowohl zu systemischen, als auch zu antisystemischen Bewegungen. Die systemischen Bewegungen dienten zur Aufrechterhaltung der liberalen Ordnung, während die antisystemischen Strömungen das Ziel hatten, den Kapitalismus als System zu beseitigen.

Diese Ungleichheiten und Disparitäten hat es zwar auch lange Zeit vor dem 19. Jahrhundert gegeben. Der zentralistische Liberalismus stellte sich aber als diejenige politische Ordnung, die diese Begriffe mittels Organisation und Institutionen geschaffen und ermöglicht hat. Die Geokultur<sup>71</sup> des kapitalistischen Systems wurde durch diese Kategorien im 19. Jahrhundert gekennzeichnet, indem sie zur Beherrschung der Mentalitäten und Strukturen der Gesellschaft dienen sollten (vgl. Wallerstein 2012b: 255-256).

Die Französische Revolution hatte für den weiteren Verlauf der kapitalistischen Weltwirtschaft enorme Bedeutung. Damit die dominierenden Schichten ihre Machtpositionen beibehalten und erweitern konnten, mussten sie Zugeständnisse<sup>72</sup> für das bereits souveräne Volk machen. Um

---

<sup>70</sup> Damit werden die herrschenden Gruppen in den jeweiligen Staaten mit liberaler Verfassung gemeint (Wallerstein 2012b: 172).

<sup>71</sup> Die Geokultur entstand im 19. Jahrhundert. Darunter versteht Wallerstein (2012b: 321) „die Werte, die im ganzen Weltsystem weitgehend geteilt werden – sowohl explizit als auch latent“.

<sup>72</sup> Als Beispiele für die vom Staat erteilten Zugeständnisse an die Arbeiterklasse sind die folgenden Reformen, die in Großbritannien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verabschiedet wurden, aufzuzählen: „1832 Parlamentsreform“, „1833 die ersten Fabrikgesetze“, „1842 das Bergwerksgesetz“, „1846 Abschaffung der Corn Laws“, „1847 das Gesetz über den Zehnstundentag“ (Wallerstein 2012b: 136). Unter Napoleon III. wurden in den 1860er Jahren wohlfahrtsstaatliche Strukturen geschaffen. Im 1864 wurde beispielsweise in Frankreich die Teilnahme an Streiks und die Organisierung von Gewerkschaften legalisiert. Wie bereits oben erwähnt dauerte die Konsolidierung des liberalen

radikale Veränderungen in Bezug auf die herrschende Ordnung seitens der „gefährlichen Klassen“ (Wallerstein 2012b: 196) bzw. der Arbeiterklassen verhindern zu können, wurden einerseits die oben beschriebenen Ideologien geschaffen. Somit strebten die dominierenden Schichten in der Weltwirtschaft durch Inklusion i. S. v. Erlassung von Zugeständnissen die Mehrheit der Bevölkerung bzw. der nicht-herrschenden Gruppen von dem Nutzen und von den Profiten im System auszuschließen (vgl. Wallerstein 2012b: 184-185; vgl. Wallerstein 1995: 248).

Auf der anderen Seite dienten die oben genannten binären Aufteilungen zur Konsolidierung der Positionen der westeuropäischen Staaten sowohl im Inneren, als auch nach außen, denn durch diese Differenzierungen konnten nicht nur die entgegengesetzten sozialen Gruppen, sondern auch hierarchische Strukturen unter den Staaten im Weltsystem institutionalisiert werden. An dritter Stelle führten die von den herrschenden Schichten geschaffenen systemischen Organisationen einerseits zu Veränderungen im System, aber gleichzeitig auch zu ihrer Erhaltung (vgl. Wallerstein 2012b: 184-185).

### **3.4. Die Revolution von 1830 und die beginnende Konsolidierung des Liberalismus im Westen**

Ab 1815 verfolgten Frankreich und Großbritannien eine Politik der Vermehrung ihres Kapitals, indem sie es innerhalb ihres Territoriums konzentrierten. Der Staat als Handelsakteur spielte dabei eine entscheidende Rolle. Deren Ziel war anhand der staatlichen Strukturen den Wohlstand der Nation zu maximieren (vgl. Wallerstein 2012b: 54).

Trotzdem waren große soziale Ungleichheiten sowohl in Frankreich, als auch in Großbritannien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu beobachten. Es gab nämlich enorme Einkommensdisparitäten zwischen den Arbeiterklassen<sup>73</sup> und der städtischen Bourgeoisie (vgl. Wallerstein 2012b: 77). Dies führte in Frankreich im Jahr 1830 erneut zur Revolution, die aber dieses Mal von der Arbeiterschicht getragen wurde. Sie „bestand weder aus den ‚Verzweifelte[n] und Besitzlose[n]‘, noch aus der ‚nicht unbedeutenden Mittelklasse‘, sondern ‚vor allem aus qualifizierten Handwerkern durchaus reifen Alters‘“ (Wallerstein 2012b: 78).

---

Regimes in Westeuropa zwischen 1830 und 1875. Im 1875 wurde beispielsweise die liberale Idee in die Verfassung Frankreichs aufgenommen (vgl. Wallerstein 2012b: 140-141).

<sup>73</sup> Die Arbeiter durften sich zwar selbst organisieren, aber nur unter der Bedingung, dass sie politisch überwacht wurden (vgl. Wallerstein 2012b: 77).

Nach der Revolution erfolgte zwar eine Schaffung eines liberalen Regimes, das aber seinerseits zu kaum Veränderungen in der ökonomischen und sozialen Struktur geführt hatte. Dennoch war dieser liberale Staat trotz seiner Unreife von Erfolg, denn er hatte eine moralische Diskreditierung der gesamten absolutistischen Monarchien zugefügt. Darüber hinaus haben sich die französischen Arbeitsunruhen von 1830 weiter in Belgien, Polen und Italien verbreitet. Dennoch konnte nur Belgien zu jener Zeit den liberalen Staat realisieren (vgl. Wallerstein 2012b: 78-79; 81).

Somit kam es in Belgien zu einem gesellschaftlichen Wandel, der zur Beseitigung innerer Handelsschranken wie Binnenzölle und feudaler Privilegien sowie zur Bürgerlichen Gleichheit und zu Reformen führte. Auf diese Art und Weise entstand ein dynamisches, britisch-französisches Modell, das durch das liberale und gleichzeitig industrialisierte Belgien ergänzt wurde. Dagegen hat die Heilige Allianz den Lauf der Prozesse in den Staaten mit dem liberalen Regime nicht nachvollziehen können. Dort entstanden zwischen 1815 und 1848 konstitutionelle Monarchien, die sich durch parlamentarische Systeme und durch die Unterstützung der Mittelstandsklassen kennzeichneten. (vgl. Wallerstein 2012b: 83; 87-89).

1830/1832 wurde ein Modell des Westens bzw. der Industriestaaten in Großbritannien, Frankreich und Belgien geboren, das einerseits Militärstärke, ökonomisches Dominieren und das kulturelle Zentrum des Weltsystems verkörperte, und auf der anderen Seite die Ideen der individuellen Freiheit implizierte. Dieses ökonomische, militärische und kulturelle Staatsmodell wurde zum Muster für das ganze kapitalistische System im 19. und 20. Jahrhundert (vgl. Wallerstein 2012b: 89; 95).

Der Prozess der Einführung von Reformen im Westen war nach Wallerstein (2012b: 93; 96) vor allem dank Spannungen und der Aufhebung der Bevölkerung möglich gewesen. Das liberale Regime befand sich damals in einem Entwicklungsstadium. Es waren ca. 100 Jahre danach notwendig, bis das allgemeine Wahlrecht sowohl in die Zentrumstaaten, als auch in die Peripherie eingeführt wurde.

Aufgrund der Revolution von 1830 kam es zu ökonomischer Krise i. S. v. Arbeitslosigkeit, wovon vor allem die Schicht der Arbeiter betroffen war. Dies hat dann die Entstehung von weiteren Arbeiterprotesten v. a. in Frankreich und Italien bedingt. Trotz der ökonomischen Belastungen unmittelbar nach 1830 konnte dadurch das Bewusstsein der Arbeiterklasse sowie deren Würde gestärkt werden. Auf diese Art und Weise stellte die Arbeiterklasse aus Sicht der Liberalen eine Bedrohung für die Erhaltung der Ordnung dar (vgl. Wallerstein 2012b: 99-100).

Wallerstein (2012b: 100-101) behauptet, dass nicht alle Teile der Arbeiterklassen dieses Bewusstsein entwickelt haben. Mit Arbeiterklassen, die sich an Arbeiterprotesten beteiligten, meint er insbesondere die Schicht der Handwerker, die einerseits über bestimmte technische Qualifikationen, aber auch über mehr Unabhängigkeit am Arbeitsort im Vergleich zu den Fabrikarbeitern verfügten. Handwerkliche Organisationen waren darüber hinaus die einigen wenigen Gruppen in den ersten Jahren nach 1830, die sich frei versammeln konnten. Diese Unterschiede in Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe der Arbeiter lag nicht so viel an den verschiedenen Arbeitstätigkeiten und Organisationsstruktur der Arbeiter, sondern vielmehr an ihrer sozialen Herkunft, denn zu jener Zeit gab es kaum Differenzen zwischen der Funktionsweise der Manufakturen, wo die Handwerker arbeiteten, und der Funktionsweise der damals klein bestehenden Fabriken. Während Handwerker, die meistens Männer waren, aus nicht weit entfernten Orten stammten, bestand der größte Teil der ArbeiterInnen in der Fabrik aus Frauen, Kindern, fremdsprachigen Leuten sowie aus ArbeiterInnen vom Land.

Die Situation in Großbritannien, wo sich der Charismatismus in den 1830er und 1840er Jahren sehr aktiv verbreitete, war ähnlich wie in Frankreich. Der Charismatismus<sup>74</sup> war eine britische Arbeiterbewegung, dessen Mitglieder meistens handwerkliche Herkunft hatten. Letztendlich wurden die Arbeitsproteste, die in den größeren Städten Frankreichs stattfanden, vom liberalen Staat unterstützt. Als Gegenmaßnahme führte das britische Regime 1832 die sogenannte „Reform Bill“ ein (vgl. Wallerstein 2012b: 103-104), die zum Ziel hatte, die Entstehung einer Revolution wie in Frankreich 1830 zu verhindern (vgl. Wallerstein 2012b: 192).

Außer Selbstbewusstsein haben die protestierenden Arbeiterklassen in Frankreich gleichzeitig Nationalitätsidentifikation<sup>75</sup> infolge der ständigen Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte entwickelt (vgl. Wallerstein 2012b: 194). Folglich wurden die Arbeiter in der Weltwirtschaft auch nach ihrer Volkszugehörigkeit bzw. Nationalität unterschieden. Durch die Einführung von bzw. durch die Differenzierung nach Nationalitätskategorien konnte ein Teil der ArbeiterInnen von der aktiven Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden. Diese Form von sozialem Ausschluss nennt sich

---

<sup>74</sup> Die Forderungen dieser Bewegung bezogen sich auf „jährliche Parlamentswahlen, allgemeines Wahlrecht, gerechte Wahlkreisaufteilung, geheime Wahl, parlamentarische Immunität und die Aufhebung der Beschränkung des passiven Wahlrechts auf Reiche“ (vgl. Wallerstein 2012b: 194).

<sup>75</sup> Unter Nationalität versteht Wallerstein (1994: 73) einen langen Prozess, der zur Herausbildung der modernen Gesellschaft führt. Dabei entwickeln die Gesellschaftsangehörigen ein Bewusstsein. Auf der anderen Seite wurde der Begriff der Nation auch juristisch in den Staat aufgenommen.

Rassismus<sup>76</sup> (siehe Punkt 2.2. von Kapitel III). Der Imperialismus bzw. der Kolonialismus erfüllte im Grunde genommen eine ähnliche Funktion, die aber nicht wie beim Rassismus die internen Angelegenheiten des Staates betraf, sondern nach außen gerichtet war (vgl. Wallerstein 2012b: 214).

Trotz des sozialen Ausschlusses war die Entstehung der Nationen ein positiver Schritt in Richtung der Emanation, Meinungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Religionsfreiheit sowie des Schutzes des Eigentums. Diese Ideen wurden indirekt von Napoleon im Weltsystem popularisiert. Anfang des 19. Jahrhunderts wurden seine Gedanken nicht nur in Frankreich, sondern auch in Italien und Polen am meisten verehrt (vgl. Wallerstein 2012b: 38; 63). Der Begriff der Nation, der die Emanzipation des Willens von jedem Einzelnen verkörperte, entstand nach Wallerstein (2012b: 174) auch als Ergebnis der Französischen Revolution. Die Wörter *Volk und Nation* wurden nach der Französischen Revolution laut dem Autor als Synonyme verstanden. Im Vergleich dazu wurde davor mit Nation der König gemeint. Zusammen mit dem liberalen Regime verbreitete sich dann der Begriff der Nation auch in die anderen westeuropäischen Staaten.

### **3.5. Die westlichen Bewegungen im 19. Jahrhundert**

Die Revolutionen im 18. Jahrhundert, wie z. B. die amerikanische, die französische sowie die industrielle Revolution, waren ein Teil der Entfaltung des kapitalistischen Weltsystems. Im 19. Jahrhundert wurde das kapitalistische System zum ersten Mal durch unterdrückte Volksmassen herausgefordert, denn sie stellten antisystemische Bewegungen dar (vgl. Wallerstein 2004: 371-372).

#### **3.5.1. Die Revolution von 1847/48 und die Inkorporierung des Konservatismus und des Sozialismus in die Strukturen des Liberalismus**

Um die staatliche Ordnung zu konsolidieren, unterstützte das liberale Regime in Westeuropa den Mittelstand. Dennoch hatte dies kaum Wirkung gezeigt, denn die wenigen Zugeständnisse der liberalen Elite für die Arbeiterklasse reichten nicht aus, um mit der ökonomischen Krise zurechtzukommen. Vor allem kam es 1847 und 1848 zu großen ökonomischen Belastungen für die Bevölkerungen in den westeuropäischen Ländern. Als Beispiel dafür dient die 75-prozentige

---

<sup>76</sup> In USA wurde auch eine Form von Rassismus gegenüber neu angekommenen Menschen im 19. Jahrhundert angewendet, die im Vergleich zu den damals gebürtigen Handwerkern und Lohnarbeitern keine aktive Staatsbürgerschaft hatten (vgl. Wallerstein 2012b: 214).

Arbeitslosigkeit unter den Pariser Industriearbeitern. Dementsprechend führte dies 1848 zu einer europaweiten Revolution. In Frankreich war diese Revolution die erste große Aufhebung der Proletarier<sup>77</sup>, aufgrund der konservativen Stellungen des liberalen Regimes ihnen gegenüber. In den absolutistischen Monarchien Europas wurde die Revolution dagegen nicht von proletarischen Arbeitern getragen, sondern es handelte sich um liberale und nationalistische Aufstände (vgl. Wallerstein 2012b: 108; 110; 115). Vor allem der Nationalismus war eine enorme treibende Kraft für die Revolutionäre in Belgien, Deutschland, Italien und Ungarn (vgl. Wallerstein 2012b: 186).

Obwohl sich die Revolution von 1848 nicht überall im kapitalistischen System ereignete, galt sie als die erste antisystemische Weltrevolution der Moderne<sup>78</sup>. Daraus konnten zwei Arten von antisystemischen Bewegungen herauskristallisiert werden. Am Beispiel von Frankreich konnte aufgrund der Forderung nach mehr Rechten deutlich von sozialer Revolution die Rede sein, während am Beispiel der absolutistischen Monarchien ein Muster nationaler Revolution betrachtet werden konnte. Die Träger der antisystemischen Bewegungen waren die Radikalen bzw. die Sozialisten (oder auch nationalistische Revolutionäre genannt)<sup>79</sup> (vgl. Wallerstein 2012b: 188).

Die europaweite Revolution von 1848 war zuerst eine Zeitprobe für die Belastbarkeit des internationalen liberalen Regimes, das hauptsächlich von Großbritannien und an zweiter Stelle von Frankreich geschaffen wurde. Gleichzeitig führte ihre Eindämmung zur Konsolidierung und Festigung des Liberalismus und seiner geopolitischen Bedeutung in der kapitalistischen Welt (vgl. Wallerstein 2012b: 117-118).

Obschon die Zeit zwischen 1815 und 1848 eine ideologische Konfrontation zwischen Liberalen und Konservativen darstellte, war die Revolution von 1848 für beide Seiten bedrohend, was letztendlich zu ihrer Eindämmung führte (vgl. Wallerstein 2012b: 188-189). Trotz ihrer Niederschlagung war das Jahr 1848 ein Wendepunkt für die drei Hauptideologien. Das ist der Zeitpunkt, seitdem sich die Konservativen und Sozialisten an das liberale Projekt zu orientieren bzw. es zu akzeptieren angingen. Die Sozialisten realisierten, dass der Staat an sich über zu starke Strukturen

---

<sup>77</sup> Dabei hatten die verschiedenen Gruppen der Protestierenden unterschiedliche Forderungen: „die Bauern wollten ihre traditionellen kollektiven Nutzungsrechte wieder; Frauen wollten, dass das, allgemeine Wahlrecht’ auch für sie gelte; die Sklaven wollten die Abschaffung der Sklaverei“ (Wallerstein 2012b: 110-111).

<sup>78</sup> Die Revolution von 1848 in Zentraleuropa begreift Michael Mann (2012b: 307) als eine Spätversion der Französischen Revolution, woran sich auch das Kleinbürgertum und die Masse der Bevölkerung beteiligten und wo es auch eine Expansion der diskursiven Bildung gab.

<sup>79</sup> Wallerstein (1995: 266) meint damit insbesondere die Gruppe der qualifizierten Arbeiterklasse, der Intellektuelle und ferner auch die Gruppe der ausgebildeten ländlichen Arbeiterklasse.

verfügt. Dementsprechend akzeptierten die sozialistischen Bewegungen das staatliche Liberalmodell als Quelle der Macht, indem sie diesbezüglich angefangen haben, sich parteiisch und in Gewerkschaften zu organisieren. Die Konservativen verstanden auch, dass die antisystemische Bewegung eine Gefahr für die Ordnung war. Dementsprechend sprachen sie sich ab jenem Augenblick auch für eine Integration der Gesellschaft auf nationaler Ebene aus (vgl. Wallerstein 1995: 95-96).

Die VertreterInnen der drei Ideologien haben nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 verschiedene Konsequenzen gezogen. Aus der Sicht von Wallerstein (2012b: 189-190) hatten die Liberalen und die Konservativen nähere Bezugspunkte. Darüber hinaus kam die liberale Mitte zum Ergebnis, dass sie aussagekräftigere Theorien entwickeln sollte, damit die binären Unterscheidungen vom Volk legitimiert werden konnten. Darüber hinaus war Großbritannien das einzige Land, wo die 1848-Revolution v. a. aufgrund der für den Mittelstand erlassenen Zugeständnisse nicht stattfand. Dies hat die konservativen Kräfte in Bezug auf ihre Politikstrategie zum Umdenken gebracht. Ab diesem Zeitpunkt haben sich die Konservativen damit abgefunden, die liberale Ordnung zu akzeptieren, dennoch sollten sie dort in der Rolle als aufgeklärte Konservative auftreten. Unter den Radikalen, auch Sozialisten oder auch nationalen Revolutionären genannten, verbreitete sich die Einstellung, dass ihre antisystemische Bewegung Erfolg haben kann, wenn sie ihre Selbstorganisation verbessern und bürokratisieren:

The solution that liberalism could offer to this danger to social order, and therefore to rational social development, was to make concessions to the working classes: some participation in political power, and some share of the surplus value. The problem, however, was how to give the working classes enough to make them hesitate to be disruptive, but not so much as to threaten seriously the ceaseless and expanding accumulation of capital that was the *raison d'être* of the capitalist world-economy and the prime consideration of the ruling strata. (Wallerstein 1995: 97)

Die Inkorporierung der Konservativen und Sozialisten in das liberale Regime führte dann im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Umwandlung der Konservativen zu Liberal-Konservativen und zur Umwandlung der Sozialisten zu Liberal-Sozialisten. Dieses Aufdröseln im liberal-konservativen und im liberal-sozialistischen Lager<sup>80</sup> seitens des Liberalismus ist im 20. Jahrhundert auch unter dem Wettkampf zwischen dem Wilsonismus und dem Leninismus bekannt (vgl. Wallerstein 1995: 102-103; 109); (siehe dazu v. a. Kapitel V, Unterpunkt 1.2.2).

---

<sup>80</sup> Diese zweiseitige Aufteilung des Liberalismus bzw. die Anpassung und die Akzeptanz der Konservativen und der Sozialisten in Bezug auf die kulturelle Logik des Liberalismus führte gleichzeitig laut dem Autor nach 1914 zum Verschwinden der rein liberal-orientierten Parteien (vgl. Wallerstein 1995: 237).

### 3.5.2. Die Arbeiter- und Nationalbewegungen

Als größter Träger der Forderungen zur Partizipation am sozialen und politischen Leben in den USA, in den westeuropäischen und später in den zentraleuropäischen Ländern erwies sich die städtische Arbeiterklasse. Dieser Konflikt ist in der Geschichte auch als der Konflikt zwischen der Bourgeoisie und des Proletariats bekannt. Laut dem Autor verfügte die sozialistische Bewegung zwischen 1815 und 1851 über Ideen, aber als Bewegung war sie nicht stark verbreitet. In der Periode zwischen 1851 und 1871 hat der Sozialismus als Bewegung mehr Popularität gewonnen, während sie von 1871 bis Ende des 19. Jahrhunderts deutlich an Macht gewonnen hat (vgl. Wallerstein 2012b: 191). Als ein Beleg dafür, dass die britischen und französischen Arbeiterbewegungen zwischen 1851 und 1871 stärker wurden, erwiesen sich die Genehmigung weiterer Zugeständnisse für die Arbeiterklasse, die Zulassung von Arbeiterorganisationen sowie die breitere Begriffsbestimmung von Staatsbürgerschaft (vgl. Wallerstein 2012b: 200). Die erhaltenen Machtpositionen seitens der sozialistischen Kräfte im kapitalistischen System äußerten sich Ende des 19. Jahrhunderts in der Gründung sozialistischer Parteien und Gewerkschaften (vgl. Wallerstein 2012b: 201).

Die Zugeständnisse für die Arbeiterklasse äußerten sich in der „Ausweitung des Wahlrechts“, im „Ausbau ökonomischer Vorteile“ und in der „Einbeziehung in die ‚Nation‘ durch den Ausschluss anderer als Ergebnis von Rassismus und Imperialismus“ (Wallerstein 2012b: 203). Man zielte aber vor allem darauf ab, damit die Proteste einzudämmen. Darüber hinaus war die liberale Mitte nach 1848 der Meinung, dass durch Umorientierung der Bevölkerung in republikanischen und säkularisierten Normen und Werte sowie in selbstständiger Bildung weitere für die liberale Ordnung gefährdende Unruhen beseitigen konnte (vgl. Wallerstein 2012b: 204-205).

Laut Wallerstein (2012b: 204) waren „die stärksten und einflussreichsten Bewegungen vor allem in jenen Ländern entstanden, die wirtschaftlich am stärksten waren: in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Italien, Belgien und Niederlande und in geringerem Ausmaß in anderen Teilen Europas“. Am Ende des 19. Jahrhunderts, d. h., ab 1870 war das Wahlrecht für Männer in Großbritannien, Deutschland und in den USA eine sehr verbreitete Erscheinung. Trotz der regionalen und kulturellen Unterschiede entstand in all den gerade erwähnten Ländern ein gleiches Muster von Organisationen und Bewegungen der Arbeiter und der Sozialisten, die aufgrund staatlicher Unterdrückung und der Aufnahmeverweigerung in die nationale

Gemeinschaft zustande gekommen sind (vgl. Wallerstein 2012b: 211). Dementsprechend bestand die gemeinsame Forderung aller Arbeiter- und sozialistischen Bewegungen in der Weltwirtschaft darin, dass sie ein Teil der Nation werden wollten (vgl. Wallerstein 2012b: 213).

### **3.5.3. Die Frauenbewegungen**

Für Wallerstein (2012b: 217-218 ) haben die Frauenbewegung und der Feminismus einen ähnlichen historischen Verlauf wie die Arbeiterbewegungen. Trotz der Ähnlichkeiten haben sie grundsätzlich keine Unterstützung von der männlichen Arbeiterbewegung bekommen bzw. sie wurden häufig als Konkurrenz und Feind zu der männlichen Arbeiterbewegung dargestellt. Darüber hinaus haben die Frauen kaum Zugang zu den Gewerkschaften bekommen. Als Beweis dafür dient die Prozentzahl der Pariser Arbeiterinnen zwischen 1900 und 1914, die daran teilnahmen. Sie belief sich auf ca. fünf bis zehn Prozent.

Mit anderen Worten strebten die Frauen im 19. Jahrhundert genauso wie die männlichen Arbeiter nach der Erlangung aktiver Staatsbürgerschaft bzw. des Wahlrechts. Im Vergleich zu den Männern waren sie in einer deutlich benachteiligten Position, da sie zu jener Periode einem offenen, aggressiven und legitimierten Sexismus ausgesetzt wurden. Deswegen kämpften sie nicht nur für ihre politischen, sondern auch für ihre bürgerliche Emanzipation (vgl. Wallerstein 2012b: 233; 235). Die Frauen forderten nämlich „Gleichheit vor dem Gesetz in allen Angelegenheiten, Gleichheiten auf dem Markt, Gleichheit im Bildungswesen und auf anderen kulturellen Gebieten“ (Wallerstein 2012b: 236) ungeachtet davon, welchem Geschlecht man zugehörig war. Diese Emanzipationsforderungen kennzeichnen die Frauenbewegungen und den Feminismus seit dem 19. Jahrhundert, indem sie immer noch bis heute andauern. Erst nach dem Ende des ersten Weltkrieges kam es zu einem Wendepunkt für die Frauen, denn sie haben bereits in vielen Staaten das Wahlrecht erhalten (vgl. Wallerstein 2012b: 237; 245).

Eine der großen Anstrengungen, die von den Frauenbewegungen - insbesondere aus den USA und aus Großbritannien - kam, war, dass sie sich aktiv für die Abschaffung der Sklaverei einsetzten (vgl. Wallerstein 2012b: 240). Hinsichtlich der durchgeführten Geopolitik im 19. und 20. Jahrhundert entwickelten Frauen pazifistische Positionen, was zur Folge hatte, dass viele Friedensbewegungen entstanden (Wallerstein 2012b: 239).

Das 19. Jahrhundert beschreibt Wallerstein (2012b: 249-250; 252; 254) als eine Zeit des Dominierens der weißen Männer europäischer Herkunft in der Welt. Wie bereits oben erwähnt, wurden

bestimmte Begrifflichkeiten zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren sowie zur Institutionalisierung der Kolonialgebiete geschaffen. Der Rassismus bzw. der Imperialismus spielte dabei enorme Rolle zur Beherrschung der Kolonialgebiete. Es wurde nämlich von der Wissenschaft im 19. Jahrhundert die Vorstellung geschaffen, dass es eine Hierarchie der Völkerrassen gegeben hat, wonach die europäische Herrschaft über den nicht-europäischen Rest der Welt legitimiert werden sollte. Wie bereits erwähnt, führten die von Wallerstein aufgezählten binären Unterschiede zum Aufstieg verschiedener Bewegungen. Neben Arbeiter- und Frauenbewegungen verbreiteten sich vor allem in den (ehemaligen) Kolonien wie z. B. in den USA antirassistische Bewegungen.

#### **3.5.4. Die Rolle der Wissenschaft für das westeuropäische Dominieren in der Welt**

Trotz der sozialen Unruhen haben die beiden Zentrumsstaaten Frankreich und Großbritannien ihre geopolitischen Stellungen und Ambitionen innerhalb der Weltwirtschaft nicht vernachlässigt. Es entwickelte sich zwischen den beiden Mächten ein Bündnis, wonach das liberale Frankreich ein natürlicher Partner vom liberalen England wurde. Mit Hilfe von Frankreich gelang es Großbritannien leichter gegen die absolutistischen Monarchien in Europa vorzugehen (vgl. Wallerstein 2012b: 105).

Diesbezüglich entstanden die modernen Wissenschaften im 19. Jahrhundert als Werkzeug zur Kontrolle der dominierten Schichten/Regionen seitens der herrschenden Gruppen/Staaten (vgl. Wallerstein 2012b: 321). Die modernen historischen Sozialwissenschaften sind ebenfalls ein Produkt des Liberalismus. Da sich im 19. Jahrhundert die Struktur und die Denkweise der westeuropäischen Gesellschaften<sup>81</sup> veränderten, mussten einerseits, wie oben beschrieben, bestimmte Begriffspaare und andererseits nationale Identitäten geschaffen werden, damit die jeweiligen Machtpositionen der Staaten legitimiert werden konnten. An dieser Stelle kam das Instrumentarium der Sozialwissenschaften, das zum Verständnis und zur Erforschung der gesellschaftlichen Dynamiken bzw. der individuellen Wünsche des Volkes im modernen Weltsystem dienen sollte. Somit zielten die herrschenden Schichten auf eine Minimierung der von den einzelnen Individuen

---

<sup>81</sup> Ein Hauptaspekt dieser Veränderung bzw. der Geokultur war die Differenzierung von öffentlichem Raum und Privatsphäre. Die einzelnen Individuen – Männer und Frauen – entwickelten persönliche Eigenschaften und forderten soziale und politische Partizipation. Andererseits haben sie verschiedene Rollen und Aufgaben in der Gesellschaft angenommen. Letztendlich waren die Veränderungen der europäischen Gesellschaften eine logische Konsequenz der Wünsche des einzelnen Individuums nach Rationalität (vgl. Wallerstein 2012b: 231).

hervorgebrachten Veränderungen in den Strukturen des Sozialen ab (vgl. Wallerstein 2012b: 257-258).

Um antiliberale Stimmungen und Proteste zu verhindern bzw. um sie zu analysieren wurden die folgenden drei nomonethischen Wissenschaftsdisziplinen entwickelt und institutionalisiert: Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft. Die Aufteilung und die Trennung der Gesellschaft in drei Gebiete waren laut liberalen Philosophen ein zentraler Bestandteil der Moderne. Aufgrund der Modernisierung wurde spezialisiertes Wissen für die Erkundung der Prozesse auf dem Markt, im Staat und in der Gesellschaft vermittelt (vgl. Wallerstein 2012b: 283).

Die Entwicklung und die Förderung dieser Wissenschaften sowie der Geschichtswissenschaft war aus räumlicher Perspektive an sehr wenigen Orten im Kapitalismus konzentriert: insbesondere in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und in den USA. 95 Prozent der wissenschaftlichen Beiträge im 19. Jahrhundert kamen aus den gerade erwähnten Ländern. Das ist ein Beweis dafür, dass die obigen fünf Staaten den Rest der Welt aus politischer, wirtschaftlicher und kultureller Sicht überlegen waren. Diese Wissenschaften dienten dementsprechend auch zur Erkundung und Kontrolle der Kolonialgebiete bzw. der Peripherie. Die restlichen 5 Prozent der wissenschaftlichen Werke wurden dagegen in Skandinavien, in den Niederlanden, in Russland und auf der iberischen Halbinsel geschaffen (vgl. Wallerstein 2012b: 307-308).

#### **4. Zwischenfazit über die Entfaltung der Klassenverhältnisse und die Etablierung der modernen/liberalen Staatlichkeit**

Das 19. Jahrhundert war nicht nur die Zeit, wo die Klassen und Nationen entstanden und wo sich die Gesellschaft dementsprechend transformierte. Das war auch die Zeit, wo sich das kapitalistische Weltssystem bzw. die europäische Machtsphäre auf der ganzen Erde verbreitet hat, was bis jetzt als ein einmaliges Ereignis in der von den Menschen bekannten Geschichte galt (vgl. Wallerstein 1994: 108; 146). Nach Mann (2013a: 23) gelang dies den Europäern nicht wegen kultureller, wissenschaftlicher und ökonomischer Entwicklung, sondern vor allem aufgrund der Anwendung militärischer Macht.

Die revolutionären Erhebungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert brachten trotz ihrer Erfolgslosigkeit bzw. Nichtvollendung die alten Regierungsregimen zum Nachdenken und zur Veränderung hinsichtlich ihres politischen Handelns. Um ihre Macht zu erhalten, waren sie seitdem bereit Kompromisse mit den aufständischen Gruppen bzw. mit den neu entstandenen Klassen

und Nationen auszuhandeln. Infolge dessen wurden laut Mann im 19. Jahrhundert der Kapitalismus, der Militarismus, die Repräsentation der Bürger und die Nation in den westeuropäischen Ländern institutionalisiert. Dabei sind die Klassen und die Nationen zusammengewachsen, indem sie durch die vier Quellen der Macht bedingt wurden.

Die Entstehung der Klassen und Nationen wurde nach Mann außerdem durch die diskursive Schriftlichkeit ermöglicht. Als Hauptgrund für deren Entstehung und Politisierung nennt er die zwanghafte Teilnahme an militärischen Operationen seitens der unteren Bevölkerungsschichten sowie die zu hohe Steuerlast, die den nicht privilegierten Schichten erhoben wurde. Wallersteins Argumentation diesbezüglich basiert auf den sozialen und politischen Auswirkungen der Französischen Revolution und auf den davon stammenden Nachahmungseffekten seitens der nicht dominierenden Klassen in den anderen westlichen Staaten.

Beide Autoren sind sich einig, dass sich die politischen Zugeständnisse in der Repräsentation und in der Teilnahme an Wahlen seitens der jeweiligen Bürgerklasse äußerten. Sowohl Wallerstein, als auch Mann behaupten, dass nicht alle Klassen gleich repräsentiert wurden. Es dauerte beispielsweise ca. 100 Jahre, bis das allgemeine Wahlrecht für einen großen Teil der arbeitenden Schichten eingeführt wurde. Dennoch durften Anfang des 20. Jahrhunderts wieder nicht alle Gesellschaftsmitglieder daran partizipieren. Meistens wurden davon Frauen und ausländische Leute ausgeschlossen.

Im Vergleich zu Wallerstein beschäftigt sich Mann mit den Zugeständnissen aus sozialer Perspektive und mit der Ausweitung staatlicher Sozialfunktionen. Für ihn war der Staat der hauptökonomische Akteur im 19. Jahrhundert, indem er die Entstehung logistischer Bildungs- und Verkehrsinfrastrukturen finanzierte. Dabei spielte der Militarismus auch eine enorme Rolle sowohl für die Entfaltung der Wissenschaft, als auch für das Vorantreiben der Industrialisierung.

Wallersteins Argumentation für die Ereignisse und Prozesse im 19. Jahrhundert konzentrieren sich vorwiegend auf den Liberalismus als Ideologie, die das Politische und das Soziale bestimmte. Er behauptet, dass die Ungleichheiten unter den verschiedenen Klassen hinsichtlich der Verfügung von politischen und sozialen Bürgerrechten durch den Liberalismus institutionalisiert und legitimiert wurden. Das war ein weiterer Grund neben der Erlassung von Zugeständnissen, warum Teile des Ancien Regimes ihre Machtpositionen nicht verloren haben.

Wallerstein weist darauf hin, dass der Liberalismus als Ideologiemodell vor allem in Großbritannien und Frankreich entstand, indem es zum Muster für die ganze kapitalistische Welt wurde. Dieses Modell war imstande antisystemische Bewegungen in seine Strukturen zu inkorporieren. Laut Wallerstein konnte dies nur im Laufe des 19. Jahrhunderts und bis Mitte des 20. Jahrhunderts funktionieren, denn ab den 1960er Jahren akzeptierten die antisystemischen Bewegungen die Zugeständnisse des Liberalismus nicht mehr (siehe dazu Unterpunkt 3.1. von Kapitel V)

Nachdem ich die Hauptgesichtspunkte beider Autoren in diesem Punkt aufgeführt habe, lässt sich feststellen, dass die Erläuterungen des Sozialen seitens Michael Mann für das 19. Jahrhundert im Bereich des Militärischen, Politischen und Ökonomischen angesiedelt sind. Dagegen liegt der Schwerpunkt der Standpunkte von Wallerstein auf der politischen und vor allem auf der ideologischen Dimension. Diese Argumentationslogik seitens der beiden Autoren bleibt für das nächste 20. Jahrhundert und für den Anfang des 21. Jahrhunderts weiter fortbestehen.

## **V. Das lange 20. Jahrhundert**

Im letzten Kapitel befaße ich mich mit drei Phasen der kapitalistischen Entwicklung der westlichen Staaten im 20. Jahrhundert. Die eine dauerte von 1914 bis 1945 und bezieht sich auf die beiden Weltkriege sowie auf die Ereignisse und Prozesse dazwischen. Die zweite Phase umfasst die Geschehnisse und Prozesse in dem Zeitraum zwischen 1945 und Ende der 1960er Jahre. Die letzte Periode betrachtet die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus seit Ende der 1968er bzw. Anfang der 1970er Jahre.

Dieses Kapitel ist ähnlich wie die Kapitel II und IV aufgebaut. Die drei Phasen des 20. Jahrhunderts analysiere ich, indem ich getrennt die zwei unterschiedlichen Perspektiven über die Gestaltung des Sozialen von Mann und Wallerstein betrachte.

Das letzte Kapitel beschäftigt sich einerseits mit der weiteren Etappenentwicklung des Kapitalismus im Westen, wie dies in den Kapitel II, III und IV der Fall war. Auf der anderen Seite versuche ich hier angesichts der bereits seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts strukturell eingetretenen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus eine Antwort auf die im Thema der Arbeit gestellten Frage zu geben, ob die im 16. Jahrhundert entstandene kapitalistische Ordnung in Westeuropa und in den USA sich aufzulösen begonnen hat.

### **1. Die instabile soziale Ordnung in den westlichen Staaten zwischen 1914 und 1945**

Während das 19. Jahrhundert durch kleine und kurze Kriege zwischen den westlichen Mächten gekennzeichnet wurde, wurde die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts durch zwei globale militärische Konflikte charakterisiert. Das ist auch der Grund, warum dieser Punkt die instabile soziale Ordnung zwischen 1914 und 1945 heißt (vgl. Mann 2013a: 129).

#### **1.1. Manns Perspektive mit Schwerpunkt auf militärischer, ökonomischer und politischer Macht**

Nach Mann (2013a: 1; 4) wurde das 20. Jahrhundert durch Prozesse der Globalisierung der Welt gekennzeichnet, die gleichzeitig die ideologischen, ökonomischen, militärischen und politischen Machtverhältnisse umfassten. Die drei wichtigen Ereignisse mit weltweiter Bedeutung bzw. Auswirkungen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert stattfanden, waren laut dem Autor der Erste Weltkrieg, die Große Depression und der Zweite Weltkrieg (vgl. Mann 2013a: 4).

### 1.1.1. Der erste Weltkrieg: 1914-1918

Mann (2013a: 130; 134) ist der Meinung, dass der Erste und der Zweite Weltkrieg ein hauptsächlich europäischer Krieg gewesen war, der sich in territorialer, industrieller und Handelsrivalität äußerte.

Auf ideologischer und politischer Ebene konnte die Entstehung des Krieges durch die verschiedenen etablierten Werte und Institutionen in den unterschiedlichen Staaten erklärt werden. Einerseits entwickelten sich Frankreich und Großbritannien zu demokratischen Staaten<sup>82</sup> bzw. zu liberalen Regimen. Andererseits kämpften Staaten wie Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland um den Erhalt der alten dynastischen Ordnung. Die letzten drei Staaten fürchteten auch vor der Modernisierung (vgl. Mann 2013a: 134-135; vgl. auch Mann 2012b: 743).

Um 1900 wurde sowohl der britische, als auch der französische Nationalismus militaristischer ausgerichtet. Einerseits musste Großbritannien sein imperialistisches Freihandelsnetzwerk verteidigen, andererseits entwickelte sich dieser negative Nationalismus aufgrund des Deutsch-Französischen Krieges von 1870-1871. Der österreichische und der deutsche Nationalismus war aufgrund der aggressiv-betriebenen Geopolitik seitens beider Staaten vorwiegend militaristisch geprägt. Zwar breiteten sich aggressive Formen von Nationalismus in den europäischen Staaten aus, aber nur wenige BürgerInnen identifizierten sich damit. Somit war für den Autor der Nationalismus nicht die Hauptursache für die Entstehung des Ersten Weltkrieges (vgl. Mann 2012b: 139; 578-581).

Aus ökonomischer Perspektive bestand für Großbritannien die Gefahr, dass Deutschland die führende wirtschaftliche Rolle in Kontinentaleuropa übernehmen konnte. Trotzdem ist der Autor der Ansicht, dass eher vielmehr geopolitische Gründe um die Erlangung von Hegemonie seitens der Großmächte bzw. der Staatsmänner und weniger die ökonomischen Aspekte für den Kriegsausbruch entscheidend waren. Aus wirtschaftlicher Sicht gab es wenige kapitalistische Kreise, die an militärischen Auseinandersetzungen<sup>83</sup> interessiert waren. Dies wird vor allem dadurch belegt, dass zu jener Periode der Handel zwischen Deutschland und Großbritannien immer verflochtener und

---

<sup>82</sup> Dabei weist Mann (2013a: 135) darauf hin, dass es sich um keine vollständige Demokratie, sondern um eine minimale Form davon handelte, da viele gesellschaftliche Gruppen immer noch sozial und politisch exkludiert wurden, indem nur die weißen Männer an der politischen Partizipation teilhaben durften.

<sup>83</sup> An dieser Stelle fügt Mann (2013a: 139) hinzu, dass sich die Profitinteressen der kapitalistischen Klassen während des Krieges zwar mit den militärischen Kämpfen zusammenhingen, aber sie haben ursprünglich den Krieg nicht verursacht, sondern sie haben sich an die jeweiligen (in diesem Fall) militärischen Umstände angepasst.

größer wurde. Darüber hinaus war der Kapitalismus zu jener Zeit auf dem Weg sich zu globalisieren (vgl. Mann 2013a: 136-139; vgl. auch Mann 2012b: 752).

Der Erste Weltkrieg verursachte viele Kosten. An seinem Ende waren die tatsächlichen Gewinner die USA und Japan, während es auf der anderen Seite zur Auflösung der deutschen, russischen und österreich-ungarischen Monarchie kam. Dementsprechend führte der Erste Weltkrieg auch zu einer Verlagerung der ökonomischen Kräfte<sup>84</sup> aufgrund der hohen militärischen Ausgaben, die getätigt wurden. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bekamen die USA bzw. die US-Großkonzerne eine der führenden Rollen in der weltweiten Wirtschaft. Zum großen Teil ließ sich dies anhand der deutschen und britischen Verschuldung gegenüber amerikanischen Banken erklären (vgl. Mann 2013a: 81; 137; 166; 210).

### **1.1.2. Die Zwischenkriegszeit im Westen und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges**

Die internationalen Kooperationen der Großmächte basierten bis zum Ersten Weltkrieg auf dem britischen Goldstandard<sup>85</sup>. Er wurde aber aufgrund des Krieges aufgelöst, damit die enormen militärischen Kosten gedeckt werden konnten. Infolgedessen kam es zur Instabilität auf den Finanzmärkten und zur Entwertung fast aller Währungen, was im Nachhinein eine weltweite Inflation verursachte. In den 1920er Jahren wurde wieder ein erneuter Goldstandard eingeführt, aber es handelte sich dieses Mal nicht um ein Goldstandardsystem (vgl. Mann 2013a: 211-212).

In den 1920ern haben sich die meisten Teile der Welt von den Folgen des Ersten Weltkrieges erholt. Aus finanzieller Perspektive wurden Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg am meisten negativ betroffen, da beide Staaten hohe Reparationsforderungen an Frankreich und Großbritannien zahlen sollten. Diese Reparationszahlungen konnten aber nur durch die Aufnahme von Krediten aus amerikanischen Banken getilgt werden (vgl. Mann 2013a: 211; 213; 215).

Die Zwischenkriegszeit bzw. die Periode zwischen 1918 und 1939 wurde deswegen durch eine geringere Ordnungsstabilität im Vergleich zu der zwischenstaatlichen Ordnung im 19. Jahrhundert

---

<sup>84</sup> Die dominierenden Schichten in den USA Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts waren nicht nur Konzerne, sondern auch Banken, Kartelle sowie die staatliche Bürokratie. Dieses Phänomen konnte man gleichzeitig zu jener Zeit aber auch in den anderen europäischen Staaten beobachten. Die gerade erwähnten Machtstrukturen wurden in den USA durch ihren Sieg im Ersten Weltkrieg legitimiert (vgl. Mann 2013a: 65; 79).

<sup>85</sup> Der Goldstandard ist ein Finanzinstrument, anhand dessen eine geldpolitische Stabilität erreicht werden kann. Durch Kopplung der jeweiligen Währung an Gold wird eine Obergrenze für das Drucken von Geld von den Banken gesetzt. Somit können Inflationen und Haushaltsdefizite verhindert werden (vgl. Mann 2013a: 213).

gekennzeichnet, da die geopolitischen Rivalitätskonflikte unter den Großmächten nicht gelöst wurden. Ein Beweis dafür ist, dass Deutschland die Reparationszahlungen im Jahr 1923 stoppen wollte (vgl. Mann 2013a: 216).

In den 1920er Jahren konnte Frankreich trotz der deutschen Reparationen seine Kreditforderungen an US-amerikanischen Kreditgeber nicht zurückzahlen. Weiterhin kam es in Deutschland zu dieser Zeit zu einer Hyperinflation, die das Zahlen von Krediten und Reparationen unmöglich machte. Die instabilen transnationalen Wirtschaftsbeziehungen und die mangelnde Liquidität seitens der europäischen Staaten lösten damals eine Rezession aus. Dabei kam es gleichzeitig in den 1920ern zu einer Kreditblase auf den US-Finanzmärkten. Obwohl es in den USA zu einer kreativen Zerstörung bzw. zur Erneuerung der technologischen Infrastruktur der Unternehmen kam, konnten die neu produzierten Güter auf dem weltweiten Markt aufgrund fehlender Nachfrage bzw. Konsumbereitschaft nicht abgesetzt werden. Die Überkapazität und die Überinvestitionen in den neuen amerikanischen Industrien führten letztendlich zum Platzen der Kreditblase, die dann in den nachkommenden Jahren die Schließung von hunderten Banken verursachte. Dieses Ereignis ist auch bekannt als die Große Depression (vgl. Mann 2013a: 216-219).

Dieser Prozess wurde noch von Investoren des Ancien Regime verstärkt, denn einerseits hatten seine VertreterInnen immer noch Kontrolle auf die weltweiten Finanzen. Auf der anderen Seite haben Teile dieser Klasse ihre Investitionen in den 1920ern in Spekulationen getätigt, so dass die Realwirtschaft von diesen Investitionen nicht profitieren konnte (vgl. Mann 2013a: 239).

Die Große Depression bezog sich nicht nur auf den US-amerikanischen-Raum, sondern auch auf die meisten westeuropäischen Länder. Infolgedessen kam es zu einem Rückgang des weltweiten Handels, der ca. ein Drittel der zuvor gehandelten Güter ausmachte (vgl. Mann 2013a: 220; 222).

Während der weltweiten Rezession kam es zur Wiederbelebung des Nationalismus, vor allem in denjenigen Staaten, die nach dem Ersten Weltkrieg territoriale Verluste verzeichneten. Damit werden vorwiegend Deutschland, Österreich und Ungarn gemeint (vgl. Mann 2013a: 226).

Mann (2013a: 208; 210-211; 227; 237-238) betrachtet die Große Depression als eine Aneinanderreihung von Krisen. Mit anderen Worten erwies sich die Große Depression als ein Ergebnis neuer Produktionsweisen, finanzieller Belastungen, mangelnder Regierungspolitik und ungelöster geopolitischen Fragen. Nach dem Autor besteht die Hauptursache der Großen Depression in der

mangelnden Ordnung und Regulierung auf transnationaler Ebene, die sich als eine Folge des Ersten Weltkrieges herausstellte. Trotz der Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten Anfang des 20. Jahrhunderts, wurden die geopolitischen und ökonomischen Probleme nicht gelöst. Dies führte einerseits zum Aufstieg nationalistischer Tendenzen und andererseits zum Aufstieg von Klassenbewusstsein. Die Folgewirkungen der Großen Depression waren der Auslöser des Zweiten Weltkriegs.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bzw. infolge der Auswirkungen der Großen Depression unterscheidet Mann (2013a: 326; 328) zwischen zwei Europas. Das eine Europa hat den Weg der liberalen Demokratie eingeschlagen. Dazu zählten alle skandinavischen Staaten, Großbritannien, Irland, die Niederlande, Belgien, die Schweiz und Frankreich. Zur anderen Gruppe gehörten Länder, wo sich autoritäre Regime etablierten oder verstärkten, wie z. B. Deutschland, Italien, die baltischen, die slawischen und die Mittelmeerstaaten sowie Ungarn. Für ihn war diese Zersplitterung in zwei politische Lager ein Ergebnis ökonomischer, politischer, militärischer und ideologischer Krisen. Die ökonomischen Krisen erwiesen sich als ein Resultat des Ersten Weltkrieges und der Großen Depression.

Mann (2013a: 328; 332; 334) vermutet, dass der Grund, warum Europa der liberalen Demokratien nach den oben erwähnten Krisen nicht autoritär wurde, daran lag, dass sich dort noch vor dem Ersten Weltkrieg bereits liberal-demokratische Parteiensysteme etabliert haben. Das ist aber gleichzeitig auch der Grund, weshalb eine alternative faschistische Ideologie genau in Mitteleuropa und nicht in den Staaten vom ersten Europa etablierte. Dementsprechend führten die ökonomischen Krisen zur Umorientierung der Ancien-Regime-Akteure in Richtung Demokratie.

Aus militärischer Sicht war der Verlust von Territorien seitens der Verlierer im Ersten Weltkrieg ein Grund zur Entfaltung des Faschismus in Mitteleuropa. Dies führte dazu, dass im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, wo sich nur ein kleiner intellektueller Teil der europäischen Bevölkerungen mit faschistischen Werten identifizierte, breite Bevölkerungsmassen in Mitteleuropa dem Faschismus zu sympathisieren begannen (vgl. Mann 2013a: 330-331).

### **1.1.3. Die Umfangserweiterung der Wohlfahrtsstaaten in Europa und in den USA**

Die drei Hauptereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – der Erste Weltkrieg, die Große Depression und der Zweite Weltkrieg – sowie die Folgewirkungen davon haben zum Vertrauensverlust der herrschenden Regierungen geführt. Dies war gleichzeitig auch der Grund, warum es zu

einem endgültigen Etablieren der sozialen Bürgerrechte kam und weshalb die soziale und materielle Umverteilung von den herrschenden Machtakteuren berücksichtigt werden musste (vgl. Mann 2013a: 313-314).

Durch die aufgrund des Ersten Weltkrieges verursachte Inflation und vor allem durch die mangelnde Bereitschaft von Vermögensumverteilung von den dominierenden Schichten zu den ärmeren Teilen der Bevölkerung kam es in den westlichen Staaten zu einem (erneuten) Aufstieg von Klassenbewusstsein und Forderung nach Demokratie seitens der ArbeiterInnen und der Kleinbauern (vgl. Mann 2013a: 213).

Die Große Depression führte zur weiteren Vergabe an Zugeständnissen an die arbeitenden Schichten. Dies äußerte sich in der Delegitimierung der konservativen Parteien, in der Institutionalisierung von demokratischen Wahlen sowie in der keynesianischen Ausrichtung der Wirtschaften in den westlichen Staaten, wie z. B. in Großbritannien, Kanada, Schweden und Dänemark. Im Vergleich zu diesen Ländern führte in Deutschland die Krisenhaftigkeit der Großen Depression zur Delegitimierung der demokratischen Parteien und zum Aufstieg autoritärerer Machtkräfte. Trotz der unterschiedlichen politischen Regimen blieb der Kapitalismus die ökonomische Ordnung in der ganzen westlichen Welt (vgl. Mann 2013a: 237; 241-242).

Um der Krisenhaftigkeit, die durch die große Depression ausgelöst wurde, standzuhalten, wurden in den USA soziale und wirtschaftliche Reformen (der sogenannte New Deal<sup>86</sup>) eingeführt, die sich auf ökonomische Regulierungen, Planungen und progressive Steuern bezogen. Die staatliche Intervention in den USA war ein Ausdruck des Keynesianismus und richtete sich gleichzeitig gegen das Finanzkapital, damit Spekulationen auf den Finanzmärkten verhindert werden konnten. Obwohl durch diese ökonomischen Maßnahmen höhere Gehälter und Konsumraten erzielt wurden, gewährleistete die Regulierung der Märkte keine gerechte Umverteilung in der Gesellschaft (vgl. Mann 2013a: 244; 250).

Obleich von den New-Deal-Reformen ca. drei Viertel der amerikanischen Bevölkerung profitierten, waren vor allem Frauen als alleinerziehende Mütter und afrikanische AmerikanerInnen immer

---

<sup>86</sup> Die New-Deal-Reformen legten den Grundstein für den sozialen Wohlstand in den USA. Aus ökonomischer Sicht äußerte sich der New Deal in den staatlich geförderten Krediten an Unternehmern und Bauern. Weiterhin umfasste dieses Reformpaket die Rettung von Banken vor Konkursen. Die Maßnahmen führten weiterhin zur Förderung der Bildung von Schnellstraßen, Schulen, Krankenhäusern und weiteren öffentlichen Leistungen (vgl. Mann 2013a: 252-253; 269).

noch sozial benachteiligt. Darüber hinaus verfügten die Frauen dort immer noch nur über passive Bürgerrechte, obschon sie dort an den Wahlen teilnehmen durften. Ein Beispiel dafür ist die Rentenversicherung, die nur für die Männer vorgesehen war. Darüber hinaus wurden beispielsweise Schwarze von universitärer Bildung in den USA immer noch exkludiert. Der Rassismus und Segregation waren kein regionales, sondern ein nationales und vor allem städtisches Problem (vgl. Mann 2013a: 266-270; vgl. auch Mann 2013b: 48; 58-59; 65).

Für Mann (vgl. 2013a: 312) ist die historische Schaffung und die ständige Ausweitung des sozialen Wohlfahrtsstaates im Vergleich zu Wallerstein nicht nur hauptsächlich das Ergebnis des Drucks von unten, d. h., von den Arbeiterbewegungen und den feministischen Bewegungen (siehe dazu Punkt 3.5. von Kapitel IV), sondern die Machttakteure fanden Sinn und Notwendigkeit für die Entwicklung einer modernen Gesellschaft.

Wie gerade in diesem Punkt erfahren, war die Ausweitung sozialer Bürgerrechte eine Folge der Großen Depression, des Ersten und insbesondere des Zweiten Weltkrieges. Als Beispiele für diese Bürgerrechte dienen: die Senkung der Einkommensungleichheit auf dem Arbeitsmarkt; die Etablierung von progressiven Besteuerungssystemen, die eine gerechtere Umverteilung von Steuern gewährleisten sollen; die Schaffung von Sozialversicherungssystemen (Arbeits-, Kranken-, Rentenversicherung usw.); die Etablierung eines universalen Bildungs- und Gesundheitssystems. Durch die verschiedenen Kombinationen der gerade erwähnten sozialen Leistungen konnte ein sozialer Wohlstand erreicht werden (vgl. Mann 2013a: 281).

## **1.2. Wallersteins Perspektive mit Schwerpunkt auf geopolitischer und ideologischer Macht**

Im Vergleich zu Michael Mann betrachtet Wallerstein (2012b: 48; 126-127; 157) die militärischen und politischen Auseinandersetzungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive seiner Weltsystemtheorie. Die liberale Weltordnung, die Großbritannien und Frankreich im 19. Jahrhundert etablierten, um ihre Vormachtstellungen im Weltsystem zu sichern, brachte für sie nur bis 1870 Vorteile. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es zu einem industriellen Aufstieg Deutschlands<sup>87</sup> und der USA, sowie anderer Regionen Europas. Dies führte dazu, dass

---

<sup>87</sup> In Deutschland wurde unter Bismarck eine konservative Art des Liberalismus eingeführt (vgl. Wallerstein 2012b: 159).

Großbritannien neue Konkurrenten auf dem Markt bekam, die seine hegemoniale Stellung im Kapitalismus herauszufordern begannen.

### **1.2.1. Das hegemoniale geopolitische Muster zwischen See- und Landmächten in der Periode von 1914 bis 1945**

Nach 1873 verlor der britische Staat seine welthegemoniale Stellung, insbesondere nach der Großen Depression<sup>88</sup> im 19. Jahrhundert. Dennoch blieb er genauso wie Frankreich eine Zentrums-macht im kapitalistischen System (vgl. Wallerstein 1994: 3).

Während Großbritannien und Frankreich im 18. und im 19. Jahrhundert um die Erlangung der Führungsstellung im kapitalistischen System kämpften, wurde diese Auseinandersetzung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert zwischen Deutschland und den USA ausgetragen. Das Besondere an diesen Ereignissen war, dass die alten Hegemoniemächte immer eine ökonomische und politische Partnerschaft mit den neuen Führungskräften im Weltsystem begangen. Auf diese Art und Weise gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Niederlanden und Großbritannien, sowie nach 1945 zwischen den USA und Großbritannien (vgl. Wallerstein 1994: 44).

Wie bereits oben erwähnt wurde die seit 1815 etablierte politische Ordnung zwischen den Zentrums-mächten mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914 gebrochen. Eine erneute politische Stabilität konnte erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht werden (vgl. Wallerstein 1994: 149). Dennoch betrachtet Wallerstein (1995: 137; 1994: 4) das Jahr 1917 und nicht 1914 als Wendepunkt in der westlichen Geschichte. Einerseits lag dies ihm zufolge daran, dass der Erste und der Zweite Weltkrieg sowie die Periode dazwischen nicht isoliert voneinander betrachtet werden können, sondern sie stellen das Ergebnis eines langen Kampfes zwischen den USA und Deutschland für das Erringen weltweiter Hegemoniestellung dar. Dementsprechend erwies sich 1917 als ein entscheidendes Datum, weil sich die USA erst damals an dem militärischen Konflikt beteiligten.

Wallerstein (1994: 4) weist auf einige Hauptähnlichkeiten und eine Hauptdifferenz hinsichtlich des Ringens um die weltweite Hegemonie im Rahmen der historischen Entwicklung des kapitalistischen Systems hin. Alle drei Kämpfe um Hegemonie fanden zwischen See- und Landmächten

---

<sup>88</sup> Zwischen 1873 und 1896 geriet das kapitalistische System erneut in eine Abschwungphase (vgl. Wallerstein 1995: 19).

statt und alle Seemächte haben die entscheidenden Kriege gewonnen. Um dies zu erreichen, waren die Seestaaten auf die Hilfe kontinentaler Kräfte angewiesen. So war dies auch der Fall bei Großbritannien und den USA, indem beide zur Erlangung ihrer Ziele die Unterstützung Russlands auf unterschiedliche Weise gebraucht haben. Der Unterschied konnte anhand des Vergleichs der beiden Staaten Frankreich und Großbritannien festgestellt werden. In Frankreich ereignete sich eine Revolution im Jahr 1789 zur Erlangung geopolitischer Vormachtstellung durch den Versuch, die dortige feudale Ordnung zu beseitigen. Diese Revolution hat dann später trotz der französischen Niederlage von Großbritannien die Moderne bzw. die universalistischen Normen für das ganze kapitalistische System vorangetrieben.

Dagegen hat Deutschland 1933 ein antiuniversalistisches Projekt geschaffen, während Russland derjenige Staat war, in dem sich 1917 eine universalistische Revolution ereignete. Das ist auch der Grund dafür, warum für Wallerstein (1994: 5) das Jahr 1917 eine Doppelbedeutung beinhaltet. Das ist auch das Jahr, wo die beiden entgegengesetzten Ideologien des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Damit werden der Wilsonismus und der Leninismus gemeint. Die Gemeinsamkeit dieser Begriffspaare ist, dass sie sich auf die Werte des Humanismus und der Aufklärung bezogen, wonach die gesellschaftliche Ordnung rational und säkular gestaltet wird. Dementsprechend beginnt für Wallerstein (1995: 12) aus ideologischer Perspektive der Kalte Krieg 1917 und nicht 1945. Das ist auch der Grund dafür, weshalb ich den Unterpunkt über das ideologische Spannungsfeld zwischen dem Liberalismus und dem Sozialismus im 20. Jahrhundert in der ersten Phase der Ereignisse vom 20. Jahrhundert darstelle.

### **1.2.2. Das ideologische Spannungsfeld im 20. Jahrhundert**

Die gerade erwähnten Begriffspaare - der Wilsonismus und der Leninismus – stellten ein Programm zur Selbstbestimmung und Dekolonialisierung der Völker der Dritten Welt dar, das sich in den 1960er Jahren fast überall verwirklichte. Demnach sollten die Menschen ihre kollektive politische Unabhängigkeit bekommen. Grundsätzlich galten die beiden Begriffspaare als etwas Entgegengesetztes. Der Autor ist aber der Meinung, dass die beiden Programme im Grunde genommen deckungsgleich waren. Er weist darauf hin, dass der Wilsonismus nach seinem Erscheinen von Lenin mit der entsprechenden marxistischen Terminologie übersetzt wurde, indem auf diese Art und Weise der Leninismus entstand, der als ein antiimperialistisches / sozialistisches Projekt identifiziert wurde. Mit anderen Worten waren das ursprünglich Programme von zwei Rivalen zur

Beherrschung der Peripherie<sup>89</sup>, im weiteren Sinn aber zum Dominieren in der Weltwirtschaft (vgl. Wallerstein 1995: 13-15).

Dementsprechend proklamierten die beiden „entgegengesetzten“ Programme Wohlstand für jeden Staat, der die folgenden Komponenten implizierte: ökonomische Prosperität i. S. v. Industrialisierung und Schaffung sozialer Infrastruktur, politische Souveränität und Selbstbestimmung, Vortreiben der Industrialisierung und Schaffung sozialer Infrastruktur, gesellschaftliche Gestaltung auf der Basis von universalistischen Normen und Werten, Demokratie als politische Konstruktion, wo nur Experten das Recht hatten, die entscheidenden politischen Entscheidungen zu treffen. Die gerade erwähnten Versprechungen beider Programme erforderte als Bedingung für ihre Realisierung die Schaffung von starken Staatsapparaten (vgl. Wallerstein 1995: 49).

Nach der Jalta-Konferenz von 1945 hat der ideologische Wettkampf zwischen den USA und der Sowjetunion eine räumliche Dimension bekommen. Nach dem Jalta-Treffen wurde das wechselseitige Respektieren der territorialen Grenzen und der Machtsphären zwischen den USA und der Sowjetunion vereinbart. Außerdem verpflichteten sich die beiden Rivalen zu keinen militärischen Konfrontationen untereinander, vor allem insbesondere auf europäischem Boden (vgl. Wallerstein 1994: 66), sowie zu einer Enthaltbarkeit in Bezug auf Regierungswechselbestrebungen. An zweiter Stelle wurde von Seiten der USA und der Sowjetunion vereinbart, dass die Sowjetunion keine finanzielle Hilfe von den USA für ihren Wirtschaftsaufbau erhalten werde (vgl. Wallerstein 1995: 12).

Der sogenannte Kalte Krieg bzw. die Wilsonismus-Leninismus-Konfrontation bedingte den weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung in den Staaten im 20. Jahrhundert. Aus der Sicht des Autors stellte der kalte Krieg die Fortsetzung des im 19. Jahrhundert stattgefundenen intellektuellen und ideologischen Konflikts zwischen dem Liberalismus und dem Marxismus/Sozialismus

---

<sup>89</sup> Die Beherrschung der Peripherie bzw. der Dritten Welt (oder auch Süden genannt) äußerte sich ähnlich wie im 19. Jahrhundert durch Zugeständnisse an die jeweilige Bevölkerung von den dominierenden Schichten in den Zentrumsstaaten. Für die Bevölkerungen des Südens erfüllte die Sowjetunion mit ihrer Einflussosphäre auch die gleiche Funktion einer dominierenden Schicht, wie dies der Fall bei den westlichen Kernländern war. Dennoch hatte die Agenda des liberalen Regimes zur Integration der Welt in sein geokulturelles Schema weniger Erfolg im Vergleich zur Kanalisierung des Konfliktpotentials der Arbeiter- und Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert. Das lag daran, dass sich der nicht-europäische Süden mit den Normen und Werten der westeuropäischen Aufklärung nicht identifizierte (vgl. Wallerstein 1995: 137).

dar. Der Verdienst dieses Wettkampfs äußerte sich in der Dekolonialisierung<sup>90</sup> der restlichen Welt außerhalb Europas zwischen 1917 und 1989 (vgl. Wallerstein 1994: 52; 54; vgl. Wallerstein 1995: 109; 121).

## **2. Die USA und Europa zwischen 1945 und 1970**

Der folgende Punkt dient einerseits zur Veranschaulichung der gesellschaftlichen Lage in den USA und in Europa zwischen 1945 und 1970 aus der Argumentationslogik beider Autoren. Auf der anderen Seite führt er in die Logik der Globalisierung der Welt ein.

### **2.1. Manns Perspektive**

Wie bereits am Anfang von Punkt 1.1. erwähnt, wurde das 20. Jahrhundert durch den Prozess der Globalisierung<sup>91</sup> charakterisiert. Sie wurde nach Mann (2013b: 10; 13) vor allem durch den Kapitalismus, die Nationalstaaten und den amerikanischen Imperialismus bedingt. Ein Beleg dafür ist, dass die Nationalstaaten nach 1945 eine allgemein gebräuchliche politische Form in der Welt wurden. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen transnationalen Organisationen, wie UNO<sup>92</sup>, IWF, G-20, EU usw., stellen nach ihm zwar transnationale(globale) Strukturen dar, aber sie repräsentieren gleichzeitig die internationalen Beziehungen zwischen den Nationalstaaten. Die US-amerikanische Domination in der Welt äußerte sich in der nach 1945 geschaffenen internationalen Wirtschaftsordnung und in der geopolitischen Stabilität, die durch den Kalten Krieg gewährleistet wurde.

Als Ergebnis der neu entstandenen hegemonialen Macht kam es zur Schaffung des Bretton-Woods-Systems, das die Entstehung des IWFs, der Weltbank und somit des ersten globalen Finanzregulierungssystems ermöglichte. Dabei wurden die Währungen der Nationalstaaten, die sich in der US-amerikanischen Hemisphäre befanden, an den Dollar gekoppelt, während der Dollar an Gold gebunden war. Dies gewährleistete eine internationale Wirtschaftsstabilität in Bezug auf die ökonomische Verflechtung der Nationalstaaten (vgl. Mann 2013b: 26-27).

---

<sup>90</sup> Im Vergleich zu den alten imperialistischen Staaten wie z. B. Großbritannien und Frankreich hatten die neuen Imperialisten keine etablierten Institutionen in den Kolonialgebieten. Das war auch einer der Gründe, warum der Kolonialismus im 20. Jahrhundert im Niedergang war. Die USA hatten beispielsweise in den von ihnen beherrschten Gebieten keine weißen Siedlern geschickt, die zu deren Inkorporierung hätten beitragen können (vgl. Mann 2013a: 79; 83; 91).

<sup>91</sup> Laut dem Autor ist die Globalisierung nicht nur ein Ausdruck der Ausdehnung kapitalistischer bzw. ökonomischer, sondern auch militärischer, politischer und ideologischer Machtkräfte (vgl. Mann 2013b: 3; 5).

<sup>92</sup> Die Rolle der UNO bestand beispielsweise darin, den Frieden unter den Nationalstaaten zu sichern (vgl. Mann 2013b: 30).

Währenddessen etablierte sich in Europa der staatsregulierte Kapitalismus. Der Wiederaufbau der europäischen Staaten ereignete sich mittels des US-amerikanischen Hilfsprogramms „Marshall Plan“, anhand dessen den WesteuropäerInnen einerseits Finanzmittel bereitgestellt wurden, die dann zum Kauf US-amerikanischer Güter dienten. Andererseits wurde dadurch die finanzielle Stabilität der westeuropäischen Banken wiederhergestellt (vgl. Mann 2013b: 28).

In der Periode zwischen 1950 und 1970 kam es zu einem hohen ökonomischen Wachstum: zuerst in den USA, dann in Europa und in Japan. Dazu trugen in den USA einerseits die Regulierungsmaßnahmen seitens der US-Regierung bei. Außerdem hing der wirtschaftliche Aufstieg der USA mit dem Wiederaufbau Europas und Japans zusammen. In dieser Zeit haben nicht nur die Produktionswerte, sondern auch die Konsumtionsbedürfnisse der Menschen den Kapitalismus bestimmt (vgl. Mann 2013b: 44-46).

Der neue Konsumtionskapitalismus<sup>93</sup> entstand vor der Großen Depression, aber er konnte sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg entfalten. Laut dem Autor kam es bei dieser kreativen Zerstörung zu einer Überlappung ökonomischer, politischer und militärischer Machtbeziehungen. Damit wird die Mischung aus Marktkräften, Staatregulierung und progressiver Besteuerung gemeint. In dieser Zeit wurde dementsprechend die universitäre Bildung ausgeweitet, die sowohl die wirtschaftliche, aber vor allem auch die militärische Entwicklung der USA verbesserte (vgl. Mann 2013b: 46).

Seitens der WesteuropäerInnen wurde aus Angst vor sowjetischer Einmischung und vor dem sowjetischen Kommunismus die hegemoniale amerikanische Wirtschafts- und Militärstellung legitimiert. Aus innenpolitischer Sicht hatten die USA kaum Macht über die lokalen Prozesse in Europa. Dementsprechend fand die Innenpolitik der europäischen Staaten auf demokratische Art und Weise statt oder sie war auf dem Weg, demokratische Normen zu etablieren.

Ein Paradebeispiel dafür ist, dass im Vergleich zu den USA zu dieser Zeit in Europa der Wohlfahrtstaat mehr soziale Leistungen, mehr soziale Bürgerrechte sowie eine Vollbeschäftigung garantierte. Darüber hinaus waren diese Entwicklung und Etablierung der Wohlfahrtstaatlichkeit

---

<sup>93</sup> Nach dem ersten Weltkrieg kam es zur kreativen Zerstörung der alten Industrien in den USA. Dabei waren die neu entstandenen US-amerikanischen Industrien von der Konsumentennachfrage abhängig. Sie äußerten sich in dem Übergang von der Schwerindustrie der zweiten industriellen Revolution hin zur konsumorientierten Herstellung von Waren. Sie wurden aber erst seit 1941 profitabel, indem der Zweite Weltkrieg diese Nachfrage generierte. Ein Beispiel dafür sind vor allem die Automobil- und Radioindustrie sowie die Anbieter von Elektrizität (vgl. Mann 2013a: 216; 224).

nicht nur von den EuropäerInnen, sondern auch von der US-Regierung gewollt. Denn dieser Prozess war ein Ergebnis des ökonomischen Wettbewerbs zwischen dem Kapitalismus und des Kommunismus in Europa (vgl. Mann 2013b: 88-89).

Der Kalte Krieg war zwar ein geopolitischer und ideologischer Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. Dennoch garantierte er eine ökonomische Stabilität für die Nationalstaaten. Darüber hinaus ereigneten sich die Missverständnisse zwischen den USA und der Sowjetunion vorwiegend auf der ideologischen Ebene, indem eine Konfrontation zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus als Ideologien stattfand<sup>94</sup>. Diese wechselseitige ideologische Aufhetzung war von den beiden Seiten eine bewusste und gewollte Tat, denn damit konnte der jeweilige Akteur seine staatliche und wirtschaftliche Politik in seinem Interessensbereich legitimieren (vgl. Mann 2013b: 30; 32-33).

## **2.2. Wallersteins Perspektive**

Für Wallerstein (1995: 32; 186) war die Welt zwischen 1945 und 1990 dennoch trotz der gerade beschriebenen ideologischen Konfrontation nicht bipolar aufgeteilt, sondern es handelte sich um ein unipolares Weltsystem, wo die USA die Hegemonialmacht waren. Der Autor gesteht selber, dass diese Sicht der breit verbreiteten Meinung über die beiden Hauptantagonisten im Kalten Krieg widerspricht. Er hält den Kalten Krieg als einen inszenierten Konflikt seitens der US-amerikanischen Elite, denn trotz aller öffentlichen Kundgebungen von beiden Seiten über die potentielle Gefahr vom feindlichen Lager, ist es zwischen den USA und der Sowjetunion aus geopolitischer Perspektive nicht zu Gewaltausbrüchen gekommen. Mit anderen Worten kann ein Machtkonflikt um die Erlangung eines hegemonialen Status nicht auf der Basis von Vereinbarungen zwischen den Haupttrivalen stattfinden.

Als eine Vorbedingung für die US-Amerikanische Hegemonieentfaltung erwiesen sich die seit 1865 ständige Verbesserung der Produktion und die Ausweitung technologischer Innovationen in den USA. Darüber hinaus enthielt sich der amerikanische Staat bis 1941 hohe Militärausgaben zu tätigen (vgl. Wallerstein 1995: 10-11).

---

<sup>94</sup> Militärisch fand der Kalte Krieg zwischen den beiden Großmächten nicht innerhalb ihrer eigenen Einflussbereiche statt, sondern ab und zu in der Dritten Welt, in der sie häufig dafür verdeckt auftraten oder Stellvertreterkriege führten (vgl. Mann 2013b: 33).

Dass sich die USA gleich nach 1945 in das stärkste ökonomische, politische, militärische und kulturelle Zentrum innerhalb der Weltwirtschaft verwandelten, lag dies vor allem daran, dass die US-amerikanische Industrie im Vergleich zur europäischen aufgrund des Zweiten Weltkrieges nicht zerstört war. Die unbeschädigte Wirtschaft der USA erwies sich als ihr Schlüsselfaktor zur Expansion in der Weltwirtschaft. Nicht nur ihr Haupttrivale Deutschland, sondern auch ihre anderen westeuropäischen Wirtschaftskonkurrenten sowie Russland und Japan hatten infolgedessen enorme ökonomische Verluste erlitten. Das ist der Augenblick, wo die Hegemonie in den Vereinigten Staaten begann. Um sich hegemonial zu entfalten und zu verbreiten, setzten die USA auf verschiedene institutionelle Praktiken, die die vier geographischen Bereiche in der Weltwirtschaft abdeckten: die Sowjetunion und ihre Einflussphären, die dritte Welt, die anderen industriellen Länder (westeuropäische Staaten und Japan) sowie den amerikanischen Staat im Inneren (vgl. Wallerstein 1994: 26; 36).

Damit die USA ihre Führungspositionen nach außen etablieren konnten, war es für sie einerseits zuerst notwendig eine innere soziale Stabilität zu schaffen. Eines der drei Hauptprobleme bestand in den 1930er Jahren in den Klassenauseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapital hinsichtlich der Gründung von gewerkschaftlichen Strukturen in den Hauptindustrien. Dieser Konflikt wurde dennoch ab 1946 durch Absprachen zwischen den beiden Lagern in den großen Industriebranchen gelöst. Die in Gewerkschaften organisierten Arbeiter bekamen stabile Einkommen sowie andere Arbeitsvorteile. Dafür waren sie jedoch verpflichtet, für die nächsten 25 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg auf ihr Streikrecht zu verzichten. Darüber hinaus durften sie nichts gegen erhöhte Produktivität und steigende Preise einwenden. Benachteiligt davon blieben insbesondere die Gruppen der ausländischen ArbeiterInnen und der ArbeiterInnen, die nicht in Gewerkschaften organisiert waren (vgl. Wallerstein 1994: 29).

Eine viel wichtigere, interne Streitfrage war zur selben Zeit die Thematik, ob die USA ihre isolationistische Politik weiter fortsetzen oder ob sie sich an dem Freihandel orientieren sollten. Gegen eine Öffnung der amerikanischen Ökonomie waren die Mittelschichten sowie unterschiedliche Teile des US-Großkapitals. Das ist auch der Grund, warum die USA so spät in den Zweiten Weltkrieg eingestiegen waren. Trotzdem hat die amerikanische Politik den zweiten Weg eingeschlagen (vgl. Wallerstein 1994: 28-29).

Ein weiterer interner Konflikt war die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in den USA. Dieses Problem wurde nach 1945, genauer ausgedrückt nach 1954, gelöst. Im Zuge dessen wurden Korrekturen vom US-Verfassungsgericht zum Beenden der Rassensegregation und -diskriminierung in den USA vorgenommen (vgl. Wallerstein 1994: 29; vgl. auch Wallerstein 1995: 178-179).

Die Lösung bzw. das Finden von Kompromissen für diese drei Konflikte bedingten die Etablierung und Institutionalisierung der USA als Hegemonialmacht im kapitalistischen System (vgl. Wallerstein 1994: 30). Die Periode zwischen 1945 und 1967 war nach Wallerstein (1994: 52-53) durch eine erneute Expansionsphase, die weltweit durch hohe Produktionszahlen, hohen Mechanisierungs- und Produktivitätsgrad sowie durch erhöhte Urbanisierung und Proletarisierung charakterisiert war. Diese Prosperitätsperiode konnte sowohl in West-, als auch in Osteuropa beobachtet werden. Trotz hoher ökonomischer Wachstumsraten auf beiden Seiten wurde in Westeuropa durch die dortige Technologisierung ein höher Lebensstandard als im Ostblock erreicht.

Neben der Sicherung der inneren Stabilität spielte die Konsolidierung von Partnerschaftsbeziehungen mit den bereits industrialisierten Staaten der Welt eine enorme Rolle für die Etablierung der USA als Hegemonialmacht (vgl. Wallerstein 1995: 11). Diese industriellen Gebiete waren grundsätzlich die europäischen Staaten und Japan<sup>95</sup>, die alle in den 1950er Jahren auf Gelder und Finanzprogramme von außen bzw. von den USA zum Wiederaufbau ihrer Ökonomien angewiesen waren. Die USA bzw. die US-amerikanischen Unternehmen waren dadurch einerseits aus ökonomischer Sicht daran interessiert, neue Kunden in Westeuropa für ihre Produkte zu generieren. Aus politischer Sicht waren sie auch aufgrund des ständigen Konkurrierens mit der Sowjetunion dazu gezwungen (vgl. Wallerstein 1994: 27; 53).

Nach 1945 war Europa im Vergleich zu anderen Teilen der Welt, wie z. B. Asien, Afrika und Lateinamerika, durch so gut wie kaum zwischenstaatliche und innerstaatliche Gewaltausbrüche gekennzeichnet. Einerseits lag dies daran, dass die beiden Weltkriege (1914-1918 und 1939-1945) vor allem auf europäischem Boden geführt wurden. Deswegen konnte die europäische Bevölkerung weitere Lebens- und Infrastrukturverluste nicht mehr rechtfertigen. Darüber hinaus waren die

---

<sup>95</sup> Obwohl die westeuropäischen Länder und Japan ihre Wirtschaften durch die US-Hilfen wiederaufbauen und sich dementsprechend die Einkommen der Mittel- und Arbeiterschichten erhöhen konnten, führte dies zu ihrer politischen Abhängigkeit von den USA. D. h., dass sich diese Staaten in Klienten der USA verwandelten, indem die wichtigsten politischen Entscheidungen in Westeuropa und Japan von einer kleinen US-amerikanischen Elite getroffen wurden (vgl. Wallerstein 1995: 11-12).

beiden Rivalen USA und die Sowjetunion auch an einer politischen Stabilität in Europa interessiert. Dementsprechend sollte es dabei in Europa zu keinen Konfliktausüchen aufgrund der Gefahr von potentiellen Nuklearkriegsausbrüchen für die ganze Welt kommen (vgl. Wallerstein 1994: 49-50). In den 1950ern wurden die Vereinten Nationen gegründet, es begann aber gleichzeitig eine Phase der Dekolonialisierung der peripheren Gebiete bzw. der Dritten Welt. Dies war ein Ausdruck des politischen Willens der USA, die nach einer relativ stabilen politischen Ordnung in der Welt strebten (vgl. Wallerstein 1994: 66-68).

### **3. Die Krise des Kapitalismus seit den 1968ern bzw. 1970ern bis heute**

Die kapitalistische Ordnung in den westlichen Staaten und in der Welt wird seit den 1968ern bzw. seit den 1970ern durch eine Aneinanderreihung von Krisen gekennzeichnet, die bereits seit dem 16. Jahrhundert etablierte Machtkonstellationen herausfordern. Laut Wallerstein verkörpert diese Krisenhaftigkeit die Ausschöpfung der Möglichkeiten für das weitere Bestehen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Laut Mann äußert sie sich in der Umverteilung bzw. Verlagerung der Macht von Norden nach Süden. Diese zwei Perspektiven, die ich unter diesem Punkt analysiere, liefern eine Antwort auf die Frage, ob der Kapitalismus als gesellschaftliche Ordnung stirbt.

Damit ich die Ursächlichkeit der Krise und die Transformation des Kapitalismus erklären konnte, war es vorher notwendig die Ideengeschichte der ökonomischen, politischen, militärischen(geopolitischen) und ideologischen Machtverhältnisse in ihrem historischen Kontinuum seit der Genese des Kapitalismus zu untersuchen. Mit anderen Worten sind die Perspektiven von Mann und Wallerstein über den gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus ein Ergebnis der seit der Genese des Kapitalismus stattgefundenen Prozesse und der Wendpunkt-Ereignisse, die ich bereits in den Kapiteln II, III, IV und V analysiert habe.

#### **3.1. Wallersteins Schwerpunkt auf der Revolution von 1968 und auf dem Beginn der Transition im kapitalistischen System**

Wallersteins Argumentationslogik über die gesellschaftliche Entwicklung in den westlichen Staaten ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bezieht sich in diesem Punkt ausschließlich auf den Bereich des Ideologischen und Politischen.

##### **3.1.1. Die Revolution von 1968**

Wallerstein (1994: 65) beschreibt das Jahr 1968 als Wendepunkt in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems. Die Revolution wurde zwar durch Proteste und Gewaltausbrüche

charakterisiert, aber im Vergleich zur Französischen Revolution ereignete sie sich auf eine friedlichere Art und Weise. Die Träger dieser Bewegungen waren Bewegungen der Minderheiten, der Frauen, der AntikriegsaktivistInnen, der Grünen, der Lesben, der Schwulen usw. Im Vergleich zu den alten antisystemischen Bewegungen (nationalistische und sozialistische Bewegungen vom 19. Jahrhundert (siehe dazu Punkt 3.5. vom Kapitel IV) wandten sich die neuen Bewegungen in den westlichen Staaten gegen die USA als hegemoniale Macht und gegen die von ihnen gegründeten zwischenstaatlichen Strukturen sowie gegen das kapitalistische System als Ganzes. Das Besondere an dieser Situation war, dass bis zu jenem Zeitpunkt die politischen Ziele der antisystemischen nationalistischen und sozialistischen Bewegungen vom 19. Jahrhundert beinahe auf staatlicher Ebene realisiert wurden. D. h., dass die alten Bewegungen nicht systemfeindlich genug waren (vgl. Wallerstein 1994: 69; 111; vgl. Wallerstein 1995: 53; 153).

Das bedeutete wiederum, dass die neuen linken Bewegungen auch gegen die sozialen und nationalistischen Bewegungen vom 19. Jahrhundert (die alten Linken) ausgerichtet waren. Das Problem war, dass die alten linken Bewegungen (heutzutage sind das Bewegungen der Gewerkschaften, der Arbeiterparteien und der Sozialdemokratischen Parteien) nur die Interessen der ursprünglich Benachteiligten wie z. B. der Arbeiterklasse vertraten. Sie waren der Meinung, dass nach der Erfüllung und Institutionalisierung ihrer Ziele die benachteiligten Gruppen an zweiter Stelle automatisch repräsentiert worden wären. Der Autor spricht deswegen von benachteiligten Gruppen an zweiter Stelle, weil es im 19. Jahrhundert unter den verschiedenen Bewegungen keine wechselseitige Akzeptanz gab. Das heißt, dass sie sich auch untereinander im Konflikt befanden (vgl. Wallerstein 1994: 72; 75). Darüber hinaus meint er damit auch beispielsweise die Gruppe der Frauen, der MigrantInnen, der ethnischen Minderheiten usw., die nicht vertreten wurden (vgl. Wallerstein 1994: 113).

Außerdem kam es in den 1960ern auch in den Ländern der Dritten Welt zu revolutionären Bewegungen, wie z. B. die Nationalbefreiungsbewegungen in Afrika. Neben diesen Ereignissen gab es zur gleichen Zeit in diesen Ländern auch Bewegungen gegen die Universalisierung und Westernisierung. Nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch im sozialistischen Block waren Reformbewegungen aktiv. Das waren grundsätzlich Bewegungen innerhalb der Kommunistischen Parteien, die eine kulturelle Revolution, De-Stalinisierung oder „perestroika“ forderten (vgl. Wallerstein 1994: 75-76; 111).

Die Bedeutung der Revolution von 1968 lag nicht so viel an der Kritik des Systems, sondern orientierte sie sich vielmehr an Fragen um die Gestaltung der Zukunft. Es ist hier wieder anzumerken, dass die verschiedenen Bewegungsgruppen (alte und neue im europäischen und amerikanischen Raum, nationalistische und anti-universalistische in der Dritten Welt) 1968 auch kein wechselseitiges Respektieren, sondern eine feindselige Einstellung untereinander aufwiesen. Erst nach zwei Jahrzehnten kam es zu einer Toleranz unter diesen Organisationen. Als Beweis dafür dienen die gemeinsamen Diskussionen der verschiedenen Gruppen über den sozialen Wandel in der Welt (vgl. Wallerstein 1994: 76; 83).

Durch die Beschäftigung mit diesen Debatten kommt Wallerstein (1994: 77; 1995: 117) zum Ergebnis, dass die VertreterInnen der gerade erwähnten Bewegungen nach einer anderen künftigen sozialen Ordnung als der bis jetzt bekannten strebten. Dieses Thema wurde relativiert, weil die alten Bewegungen vom 19. Jahrhundert sowie die Freiheitsbewegungen im Süden die bestehende kapitalistische Ordnung nicht transformierten, sondern sich im Laufe der Zeit daran anpassten. Das ist auch der Hauptgrund, warum der Autor die Meinung vertritt, dass 1968 ein Wendepunkt für das gesamte kapitalistische Weltsystem war, denn es wurde als Ganzes in Frage gestellt und man hat angefangen nach neuen Lebensmöglichkeiten außerhalb der Logik des Kapitalismus zu suchen.

Mit anderen Worten kam es infolge der Revolution von 1968 zur Delegitimierung des zentristischen Liberalismus als herrschende Ideologie (siehe Punkt 3.2. vom Kapitel IV ) sowie des von ihm inkorporierten Rechts und Links bzw. konservativen und sozialistischen Liberalen (siehe dazu Kapitel Punkt 3.1. von Kapitel IV) (vgl. Wallerstein 1995: 53-54; 138). Einen derartigen sozialen Wendepunkt bezeichnet Wallerstein (1994: 105-107; 110) als Transitionsprozess bzw. als Krise des Systems. Eine derartige Krise ist ihm zufolge kein Einzelereignis, das im Laufe der Zeit durch bestimmte politische und ökonomische Maßnahmen aus langfristiger Perspektive gelöst werden kann. D. h., dass die dominierenden Schichten, bei denen die Kapitalanhäufung konzentriert ist, nur kurz- bis mittelfristige Lösungen hinsichtlich dessen anbieten können. Im Gegenteil zu dieser Aussage stellt ihm zufolge eine Krise die erreichten historischen Grenzen eines Systems bzw. seinen bestimmten Niedergang dar. Wie bereits im Theorieteil genannt sind Widersprüche ein normaler Bestandteil eines Weltsystems. Wenn sie aber einen extrem hohen Intensitätsgrad erreichen,

i. d. R. nach 400/500 Jahren, kommt es zu Auflösungsprozessen im System, die mehr als ein Jahrhundert dauern können.

Diese Krise war/ist gleichzeitig nicht nur Krise der Bewegungen, sondern auch der modernen Wissenschaften, die im Zusammenhang mit der endgültigen Entstehung des modernen Weltsystems im 19. Jahrhundert gebracht werden, da sie die ideologische Ausrichtung der kapitalistischen Weltwirtschaft bestimmten. Die modernen Wissenschaften basieren auf drei Prämissen: alles in der Realität ist erkennbar; sie generalisiert und institutionalisiert universale Gesetze; nur über die Wissenschaft bzw. nur objektiv kann alles in der Welt erfahren und beschrieben werden. Jedes andere Wissen ist laut ihnen subjektiv und nicht relevant (vgl. Wallerstein 1994: 115; 116). Wallerstein (1994: 119; 120) spricht deswegen von einer Krise der sozialen Wissenschaften, weil sie die Welt nach 1968 kaum erklären können. Dies liegt vor allem daran, weil sie eurozentrisch orientiert sind. D. h., dass sie die Welt aus der Perspektive der westlichen DenkerInnen betrachten und untersuchen. Dadurch wurden die arbeitenden Schichten sowie der nicht-westliche Teil der Welt vernachlässigt.

Nach Wallerstein (1995: 139-140) hat der hohe Technologisierungsgrad in der Weltwirtschaft zur gesellschaftlichen Transformation beigetragen, die sich dann in den oben genannten Bewegungen ausdrückte. Im Jahr 1968 ist der Liberalismus zwar nicht zusammengebrochen, aber er hat seine bestimmende Rolle als Ideologie in der kapitalistischen Geokultur verloren. Das Jahr 1989 betrachtet der Autor nicht als den Zusammenbruch des Kommunismus und den endgültigen Sieg des Liberalismus in der Welt, sondern als den Niedergang des Liberalismus.

Offiziell wurde der Fall der Berliner Mauer und der Krach der Sowjetunion als endgültiger Sieg des Liberalismus betrachtet. Wallerstein (1995: 3; 62-63) lehnte diese weit verbreitete Wahrnehmung ab. Nach ihm verkörpert das Jahr den Zerfall des Liberalismus. Dies liegt daran, dass durch den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Ideologie die politische Kontrolle der USA in Westeuropa delegitimiert wurde. Der Zerfall der Sowjetunion bedeutete nicht den endgültigen Zusammenbruch des Liberalismus, sondern zeigte damit, dass der Liberalismus die historische Logik der Ereignisse nicht unendlich lang bestimmen kann. Für den Autor wird die Periode nach dem Liberalismus durch strukturbedingende politische Kämpfe charakterisiert, die noch mehr Folgen für den weiteren Verlauf der Geschichte als die entscheidenden Ereignisse der letzten 500 Jahre haben werden.

### 3.1.2. Der Aufstieg der Neokonservativen in den 1980er Jahren

Die Revolution von 1968 erwies sich als ein Indikator für den neuen Kondradjew-B-Zyklus im Weltsystem, der in den 1970ern begann. Für Wallerstein (1994: 126) sind die USA als hegemoniale Macht seit 1968 im Niedergang. Wie bereits im theoretischen Teil am Anfang der Arbeit beschrieben, kommt es nach der hegemonialen Phase des jeweiligen Staates zu geringerer Stabilität, mangelnder Legitimität und Unruhen (vgl. Wallerstein 1995: 25). Ein Beispiel dafür, dass die USA ihre Dominanzpositionen zu verlieren begonnen haben, ist, dass sich zu jener Zeit die Industrieproduktion in den europäischen Ländern und in Japan als vollkommen wettbewerbsfähig gegenüber der amerikanischen herausstellte (vgl. Wallerstein 1994: 37).

Zur Vertiefung der ökonomischen Stagnation<sup>96</sup> führte eine Reihe von Geschehnissen, die sich in den 1970er und in den 1980er Jahren in der Weltwirtschaft ereigneten: die Ölkrise der 1970er, die Schuldenkrise der Staaten in der dritten Welt sowie im West- und Ostblock, aber auch das Ungleichgewicht zwischen den produzierten Gütern und den verfügbaren Finanzmitteln zugunsten der Ausweitung des spekulativen Finanzsektors (siehe Forschungsstand) (vgl. Wallerstein 1995: 105). Neben der Verteuerung der Produktionskosten infolge der hohen Ölpreise in dieser Periode konnten Unternehmen weiterhin weltweit aufgrund von gesättigten Märkten gleichzeitig nur schwer neue Kunden finden, was wiederum zur Verringerung der Produktionskapazitäten führte (vgl. Wallerstein 1995: 54-55).

Die gerade erwähnte ökonomische Abschwungphase kann auch aus politischer Perspektive betrachtet werden. Als Gegenreaktion hinsichtlich der 1968er-Revolution kam es zu einer erstmaligen Relativierung der Ideologie der konservativen Lager seit 1848. Dementsprechend wandten sich die Konservativen gegen den Liberalismus und den aufgeklärten/liberalen Konservatismus. Die VertreterInnen dieser Strömung werden häufig als neokonservativ oder neoliberal bezeichnet. Ihre Agenda bezog/bezieht sich auf die Beseitigung staatlicher Regulierung der Märkte sowie auf die Minimierung der Funktionsweise des Wohlfahrtsstaates (siehe dazu die Deregulierung der Märkte und die Finanzialisierung des Sozialen im nächsten Unterpunkt 3.2.) (vgl. Wallerstein 1995: 93; 241-242; vgl. Wallerstein 1994: 126).

---

<sup>96</sup> Typische Kennzeichen dieser Stagnation waren gesunkene Produktivitätszahlen, Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterschichten usw. (Wallerstein 1994: 124).

### 3.1.3. Die Welt in der Periode um die Jahrtausendwende

Nach 1989 vermehrten sich der Ruf und das Streben nach mehr Demokratie. Für Wallerstein ist dies nämlich kein Ausdruck des Sieges des Liberalismus in der Weltwirtschaft, sondern es zeigt, wie undemokratisch die Welt aufgrund ökonomischer und politischer Ungleichheit aufgeteilt ist (Wallerstein 1995: 242-243; 269).

Wallerstein (1995: 192) ist der Meinung, dass die Demonstrierung von militärischer Stärke ein Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke ist. Ihm zufolge befinden sich die USA in einer derartigen Situation.

Durch die vermehrte Ökonomisierung des Geschäftlichen (siehe Forschungsstand) kommt es seit den 1970er Jahren zu immer eingeschränkteren Möglichkeiten der Akkumulation von Kapital im Weltsystem. Dies hat verschiedene sozial-ökonomische Ursachen: ständige Ausweitung der Mechanisierung der Produktion, die gleichzeitig durch den enormen menschlichen Konsumismus verursacht wird; die Beseitigung von räumlichen Schranken in Bezug auf den Austausch von Informationen und Waren sowie die enorme Belastung des Ökosystems (vgl. Wallerstein 1995: 266-267).

Wallerstein (1995: 25-26; 45) betrachtet den Zusammenbruch des Liberalismus nicht als eine Zeit zwischen 1968 und 1989, wo Unordnung, Instabilität, Chaos und Gewaltausbrüche die gesellschaftliche Ordnung nur damals charakterisierten, sondern als eine Phase, die nach dem Fall der Berliner Mauer weiter fortbesteht, und die so lange dauern und sich weiter intensivieren wird, bis sich ein neues System oder mehrere neue Systeme zur Gestaltung des Gesellschaftlichen in der Welt etablieren. Der Autor macht nur Vermutungen, wann bzw. nach welcher Periode diese Transformation beendet sein wird. Diesbezüglich nennt er die folgenden Zeiträume als Beispiel dafür: 1990-2025, 1990-2050, 1990-?. Erst nach dem Ende dieses transitorischen Wandels wird es ihm zufolge wieder zu relativem Frieden und relativer Stabilität sowie zur Legitimierung der neuen Ordnung in der Welt kommen.

Wallerstein (1994: 106; 111; 121) kann keine zukunftsprognostizierenden Informationen darüber liefern, was für eine soziale Ordnung nach dieser Transition kommt und ob sie sich überhaupt erfolgreich herausbilden wird. Wie aber diese Ordnung aussehen wird, hängt ihm zufolge davon ab, wie die Krise mit den verschiedenen Bewegungen und die Krise der Wissenschaft gelöst werden. Folglich kann es entweder zu einem neuen singulären System oder zu verschiedenen unabhängig

voneinander existierenden Systemen kommen, die aber keine egalitäre und demokratische Gesellschaft bilden werden.

Die gerade geschilderte Situation bedeutet nicht, dass die Menschen und die Unternehmen aufhören werden, kapitalistisch zu agieren, i. S. v. Akkumulation des Kapitals. D. h., dass sich Wallerstein (1995: 268-269) zufolge diese Transition bis 2025/2050 nicht so sehr auf die Ebene der Ökonomie ereignen wird, sondern die Bereiche der Politik und der Kultur verändert. Auf politischer Ebene äußert sich dies in der Delegitimierung der staatlichen Strukturen. Währenddessen wird die eurozentrische Perspektive in Bezug auf die kulturelle Determinierung des Rests der Welt durch ein neues Gleichgewicht ersetzt. Somit betrifft die Periode dieses Wandels weniger die Logik zur Akkumulierung von Kapital aus ökonomischer Perspektive, sondern äußert sich in politischen und kulturellen Kämpfen/Konflikten hinsichtlich der Herausbildung der künftigen neuen gesellschaftlichen Ordnung.

Trotz Unordnung und Desintegration können die heutigen Staaten während der Zeit der Transition eine enorme Rolle in Bezug auf den Schutz der Rechte seiner BürgerInnen sowie hinsichtlich der Erhöhung ihres Wohlstands spielen (vgl. Wallerstein 1995: 5).

### **3.2. Manns Hauptfokus auf dem Aufstieg des Neoliberalismus seit 1970 und auf seinen gegenwärtigen Auswirkungen auf die Neugestaltung der weltweiten Macht**

Mann (2013b: 67; 78; 80-85) erwähnt und beschreibt kurz die Rolle und die Problematiken der 68er-Bewegung. Im Vergleich zu Wallerstein legt Michael Mann seinen Schwerpunkt hinsichtlich der Erklärung der bedeutenden Ereignisse und Prozesse in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und um die Jahrtausendwende auf den ökonomischen und militärischen Bereich.

#### **3.2.1. Der Aufstieg des Neoliberalismus: 1970 – 2008**

Die Zeit zwischen 1950 und 1970 wurde durch Ausweitung der sozialen Bürgerrechte im ganzen Westen und in Japan gekennzeichnet. Dies äußerte sich in der Erreichung von Vollbeschäftigung, staatlicher Umverteilung durch progressive Besteuerung, in der kompletten Anerkennung der Arbeitsrechte und dementsprechend in der Ausweitung des Wohlfahrstaates. Diese ökonomische und

soziale Entwicklung war ein Produkt des Neo-Keynesianismus<sup>97</sup> bzw. des eingebetteten Liberalismus (vgl. Mann 2013b: 129).

In den 1970er Jahren entstand der Neoliberalismus als Gegensatz zum Neo-Keynesianismus bzw. Liberalismus. Der Neoliberalismus wurde auf staatlicher Ebene in den 1980er Jahren zuerst in den angelsächsischen Staaten etabliert. Das neoliberale Phänomen stellte eine Symbiose aus marktorientierter Politik und aus politischem Konservatismus dar. Er verfolgte den Ansatz, dass die ökonomischen Prozesse bzw. die Erhöhung des Wohlstandes in der Gesellschaft vor allem durch die freien Märkte und ohne staatliche Intervention erzielt werden können. Dementsprechend führten neoliberale Politiken zur Deregulierung der Arbeitsmärkte und der internationalen Kapitalströme und gleichzeitig zur Ausweitung der Kapitalmärkte und der dort angebotenen Finanzprodukte (vgl. Mann 2013b: 129-130; 141).

Die neoliberale Wende wurde aufgrund von Veränderungen der ökonomischen, politischen und ideologischen Machtbeziehungen realisiert. Als Hauptursache dafür stellte sich die Funktionskrise des Keynesianismus und des Bretton-Woods-Systems heraus, die ihrerseits durch geringeres ökonomisches Wachstum bzw. geschrumpfte Produktionsraten, hohe Inflationsraten, Haushaltsdefizite und sinkende Profitraten gekennzeichnet war (vgl. Mann 2013b: 133; 141; 143; 146).

Zuerst wurde in den 1970ern der US-Dollar vom Gold unter dem Druck des US-Präsidenten Nixon und des Finanzkapitals entkoppelt. Diesem Muster folgten die anderen Währungen der westlichen Staaten. Somit kam es zum Niedergang des Bretton-Woods-Systems. Die neoliberale Wende war nach dem Autor durch keinen gesellschaftlichen und ökonomischen Erfolg geprägt, denn sie führte nicht zur Wiederherstellung der realen Wachstumsraten in den westlichen Staaten (vgl. Mann 2013b: 142).

Unter dem US-Präsidenten Reagan und unter der britischen Premier-Ministerin Margaret Thatcher kam es danach in den 1980ern zu einer Deregulierungswelle. Auf diese Art und Weise wurden Monopole auf den Märkten stimuliert. Dennoch argumentierten neoliberale VertreterInnen, dass es Marktkonkurrenz trotz der Konzentration von Kapital immer geben wird. Der Autor betont, dass sich der Neoliberalismus als Phänomen vor allem in den angelsächsischen Staaten und zwar

---

<sup>97</sup> Unter Neo-Keynesianismus versteht Mann (2013b: 129) die Symbiose zwischen klassischer Markttheorie und dem Keynesianismus.

in Bezug auf den Finanzsektor entfaltete. Dabei wurden mehr Profite durch verschiedene Formen von Finanzkapital als durch den Handel und die Warenproduktion erzielt. Ein Gegenbeispiel dafür ist, dass die Großproduzenten in den europäischen Staaten enge Beziehungen zu den Regionalbanken vor Ort hatten. Dennoch haben die meisten OECD-Staaten ihre Regulierungsmaßnahmen über die internationalen Kapitalströme Ende der 1980er und Anfangs der 1990er Jahre auch abgeschafft (vgl. Mann 2013b: 141; 144-145; 147-148).

Seit 1945 kam es erst nach der Einführung der neoliberalen Reformen zu Finanzkrisen im Westen. In den 70ern und 80ern konnte ein Sinken der Produktionszahlen und eine Erhöhung der Finanzdienstleistungen verzeichnet werden. Dieses Mal war eine andere Phase der kreativen Zerstörung zu beobachten. Während bei der ersten und bei der zweiten industriellen Revolution alte Arbeits- und Produktionsweisen vernichtet wurden und neue entstanden<sup>98</sup>, wurden die in den beiden gerade erwähnten Jahrzehnten zerstörten Produktionsweisen vermehrt durch Ausweitung und Schaffung von neuen Finanzprodukten und gleichzeitig durch spekulative und kurzfristige Investitionen gekennzeichnet (vgl. Mann 2013b: 143).

Dies verkörperte den Prozess der Finanzialisierung und der Privatisierung. Die neoliberalen Reformen führten einerseits zur erhöhten Arbeitslosigkeit, die wiederum zu geringeren Löhnen und Gehältern führte und erhöhte Arbeitsflexibilität seitens der BürgerInnen forderte. Laut Mann bekam die neoliberale Wende trotzdem weniger Druck von unten. Dies lag ihm zufolge daran, dass der Banken- und Finanzsektor seine Produkte und Arbeitsweisen auf eine abstraktere Ebene formuliert hat, so dass die Finanzthematiken für die breite Bevölkerungsteile kaum nachvollzogen werden konnten. Auf der anderen Seite führte der Niedergang der Sowjetunion und der Gewinn des Kalten Krieges seitens des Westens zur Legitimierung der neoliberalen Politik (vgl. Mann 2013b: 143-144; 147; 153-155).

Der Prozess des Neoliberalismus verbreitete sich über den gesamten Globus. Dennoch hatten die neoliberalen Reformen in Kontinentaleuropa eine mildere Form als diese in den angelsächsischen Ländern angenommen. Mann (2013b: 157-163; 177; 322) argumentiert, dass die neoliberalen Reformen auch deswegen in den angelsächsischen Staaten besser vertreten wurden, weil die liberale

---

<sup>98</sup> In den Zeiten des Aufstiegs des Neoliberalismus kam es zur neuen Revolution, die auf geringerer Arbeitsintensität, flexibler Arbeitsbeschäftigung sowie auf hoch gebildeten bzw. qualifizierten Fachkräften basierte (vgl. Mann 2013b: 155).

ökonomische Tradition und der Individualismus ein typisches Merkmal der angelsächsischen Länder waren.

Wallerstein und Mann (2013b: 131; 156) sind sich einig, dass der Neoliberalismus von den alten konservativen Machtakteuren stammt und er dazu dient, dass sie ihre verlorene Macht dadurch wiederbekommen (siehe dazu auch Unterpunkt 3.1.2.). Dennoch macht Mann eine Bemerkung hinsichtlich dessen, dass der Neoliberalismus keinen nationalen, sondern einen transnationalen Charakter hat. In den 70ern und 80ern des 20. Jahrhunderts kam es zu einer Asymmetrie unter den ökonomischen Klassen. Durch die Deregulierungsmaßnahmen konnten sich die konservativen, neoliberalen und kapitalistischen Machtakteure global organisieren, während die Arbeiterklasse nur auf der Ebene des Nationalstaates organisiert war.

Weiterhin kritisiert Mann (2013b: 130-132) den Neoliberalismus, indem er behauptet, dass er genauso wie der Sozialismus nur eine utopische Ideologie darstelle. Der Autor stellt die selbstregulierenden Mechanismen der Märkte in Frage. Weiterhin ist beim Neoliberalismus die Sphäre der Politik der ökonomischen Macht untergeordnet. Die neoliberale ökonomische Macht ist ihm zufolge hochkonzentriert und wird nicht demokratisch, sondern autoritär von großen Konzernen und Banken ausgeübt. Dies führt dazu, dass es steigende Tendenzen zur Herausbildung von Monopolen und Oligopolen gibt. Im Vergleich zur neoliberalen Epoche seit den 1980er Jahren erweisen sich die Pachtbauern, Händler, Handwerker und Fabrikanten als Akteure der ökonomischen Macht der englischen Gesellschaft im 19. Jahrhundert.

Im Gegensatz zu den ökonomischen Akteuren der gegenwärtigen Zeit agieren die westlichen Staaten heutzutage nicht autoritär, sondern demokratisch. Für den Autor kann eine demokratische Ordnung nicht funktionieren, wenn der ökonomische Autoritarismus nicht reguliert wird. Eine Folge der mangelnden Regulierung der Märkte ist, dass die Ungleichheit unter den BürgerInnen in den OECD-Staaten laut dem Gini-Koeffizient um ca. sieben Prozent in der Periode zwischen 1980 und 2000 gestiegen ist (vgl. Mann 2013b: 132-133; 157).

Ein weiterer Grund für die Erhöhung der Arbeitslosigkeit und der Ungleichheit in den 1970ern und 1980ern lag nicht nur an den gesättigten Märkten i. S. v. Überkapazitäten und Überproduktion. Die Unternehmen haben angefangen, nicht in reales, d. h., industrielles Kapital, sondern vermehrt in Finanzinstrumente zu investieren. Auf der anderen Seite versuchte man gleichzeitig durch Erleichterung der Gewährung von Krediten für die breiten Bevölkerungsschichten das Niveau der

Nachfrage hochzuhalten. Dieses Phänomen war Ende des 20. Jahrhunderts vor allem in den USA zu beobachten. In Kontinentaleuropa - z. B. in Deutschland und Schweden - bestand die Hauptrolle der Großbanken weiterhin Investitionen in die industrielle Produktion zu tätigen (vgl. Mann 2013b: 323-325).

Ein wichtiges Ereignis, das 2007/2008 passierte, war die Bankenkrise. Als Hauptursachen davon erwiesen sich der deregulierte Bankensektor, die hohe Verschuldung von Finanzunternehmen und die Gewährung von Krediten von Schattenbanken. Menschen, die nicht kreditfähig waren, durften dagegen Hypothekenkredite sowie weitere Konsumkredite aufnehmen. Die Bereitstellung dieser Kredite kam meistens von unregulierten Schattenbanken. Als Beispiel dafür dient die Tatsache, dass im Jahr 2005 fünfundsiebzig Prozent der gewährten Kredite von den Schattenbanken stammten. Laut dem Autor hing dies mit der Erhöhung der Ungleichheit und der Armut in den USA zusammen. Ein Teil der Banken nutzte die Ersparnisse von Millionen ihrer Kunden für Risikoinvestitionen, ohne dass die betroffenen Personen davon Bescheid wussten (vgl. Mann 2013b: 325-330; 347).

Die gerade erwähnte Problematik führte zur sogenannten Großen neoliberalen Rezession von 2008, die die Arbeitslosigkeit und Ungleichheit im Norden und vor allem in den USA erhöhte. Der Bankensektor wurde einerseits mittels der Steuerzahlungen der BürgerInnen gerettet. Auf der anderen Seite haben sich die Staaten bzw. der öffentliche Sektor selbst verschuldet, damit ein Finanzmarktzusammenbruch verhindert werden konnte (vgl. Mann 2013b: 348-349).

Bis vor den 1980ern wurden die Finanzmärkte in den USA streng reguliert. Gleich danach startete die US-Administration von Reagan den Prozess der Deregulierung. Dies führte zu einer Einkommensumverteilung von den Arbeitenden zu den Kapitalbesitzenden (vgl. Mann 2013b: 323).

Der Neoliberalismus führte einerseits zur Ausweitung der Ungleichheit vor allem dort, wo Deregulierungsreformen stattgefunden haben, die eine Einkommensumverteilung von den Arbeitenden zu den Kapitalbesitzenden eingeleitet haben. Auf der anderen Seite hat die neoliberale Wende zur Verstärkung der Machtpositionen der Akteure im Finanzsektor geführt. Dabei befand sich ein beträchtlicher Teil der Finanzmachtakteure in den angelsächsischen Ländern. Es kam nicht nur zur Erhöhung der Ungleichheit unter den ökonomischen Schichten, sondern infolgedessen auch zu einer immer größeren Verschuldung von Staaten und privaten Haushalten (vgl. Mann 2013b: 323; 356).

### **3.2.2. Die USA am Anfang des 21. Jahrhunderts**

Mann (2013b: 268) unterscheidet zwei Formen von US-Imperialismus: ökonomischen und militärischen Imperialismus. Die in Punkt 3.2.1. betrachtete Problematik über den Neoliberalismus verkörperte den wirtschaftlichen Imperialismus der USA seit den 1970er Jahren. Der folgende Punkt beschäftigt sich dagegen mit den militärischen Aspekten des Westens bzw. der USA um die Jahrtausendwende.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zum Ende des zweihundertjährigen, militärischen Dominierens der WesteuropäerInnen in der Welt, indem die USA die weltweit führende Rolle diesbezüglich Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre übernommen haben. Den US-AmerikanerInnen gelang dies dadurch, dass ihre industrielle Infrastruktur während des Zweiten Weltkrieges unbeschädigt blieb. Im Vergleich zu den europäischen Staaten hatten die US-AmerikanerInnen in ihren Einflussphären keine SiedlerInnen vor Ort. Dementsprechend äußerte sich ihre Machtausübung nicht in der Instandhaltung von Kolonien, sondern in der Etablierung von klientelistischen Regimen (vgl. Mann 2013b: 23-24; 268; 273-275).

In der Periode nach 1990 wurden die militärischen Konflikte kaum durch zwischenstaatliche Angriffe, sondern durch Bürgerkriege gekennzeichnet. Dies lässt sich erneut dadurch erklären, dass die EuropäerInnen die Machtkontrolle über ihre koloniale Imperialstellung nach 1945 verloren haben, so dass der europäische Militarismus keine Kriege mehr verursachte. Bei den Bürgerkriegen ging/geht es um das Gewinnen der Macht einer bestimmten ethnischen, religiösen und/oder regionalen Gruppe. Ein weiterer Grund, warum es kaum zwischenstaatliche Militärkonflikte seit 1945 gibt, liegt an der Anschaffung von Nuklearwaffen seitens der großen Staaten, wie z. B. seitens der USA, der Sowjetunion (des heutigen Russlands), Großbritanniens, Frankreichs und Indiens. Dies gewährleistet zwar keinen Frieden, es ist aber ein Hindernis dafür, dass wieder große militärische Konfrontationen stattfinden (vgl. Mann 2013b: 34-35).

Mann (2013b: 36-37; 284, 288-289) ist der Meinung, dass seit den 2000ern die Kriege nur von der einzig gebliebenen imperialen Macht, d. h. von den USA, initiiert wurden. Für den Autor hatten die US-Interventionen im 21. Jahrhundert das Ziel gehabt, die US-imperiale Ordnung auszuweiten und aufrechtzuerhalten. Auf der anderen Seite waren ökonomische Ressourcen bzw. das Erdöl ein Grund für den Beginn der US-Invasion in Irak und der NATO-Intervention in Libyen. Die

militärische Einmischung der USA im Irak und in Afghanistan wurde durch die Mehrheit der AmerikanerInnen aufgrund der Terroranschläge vom 11.09.2001 legitimiert.

Wie bereits in Punkt 2.2. von Kapitel IV beschrieben, versteht Mann (2013b: 312-313) den Westen als multiplen Staatsakteur. Zwar existierte eine Wechselseitigkeit zwischen ökonomischen Profiten und Ausweitung militärischer Operationen, dennoch konnte die ökonomische Stärke der USA als ökonomisches Dominieren der westlichen Staaten und der Ausweitung des Finanzkapitals verstanden werden.

Für Mann (2013b: 313-315) stellten sich die militärischen US-Interventionen als Misserfolg heraus. Einerseits konnten keine demokratischen Werte dadurch etabliert werden, sondern hinterließen mehr Unordnung als vor den Militäreinmischungen. Darüber hinaus kritisiert er die westliche Einstellung, dass die amerikanischen Werte universal seien. Eine weitere Kritik äußert er allgemein an der herrschenden Elite in den USA, die die Politik der militärischen Interventionen trotz bewusster Realisierung der Verluste ihrerseits weiter betreibt, ungeachtet davon, welche US-Partei an der Macht ist.

Dementsprechend wird für Mann (2013b: 317-318) die Welt nicht immer unipolar bleiben, sondern sie wird multipolar sein. Dies liegt daran, dass die USA zwar ökonomisch und vor allem militärisch gut aufgestellt sind, aber sie verfügen über weniger politische und ideologische Macht. Das ist auch der Grund, warum die entstandenen Regime nach ihrer Intervention kaum die demokratischen Normen und Werte etablieren konnten/können.

Die jetzige neoliberale Ordnung und die US-militärischen Einsätze im Ausland können die Probleme der Staatsverschuldung, des Klimawandels, des dysfunktionalen Gesundheitssystems und der steigenden Ungleichheit nicht lösen. Der Autor ist demzufolge der Meinung, dass eine multipolare Welt zur Lösung der Probleme der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus beitragen kann (vgl. Mann 2013b: 319).

Im Vergleich zu Wallerstein betrachtet Mann (2013b: 359-360; 401-402) die heutige Problematik nicht als Ende des Kapitalismus. Für ihn wird die kapitalistische Ordnung durch die Entwicklungslogik der jeweiligen Phase gekennzeichnet, in der sie sich befindet. Die oben beschriebene Problematik des Neoliberalismus erweist sich für ihn dementsprechend nicht als Teil eines zyklischen Prozesses dar, indem sich die ökonomische Entwicklung im Westen nach bestimmter Zeit wieder

erholt. Mann vertritt dagegen den Standpunkt, dass der jetzige Zustand des Neoliberalismus ein Zeichen dafür ist, dass ein Wandel der ökonomischen Macht vom Norden nach Süden bevorstehen kann. Mit Süden meint er die BRICS-Staaten, aber auch Südostasien, Lateinamerika und die Türkei. Dies liegt seiner Meinung nach einerseits daran, dass die die gerade erwähnten Staaten weniger in die neoliberalen Praktiken involviert sind und mehr auf Exportsubventionen, Staatsprotektionismus und staatlichen Regulierungsmaßnahmen setzen. Ein Beleg für den potentiellen Machtwechsel wäre, dass die Ökonomien im Süden weniger von der oben beschriebenen neoliberalen Rezession als im Norden betroffen waren.

Nach Mann (2013b: 395-399) gibt es aber auch andere Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung des Kapitalismus. Die ungelöste Problematik mit dem Klimawandel und der Umweltbelastung könnten ihm zufolge eine erneute kreative Zerstörung des Kapitalismus hervorrufen, indem dies zu neuen Machtkonstellationen führen wird.

#### **4. Zwischenfazit über die drei Phasen des Kapitalismus im langen 20. Jahrhundert**

Während das lange 19. Jahrhundert durch Ordnungsstabilität aufgrund der Friedensvereinbarungen vom Wiener Kongress gekennzeichnet war, wurde sie mit Beginn des Ersten Weltkrieges Anfang des 20. Jahrhunderts aufgelöst. Laut den Werken von Mann und Wallerstein kann man das 20. Jahrhundert in drei Phasen auflösen, wenn man den westlichen Raum untersucht.

Laut Mann wurde die erste Phase, die von 1914 bis 1945 dauerte, durch drei Hauptereignisse bestimmt: den Ersten und den Zweiten Weltkrieg sowie die Große Depression. Dabei analysiert er sie aus militärischer, politischer und ökonomischer Perspektive. Zum Ersten Weltkrieg kam es seiner Meinung nach hauptsächlich aufgrund der ökonomischen und geopolitischen Rivalität zwischen den westeuropäischen Zentrumsmächten. Darüber hinaus spielten die Modernisierungs- und Dynastieinteressen in diesem Konflikt auch eine Rolle. Infolge des Krieges wurde der Goldstandard aufgelöst, indem dies mittel- und langfristig zu hohen Inflationsraten im Westen führte.

Die hohen Reparationszahlungen, die die Verlierer des Ersten Weltkrieges zahlen sollten, die massenhafte Verschuldung und Zahlungsunfähigkeit der westeuropäischen Staaten gegenüber amerikanischen Kreditgebern sowie die Spekulationen auf dem US-Finanzmarkt bedingten die weitere Instabilität in dieser Periode, indem es Ende der 1920er Jahre aufgrund dessen zur Großen Depression kam. Die ungelösten Probleme unter den Rivalen vom Ersten Weltkrieg führten zusammen

mit den ökonomischen Folgewirkungen der Großen Depression zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Für Wallerstein ist die erste Phase des 20. Jahrhunderts ebenfalls durch Instabilität gekennzeichnet. Dennoch betrachtet er die Ereignisse und Prozesse dieser Periode als ein Ergebnis der Rivalität zwischen den USA und Deutschland um hegemoniale Führungspositionen in der Weltwirtschaft. Darüber hinaus akzentuiert Wallerstein im Vergleich zu Mann auf dem ideologischen Spannungsfeld zwischen Wilsonismus und Leninismus bzw. zwischen Kapitalismus und Kommunismus sowie auf seiner wichtigen strukturbedingenden Funktion für die Gestaltung des Sozialen sowohl im Westen als auch im Osten.

In der zweiten Phase, die im Zeitraum zwischen 1945 und Ende der 1960er Jahre stattfand, sind die USA zum ökonomischen und militärischen Hegemon in der Welt aufgestiegen. Dies gelang den US-AmerikanerInnen hauptsächlich wegen der zerstörten Industrieanlagen in Europa. Diese Tatsache wird von beiden Autoren erwähnt. Für Wallerstein stellte sich die Lösung von internen Konflikten wie z. B. die Einkommensstabilisierung im Inland sowie die Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung auch als einen Grund für den imperialen Erfolg der USA heraus. Für Mann erwiesen sich die Entstehung des Bretton-Woods-Systems und die Etablierung des regulierten Kapitalismus als weitere Bausteine, die einerseits die hegemoniale Lage der USA, aber vor allem insgesamt die Ordnungstabilität und den weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates im westlichen Raum bedingten.

Nach dem Ende der Periode des ökonomischen Wachstums im Westen kam es zur Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Laut Wallerstein handelte es sich hier nicht um eine vorübergehende Krise, sondern um eine Transition, die das weitere Bestehen des kapitalistischen Systems in Frage stellte. Dabei wurde der Liberalismus von neuen antisystemischen Bewegungen delegitimiert, die ihrerseits nach einer Lebensvision strebten, die der jetzige Kapitalismus nicht gewährleisten kann. Für den Autor wird die Transformationsphase durch Chaos und Unordnung charakterisiert und sie wird so lange andauern, bis sich der Kapitalismus als System aufgelöst hat und durch ein neues oder durch mehrere Systeme ersetzt wird.

Manns Perspektive über die Krise des Kapitalismus unterscheidet sich deutlich von der gerade erläuterten Argumentation von Wallerstein. Einerseits betrachtet Mann den Neoliberalismus als Hauptursache für viele der heutigen gesellschaftlichen Probleme. Auf der anderen Seite betrachtet

er den weiteren Verlauf des Kapitalismus nicht als Ende des Kapitalismus, sondern als räumliche Veränderung der weltweiten Machtverhältnisse. Nach Mann wird es am Ende keine unipolare sondern eine multipolare Weltordnung geben.

## **Konklusion**

Im Buch „Stirbt der Kapitalismus?“ hat das bereits von mir in der Einleitung genannte soziologische Kollektiv verschiedene Szenarien über die gegenwärtige und künftige krisenhafte Situation des Kapitalismus diskutiert. In dieser Arbeit habe ich die Ursachen der strukturellen Krise des Kapitalismus anhand der Hauptpositionen von Michael Mann und von Immanuel Wallerstein aus einer makrohistorisch-soziologischen Perspektive rekonstruiert. Dazu möchte ich in diesem abschließenden Teil der Masterarbeit drei weitere Hauptaspekte kurz behandeln. Zuerst weise ich auf Beiträge und Werke von anderen Autoren hin, die die beiden von mir in diesem Text vergleichend dargestellten Theorien kritisch reflektieren. Da die im Text beschriebenen Theorien von Michael Mann und Immanuel Wallerstein sowie deren historisch-soziologische Anwendung nur zwei mögliche Positionen über die heutige Problematik der kapitalistischen Ordnung implizieren, stelle ich im nächsten Schritt andere Standpunkte hinsichtlich der gegenwärtigen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus dar, bzw. weise ich auf andere Literatur diesbezüglich hin. Zu allerletzt argumentiere ich, warum ich ausgerechnet die beiden theoretischen Ansätze von Wallerstein und Mann zur Untersuchung der gegenwärtigen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ausgewählt habe. Dies zeige ich anhand des Beitrags, den die Theorien von Wallerstein und Mann für die Soziologie als wissenschaftliche Fachdisziplin leisten.

Jede Perspektive hat nicht nur ihre Stärken, sondern auch ihre Schwächen. Im Folgenden verweise ich auf weitere Literaturquellen, die die theoretischen Ansätze von Mann und Wallerstein kritisch reflektieren. Auf kritische Beiträge hinsichtlich seiner Theorie hat Wallerstein (2019b: 1-4) selber am Ende seines Buches „Welt-System-Analyse. Eine Einführung“ hingewiesen, wo er eine zusammengefasste Version seines vierbändigen Werkes „Das moderne Weltsystem“ wiedergibt. Als bedeutende Beispiele dafür erweisen sich demnach die kritischen Beiträge von Robert Brenner: „The Origins of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism’, *New Left Review* I, Nr. 104, July-August 1977: 25-92“ (Wallerstein 2019b: 121), von Theda Skocpol: „Wallerstein’s World Capitalist System: A theoretical and Historical Critique’, *American Journal of Sociology*, 82. Jg., Nr. 5, March 1977: 1075-1090“ (Wallerstein 2019b: 121-122) sowie von Aristide Zolberg: „Originis of the Modern World System: A Missing Link’, *World politics*, 33. Jg., Nr. 2, January 1981: 253-281“ (Wallerstein 2019b: 12).

Darüber hinaus weist Wallerstein auf Schriften von anderen Autoren hin, die in ihren Werken auch weltensystemtheoretische Positionen vertreten. Beispiele dafür sind „*The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of Our Times*“ (Wallerstein 2019b: 120) von Giovanni Arrighi sowie die „*Accumulation on a World Scale: A Critique of the Theory of Underdevelopment*“ (Wallerstein 2019b: 120) von Samir Armin.

In dem im Jahr 2006 erschienenen Sammelband „*An Anatomy of Power. The Social Theory of Michael Mann*“, das von John A. Hall und Ralph Schroeder herausgegeben wurde, finden sich viele reflektierende Beiträge von SoziologInnen und HistorikerInnen, beispielsweise von Randall Collins, Edgar Kiser, Joseph Bryant, Stephan R. Epstein, Linda Weiss, Robert Brenner und anderen, in Bezug auf Michael Manns Werk „*The Sources of Social Power*“ sowie auf seine theoretischen und methodologischen Auffassungen (vgl. Schroeder 2006: 1; 13-16). Am Ende des Sammelbandes gibt Michael Mann selbst einen Kommentar und Antworten auf die Kritik der gerade erwähnten AutorInnen (vgl. Mann 2006: 343-393).

Wie bereits erwähnt, habe ich in dieser Arbeit die heutige Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nur anhand von zwei theoretischen Positionen, und zwar aus einer vergleichenden makrohistorisch-soziologischen Perspektive dargestellt. Das bedeutet, dass es auch andere Perspektiven gibt, diese Problematik erklären. Dementsprechend möchte ich auf andere Standpunkte und Autoren hinweisen, die sich damit beschäftigen. Da es sich um eine multiple und komplexe Krise des Kapitalismus handelt, impliziert dies eine Unzahl an Argumentationen. Das Letztgenannte ist auch der Grund, aus dem ich auf den im Jahr 2019 erschienenen Sammelband „*Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*“ verweisen möchte, der von Klaus Dörre, Hartmut Rosa, Karina Becker, Sophie Bose und Benjamin Seyd herausgegeben wurde. Das Ziel des Kollegs ist es nämlich, möglichst viele verschiedene soziologische Perspektiven und Stränge darzustellen, die über die Ursachen sowie über potentielle Lösungen der gegenwärtigen Transformationsproblematiken in der kapitalistischen Gesellschaft diskutieren (vgl. Becker u.a. 2019: V-VIII).

Ein weiterer Grund, aus dem ich ausgerechnet auf den gerade erwähnten Sammelband verweise, liegt darüber hinaus darin, dass die verfassten Beiträge weitere Informationen über aktuelle Debatten hinsichtlich der Krisenhaftigkeit der postmodernen Gesellschaften, aber auch weitere Verweise auf Literaturquellen enthalten. Im Folgenden werde ich als Beispiel dafür zwei von mir selbst ausgewählte Standpunkte von Autoren im Sammelband kurz erwähnen und beschreiben,

welche als Kontrastfolie zu den in der Arbeit bereits dargestellten Perspektiven von Wallerstein und Mann dienen sollten.

Die gegenwärtige kapitalistische Problematik versteht Klaus Dörre (2019: 4; 10; 27-28) als „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“, die sich insbesondere auf den Territorien der westlichen Staaten ereignet. Laut Dörre konnten bisherige Krisen des Kapitalismus mit erhöhten Wachstumsraten gelöst werden. Diese Zangenkrise äußert sich vor allem darin, dass ökonomische Expansionen zu ökologischen Umweltschäden führen, die ihrerseits zerstörerische Auswirkungen auf die Gesellschaften haben. Für die postindustriellen Staaten des Nordens unterscheidet Dörre zwischen drei künftigen Szenarien. Eine machtzentrierte Strategie zur Lösung dieser Problematik impliziert eine Vernachlässigung der ökologischen Problematik seitens der Politik. Dabei besteht weiterhin die Gefahr einer Herausbildung autoritärer Tendenzen in der Politik, wenn die Forderungen zur Lösung potentieller ökologischer und sozialer Destruktionen seitens der gesellschaftlichen Individuen unberücksichtigt bleiben. Die machtkonforme Strategie bietet eine Lösung der Problematik anhand der Schaffung eines Wirtschaftswachstumsmechanismus an, der gleichzeitig ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit gewährleistet. Es kann drittens zu einer Systemveränderung kommen, die ökologische Nachhaltigkeit garantiert. Diese letzte Variante könnte sich ereignen, wenn die politischen Eliten trotz Marktkorrekturmaßnahmen keine ökologische und soziale Nachhaltigkeit erzielen. Auf diese Art und Weise würde es zur Delegitimierung des kapitalistischen Systems kommen. Entgegen der letztgenannten Aussage ist nach Wallerstein eine Delegitimierung des Kapitalismus bereits Ende der 1968er Jahre eingetreten.

Frank Adloff und Sighard Neckel (2019: 168; 170; 173; 175-178) betrachten hinsichtlich der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus drei idealtypische Imaginationen, die den weiteren gesellschaftlichen Verlauf bestimmen können. Damit werden die „Nachhaltigkeit als Modernisierung“, die „Nachhaltigkeit als Transformation“ und die „Nachhaltigkeit als Kontrolle“ gemeint. Das Konzept der nachhaltigen Modernisierung sieht eine Beibehaltung der bestehenden demokratischen und kapitalistischen Strukturen moderner Gesellschaften vor, in denen eine ökonomische Anpassung an die ökologische Nachhaltigkeit ohne die Aufhebung kapitalistischer Markt- und Wettbewerbsmechanismen stattfindet. Das zweite Programm der nachhaltigen Transformation bzw. des Postkapitalismus plädiert für eine Veränderung der bestehenden kapitalistischen Marktformen, bei der die gesellschaftliche Ordnung und die ökologische Nachhaltigkeit durch nicht-kapitalistische und

keine wachstumsorientierten Gestalten und Prozesse gekennzeichnet werden. Das letzte Konzept der nachhaltigen Kontrolle stellt die Anwendung von undemokratischen Politiken seitens der regierenden Regimes dar, damit die ökologische Stabilität garantiert werden kann. Weil die drei Programme idealtypische Konzepte darstellen, ist es laut den Autoren des Beitrags unwahrscheinlich, dass die gesellschaftliche Ordnung nur nach einem der drei Programme gestaltet wird. Stattdessen wird nach ihnen die sich transformierende gesellschaftliche Ordnung durch eine Synthese aus den drei Programmen charakterisiert.

Die Positionen von Wallerstein und Michael, deren theoretische Ansätze selbst im Gebäude der NHS angesiedelt sind, implizieren eine andere Erklärungsweise in Bezug auf die Strukturkrise des Kapitalismus. Trotz der beträchtlichen internationalen Popularität der NHS erweisen sich ihre Theorien und Forschungslogik in Deutschland als weniger bekannt. An dieser Stelle möchte ich die Frage behandeln, welchen Beitrag die NHS bzw. die theoretischen Ansätze von Michael Mann und von Immanuel Wallerstein für die Soziologie leisten (vgl. Haferkamp & Knöbl 2001: 303-305)

Die deutsche Soziologie versteht die anglo-amerikanische NHS als eine bestimmte paradigmatische Denkweise. Ein typisches Hauptmerkmal der NHS ist ihre multidisziplinäre Ausrichtung (vgl. Spohn 2005: 220; vgl. auch Haferkamp & Knöbl 2001: 326; 330). Auf der einen Seite impliziert die Soziologie von Wallerstein einen transdisziplinären Ansatz, der ökonomische, politische und gesellschaftliche Prozesse zusammen sowie in einem historischen Kontinuum betrachtet. Im Gegensatz dazu orientiert sich die gegenwärtige Soziologie an ahistorische Verfahren zur Analyse der gesellschaftlichen Dynamiken (vgl. Boris 2005: 186-187). Die Transdisziplinarität von Wallerstein führte zu einer Erweiterung der Soziologischen Theorie, denn Wallerstein „gilt als einer der ersten Globalisierungstheoretiker, der schon lange Zeit vor anderen Autoren die von der Globalisierung verursachten ökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungen benannt und untersucht hat“ (Münch 2004: 326).

Michael Mann (2012a: xi) schreibt noch im Vorwort des ersten Bandes seines Werkes „The sources of social power“, dass er genauso wie Wallerstein die Gesellschaftsauffassung der allgemeinen Soziologie nicht akzeptiert. Dementsprechend hat Mann seinen eigenen transdisziplinären Ansatz über die vier Quellen der Macht entwickelt, anhand dessen er die menschliche Gesellschaft in ihrer Historizität untersucht. Dies ist nach Mann deswegen notwendig, weil die sich in der

Gesellschaft ereigneten(enden) Ereignisse, Prozesse und Phänomene, wie z. B. die Französische und die industrielle Revolution sowie die post-industrielle Gesellschaft, keine singuläre Logik haben, und nicht isoliert voneinander betrachtet werden können.

Während die Gründungsmitglieder der Soziologischen Theorie, wie z. B. Marx, Weber oder Durkheim, aber auch die Mehrheit der gegenwärtigen SoziologInnen die Gesellschaft anhand ökonomischer, ideologischer/kultureller und politischer Faktoren analysieren, beschäftigt sich Michael Mann in seinen Untersuchungen mit einer weiteren Komponente, nämlich mit der militärischen / geopolitischen Komponente (vgl. Schroeder 2006: 1-2). Für Mann (2006: 351; 2012b: 403) geht es spezieller an dieser Stelle um die Unterscheidung zwischen politischen und militärischen Prozessen und Geschehnissen, denn laut ihm werden die beiden oft unter einem politischen Aspekt zusammen betrachtet. Wenn man den theoretischen Ansatz von Wallerstein näher betrachtet (siehe Punkt 2.1. vom ersten Kapitel sowie ihre Anwendung in Kapitel II), so lässt sich eine ähnliche Konstatierung feststellen. Dennoch wird von Mann diese Trennung zwischen Politik und Militär extra betont.

Die makrohistorische Soziologie von Mann hat vor allem einen Einfluss auf die weitere Formulierung von Zeitdiagnosen in der Organisations- und Institutionsanalyse ausgeübt (vgl. Haferkamp & Knöbl 2001: 335).

Weiterhin führte Wallerstein mit seiner Theorie und seinen Zeitdiagnosen zu heftigen Diskussionsbeiträgen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite bekamen seine Werke internationale Popularität. Dies führte gleichzeitig nicht nur zu einer Selbstreflexion in der Soziologie, sondern hatte auch weitere Debatten in der Politik- und Wirtschaftswissenschaft, aber auch in der Geographie und der außereuropäischen Frühgeschichte zur Folge. Insbesondere wurde das Wallersteinsche Zentrum-Peripherie-Modell von unterschiedlichen Wissenschaftlern aus dem Bereich der Entwicklungstheorie für weitere Forschungszwecke verwendet (vgl. Boris 2005: 187; 189-190; vgl. auch Münch 2004: 326-329).

Zuallerletzt möchte ich die Masterarbeit mit dem folgenden Zitat aus dem gemeinsamen Schluss des soziologischen Kollektivs des Buches „Stirb der Kapitalismus?“ abschließen:

Eine große Krise und Transformation, wie auch immer sie aussehen mag, ist nicht das Ende der Welt. Auf der Basis des gesammelten Wissens der Soziologie gibt es keinen Grund zur Annahme, dass die Geschichte jemals zu Ende geht, solange es

durch gesellschaftliche Organisation verbundene Menschen gibt. Die schlimmsten Szenarien, die des weltweiten Atomkriegs oder des ökologischen Kollaps, erscheinen glücklicherweise als abwendbar, gerade deshalb, weil der gemeinsame Untergang seit einigen Jahrzehnten allgemein als eine reale Gefahr erkannt wird. Das Ende des Kapitalismus ist keine Katastrophe, die sich damit vergleichen ließe. Eine Krise in den Grundstrukturen der modernen politischen Weltökonomie ist beileibe kein Weltuntergang. Letztendlich ist das Ende des Kapitalismus ein Anlass zur Hoffnung (Wallerstein u.a. 2014: 239)

## Literaturverzeichnis

- Adloff, Frank & Neckel, Sighard 2019. Modernisierung, Transformation oder Kontrolle?: Die Zukünfte der Nachhaltigkeit, in Dörre, Klaus, u.a. (Hg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 167–180.
- Bachinger, Karl & Matis, Herbert 2009. *Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus: Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analysen*: Wien: Böhlau.
- Bauriedl, Sybille 2016. Einleitung, in Bauriedl, Sybille (Hg.): *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript Verlag, 9–22.
- Becker, Karina, u.a. 2019. Editorial, in Dörre, Klaus, u.a. (Hg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, V–X.
- Bischoff, Joachim 2009. *Jahrhundertkrise des Kapitalismus: Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie?* Hamburg: VSA-Verl.
- Boris, Dieter 2005. Immanuel Wallerstein, in Kaesler, Dirk (Hg.): *Aktuelle Theorien der Soziologie: Von Shmuel N. Eisenstadt bis zur Postmoderne*. München: C. H. Beck, 168–195.
- Demirović, Alex 2014. Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung, in Kastrup, Wolfgang & Kellershohn, Helmut (Hg.): *Kapitalismus und / oder Demokratie?: Beiträge zur Kritik "marktkonformer" Demokratieverhältnisse*. Münster: Unrast, 37–60.
- Dörre, Klaus 2019. Risiko Kapitalismus: Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution, in Dörre, Klaus, u.a. (Hg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 3–33.
- Elmar Altvater 2009. Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus. *Leviathan* 37(2), 197–210.
- Haferkamp, Heinrich & Knöbl, Wolfgang 2001. Die Logistik der Macht. Michael Manns Historische Soziologie als Gesellschaftstheorie, in Mann, Michael: *Geschichte der Macht. Teil II. Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten*. Heinrich Haferkamp und Wolfgang Knöbl (Hg). Übersetzt von Hanne Herkommer. Bd. 3. Frankfurt/Main: Campus-Verl. 303–340.
- Holst, Hajo 2012. »Du musst dich jeden Tag aufs Neue bewerben«: Leiharbeit im aktivierenden Kapitalismus, in Scherschel, Karin, Streckeisen, Peter & Krenn, Manfred (Hg.): *Neue*

- Prekarität: Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik - europäische Länder im Vergleich.* Bd. 2. Frankfurt, M.: Campus-Verl., 215–235.
- Illing, Falk 2014. *Vollkasko-Ökonomie: Angriff auf die Marktwirtschaft?* Wiesbaden: Springer VS.
- Lux, Julia 2017. *Krisendiskurse und kapitalistische Entwicklungspfade: Arbeits- und sozialpolitische Projekte in Deutschland und Frankreich.* Wiesbaden: Springer VS.
- Mann, Michael 2006. The sources of social power revisited: a response to criticism, in Hall, John A. & Schroeder, Ralph (Hg.): *An Anatomy of Power: The Social Theory of Michael Mann.* New York: Cambridge Univ. Press, 343–396.
- Mann, Michael 2012a. *The Sources of Social Power: Volume 1: A History of Power from the Beginning to AD 1760.* 2. Aufl. New York NY: Cambridge Univ. Press.
- Mann, Michael 2012b. *The Sources of Social Power: Volume 2: The Rise of Classes and Nation-States, 1760-1914.* 2. Aufl. New York NY: Cambridge Univ. Press.
- Mann, Michael 2013a. *The Sources of Social Power: Volume 3: Global Empires and Revolutions, 1890-1945.* New York NY: Cambridge Univ. Press.
- Mann, Michael 2013b. *The Sources of Social Power: Volume 4: Globalizations, 1945-2011.* New York NY: Cambridge Univ. Press.
- Mohr, Katrin 2009. Von „Welfare to Workfare“? Der radikale Wandel der deutschen Arbeitsmarktpolitik, in Bogedan, Claudia, Bothfeld, Silke & Sesselmeier, Werner (Hg.): *Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft: Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwiss, 49–60.
- Münch, Richard 2004. *Soziologische Theorie.: Band 3: Gesellschaftstheorie.* Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Redlich, Tobias, Moritz, Manuel & Wulf, Stefanie 2017. Digitale Produktion: Bottom-up-Ökonomie, in Stengel, Oliver, van Looy, Alexander & Wallaschkowski, Stephan (Hg.): *Digitalzeitalter - Digitalgesellschaft: Das Ende des Industriezeitalters und der Beginn einer neuen Epoche.* Wiesbaden: Springer VS, 143–167.
- Rosa, Hartmut, u.a. 2014. *Weil Kapitalismus sich ändern muss: Im Gespräch mit Hartmut Rosa, Stephan Lessenich, Margrit Kennedy, Theo Waigel. Mit einem Vorwort von Elmar Altvater.* Wiesbaden: Springer VS.

- Schroeder, Ralph 2006. Introduction: the IEMP, in Hall, John A. & Schroeder, Ralph (Hg.): *An Anatomy of Power: The Social Theory of Michael Mann*. New York: Cambridge Univ. Press, 1–16.
- Schützeichel, Rainer 2004. *Historische Soziologie*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Seppmann, Werner 2011. *Risiko-Kapitalismus: Krisenprozesse, Widerspruchserfahrungen und Widerstandsperspektiven*. Köln: PapyRossa-Verl.
- Spohn, Willfried 2005. Neue Historische Soziologie: Charles Tilly, Theda Skocpol, Michael Mann, in Kaesler, Dirk (Hg.): *Aktuelle Theorien der Soziologie: Von Shmuel N. Eisenstadt bis zur Postmoderne*. München: C. H. Beck, 196–230.
- Stelter, Daniel 2014. *Die Schulden im 21. Jahrhundert: Was ist drin, was ist dran und was fehlt in Thomas Pikettys "Das Kapital im 21. Jahrhundert"*. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch.
- Stengel, Oliver 2017. Die Soziale Frage im Digitalzeitalter: Zukunft der Arbeit, in Stengel, Oliver, van Looy, Alexander & Wallaschkowski, Stephan (Hg.): *Digitalzeitalter - Digitalgesellschaft: Das Ende des Industriezeitalters und der Beginn einer neuen Epoche*. Wiesbaden: Springer VS, 169–192.
- Stockhammer, Engelbert 2014. Entstehung und Krise des finanz-dominierten Akkumulationsregimes: Eine postkeynesianische Perspektive auf Finanzialisierung, in Heires, Marcel & Nölke, Andreas (Hg.): *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*. Wiesbaden: Springer VS, 33–48.
- Wallerstein, Immanuel 1994. *Geopolitics and Geoculture: Essays on the changing world-system*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Wallerstein, Immanuel 1995. *After liberalism*. New York: The New Press.
- Wallerstein, Immanuel 2004. *Die große Expansion: Das moderne Weltsystem III. Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert*. Übersetzt von David Mayer. Wien: Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H.
- Wallerstein, Immanuel 2012a. *Das Moderne Weltsystem II - der Merkantilismus: Europa zwischen 1600 und 1750*. Übersetzt von Gerald Hödl. 2. Aufl. Wien: Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H.
- Wallerstein, Immanuel 2012b. *Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914): Das moderne Weltsystem IV*. Übersetzt von Gregor Kneussel. Wien: Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H.

- Wallerstein, Immanuel, u.a. 2014. *Stirbt der Kapitalismus?: Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert*. Übersetzt von Thomas Laugstien. 2. Aufl. Frankfurt: Campus.
- Wallerstein, Immanuel 2019a. *Das moderne Weltsystem I: Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*. Übersetzt von Angelika Schweikhart. 2. Aufl. Wien: Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H.
- Wallerstein, Immanuel 2019b. *Welt-System-Analyse: Eine Einführung*. Übersetzt von Julien Bucher, Felix Merz und Sylke Nissen. Wiesbaden: Springer VS.
- Weber, Max 2020. *Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. 2. Aufl. Hamburg: Nikol.
- Winkelmann, Bernd 2012. Sackgasse »Kapitalismus«, in Bender, Harald, Bernholt, Norbert & Winkelmann, Bernd (Hg.): *Kapitalismus und dann?: Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation*. München: oekom, 15–40.
- Zapf, Holger 2018. Theorienvergleich, in Salzborn, Samuel (Hg.): *Handbuch Politische Ideengeschichte: Zugänge – Methoden – Strömungen*. Stuttgart: J.B. Metzler Verlag, 40–44.

## **Abkürzungsverzeichnis**

BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
EU	Europäische Union
IWF	Internationaler Währungsfonds
G-20	Gruppe der Zwanzig
NGO	Nichtregierungsorganisation
NHS	Neue Historische Soziologie
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
UNO	United Nations

### **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit an Eides statt durch meine eigenhändige Unterschrift, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Stellen, die wörtlich oder inhaltlich den angegebenen Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Die vorliegende Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form noch nicht als Magister-/Master-/Diplomarbeit/Dissertation eingereicht.

Datum: 14.02.2023

Unterschrift: